



Dieter Klein

Milliardäre – Kassenleere

Rätselhafter Verbleib des anschwellenden Reichtums

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 28

Rosa-Luxemburg-Stiftung

DIETER KLEIN

Milliardäre – Kassenleere

Rätselhafter Verbleib des anschwellenden Reichtums

Karl Dietz Verlag Berlin

Herzlichen Dank für die Mitarbeit an Ingo Stütze, der mit umfangreichen
Literaturerecherchen einen Beitrag für diese Schrift leistete;
an Sabine Woop für die technische Fertigstellung des Ganzen;
an Viola Siebeck für ihre Schreibebeit unter Termindruck.

Dieter Klein: Millardäre – Kassenleere. Rätselhafter Verbleib des anschwellenden
Reichtums
(Reihe: Texte/Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 28)
Berlin: Karl Dietz Verlag 2006

ISBN 3-320-02081-1

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2006

Umschlag: Simone Beier
Druck und Verarbeitung: Mediaservice GmbH Bärenruck und Werbung
Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------------|
| 1. Kapitel: | 7 |
| Kein Reichtum, nirgends? | |
| 1.1. Das Problem | 7 |
| 1.2. Übliche Antworten | 13 |
| 1.3. Problematisierung der „einfachen Frage“ | 19 |
| 1.4. Warum sozialer Krieg anstelle gewöhnlicher Reichtumsmehrung? | 26 |
| | |
| Kapitel 2: | 35 |
| Verbleib des Reichtums – skandalöse Polarisierung | |
| 2.1. Einkommensreichtum | 42 |
| 2.2. Vermögensreichtum | 47 |
| 2.3. Reichtum an Wirtschaftsressourcen | 58 |
| 2.4. Reichtum an Boden und Immobilien | 69 |
| 2.5. Gebrauchsvermögen als Reichtumsform | 71 |
| 2.6. Zwischenfazit | 76 |
| 2.7. Der Zusammenhang von Reichtumsmehrung und Armut | 86 |
| | |
| Kapitel 3: | 91 |
| Zerstörung von Reichtum. Abnehmender Wohlfahrtseffekt rechnerischer Reichtumssteigerung | |
| 3.1. Umweltkrise und Reichtumseinbußen | 93 |
| 3.2. Reichtumseinbußen durch Krieg und Rüstung | 100 |
| 3.3. Reichtum und kriminelles Handeln in der Wirtschaft | 118 |
| 3.4. Andere Strukturen erfordern eine neue Regulationsweise | 132 |
| | |
| Kapitel 4: | 136 |
| Defekte an den Quellen des Reichtums | |
| 4.1. Umweltzerstörung – permanenter Reichtumsverlust und dringliche Umkehr | 136 |
| 4.2. Verschleuderung menschlicher Arbeitskraft – permanenter Reichtumsverlust | 142 |
| 4.2.1 Ruinöser Umgang mit der Arbeitskraft | 143 |

| | |
|--|------------|
| 4.2.2. Druck auf die allgemeinen Bedingungen menschlicher Reproduktion | 149 |
| 4.2.3. Arbeitslosigkeit – augenfälligste Gestalt der Vergeudung menschlicher Arbeitskraft | 154 |
| 4.3. Wirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Reichtumsentwicklung | 156 |
| 4.4. Eine andere Arbeitswelt ist möglich | 164 |
| Kapitel 5: | 167 |
| Finanzmärkte als Bermudadreieck? | |
| 5.1. Kredite, Kreditmärkte und Reichtum | 168 |
| 5.2. Aktienbestand, Wertpapierhandel und Reichtum | 171 |
| 5.3. Derivatenbestand, Derivatenhandel und Reichtum | 172 |
| 5.4. Devisen, Devisenmärkte und Reichtum | 174 |
| 5.5. Finanzgetriebenes Akkumulationsregime – Grundmerkmal des neoliberalen Kapitalismus | 175 |
| 5.6. Profite auf den Finanzmärkten – Reichtumszuwachs oder Reichtumsverlust? | 176 |
| 5.7. Den „wirklichen Reichtum“ respektieren: die Finanzmärkte re-regulieren | 187 |
| Kapitel 6: | 191 |
| „Grenzen des Wachstums“ und steigende Kapitalintensität | |
| 6.1. Nur lineares Wachstum des Reichtums | 192 |
| 6.2. Lineares Wachstum und steigende Kapitalintensität – Schlussfolgerungen für Alternativen | 196 |
| Kapitel 7: | 202 |
| Der Mensch, der „wirkliche Reichtum“ | |
| 7.1. Der Reichtumsbegriff | 203 |
| 7.2. Humanreichtum – das Maß emanzipatorischer Alternativen | 209 |
| Literatur | 235 |

1. Kapitel

Kein Reichtum, nirgends?

1.1. Das Problem

Ein Grundgefühl hat sich in den letzten Jahren erdumspannend verbreitet – stärker als zuvor: dass wir in einer ungerechten Welt leben, dass die Kluft zwischen Reichen und Armen noch tiefer werden wird und die Gefahren durch Kriege und Zerstörung der Umwelt noch größer. Die neuen kapitalismus- und herrschaftskritischen globalen Bewegungen sind ein Ausdruck dieses Empfindens.

Aber ein großer Teil der Bevölkerung glaubt zugleich, dass nichts anderes übrig bleibe, als marktradikale „Reformen“ hinzunehmen, die den Lohnabhängigen und sozial Schwächeren tief in die ohnehin fast leeren Taschen greifen und den Großakteuren auf den internationalen Märkten reichlich geben – im Namen nationaler Standortkonkurrenz oder des Standorts Europa.

Ein Mythos hat sich ausgebreitet. Es sei nichts mehr da für den Erhalt des Sozialstaats auf dem erreichten Niveau, schon gar nicht für verbesserte Leistungen oder gar für die angemessene Unterstützung der so genannten Entwicklungsländer im Kampf gegen Hunger, Armut, Krankheiten und Umweltzerstörung. Ja, in versunkenen früheren Zeiten hätte es noch etwas zum Verteilen gegeben, doch nun sei dafür nichts mehr da. Dies gilt als Legitimation für einen antisozialen Systembruch innerhalb der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft: für den Abschied vom Anspruch sozialer Integration auch der sozial Schwächeren in die Gesellschaft – vom Anspruch vor allem auf Integration durch Arbeit.

Der Mythos vom Verschwinden des Reichtums

Die radikale Zuwendung sowohl bürgerlich-konservativer und marktliberaler wie neosozialdemokratischer Kräfte auf antisozialen Pseudoreformen stützt sich auf den Grundmythos, dass selbst bei Ultrareichen, bei transnationalen Industrieunternehmen und Großbanken keine Ressourcen für die soziale und ökologische Bearbeitung der ungelösten globalen und inneren Großprobleme mobilisierbar seien. Die Frage nach dem Verbleib des den statistischen Daten zufolge anschwellenden Reichtums ist deshalb von erstrangiger Bedeutung für die weltweite Auseinandersetzung über die künftigen Entwicklungs- und Reformwege der Gesellschaften.

In dieser Schrift wird die Auffassung vertreten, dass seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts zwar einschneidende Veränderungen in den Existenzbedingungen der Menschheit – auch der Bundesrepublik – neue große Herausforderungen hervorgebracht haben. Doch der verfügbare Reichtum erlaubt entgegen der vorherrschenden Meinung unter der Voraussetzung einer weitgehenden Richtungsänderung der Politik soziale und ökologische Reformen statt antisozialer Pseudoreformen. „Eine andere Welt ist möglich.“

Wissen, Fähigkeiten und Kreativität arbeitswilliger Menschen stehen millionenfach bereit – aber dieser kostbarste Reichtum der Gesellschaft wird durch Massenarbeitslosigkeit verschleudert.

Produktions- und Dienstleistungspotential ist im Überschuss vorhanden – aber die Wachstumsschwäche führt zur Nichtauslastung von Kapazitäten.

„Doch er (der Westen – d. Verf.) muss sich zu den vielen bescheidenen und oft schlecht bezahlten Tätigkeiten nicht nur bekennen. Er muss ihnen auch ihre Würde wiedergeben, die er ihnen genommen hat. ... Die Amerikaner sind in diesem Punkt weiter. Man muss ihn erlebt haben, den Schwarzen in Manhattan mit seinem alten Klappstuhl und seinem verblichenen Sonnenschirm, wie er seinen Blick über den Parkplatz schweifen lässt und voller Ruhe erklärt: ‚Ich bin hier der Parkplatzwächter, und ich bin stolz darauf.‘ Der Mann lebt vermutlich nicht gut von seiner Arbeit. Aber er lebt in Würde!“

„Deshalb muss den Bevölkerungen des Westens nunmehr schlagartig bewusst gemacht werden, dass für eine Fortsetzung jener ‚Allen-Wohl-und-keinem-Weh‘-Politik nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die gesellschaftlichen Voraussetzungen entfallen sind.“

MEINHARD MIEGEL, LEITER DES INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFT UND GESELL-

Geldkapital jagt ohn’ Unterlass profitgeil um die Erde – aber in Billionenhöhe findet es nicht zu Zwecken, die das Leben der Beschäftigten verbessern würden.

Weil seit den 70er Jahren weltweit und auch in Deutschland ein Umverteilungsprozess von unten nach oben durchgesetzt wird, fehlt die Massennachfrage, die ein starkes Wachstum tragen könnte. Zusammen mit anderen Faktoren und ungelösten Problemen, die in eine Krise des sozialstaatlichen Kapitalismus – des Fordismus – hineinführten, liegt dies der seit langem andauernden Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zugrunde (Klein et al., 2003: 46 ff; Afheldt, 1994). Wahrscheinlich wird diese Grundtendenz zu schwachem Wachstum trotz zeitweilig möglicher konjunktureller Aufwärtsbewegungen anhalten (Huffschmid u. a.,

2004; Harvey 2003; Harvey, 2004).

Aber die Herrschenden sind erfahrungsresistent. Sie sehen noch reichliche Reserven für die Fortsetzung und Eskalation ihrer antisozialen Politik. Mit der Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen haben sie sich

in Deutschland aufgemacht, um dem Land zu einem neuen radikalen Schub des Abschieds vom europäischen Sozialmodell zu verhelfen. Seit den Bundestagswahlen 2005 setzt die Große Koalition den von der Regierung Schröder/Fischer eingeleiteten Weg fort. Im Selbstverständnis der Wettbewerber um den Abschied vom Rheinischen Kapitalismus ist erst ein Anfang getan. Die Reserven für das Soziale seien eben aufgezehrt. Das ist die Grundannahme, die der Abkehr von allen früheren Vorstellungen über den sozialen Charakter von Reformen zugrunde liegt. Wir sollen durch ein Tal der Tränen und Opfer gehen – zugunsten der ökonomisch Mächtigen. Dann würden diese investieren, so hören wir. Arbeit käme dann zu den Arbeitslosen und Wohlstand zu allen. Jedoch – dieses Rezept wird schon seit drei Jahrzehnten erfolglos praktiziert. Die globalen Kapitalakteure schließen daraus mit seltsamer Logik, dass es umso radikaler durchgesetzt werden muss.

Der sozialstaatliche Typ des Kapitalismus mutiert im Verlauf eines radikalen Bruchs zu einem anderen Typ kapitalistischer Entwicklung. Die sozialen Korrekturen des Marktes werden zur Randgröße. Marktradikale Politik unterwirft die Gesellschaft seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts der profitbestimmten Weltmarkt Konkurrenz.

Der Mythos vom Versiegen sozialstaatlicher Spielräume umgeht eine einfache Frage. Sie ist so einfach, dass sie in der Regel gar nicht erst gestellt wird oder als längst beantwortet gilt. Sie lautet: *Wo bleibt der Reichtum, der aus steigender Arbeitsproduktivität, Ausbildung und Wissen von Millionen Erwerbstätigen, aus der Einführung neuer Technologien, aus weltweiter Arbeitsteilung, modernen Organisationsstrukturen und neuen Betriebsweisen erwächst?*

Diese Frage nach dem Verbleib des allen offiziellen statistischen Angaben zufolge anschwellenden Reichtums wird schon deshalb in den öffentlichen Diskursen in der Regel verdrängt, weil der Reichtum selbst als ein Tabuthema behandelt wird.

„Ähnlich wie das Sexualeben der öffentlichen Kontrolle entzogen ist, beansprucht auch der Reichtum einen Intimschutz.“ (Espenhorst, 1997: 175) Nur geht der Schutz für die Sexualität des Geldes entschieden weiter als der der Sexualität von Männlein und Weiblein, die in Boulevard-Blättern, einschlägigen TV-Sendungen und anderen kommerziellen Unternehmen durchaus öffentlich präsentiert wird. **Intimschutz für den Reichtum**

Für Geldvermögen gelten da ganz andere Regeln. Die amtlichen Vermögensrechnungen beruhen auf einer Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) in jeweils 70.000 Haushalten, die alle fünf Jahre erhoben und auf die Gesamtheit der Haushalte hochgerechnet wird. Darauf stützen sich auch der erste und der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus den Jahren 2001 und 2005. Jedoch – „aus Datenschutzgründen“ wurden monatliche Nettoeinkommen über 17.900 € nicht erfasst. Das heißt, dass mehr als ein Drittel des Geldvermögens in der Statistik überhaupt nicht erscheint (Busch, 2003: 322). Die Einkommen der sehr Reichen bleiben im Dunkeln. Und überdies beruhen die Angaben in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe auf Selbstauskünften der Befragten. Dies führt vor allem in den höheren Einkommensklassen zu erheblichen Verschleierungseffektiven. Auch die auf den Statistiken der Finanzämter beruhenden Angaben des Statistischen Bundesamtes bieten keine zuverlässigen Auskünfte über den tatsächlichen Umfang des Reichtums. Nach Recherchen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wird bei Gewinneinkommen mit einer wahrheitsgemäßen Steuerdeklarationsquote von 55 %, bei Arbeitseinkommen mit einer Quote von 95 % gerechnet (Schäfer, 1996: 20). „Reichtum ist das, worüber man nicht spricht.“ Auf den 340 Seiten des 2. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung beispielsweise handeln bestenfalls 25 Seiten ausdrücklich vom Reichtum in Deutschland. Der innere Machtzirkel der Superreichen gar kommt dort überhaupt nicht vor.

Das Paradoxon In dem von privater und öffentlicher Medienmacht stark beeinflussten Denken wird das Paradoxon verdrängt, dass das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf anschwellenden Reichtum in der westlichen Welt hindeutet und trotzdem die erreichten Masseneinkommen, der errungene Wohlstand, das Niveau der öffentlichen Daseinsvorsorge und die bisherigen Standards sozialer Sicherheit als unhaltbar gelten. Das ausgewiesene Bruttoinlandsprodukt steigt, aber im Widerspruch dazu findet ein Rückzug des Staates aus der Bereitstellung öffentlicher Güter statt. Den Regeln des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) folgend, betrifft er Gesundheit, Bildung, Erziehung, Betreuung, Pflege, Kultur, Umwelt, öffentlichen Nahverkehr u.v.a. Es ist die herrschende Meinung, dass nichts da sei für die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates. Privatisierungsprozesse untergraben im Gegenteil die öffentliche Daseinsvorsorge, die bisher in beträchtlichem Maße dem Ausschluss vieler Menschen vom Zugang zu wichtigen öffentlichen Gütern entgegenstand. Eine einschneidende Hinwendung zur Sicherung natürli-

cher öffentlicher Güter – von Luft, Wasser, Böden, Tieren, Pflanzen und Klima – durch ökologischen Umbau ist nicht in Sicht.

Der Wachstumszuwachs scheint in einer Art Bermuda-Dreieck zu verschwinden. Wo aber bleibt der produzierte Reichtum tatsächlich? Dies ist das Problem, dem sich die hier vorliegende Schrift zuwendet. Überall wird gefragt, wem was weggenommen werden soll. Hier wird die Frage gestellt, wo das bleibt, was schon da ist und noch wächst.

Immer war die Stärke des Kapitalismus, dass er den Reichtum **Spielplan-**
mehrte wie keine Gesellschaft zuvor. Reichtum, das war seine **wechsel**
Verheißung. Allerdings wurde sie bis zur Mitte des 20. Jahr-
hunderts stets nur für die Reichen und zulasten der Lohnabhängigen
und der Armen in großen Regionen der Erde eingelöst. Der sozial-
staatlich relativierte Kapitalismus der zweieinhalb Jahrzehnte nach
dem Zweiten Weltkrieg schien in den reichen Industrieländern sogar
die Perspektive von dauerhaftem Wohlstand für einen breiten Mit-
telstand zu eröffnen. „Wohlstand für alle“ – das war 1957 der Titel der
Bibel sozialer Marktwirtschaft aus der Feder Ludwig Ehrhards (Ehr-
hard, 1957). Reichtum und verbreiteter Wohlstand – das war die
Hoffnung, die viele Entwicklungsländer in den 50er und 60er Jahren
des letzten Jahrhunderts auf eine Modernisierung nach westlichem
Muster setzten. Der Reichtum des Kapitalismus war die Substanz, die
ihm nach 1989 Anziehungskraft auf die östlichen Transformations-
staaten verlieh. Dass Reichtum zugleich höchsten Geheimhaltungsstu-
fen unterliegt, ist ein Widerspruch in der
Realität selbst. Das, worin sich Dynamik
und Macht des Kapitalismus manifestiert,
soll faszinieren und doch zugleich der öf-
fentlichen Einsicht entzogen werden.
Nun aber – so wird uns in der neoliberalen
und neosozialdemokratischen Deutung der
Umbrüche seit Mitte der 70er Jahre und
seit der Implosion einer – wie auch immer
missratenen – sozialistischen Alternative
suggeriert, sei Schluss mit allgemeiner
Teilhabe am Reichtum. Die Fähigkeit des
Kapitalismus, die Reichtumsquellen der
Natur und der Gesellschaft zu erschließen,
scheint versiegt. Die Kulissen, vor denen die Kapitalakteure handeln,
wurden ausgetauscht. Ehedem erstrahlten sie in der Farbe des Goldes
als Symbol der Geldvermehrung. Eine kurze Saison lang stand
„Wohlstand für alle“ auf dem Spielplan. Doch das Stück wurde abge-

Das Bruttovermögen der privaten Haushalte in Deutschland betrug im Jahr 2000 fast 10 Billionen Euro. Werden davon die Verbindlichkeiten abgezogen, verbleibt noch immer ein Nettovermögen von 8,113 Milliarden Euro (DIW, 2002: 90; Busch, 2003: 320). Von 1991 bis 2001 ist das Bruttovermögen in der Bundesrepublik um 80,9 und das Nettovermögen um 78,2 Prozent gewachsen. Sie ist eines der reichsten Länder der Erde und reicher denn je!

BUSCH, 2003: 327

setzt. Nun wird das moderne Welttheater in lumpengrauen Farben präsentiert. „Nehmt den Bedürftigen“ heißt die Neuinszenierung. Nicht einmal, wenn der Reichtum tatsächlich seit drei Jahrzehnten auf rätselvolle Weise verdampfen würde, wäre dies neue Stück legitimiert. Wenn auf mehr Verteilungsgerechtigkeit durch Zuwachs nicht zu rechnen ist, dann müsste das Verfügbare erst recht gerechter verteilt werden. Doch dies ist nicht einmal der Fall. Das Bruttoinlandsprodukt in der Bundesrepublik stieg.

Zusammengefasst: Die Frage nach dem Verbleib des Reichtums hat für die Auseinandersetzung mit der öffentlich verbreiteten Begründung der antisozialen Pseudoreformen größtes Gewicht gewonnen.

In dieser Schrift wird sie in das Engagement für einen alternativen Entwicklungsweg der Gesellschaft eingeordnet. Gegenwärtig ist das universelle Prinzip der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, dass sich in ihr ausnahmslos alles zu „rechnen“ hat – die Menschen und die Natur eingeschlossen. Doch etwa das Verhältnis von Eltern zu ihren Kindern, Liebe, Moral, Gesundheit und Bildung, die Grundlagenforschung, die Überwindung von Hunger und Elend großer Teile der Weltbevölkerung und Friedensstiftung nach innen und außen sperren sich gegen den „kapitalistischen Geist der Rechenhaftigkeit“ (Max Weber). Er mag die technologische Entwicklung voranpeitschen. Er sorgt dafür, dass Millionen Menschen in der so genannten Dritten Welt in Lohnarbeitsverhältnisse hineingerissen und rund um die Erde mit Rationalisierungsprozessen millionenfach wieder aus ihnen ausgeschlossen werden. Er bringt Wohlstand hervor und grenzt zugleich große Teile der Menschheit von ihm aus. Er hat Bedingungen einer „guten Gesellschaft“ hervorgebracht, aber keine gute Gesellschaft. In ihrem 1. Zukunftsbericht „Leben statt gelebt zu werden“ haben Wissenschaftler der Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Vorstellungen von den Umrissen einer solchen Alternative herausgearbeitet:

Ein neues Leitbild der Entwicklung ist überfällig: Eine gerechte Gesellschaft, in der jeder und jedem sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit, Würde und Solidarität zusteht.

In einer solchen Gesellschaft gewinnt eine einfache Frage zentrales Gewicht: Was brauchen Menschen, um über ihr Leben selbst entscheiden zu können? Es liegt nahe, dass dies für einen großen Teil der

Menschheit vor allem eine Ernährung ist, die sie vor Hunger und Mangelkrankheiten schützt. Für sie steht eine „sehr elementare Freiheit im Mittelpunkt: die Fähigkeit, zu überleben und nicht vorzeitig zu sterben.“ (Sen, Nobelpreisträger für Wirtschaft, 1999: 36)

Als elementare freiheitsverbürgende Güter – als Freiheitsgüter – sind darüber hinaus wohl anzusehen: demokratische Partizipation an Entscheidungen in der Gesellschaft, existenzsichernde Arbeit, Bildung und Kultur, soziale Sicherheit gegen Lebensrisiken, hochwertige Leistungen des Gesundheitswesens und eine gesunde Umwelt in Frieden und Gewaltlosigkeit. Sozial gleiche Teilhabe an diesen Freiheitsgütern ist die Bedingung individueller Freiheit. Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt der Gerechtigkeit.

Die erreichte Fülle des Reichtums bietet die Chance, solcher Gesellschaft nahe zu kommen. Doch wo verbleibt der Reichtum angesichts des verbreiteten Mangels an Freiheitsgütern bei großen Teilen der Menschheit und bei vielen selbst in der reichen westlichen Welt?

1. 2. Übliche Antworten

Im Mainstream-Diskurs wird die weitreichende Frage nach dem Verbleib des Reichtums interessengeleitet in eine viel engere Fragestellung verwandelt. Sie löst sich in die Klage über zu geringes Wachstum auf, als wären alle Fragen der sozialen und geographischen Verteilung des Reichtums, seiner stofflichen Struktur, der Richtungen seiner Verwendung und seiner kulturell-geistigen Dimensionen auf die Höhe der Wachstumsraten reduzierbar.

Der Mythos vom Verschwinden des Reichtums wird mit weiteren Mythen verwoben (Müller, 2004; Klein, 2004: 11 ff):

- Fast allgegenwärtig ist das Argument, das Wachstum werde durch zu hohe Lohnnebenkosten, vor allem durch überhöhte Unternehmerbeiträge zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme gehemmt. In Wahrheit sind die Lohnnebenkosten nur ein Teil der Lohnstückkosten. Die aber sind das Entscheidende in der Konkurrenz. Ihr Anstieg ist seit 20 Jahren in Deutschland geringer als in allen anderen Industrieländern mit Ausnahme Japans und – in den letzten Jahren – Österreichs. Im Verhältnis zu 1980 waren die realen

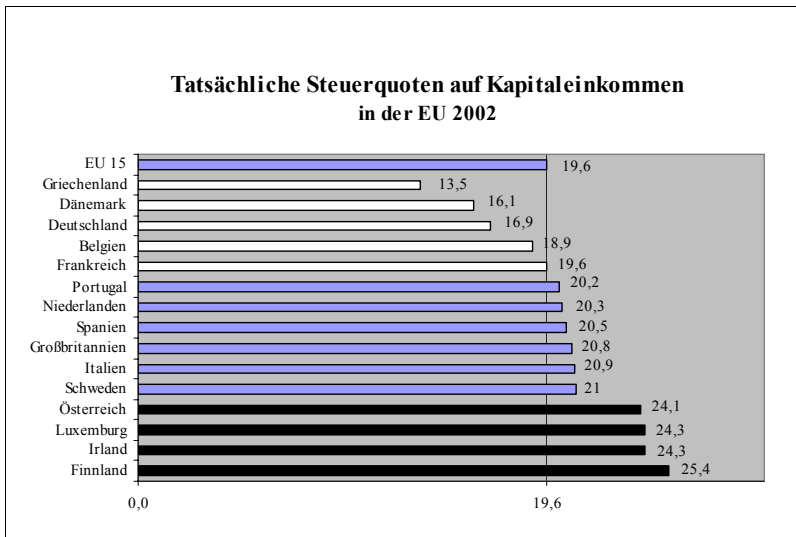
Die Antwort der Herrschenden: ein Gemisch von Mythen

„Erst wenn wir alle fiktiven Lösungen los sind, haben wir vielleicht die Chance, endlich die wahren Probleme wahrzunehmen und nicht die, mit denen man uns ständig ablenken will. Nur über einen Bruch mit den raffiniert zurechtgelegten Geschichten, falschen Sichtweisen und Täuschungen kommen wir an die Dinge heran, die uns wirklich angehen.“

FORRESTER, 1997: 79

Lohnstückkosten bis 2002 um 7 Prozent gesunken und lagen unter denen der USA, Japans, Großbritanniens und Frankreichs. Es ist also nicht mehr als ein Mythos, dass zu hohe Lohnnebenkosten den Reichtumszuwachs der Bundesrepublik beschneiden würden (DGB-Bundesvorstand, 2003: 14 ff; DIW, 14/2004).

- Ein weiterer Mythos zugunsten der Reichen und der Unternehmen lautet, die Unternehmenssteuern seien zu hoch in Deutschland. Das Kapital würde zu stark belastet. Die deutsche Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten sei dadurch empfindlich gemindert. Wer Reichtumszuwachs wolle, der müsse vor allem die Unternehmen steuerlich entlasten. So lautet die Schlussfolgerung. Tatsächlich liegt die reale Steuerbelastung von Kapitaleinkommen, die durch viele Abschreibungs- und Befreiungsmöglichkeiten von den gesetzlichen Steuertarifen erheblich abweicht, im internationalen Vergleich im unteren Drittel.



EU-KOMMISSION: STRUCTURES OF THE TAXATION SYSTEM IN THE EU. LUX 2004, S. 120 – ENTNOMMEN AUS: DIETER EIBEL, 2005A: 5

- Ein Mythos also, dass zu hohe Unternehmenssteuern dem Wachstum und damit dem Reichtumszuwachs entgegenstünden! Ein Mythos, der auch damit kollidiert, dass die Bundesrepublik selbst in den letzten Jahren eines depressiven Wirtschaftsverlaufs Exportweltmeister geblieben ist. Aber dieser Mythos hat eine sehr praktische Funktion. Wer auf sich hält unter den altetablierten deutschen Parteien, beteiligt

sich an ihrem neuesten Wettbewerb: Wer wird Superstar im Steuer-senkungsspiel? Die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent steht der Entlastung der großen Unternehmen und Vermögenden nicht entgegen. Sie trifft in erster Linie die Normalverbraucher und kleinen Händler und Firmen, die die Steuererhöhung nicht voll auf die Käuferinnen und Käufer abwälzen können. Die Unternehmen dagegen wurden von 2001 bis 2004 um 98,1 Milliarden Euro Steuerlast im Verhältnis zum Steueraufkommen im Jahr 2000 befreit. Die nächste Unternehmenssteuerreform wurde von der Regierung Merkel bereits angekündigt.

| Gesenkte Steuern für Unternehmen und Konzerne (in Mrd. Euro) 98,1 Mrd. Euro Steuerausfall gegenüber 2000: | | | | | |
|--|------|--------------------|------|------|------|
| | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 |
| Körperschaftsteuer | 23,6 | - 0,4 ¹ | 2,9 | 8,3 | 13,1 |
| Kapitalertragssteuer | 20,8 | 29,8 | 22,5 | 16,6 | 16,7 |
| Gewerbesteuer | 27,0 | 24,5 | 23,5 | 24,1 | 28,4 |
| veranlagte Einkommenssteuer | 12,2 | 8,8 | 7,5 | 4,6 | 5,4 |
| Summe | 83,6 | 62,7 | 56,4 | 53,6 | 63,6 |
| Steuerausfall im Vergleich zu 2000 | | 20,9 | 27,2 | 30,0 | 20,0 |
| ¹ Steuerrückerstattung | | | | | |

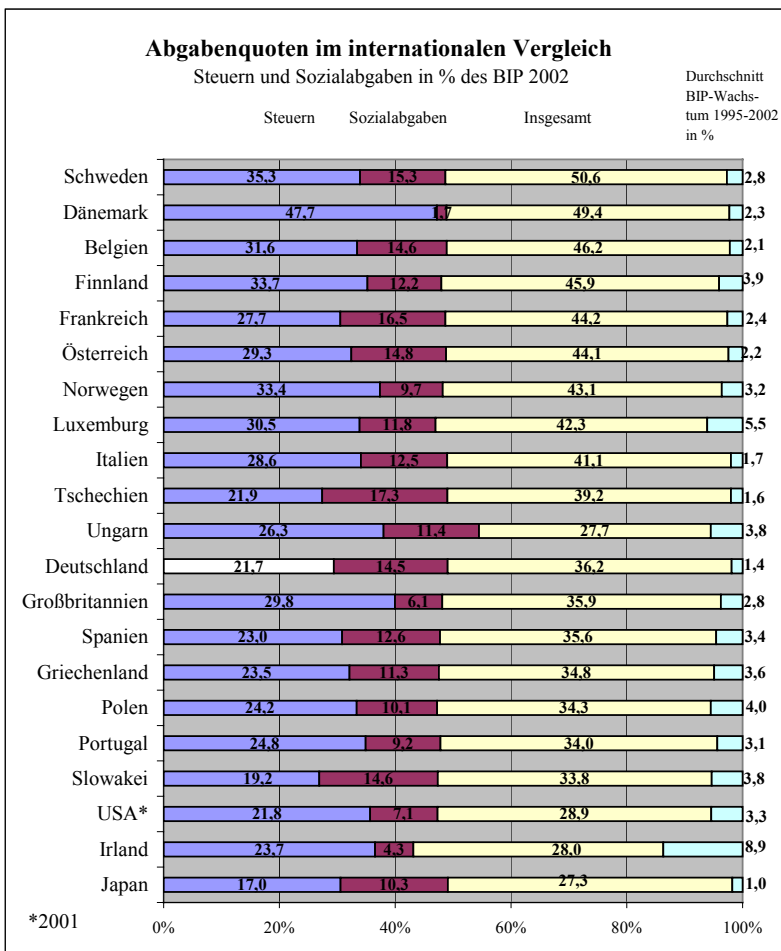
QUELLE: DEUTSCHE BUNDESBANK, MONATSBERICHT 6/2005.

ENTNOMMEN AUS: EIBEL, 2005B

- Der Standort Deutschland, so lautet ein weiterer Mythos, sei durch das Ausufern des Sozialstaats überfordert. Dessen Leistungen seien eine Hängematte für Faulenzer. Zu hohe Sozialleistungen hätten die Leistungsbereitschaft vieler Bürgerinnen und Bürger untergraben – der Antrieb dahin für die Mehrung des Reichtums. Defizite in den Kassen anstelle von Handlungsspielräumen seien die Folge.

„Dazu hat die lange Wohlstandsperiode die Menschen zu satt, zu träge und zu schläfrig gemacht. Was sie wollen, ist Sicherheit, Behaglichkeit, Vergnügen.“

PROF. MEINHARD MIEGEL, 2005: 237



OECD-REVENUE STATISTICS 1975-2002; PRODUCTIVITY DATA BASE 28.6.2004;
WWW.OECD.ORG. ENTNOMMEN AUS: EIBEL, 2005B: 5

Doch Mythen kollidieren mit den Tatsachen. Wahr ist, dass der Anteil sozialstaatlicher Leistungen am Bruttoinlandsprodukt, die Sozialleistungsquote, seit 25 Jahren trotz der gestiegenen Arbeitslosigkeit und der großen sozialen Probleme in den neuen Bundesländern nahezu gleich geblieben ist und in Westdeutschland sogar deutlich unter dem Niveau der 70er Jahre liegt (ver.di, 2003: 19). Pro Kopf sind viele Sozialleistungen sogar gesunken.

Die nächsten Verschlechterungen sind bereits beschlossen. Dass ausgerechnet die Empfänger von Sozialleistungen jene soziale Gruppe

sein sollen, deren angebliches Parasitentum die Gesellschaft große Teile ihres verfügbaren Reichtums koste, ist ebenso unwahr wie absurd und zynisch.

Die Antwort der Linken auf die Frage nach dem Verbleib des Reichtums in der Gesellschaft lautet in der Regel: Der Reichtum schwindet nicht, er wird von unten nach oben umverteilt. Er konzentriert sich in den Händen der Machteliten. Für große Teile der Bevölkerung kommt dies der Minderung des für sie verfügbaren Reichtums gleich. Das trifft den Kern der Sache, ist aber – wie sich zeigen wird – nur ein Teil der Wahrheit. **Die Antwort der Linken**

Diese kritische Sicht ist nicht mehr allein der Standpunkt von Linken. Er wird von beachtlichen Teilen der deutschen Wahlberechtigten geteilt, wie eine repräsentative Studie ausweist. **Die öffentliche Meinung**

| Überall fehlen Mittel für die Lösung dringender Probleme. Was meinen Sie: wo bleibt eigentlich der geschaffene Reichtum? | | | | | |
|---|-------------------|--------------------|--------------------|-------------------|------------------------|
| Der Reichtum wird | ganz genau | überwiegend | teils teils | eher nicht | überhaupt nicht |
| Westdeutsche | | | | | |
| zu Sozialeinkommen Arbeitsloser | 17,4 | 20,4 | 32,0 | 18,2 | 12,0 |
| als Profit konzentriert | 33,1 | 29,4 | 21,8 | 8,1 | 1,7 |
| zur Alterssicherung verwendet | 7,9 | 12,8 | 31,8 | 30,3 | 17,2 |
| zu Sozialhilfe Nichtarbeitswilliger | 19,7 | 12,0 | 32,8 | 24,1 | 11,4 |
| zum Mittel für Spekulationsgeschäfte | 18,1 | 19,4 | 39,3 | 19,8 | 4,5 |
| für Rüstung und Militäreinsätze ausgegeben | 15,5 | 17,0 | 39,5 | 23,6 | 4,5 |
| im Gefolge von Umweltzerstörungen verschlungen | 8,9 | 11,5 | 33,5 | 34,4 | 11,6 |
| Ostdeutsche | | | | | |
| zu Sozialeinkommen Arbeitsloser | 10,6 | 12,9 | 25,0 | 32,6 | 18,8 |
| als Profit konzentriert | 45,8 | 31,5 | 17,3 | 4,4 | 1,0 |
| zur Alterssicherung verwendet | 4,4 | 5,1 | 31,4 | 39,2 | 19,9 |
| zu Sozialhilfe Nichtarbeitswilliger | 9,1 | 6,6 | 36,7 | 34,2 | 13,4 |
| zum Mittel für Spekulationsgeschäfte | 23,0 | 30,1 | 31,8 | 12,7 | 2,4 |

**Überall fehlen Mittel für die Lösung dringender Probleme.
Was meinen Sie: wo bleibt eigentlich der geschaffene Reichtum?**

| Der Reichtum wird | ganz genau | über- wiegend | teils teils | ehrer nicht | über- haupt nicht |
|--|-----------------------|--------------------------|------------------------|------------------------|----------------------------------|
| für Rüstung und Militäreinsätze ausgegeben | 26,1 | 28,6 | 34,4 | 9,4 | 1,5 |
| im Gefolge von Umwelterstörun- gen verschlungen | 11,5 | 23,0 | 35,3 | 24,7 | 5,5 |

QUELLE: CHRAPA, MICHAEL/WITTICH, DIETMAR, 2003: BÜRGERMEINUNG 2003. PROBLEME – WAHRNEHMUNG, ZUKUNFTSBILDER UND MEINUNGEN ÜBER POLITISCHE AKTEURE. HALLE/BERLIN

Der weitaus größte Teil der Befragten – 64,7 % der Westdeutschen und 76,4 % der Ostdeutschen – ist ganz oder überwiegend der Auffassung, dass der Reichtum sich vorwiegend in Gestalt des Profits bei Unternehmen und Vermögenden konzentriert. Das Reichtumsproblem wird von einer Mehrheit vorrangig als Problem ungleicher und ungerechter Verteilung betrachtet.

Eine große Zahl der Befragten vermutet zudem, dass der geschaffene Reichtum in Spekulationsgeschäfte gesteckt wird. 36,9 % der Westdeutschen und 54,4 % der Ostdeutschen teilen diese Vermutung ganz oder überwiegend.

Den Aufwand oder die Vergeudung von Reichtum für Rüstung und Militäreinsätze betonen 35 % der Westdeutschen und 62,9 % der Ostdeutschen.

Die starke Wirkung meinungsbildender Verbreitung von Mythen, die ausgerechnet die Sozialhilfeempfänger als angeblich arbeitsscheue Verbraucher großer Teile des gesellschaftlichen Reichtums hinstellen, zeigt sich darin, dass 41 % der westdeutschen Befragten dieses Urteil ganz oder überwiegend teilen. Bei den Ostdeutschen verfängt diese Deutung entschieden weniger. Aber immerhin stimmen ihr 17,1 % ganz oder überwiegend zu. In Ost und West neigen zudem noch rund ein Drittel der Befragten zumindest teilweise zu dieser absurden Zuschreibung.

In geringem Maße wird in der öffentlichen Meinung die Auffassung geteilt, dass die Alterssicherung große Teile des Reichtums verschlinge. Nur wenige Ostdeutsche sehen das als eine wesentliche Ursache für das Fehlen öffentlicher Mittel für andere wichtige Aufgaben an.

Viele Westdeutsche, aber relativ wenige Ostdeutsche nehmen an, dass die Arbeitslosigkeit den Defiziten in den öffentlichen Haushalten

zugrunde liegt und Teile des Reichtums verschlingt.

Überraschend ist, dass ein weit größerer Anteil der ostdeutschen Befragten (46,4 %) als der westdeutschen (19,8 %) eine Minderung des Reichtums durch Umweltzerstörung annimmt. Insgesamt zeigt diese Impression vom öffentlichen Bewusstsein über den Umgang mit dem Reichtum in der Gesellschaft eine dominante Wahrnehmung der Reichtumskonzentration bei den ökonomisch Mächtigen. Sie verweist auf eine starke Aufmerksamkeit für den spekulativen Einsatz von Reichtum und auf ein waches Bewusstsein über die Bindung des geschaffenen Reichtums durch militärische Zwecke. Deutlich wird aber auch die Anfälligkeit der öffentlichen Meinung für Versuche, ausgerechnet die Ärmsten in der Gesellschaft für einen unrechtmäßigen Verbrauch nennenswerter Anteile am gesellschaftlichen Reichtum verantwortlich zu machen.

Die Begründung der neoliberalen „Reform“-Offensive mit dem Schwinden ökonomischer Handlungsspielräume – implizit also mit dem Mangel an verfügbarem Reichtum – und die Mythenbildung um realen oder behaupteten Mangel stärken die hier vertretene Auffassung, dass einer gründlichen Auseinandersetzung mit dem Verbleib des Reichtums in der Gesellschaft höchste Dringlichkeit zukommt. Die kritischen Vorstellungen großer Teile der Bevölkerung über die tatsächlichen Ursachen für die allgegenwärtigen Finanzdefizite verweisen auf gute Chancen dafür. Die verbreiteten Mythen sind wirkungsmächtig, aber sie ruhen auf wackligen Fundamenten.

Zunächst erfordert ihre Kritik eine Präzisierung der Frage nach den zum großen Teil undurchsichtigen Wegen, die der Reichtum in der Gesellschaft nimmt.

1.3. Problematisierung der „einfachen Frage“

Den Verbleib des Reichtums zu untersuchen, erfordert die Unterscheidung verschiedener Ebenen des Problems:

Erstens findet ein tatsächlicher Reichtumsverlust für beachtliche und wachsende Teile der Bevölkerung – in vielen Ländern sogar für die überwältigende Mehrheit – durch soziale Polarisierung statt.

Nicht der Reichtum selbst verschwindet, sondern Umverteilung von unten nach oben und von „Süd“ nach „Nord“ führt zur Reichtumsmehrung bei den Machteliten der OECD-Welt und in den Händen der oft korrupten Oberschichten in

Drei Perspektiven auf den Verbleib des Reichtums

„Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an.

Und der Arme sagte bleich:
Wär ich nicht arm, wärest du nicht reich.“

BERTOLT BRECHT

den so genannten Entwicklungsländern. Die Kehrseite ist die Abwesenheit von Reichtum bei der Mehrheit der Bevölkerung und reales Schwinden der Ressourcen für ein menschenwürdiges Leben bei den sozial Benachteiligten in den Industrieländern. In weiten Erdregionen wächst die Armut.

Der Reichtumsverlust, der die sozial schwächeren Teile der Gesellschaft als Kehrseite der Reichtumskonzentration betrifft, hat unterschiedliche Formen. Dazu gehören Realeinkommenseinbußen, Privatisierung öffentlicher Güter, Einschränkungen der staatlichen und solidarischen Daseinsvorsorge und Abbau bisher erreichter sozialstaatlicher Leistungen.

Zweitens sind davon absolute Reichtumsverluste zu unterscheiden. Sie erfolgen dadurch, dass Teile des geschaffenen stofflichen Reichtums wieder zerstört werden. Diese Zerstörung umfasst u.a. die Folgen von Umweltkrisen, Kriegen, Verkehr, Rezessionen und strukturellen Krisen, Finanzkrisen und vermeidbaren Krankheiten (siehe 3. Kapitel).

Kaum bestreitbar ist, dass der Reichtum in der Gesellschaft im Gefolge solcher Zerstörungsprozesse nicht in dem Maße steigt wie das statistisch ausgewiesene Inlandsprodukt. Offen ist, ob der verfügbare Reichtum mindestens in wirtschaftlichen Krisenphasen bereits sinkt, vielleicht aber schon bei sehr schwachem Wachstum.

Drittens treten Reichtumseinbußen für große Teile der Gesellschaft dann ein, wenn der Reichtum zwar wächst, jedoch in solchen wohlfahrtsmindernden Gebrauchswertformen, die einem negativen Nutzen für die Bevölkerungsmehrheit gleichkommen. Beispiele für diese Konstellationen sind die Ausweitung der Rüstungsindustrie (siehe 3. Kapitel), Überakkumulation und Fehlinvestitionen mit der Folge der Nichtauslastung von Produktions- und Dienstleistungskapazitäten und spekulative Kapitalanlagen auf den Finanzmärkten (siehe 5. Kapitel). Die manipulierende Ausweitung der Werbebranche über nützliche Verbraucherinformationen hinaus und ihr Einmünden in eine Umwelt zerstörende Wegwerfgesellschaft hat eine ähnliche Wirkung. Die Kosten der Arbeitsmarktflexibilität in Gestalt immer weiterer und teurerer, den Arbeitnehmern abverlangter und durch Zersiedlung bedingter Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz führen ebenfalls zu rechnerischer Reichtumssteigerung bei Verschlechterungen für die Betroffenen.

In allen diesen Fällen finden Menschen im Rahmen von Wirtschaftsstrukturen Arbeit, die insgesamt der Gesellschaft Ressourcen entziehen. Ressourcen, die für dringliche Aufgaben in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kultur und für andere notwendige Infrastrukturinvestitionen fehlen und dort Reichtumsdefizite zur Folge haben. Die

erzielten Einnahmen in den genannten Kapitalanlagesphären erscheinen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts. Aber nach dem Maßstab der Sicherung sozial gleicher Teilhabe für jede und jeden an Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit sind sie Fehlinvestitionen.

Ganz augenfällig sind z.B. Verkehrsunfälle mit Milliardenverlusten für die Gesellschaft verbunden, mit materiellen Verlusten und solchen an Gesundheit und Leben. Aber die Einkommen der Beschäftigten in Abschleppdiensten, Reparaturwerkstätten, Verkehrspolizei, Gesundheitsdienst, Pfarramt und Bestattungsdiensten erscheinen als Steigerung des Sozialprodukts. Reichtumsverluste scheinen sich in Wirtschaftserfolge zu verkehren.

Eine Grundmelodie klingt hier an, die unseren Exkurs in die Welt des Reichtums ständig begleiten wird. Mythen und seltsame Verkehren von Verlusten in scheinbare Gewinne werden uns immer wieder begegnen. Mitten in der Informationsgesellschaft entzieht sich der Reichtum als Quelle von Macht auf unterschiedlichste Weise sachgerechter Information der Öffentlichkeit.

Die Unterscheidung dieser drei Perspektiven in der Betrachtung des Reichtumsverbleibs ermöglicht erste zentrale Annahmen: **Drei Schlussfolgerungen**

- Wenn der Reichtum in der Lebensrealität großer Teile der Bevölkerung schwindet, weil er in der Verfügung von Minderheiten als deren Profit und Vermögen wächst und deren Macht stärkt, gewinnen *Kämpfe um Verteilungsgerechtigkeit* eine erneute und zunehmende Bedeutung. Jedoch – im Unterschied zu verbreiteter einseitiger Zuwendung zu Verteilungsfragen ist dies nur ein Teil eines notwendigen, viel weiter reichenden Wandels, wie sich zeigen wird.
- Wenn in den Grundstrukturen der kapitalistischen Gesellschaft ebenso ein in früheren Gesellschaften unvorstellbares Wachstum wie zugleich ein nie gekanntes Ausmaß der Zerstörung von Reichtum wurzelt, müssen *alternative Entwicklungswege* gefunden werden. Solche Wege müssen den Widersinn überwinden, dass Durchkapitalisierung und Durchrationalisierung auf die Ausschöpfung jedes Quäntchens menschlichen Leistungsvermögens zielen, dass dies jedoch in einer Weise geschieht, die rücksichtslose Fehlleitung und Vernichtung großer Teile des hervorgebrachten Reichtums einschließt.
- Wenn ferner Reichtum von vornherein in solchen Gebrauchswertstrukturen produziert wird, die gemessen an dem Maßstab, dass der

größte und „wirkliche Reichtum ... die entwickelte Produktivkraft aller Individuen“ und „der Mensch selbst in seinen gesellschaftlichen Beziehungen“ ist (Marx, MEW. Bd. 42: 602, 604, 445, 608), einen Abzug von den für solches Ziel erforderlichen Bedingungen mit sich bringen, dann muss nach *anderen Regulationsweisen* gesucht werden, die andere Strukturen des Sozialprodukts hervorbringen.

Was ist eigentlich Reichtum?

Diese Überlegungen führen direkt zu der Frage hin, was Reichtum eigentlich ist. Denn es zeigt sich, dass die Reichtumsmehrung nach dem Maßstab der Profitsteigerung nicht selten dem Verlust von Reichtum nach dem Maßstab der Persönlichkeitsentfaltung jeder und jedes einzelnen in der Gesellschaft gleichkommt. In der hier vorgelegten Studie werden miteinander widersprüchlich verbundene Dimensionen des Reichtums unterschieden:

- Gesellschaftlicher Reichtum an Ressourcen, der „an sich“ für die Entwicklung der Gesellschaft als Ganzes und für ihre öffentlichen Aufgaben verfügbar ist. Er umfasst Naturressourcen, menschliche Produktivkraft und von Menschen geschaffene Wirtschafts- und Kulturrressourcen. Eine Gesellschaft erscheint uns umso reicher, je mehr solcher Ressourcen sie besitzt. Aber dieser Reichtum kann die Gestalt öffentlichen Reichtums für alle und gerecht verteilten persönlichen Eigentums annehmen – oder die Form hochkonzentrierten privaten Reichtums von Minderheiten.

- Kapital- und Vermögensreichtum ist die Daseinsform der größten Teile des gesellschaftlichen Reichtums – des Geldvermögens, des Produktivvermögens, der Immobilien und des Gebrauchsvermögens. Er konstituiert Macht, führt zu sozialer Polarisierung und zu destruktiven Fehlentwicklungen in der Struktur des Reichtums. Die Folge ist, dass vielfach der „an sich“ vorhandene Reichtumszuwachs zu Verlusten der Wohlfahrt großer Teile der Gesellschaft führt.

- Humanreichtum als „Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur“ (Marx, MEW. Bd. 26.2.: 111), als „Bereicherung des menschlichen Wesens selbst“ (Marx, MEW. Bd. 40: 545) – als Entfaltung aller produktiver Fähigkeiten, sprachlicher und künstlerischer Ausdrucksmöglichkeiten, der Fähigkeiten zur Aufnahme des Ästhetischen in der Umwelt, der Genussfähigkeit im weitesten Sinne und des Reichtums menschlicher Beziehungen. Die Entfaltung dieses „wirklichen Reichtums“ (Marx) wird durch die Bewegung des Reichtums als Kapital in skandalöser Weise blockiert und geschädigt.

Eine Unterscheidung dieser Dimensionen liegt völlig außerhalb des Denkrahmens, der die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesrepublik bestimmt. Sie ist jedoch unverzichtbar. Sie erlaubt mit den

Antworten auf die Frage nach dem Verbleib des gesellschaftlichen Reichtums zugleich eine viel weiter reichende Kapitalismuskritik als allein die dringliche Kritik an der herrschenden Verteilungsgerechtigkeit.

| Struktur des Reichtums | | |
|---|---|---|
| ★ Werte- und Sachreichtum (überwiegend in Gestalt von Kapitalreichtum) | | |
| ➤ Einkommensreichtum Einkommen aus eigener Tätigkeit Einkommen aus Vermögen (Zinsen, Mieten, Pachten, Einnahmen aus Patenten/ Lizenzvergaben/ ...) | ➤ Geldvermögen als Reichtum Bargeld Wertpapiere Forderungen/ Guthaben | ➤ Reichtum an Wirtschaftsressourcen Eigentum an Produktionsmitteln (Produktiv- oder Betriebsvermögen) Eigentum der Banken und Investmentfonds an Wirtschaftsressourcen Eigentum in Wirtschaft und kultureller Sphäre an immateriellen Wirtschaftsressourcen |
| ➤ Grund- und Immobilienvermögen | ➤ Erworbene Ansprüche Pensionsansprüche Rentenansprüche Urheberrechte | ➤ Gebrauchsvermögen Wohnungseinrichtungen Kleidung Schmuck Kunstgegenstände Automobile Boote ... |
| ★ Humanreichtum | | |
| ➤ Bildung | ➤ Partizipation | ➤ Soziale Sicherheit |
| ➤ Kultur | | ➤ Reichtum zwischenmenschlicher Beziehungen |
| ➤ Gesundheit | | ➤ Freizeit |

Bei der weiteren Annäherung an die Bestimmungen des Reichtums wird deutlich werden, dass schon zwischen der durch menschliche Arbeit geschaffenen Gebrauchswertseite des Reichtums und seiner Wertseite ein widersprüchliches Verhältnis besteht. Der produzierte Wert, das in Preisen ausgedrückte Bruttoinlandsprodukt und die Profite können durch den Verkauf von hochwertigen Rüstungs- und anderen Gütern wachsen, während dringlicher Bedarf nach Gebrauchsgütern, die für ein menschenwürdiges Leben aller unverzichtbar sind, nicht gedeckt oder Gebrauchswerte durch Kriege, Umweltschäden und andere Umstände sogar zerstört werden.

Humanreichtum ist der Gegenstand eines kurzen letzten Kapitels in dieser Schrift. Hier ist zunächst nur festzuhalten, dass von der Verfügung über ökonomisches Kapital (Geldvermögen, Betriebsvermögen, Immobilienvermögen) in hohem Maße die Teilhabe an kulturellem Kapital und Sozialkapital (vgl. Kapitel 2.5.) abhängt (Bourdieu, 1983).

Kulturelles Kapital

Kulturelles Kapital existiert vor allem in Gestalt der Bildung und des kulturellen Habitus der Einzelnen. Es erscheint äußerlich in den Bildungsabschlüssen, beispielsweise in schulischen Zeugnissen, Berufsabschlüssen und akademischen Titeln. Über die Chancen von Individuen, sich kulturelles Kapital anzueignen, wird bereits weitgehend durch das bildungsorientierte oder bildungsferne häusliche Umfeld entschieden. Der Umgang mit Kultur von Kindesbeinen an und die Verfeinerung der Sinne dafür oder Mangel an solchem Zugang haben erheblichen Einfluss auf den Bildungsverlauf. Materiell hängt dieser von den wirtschaftlichen Möglichkeiten in Familien ab, den Kindern und jungen Erwachsenen eine hochwertige und unter Umständen lange Ausbildung zu sichern.

Die soziale Herkunft wirkt schließlich – nur mäßig korrigiert durch Begabtenförderung von Kindern aus gering verdienenden Schichten – als ungeschriebene Aufnahmebedingung in Elitebildungseinrichtungen.

Eliten - Bildung

USA:

„Schulen wie die Phillips Exeter Academy, die Taft School oder die St. Pauls School sorgen mit Schulgebühren von ungefähr 23.000 Dollar und Gesamtkosten (inkl. Unterkunft und Verpflegung) von gut 30.000 Dollar für ein hohes Maß an sozialer Exklusivität.“ An den amerikanischen Eliteuniversitäten betragen

die Studiengebühren pro Jahr 35.000 bis 50.000 Dollar. (Hartmann, 2004: 124 f)

Großbritannien:

„Die 25 führenden Banken und Versicherungen werden zu fast 90 Prozent von ehemaligen Schülern einer Public School geführt, zu einem knappen Drittel allein von Etonians (Eton-Absolventen – d. Verf.), und zu knapp zwei Dritteln von Oxbridge-Absolventen (Oxford und Cambridge – d. Verf.).“ (ebenda: 120) „Nur drei von zwölf Premierministern seit 1945 haben nicht in Oxford oder Cambridge studiert ...“ (ebenda)

Frankreich:

„Mit gerade einmal 500 Absolventen pro Jahr, d. h. 0,6 Promille eines Jahrgangs, machen die (Elitehochschulen) ENA und die École Polytechnique die Mehrzahl der entscheidenden Spitzenpositionen in der französischen Gesellschaft unter sich aus.“ „Von den PDG der 100 größten Unternehmen ist fast jeder zweite in einer großbürgerlichen Umgebung aufgewachsen und noch einmal gut 40 Prozent in einer bürgerlichen Familie.“ (ebenda: 115)

Deutschland:

Auch ohne so ausgeprägte Eliteeinrichtungen wie in anderen Ländern funktioniert die Abhängigkeit der Bildung vom sozialen Status auch in Deutschland so gut, dass „fast die Hälfte der Vorstandsvorsitzenden der 100 größten deutschen Unternehmen aus dem großbürgerlichen und ein weiteres Drittel aus dem gehobenen Bürgertum stammt“ (ebenda: 138).

Bildungstitel spielen eine erhebliche Rolle für den Eintritt in Karrieren und ihren Verlauf. Bei aller eigenständigen Bedeutung des kulturellen Kapitals für die Lebenschancen von Menschen bleibt doch das ökonomische Kapital die wichtigste Grundlage für die Teilhabe an kulturellen Ressourcen. Das trifft auch für alle anderen qualitativen Faktoren zu, die den Humanreichtum ausmachen. Gesundheit beispielsweise als ein Gut ersten Ranges für eine reiche Lebensqualität ist durchaus mehr oder weniger abhängig vom sozialen Status der Einzelnen. Dieser entscheidet in den Ländern des „Südens“ über Leben oder Tod von Millionen Menschen. Selbst in den reichen Industrieländern hängt

„In Deutschland sterben arme Menschen durchschnittlich sieben Jahre früher als reiche Bevölkerungsgruppen. Wohlhabende können im Schnitt sogar zwölf Jahre länger ein Leben ohne Krankheit oder Behinderung führen.“

PROF. GERHARD TRABERT, SOZIAL-MEDIZINER (DIE TAGESZEITUNG, 3. JULI 2003)

das durchschnittlich erreichbare Lebensalter stark von der Zugehörigkeit zu sozialen Milieus ab.

In dieser Schrift wird zunächst die Wertseite der Reichtumsentwicklung, vor allem in Gestalt der Entwicklung von Geldeinkommen und Geldvermögen, im Vordergrund stehen, verknüpft jedoch mit dem Blick auf die Entwicklung der Gebrauchswertstrukturen. Dabei wird allerdings stets ein Bezug zur Wirkung dieser Seiten der Reichtumsentwicklung auf den Humanreichtum herzustellen sein. Später wird dessen Entwicklung selbst in Umrissen behandelt.

Der Ausgangspunkt ist also nicht eine fertige Definition des Reichtums, sondern diese wird sich eher aus der Auseinandersetzung mit seinen verschiedenen Facetten ergeben.

Bisher ist nur in sehr allgemeiner Form festgestellt worden, dass der geschaffene Reichtum – sowohl in der sinnlichen Gestalt von Gebrauchswerten als auch in seinen Wertformen (Einkommen, Geldvermögen) – einer sozialen Polarisierung unterliegt, teils durch Zerstörungsprozesse gemindert wird und teils in Formen existiert, deren Kehrseite öffentliche und private Armut ist. Dies ist näher zu betrachten. Doch zuvor drängt sich eine Frage auf.

1.4. Warum sozialer Krieg anstelle gewöhnlicher Reichtumsmehrung?

Was hat seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts dazu geführt, dass an die Stelle eines – wenn auch begrenzten – sozialen Ausgleichs der dem Markt eigenen Kälte eine förmliche Reichtumsexplosion zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit geschieht? Was sind die Ursachen dafür, dass die von vielen schon für überwunden gehaltene soziale Frage mit neuer Wucht die Entwicklung in der Gesellschaft und die Ängste großer Teile der Bevölkerung auch in den reichen Ländern bestimmt?

Warum vollzieht sich der Polarisierungsprozess in der Verteilung des Reichtums mit seiner fortschreitenden Mehrung nicht eher langsamer, eher abgefedert durch die Fortsetzung des einstigen „Fahrstuhleffekts“ (Beck, 1986: 124)? Warum findet stattdessen eine rigoros verstärkte Umverteilung von unten nach oben im Vergleich zu den zweieinhalb „goldenen“ Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg statt? Ist den Reichen einfach nur eingefallen, dass sie beschleunigt noch reicher werden wollen? Solche Subjektivierung wird hier ausgeschlossen.

Keine Verteufelung der Reichen

In diesem Buch geht es nicht um eine Verteufelung der Reichen, sondern um die Kritik solcher Eigentums- und Machtverhältnisse, unter denen der Kapitalreichtum

zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit und mit destruktiven Folgen anwächst.

Nicht wenige unter den Reichen sind sich durchaus bestürzen-der Folgen der Kämpfe um Reichtumsmehrung bewusst. Der Hass und die Gewalt, die in der Armut als Gegenpol des Reichtums Wurzeln haben, sind für sie selbst oft fatal und bedrohlich. Jene unter ihnen, die mit wachsendem äußeren Reichtum Schaden an ihrem inneren Reichtum genommen haben, die ihre Skrupel und ihr Gewissen eingebüßt haben, mögen es den Ausgegrenzten vorwerfen, dass sie selbst sich mit privaten Bodyguards und Wachdiensten schützen müssen. Andere jedoch reflektieren die Diskrepanzen, in die sie durch ihr Doppeldasein als Bürger und als Akteur der Reichtumsakkumulation geraten. George Soros, einer der Erfolgreichsten auf den globalen Finanzmärkten, schrieb: „Dieses Eindringen der Marktideologie in Bereiche, die jenseits von Wirtschaft und Ökonomie liegen, hat zweifellos zerstörerische und demoralisierende Folgen für die Gesellschaft. Doch ist der Marktfundamentalismus inzwischen so mächtig, dass alle politischen Kräfte, die sich ihm zu widersetzen wagen, kurzerhand als sentimental, unlogisch oder naiv gebrandmarkt werden.“ (Soros, 1998: 27)

Und er benennt den Konflikt, in den er sich selbst gestellt sieht: „Als Bürger bin ich an sozialen Werten interessiert, an Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit oder was auch immer – all diesen Werten können Marktteilnehmer keinerlei Ausdruck verleihen. Nehmen wir einmal an, die für die Finanzmärkte geltenden Regeln sollten geändert werden. Ich kann sie nicht einseitig ändern. Wenn ich die neuen Regeln für mich selbst gelten lasse, ohne dass sie auch für andere gelten, würde sich das zwar auf mein eigenes Abschneiden auf dem Markt niederschlagen – auf die Marktgeschehnisse insgesamt hätte es jedoch keinerlei Auswirkung, denn diese sind ja gerade so eingerichtet, dass kein einzelner Teilnehmer das Ergebnis beeinflussen kann.“ (ebenda: 25).

Diese Konstellation verbindet sich zwangsläufig mit dem Interesse der Reichen und Superreichen, ihren Reichtum zu bewahren und zu vergrößern, mit ihrer Einbindung in die Klasse und Oberschicht, in die sie gehören, mit einer in der Regel der kapitalistischen Grundstruktur der Gesellschaft verpflichteten Anschauung der Welt und nicht selten mit der Selbstsuggestion, das die Mehrung des eigenen

Reichtums schließlich zu Wohlfahrt der ganzen Gesellschaft führen werde.

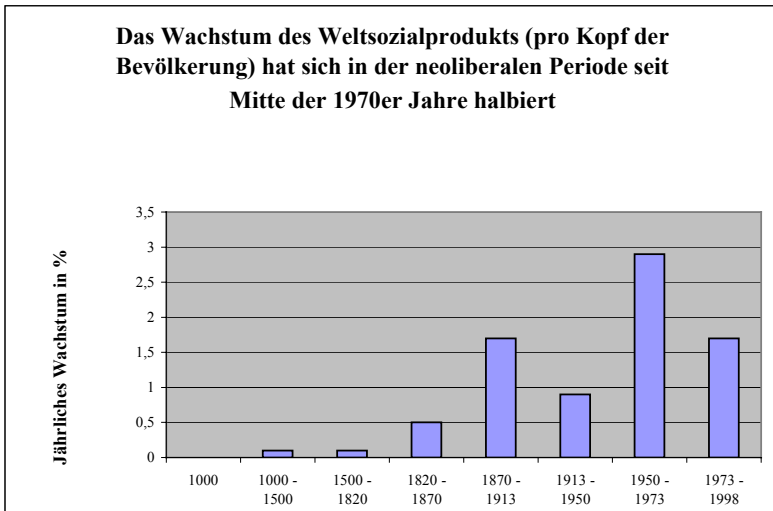
Selbst im Angesicht offenkundiger Fehlentwicklungen, ja schwerster Deformationen der Gesellschaft neigen Machteliten – wie geschichtliche Erfahrungen zeigen – zu der Annahme, dass nur ihre eigene Herrschaft zu Auswegen befähigt. Und überdies befürchten die Herrschenden gerade dann, wenn einschneidender Wandel historisch längst überfällig ist, dass eine Öffnung für Richtungsänderungen zu unübersehbaren und für sie gefährlichen Folgen führen könnte. Zum Teil sind dies allgemeine Erfahrungen, die die Ostdeutschen auch in der DDR gemacht haben.

Zu ihren Erfahrungen gehört, dass Menschen in eine gegebene Gesellschaft hineingeboren und in ihr sozialisiert werden, sich entwickeln und Verantwortung im Gemeinwesen wahrnehmen. Irgendwann erkennen dann viele, dass die Verhältnisse nicht so sind, wie sie einst erwarteten und wie die herrschende Ideologie und Politik vorgibt. Aber Teil der gegebenen Gesellschaft geworden, hoffen sie auf deren Reformierbarkeit und auf einen Wandel zum Besseren, ohne die in Wirklichkeit nicht mehr zukunftsfähigen Grundstrukturen infrage zu stellen. Während die Tiefenstrukturen der Gesellschaft schon lange vor den herangereiften Herausforderungen versagen, handeln die oberen Schichten der Gesellschaft noch so, als könnten sie durch richtungskonstante Veränderungen an der Oberfläche neue Weichen stellen. Je länger diese Fehlwahrnehmung andauert, desto größer werden die angestauten Probleme und desto mehr nehmen die Chancen ab, sie ohne tief greifende Umwälzungen und neue Leitvorstellungen zu bewältigen.

Als die DDR mit dem Einverständnis der Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger von der Bundesrepublik übernommen war, wurde in der Regel nicht mehr zwischen desaströsen Wirkungen staatssozialistischer Machtstrukturen und der persönlichen Integrität einzelner Funktionsträger der DDR und ihrem Handeln unterschieden. Positive Seiten der untergegangenen Gesellschaft wurden generell dem Vergessen überantwortet. Die meisten der der DDR-Dienstklasse Zugehörigen wurden als Vollstrecker eines „Unrechtsregimes“ angesehen und „abgewickelt“. In dieser Schrift soll ein analoges Denken ohne Unterscheidung zwischen Strukturen und Personen vermieden werden. Nicht einzelne Reiche werden hier angeklagt, die vielleicht sogar zu jener Minderheit von Millionären gehören, die ihre eigene stär-

kere Besteuerung vorgeschlagen haben. Hier geht es um die gesellschaftlichen Strukturen, die die Reichtumsentwicklung bestimmen. Wo diese mit Verbrechen verknüpft ist, ist dies eine Sache des Strafrechts. Reich zu sein, ist kein Anklagedelikt, sollte allerdings eine Verpflichtung sein, die einzufordern ist. Denn Eigentum ist nach dem Grundgesetz, selten jedoch in der Lebensrealität gemeinwohlpflichtig.

Es ist der Wandel in den ökonomischen und politischen Strukturen, mündend in eine Wachstumsdämpfung, der die tiefere Ursache für die gesteigerte soziale Polarisierung birgt. Das Wachstum des Weltsozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung hat sich seit Mitte der 70er Jahre im Vergleich zu dem Wachstumstempo in der Phase des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus (Fordismus) trotz legendärer Wachstumsraten in China und anderen Schwellenländern halbiert.



QUELLE: AFHELDT, 2003: 127

Die durchschnittlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts sind in allen großen Industrieländern langfristig gefallen.

Wachstumsraten in OECD-Ländern

(Periodendurchschnitte; Angaben in Prozent)

| | 1950 – 1969 | 1970 – 1989 | 1990 – 1999 | 2000 - 2004 |
|--------------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Deutschland | 6,0 | 2,5 | 1,9 | 1,1 |
| Frankreich | 4,9 | 2,6 | 1,9 | 2,1 |
| Italien | 5,6 | 2,8 | 1,6 | 1,7 |
| Eurozone (ohne Deutschland) | 5,2 | 2,9 | 2,2 | 2,2 |
| Nachrichtlich: Eurozone | 5,4 | 2,8 | 2,1 | 2,0 |
| Großbritannien | 2,8 | 2,1 | 2,5 | 2,6 |
| Vereinigte Staaten | 3,7 | 3,2 | 3,1 | 3,1 |
| Japan | 9,0 | 4,2 | 1,5 | 2,4 |

QUELLE: IFO-INSTITUT

Das Ende von Ausnahmebedingungen Was hat zu dieser Wachstumsverlangsamung geführt? Erstens zeigt ein Blick auf den Wachstumsverlauf seit 1870, dass diese Verlangsamung nur die Rückkehr zu jenen Wachstumsraten der Weltwirtschaft ist, die für den Zeitraum 1870 – 1913 charakteristisch waren und danach bis 1950 nicht einmal erreicht wurden. Die Wachstumsverlangsamung seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts ist also vor allem auf die Erschöpfung von Ausnahmebedingungen des Wachstums nach dem 2. Weltkrieg zurückzuführen (Klein, 2003: 33 ff).

In dieser Zeit hatte die Bündelung unterschiedlicher wachstumsstimulierender Faktoren zu einer historisch einmalig günstigen Wachstumskonstellation geführt. Innovationen, die erhebliche Anstöße durch die Rüstung erhalten hatten, führten zum Aufstieg einer Reihe neuer Industrien und zu umfangreichen Erweiterungsinvestitionen, verbunden mit massenhafter Entstehung neuer Arbeitsplätze. Der Schock des Untergangs bürgerlicher Demokratien in faschistischer Barbarei und der Druck der Systemkonkurrenz mit dem Staatssozialismus veranlasste die Herrschenden in der westlichen Welt, im Interesse der Stabilisierung der bürgerlichen Ordnung die neuen Produktivitätsspielräume für einen Verteilungskompromiss zwischen Kapital und Arbeit auszuschöpfen. Die Kämpfe der Gewerkschaften, die die verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften und den Druck des Staatssozialismus auf die westliche Welt nutzen konnten, trugen dazu erheblich bei. Ein auf starke Nachfrage gestütztes Wachstum setzte sich durch. Mit tendenzieller Vollbeschäftigung stiegen die Steuereinnahmen, während gleichzeitig die Zahl der durch Sozialtransfers zu Stützenden bei fast erreichter tendenzieller Vollbeschäftigung gering blieb. Soziale Reformen waren finanzierbar, die das Wachstum begünstigten. Die internationale Arbeitsteilung stärkte dieses Wachstum, aber die Interna-

tionalisierung war noch nicht so weit vorangekommen, dass sie nationalstaatliche Wirtschafts- und Wachstumspolitik bereits begrenzt hätte. Der Traum von immerwährender Prosperität (Burghard Lutz) schien endlich Gestalt anzunehmen – in den reichen Metropolen zumindest.

Als jedoch die aufgestaute Nachkriegsnachfrage nach und nach gesättigt war, als das Wachstumspotenzial der Nachkriegsinnovationen sich erschöpfte, die Erweiterungsinvestitionen hinter Rationalisierungsinvestitionen zurücktraten, die Arbeitslosenzahlen answollen, Gewerkschaftspositionen damit schwächer wurden und der Staatssozialismus in seine Endkrise eintrat, gelangte der sozialstaatlich regulierte Kapitalismus der Nachkriegsjahrzehnte an seine Grenzen. In der wirtschaftstheoretischen Diskussion wird dies als Krise des Fordismus beschrieben (Aglietta, 1979; Lipietz, 1992; Conert, 1998; Hübner, 1990; Klein, 2003). Nicht zufällig lautete der Titel des ersten Berichts an den Club of Rome im Jahr 1972 „Die Grenzen des Wachstums“.

Zweitens: Die Normalität des Kapitalismus, auf die er zurückgeworfen wurde, schließt den Widerspruch zwischen ständiger Tendenz zu konkurrenzgetriebener Expansion und struktureller Dämpfung des Wachstums ein. Karl Georg Zinn hat in diesem Zusammenhang anknüpfend an John Maynard Keynes auf eine langfristige Tendenz des entwickelten Kapitalismus zur Stagnation verwiesen. „Unter Stagnation wird eine Wachstumsverminderung unter jenes Expansionsniveau verstanden, das – bei gegebenem Arbeitsangebot – einen Vollbeschäftigungszustand gewährleisten würde.“ (Zinn, 2002: 70)

Zinn entwickelt das Stagnationstheorem so: Die Konkurrenz zwischen den Investoren zwingt sie zu Innovationen und Investitionen. Selbst wenn alle Beteiligten eine realistische Vorstellung von der Aufnahmefähigkeit der Märkte hätten, würde jeder einzelne Konkurrent versuchen, für sich einen größtmöglichen Marktanteil zu erobern. Da das aber alle Beteiligten tun, entsteht eine Überakkumulation im Verhältnis zur kaufkräftigen Nachfrage. Darauf verwies bereits Marx: „Der innere Widerspruch sucht sich auszugleichen durch Ausdehnung des äußeren Feldes der Produktion. Je mehr sich aber die Produktivkraft entwickelt, umso mehr gerät sie in Widerspruch zu der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen.“ (Marx, MEW. Bd. 25: 255)

Als Hauptursache für diesen Widerspruch betrachtete Marx die durch die Ausbeutung der Lohnabhängigen bedingte Schwäche ihrer Nachfrage im Verhältnis zum Wert der von ihnen produzierten Angebots-

menge an Gütern.

Hans Georg Zinn verweist ebenfalls auf dieses Nachfragedefizit, betont aber stärker – mit Verweis auf den deutschen Ökonomen Hermann Heinrich Gossen (1810 – 1858) und auf die Grenznutzentheorie –, dass jedes steigende Angebot schließlich zu einer Sättigung der Nachfrage führe. Das „Erste Gossensche Gesetz“ ist als „Sättigungsgesetz“ formuliert. Die relative Sättigung des Konsums, so Zinn unter Berufung auf Keynes, hat wachsende Ersparnisbildung zur Folge. Ersparnisse führen, solange sie nicht wieder für Käufe aufgelöst werden, zu Nachfragedefiziten. Je größer der Anteil der Bevölkerung, der sich auch gehobenen Konsum leisten kann, desto stärker die Tendenz, dass immer größere Teile des Angebots bei wachsender Sparquote auf die Sättigung des Marktes treffen. Solange die wachsenden Ersparnisse über die Banken wieder als Kredit an Investoren fließen, wird dieses Defizit ausgeglichen. Soweit die potenziellen Investoren mit entwickelter Marketingarbeit jedoch die gedämpfte Nachfrage voraussehen und ihre Gewinnerwartung daher gering ist, bleibt die Investitionsneigung geschwächt – auch wenn genügend Kredite zur Verfügung stehen. Dies betrachtete Keynes als langfristige Tendenz. Zinn hebt diese Erwartung von Keynes mit Nachdruck hervor und hält sie für bestätigt durch den Wirtschaftsverlauf der letzten drei Jahrzehnte.

In der Tat gilt für viele Güter und Dienstleistungen, dass sie im Lauf der Zeit auf Sättigungsgrenzen stoßen. Das heißt nicht, dass das Bedürfnis nach ihnen etwa gedeckt sei. Die Armut auch in reichen Ländern und die Not rund um die Erde beweisen das augenfällig. Aber gemessen an der bei gegebenen kapitalistischen Verteilungsverhältnissen verfügbaren Massenkaufrkraft existieren allerorten Sättigungsgrenzen. Wahr ist allerdings auch, dass selbst bei steigendem Wohlstand nicht beliebig viele Güter einer Art konsumiert werden können – ganz zu schweigen von ökologischen Grenzen des Konsums.

Aber „an sich“ harren selbst in den reichen Ländern und erst recht in allen anderen unendlich viele Bedürfnisse ihrer Befriedigung. Doch entweder mangelt es an kaufkräftiger Massennachfrage oder ein breites Spektrum von Gütern und Leistungen kann ihrer inneren Natur nach nicht umfassend zur Verfügung gestellt werden, wenn das Maß dafür der Profit ist. Gesundheit, Bildung, Kultur, öffentliche Mobilität, gesunde Umwelt und andere Sphären sind nach diesem Maßstab nicht für alle Menschen zugänglich. Dieser Umstand deutet auf einen dritten Grund für die langfristige Dämpfung des Wachstums hin.

Drittens: Es ist die vorherrschende neoliberale Gesell-

Falsche Wirtschaftspolitik

schafts- und Wirtschaftspolitik, die selbst das Wachstum einschränkt, obwohl sie im Namen beschleunigten Wachstums praktiziert wird. Als Bedingung stärkeren Wachstums wird die Senkung der Löhne und der Sozialleistungen proklamiert und praktiziert. Dadurch könnten die Unternehmen kostengünstiger produzieren. Die auf solche Weise gestärkte Angebotskraft würde ihre Expansion tragen. Wachstum und Wohlstand sei die zu erwartende Folge. Doch was betriebswirtschaftlich betrachtet für die Gewinner in der globalen Konkurrenz rational ist und tatsächlich ihre Macht stärkt, ist volkswirtschaftlich irrational. Die Massennachfrage wird auf diesem Entwicklungsweg untergraben. Der mangelnde Absatz auf den Märkten begrenzt das Wachstum. Die neoliberale Antwort auf die strukturelle Wachstumsschwäche führt auf solche Weise genau zum Gegenteil der beabsichtigten Wachstumsstärkung.

Die Antwort der ökonomischen und politischen Machteliten auf diese Erfahrung ist nicht etwa ein Abschied vom eingeschlagenen Entwicklungsweg, sondern eine Strategie, die den begrenzten Zuwachs von Werten in der Produktion durch umso intensivere Anstrengungen zur Umverteilung von unten nach oben über die Primärverteilung des Bruttoinlandsprodukts hinaus zugunsten der Reichen zu kompensieren sucht.

Reichtum durch Enteignung

In den Nachkriegsjahrzehnten bis zur Mitte der 70er Jahre ermöglichte ein im Vergleich zu den Jahrzehnten davor und danach doppelt so hohes Wirtschaftswachstum hohe Profitzuwächse bei gleichzeitiger Steigerung der Masseneinkommen. Der fordistische Verteilungskompromiss war geboren. Seitdem sind die niedrigen Wachstumsraten mit jenen der historischen Periode von 1870 bis 1913 vergleichbar. Aber zu dieser Zeit beruhen die Profite nicht nur auf produktiven Investitionen, sondern in hohem Maße auch auf „äußerer Landnahme“, d. h. auf einem gigantischen Prozess der Enteignung anderer Völker durch Kolonialisierung.

Mit anderen Vorzeichen als in jenem Zeitraum gewinnt „Reichtum durch Enteignung“ statt vorwiegend durch Produktionszuwachs in der Gegenwart abermals besonderes Gewicht – als Antwort auf diese Verlangsamung. Um selbst bei gedämpftem Wachstum die Reichumssteigerung auf Seiten der Reichen fortzusetzen, setzen die Machteliten auf einen Prozess, der in der kritischen ökonomischen Theorie als „*Akkumulation durch Enteignung*“ bezeichnet wird (Harvey, 2003; Zeller, 2004; Chesnais, 2004).

Enteignungsprozesse verlaufen in Gestalt von Druck auf die Masseneinkommen und Erosion des Sozialstaats. Sie vollziehen sich durch

die Privatisierung öffentlicher Güter und der Daseinsvorsorge. Enteignungsprozesse finden bei staatlichem Schuldendienst zu Gunsten der Gläubiger und zu Lasten der Verlierer der Finanzspekulation statt. Sie sind das Resultat der Inflation, wenn Preissteigerungen die Realeinkommen schmälern. Hedgefonds prellen die Verlierer ihrer Transaktionen. Der „Kulturimperialismus“ enteignet Völker von ihren kulturellen Wurzeln und ihrer Geschichte, nicht selten sogar von ihrer Sprache. Enteignungen sind die Folge der Verwandlung elementarer Bausteine des Lebens in monopolartige Eigentumsrechte durch Patentierung von Genen, von Biopiraterie und imperialen Prozessen unter Einschluss präventiver Kriege. Zur Ware wird rundum, was bisher außerhalb der Geldgeschäfte blieb. Verstärkt wird die Tendenz, statt der Produktion zusätzlicher Werte Enteignungsprozesse zu Gunsten der Machteliten zu beschleunigen.

Im Gefolge der Krise des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus, des Fordismus, und vor dem Hintergrund einer strukturellen Wachstumsschwäche nimmt die Mehrung des Kapitaleigentums die Gestalt einer Akkumulation durch Enteignung an.

Reichtumsentwicklung als Resultat eine Ökonomie der Enteignung wird zu einem der prägenden Charakterzüge des neoliberalen Kapitalismus. So lautet ein Zwischenfazit zur Wachstumsperformance in den letzten Jahrzehnten und leitet zu näherer Betrachtung dieser Veränderungen über.

2. Kapitel

Verbleib des Reichtums – skandalöse Polarisierung

„Das sind die Zinsen, die fortlaufend hinab träufeln auf die Kapitalien, welche beständig anschwellen, man hört sie ordentlich wachsen, die Reichtümer der Reichen. Dazwischen das leise Schluchzen der Armut.“ (Heine, 1997: 425) So beschrieb Heinrich Heine 1842 den Zusammenhang zwischen dem Anschwellen des Reichtums bei den ökonomisch Mächtigen und Vermögenden und der Konzentration von Armut auf dem sozialen Gegenpol der Gesellschaft.

Karl Marx formulierte dieses Wechselspiel umfassender, nicht allein auf zinstragende Vermögen bezogen: „Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, das heißt auf Seiten der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.“ (Marx, MEW. Bd. 23: 725)

Ein Aufschrei ob dieser anklagenden Aussage hallt bis heute in der geistigen Gegenwelt nach und löst immer neue Echos aus. Nichts als neidvolle Denunzierung sei solche Einschätzung. So hören wir – und werden Marx' Aussage auf Bestand oder Nichtbestand in der Gegenwart zu prüfen haben. Die These dazu lautet:

Der Reichtumszuwachs bei den Reichen und Superreichen wird im Gefolge der Reichtumpolarisierung zum Reichtumsverlust bei großen und wachsenden Teilen der Bevölkerung. Erst recht gilt dies für die Mehrheit der armen Bevölkerung im „Süden“ der Erde. Dies bleibt eine Grundeinsicht kritischen Denkens.

Doch die Reichtumsakkumulation wird klein gerechnet. Und überdies, der Reichtum der Reichen finde dadurch seine Legitimation, dass er eigentlich nichts weiter sei als ein Dienst an den Lohnabhängigen und Armen: „Diejenigen, die die Reichen attackieren, vergessen, dass die meisten von ihnen im Verlaufe des Reichwerdens Arbeitsplätze schufen und so mehr Leuten geholfen haben, als wenn sie ihr Geld den Armen gegeben hätten.“ (Hayek, 1996: 16) Kaum ein anderer hat die historische Tat des Kapitals, die Lohnarbeiterklasse als seinen eigenen Gegenpol hervorzubringen und in Arbeitskraft und Produktionsmittel

„... musst Sklave sein der noblen Sünde, der Verschwendung, indem des Luxus Prachtaufwendung Millionen Armen Arbeit schuf, desgleichen Stolz, trotz üblem Ruf. Die Eitelkeit selbst und der Neid warn Diener der Geschäftigkeit; ihr Hang zur Abwechslung indessen bei Kleidern, Mobiliar und Essen war töricht, und doch trieb er wie ein Schwungrad unsre Industrie.“

AUS: BERNARD MANDEVILLE,
„DIE BIENENFABEL“, 1723

zu akkumulieren, so gewürdigt wie Marx. Die aufgeklärte Linke hütet sich auch heute, das Innovationspotential des unternehmerischen Gewinnstrebens schlechthin zu verteufeln – in dem Bewusstsein, dass vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen die überwiegende Zahl der Arbeitsplätze bereitstellen (Programm der PDS, 2003: 3).

Aber welche Arbeitsplätze schaffen die Devisenspekulanten, die taggedurchschnittlich mehr als 1,5 Billionen Dollar umsetzen, obwohl

nur etwa 34 Milliarden für den grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr gebraucht werden? Welche Arbeitsplätze schaffen die Hazardspieler auf den Derivatmärkten? Worin soll der Beschäftigungseffekt der etwa fünf Billionen Dollar bestehen, die weltweit in Steueroasen der Besteuerung und damit der Finanzierung produktiver Investitionen und sozialer Aufgaben entzogen werden? Und steigen heute die Aktienkurse von Großunternehmen nicht gerade dann, wenn diese die Entlassung von Tausenden Beschäftigten ankündigen?

Kluft zwischen „Nord“ und „Süd“

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts liegt – gemessen am durchschnittlichen Bruttosozialprodukt pro Kopf in den OECD-Ländern – das Sozialprodukt pro Kopf in

den Ländern der Transformation vom Staatssozialismus zum Kapitalismus bei zehn Prozent, in der Gesamtheit aller Entwicklungsländer bei zehn Prozent und in den ärmsten Entwicklungsländern bei einem Prozent. Eine Berechnung der Kaufkraftparitäten des Pro-Kopf-Sozialproduktes ergibt zwischen OECD-Ländern, Transformationsländern, Entwicklungsländern insgesamt und ärmsten Entwicklungsländern nach Dirk Messner die Relationen 100:30:16:5 (Messner, 2002: 4).

Extreme soziale Polarisierung spaltet die Welt zwischen „Nord“ und „Süd“. Und die Spaltung verläuft zwischen oben und unten in den armen und in den reichen Ländern.

Ungerechtigkeit im globalen Maßstab

- Die reichsten 25 Amerikaner haben ein Einkommen, das dem von fast zwei Milliarden der ärmsten Menschen entspricht (Milanovic, 2002: 51ff/UNDP, 2003: 49)
- Die zu dem einen Prozent der Weltbevölkerung Zählenden, das die Reichsten der Erde umfasst, haben ein Einkommen, das dem von 57 Prozent der Menschheit entspricht (Milanovic, 2002: 51ff/UNDP, 2003: 49)
- „Zur Jahrtausendwende kämpfen über 1,2 Mrd. Menschen mit weniger als 1 US-\$ pro Tag ums Überleben – mehr als doppelt so viele, 2,8 Milliarden, mit weniger als 2 US-\$.“ (UNDP, 2003: 51)
- Die skandalöse Ungleichheit in der Verteilung von Reichtum und Armut nimmt zu. Der Anteil der wachsenden Weltbevölkerung, der mit weniger als einem Dollar pro Tag leben muss, ist zwischen 1990 und 1999 nach UNDP-Angaben von fast 30 Prozent auf 23 Prozent gefallen. Ein großer Teil dieses Erfolgs ist allerdings der Entwicklung in China zuzuschreiben, wo nach UNDP-Schätzungen rund 150 Millionen Menschen der Armut entrinnen konnten (UNDP, 2003: 53). Gegenläufige Prozesse sind gleichwohl ungebrochen. In 54 von 153 Ländern, für die brauchbare Daten vorliegen, ist das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in den neunziger Jahren gesunken (UNDP, 2003: 51, 54).
- 1960 war das Einkommen des reichsten Fünftels der Menschheit dreißigmal höher als das des ärmsten Fünftels. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich dieses Verhältnis auf etwa 75 : 1 verschlechtert (Nollmann/Stasser, 2002: 1). Das Einkommen des reichsten Zehntels der Weltbevölkerung verhielt sich noch 1980 wie 70 : 1 zu dem des ärmsten Zehntels. 1999 war das Gefälle auf 122 : 1 angewachsen (Faux, 2003: 79).
- Es kommt hinzu, dass das im Vergleich zu den reichen Ländern niedrige Durchschnittseinkommen der ärmeren und der Schwellenländer noch extreme Ungleichheit in diesen Ländern selbst einschließt. Märchenhafter Luxus bei den Oberschichten fällt mit absoluter Armut großer Teile der Bevölkerung zusammen. In Brasilien ist beispielsweise das Einkommen der reichsten 10 Prozent siebenmal höher als das der ärmsten 10 Prozent. Im Norden des Landes wuchs die Armut in den letzten 10 Jahren weiter an, von 36 Prozent auf 44 Prozent der Bevölkerung (UNDP, 2003: 75).

„Was am stärksten auffällt, ist das Ausmaß des Stillstands und der Rückschritte. Es weist auf eine Krise menschlicher Entwicklung hin, wie es sie in früheren Jahrzehnten noch nie gegeben hat.“

Dies ist das Urteil der Entwicklungsorganisation der vereinten Nationen.

UNDP, 2003: 50

Die Ursachen von Wirtschaftsschwäche und sozialen Katastrophen in den so genannten Entwicklungsländern sind vielschichtig. Sie wurzeln zum großen Teil in früherer kolonialer Ausbeutung. Irrwege der eigenen Wirtschaftspolitik führten in vielen Ländern in Sackgassen. Diktatorische und korrupte Regime in zahlreichen Staaten des „Südens“ plündern diese zu Gunsten einer kleinen Oberschicht

aus. Kriege werfen die betroffenen Länder oft um Jahrzehnte in ihrer Entwicklung zurück. Ethnische und religiöse Konflikte verschlingen Entwicklungspotentiale. Die Bevölkerungsexplosion überfordert die Investitionskraft der betroffenen Länder.

Aber vor allem führte die Strategie der Liberalisierung mit der Unterwerfung des „Südens“ unter die Weltmarktzwänge bei ungeschützter Öffnung seiner Ökonomien zum Zusammenbruch großer Teile der eigenen nicht konkurrenzfähigen Wirtschaft. Traditionelle Wirtschaftsweisen wurden zerstört, ohne dass die Eingliederung in die kapitalistische Weltwirtschaft jenen Millionen Arbeitsplätze böte, die ihre gewohnten Existenzgrundlagen verlieren. In der Regie des Internationalen Währungsfonds geraten die Schuldner im „Süden“ immer mehr in Abhängigkeit von den Finanziers im „Norden“. Die Konditionen, die ihnen bei der Vergabe von neuen Krediten aufgezwungen werden, beschränken die Binnenkaufkraft der abhängigen Länder zu Lasten der Unternehmen dieser Länder. Hauptprofiteure dieser ökonomischen und sozialen Polarisierung sind die transnationalen Unternehmen, international operierende Großbanken und Investmentfonds. Der Zuwachs ihres Reichtums hat neben Entwicklungseffekten in der „Dritten Welt“ anhaltende Armut dort zur Folge.

Der Reichtum ist männlich

In besonderem Maße sind weltweit Frauen von Armut betroffen. 70 Prozent der Armen in der Welt sind Frauen. Das verweist auf eine elementare Seite des Reichtums, auf das „Geschlecht des Reichtums“: „Die Armut ist weiblich, der Reichtum ist männlich.“ (Mogge-Grotjahn, 2002: 249) Schon die Präpositionen verweisen darauf. Die Liste der 100 reichsten Deutschen zählt 64 Männer, 12 Frauen und 24 Familien. Unter den weltweit 100 Reichsten werden von der amerikanischen Zeitschrift „Forbes“ zweifelsfrei 83 Männer, 3 Frauen und 7 Familien aufgeführt. Bei 7 weiteren Personen im asiatischen Raum ist unklar, ob die Namen für das männliche oder das weibliche Geschlecht stehen (ebenda:

254; http://seattletimes.newsource.com/news/nation-world/html98/altbox_062298 - vom 22.2.2002). Bezeichnend ist, dass die unter die Superreichen gelangten Frauen fast ausnahmslos als Erbinnen oder Witwen in die Reichtumsranglisten aufgestiegen sind.

Nach Angaben von Sonja Bischoff beträgt der Anteil von Frauen in unternehmerischen Führungspositionen der Bundesrepublik rund 13 Prozent. Ihre Einkommen liegen um 20 bis 30 Prozent unter denen der männlichen Spitzenmanager (Mogge-Grotjahn, 2002: 255). Nach anderen Quellen lag der Anteil von Frauen an der „wirtschaftlichen Elite“ Deutschlands – was immer das sei – Mitte der 90er Jahre bei nur 2 Prozent (Geißler, 2000: 16).

Zur feministischen Auseinandersetzung mit „frauen-macht-geld“ (Dackweiler/Hornung, 2003) zählte auf dem Hintergrund dieser Realität zeitweilig eine Diskursrichtung, die sich der Beratung von Frauen bei Finanzanlagen zuwandte. Frauen machten sich als Anlageberaterinnen für Frauen selbstständig. Frauen-Investmentunternehmen und Investment-Internet-Clubs von Frauen entstanden (Schulz, 2003: 60 f). Im Lauf der Zeit verstanden es jedoch sowohl Banken und Investmentfonds wie Medien weitgehend,

mittels einer Flut von „Geldratgebern für Frauen“ deren Streben nach finanzieller Unabhängigkeit und eigenen Entscheidungen über Geld in die normalen Geldgeschäfte zu integrieren.

Die Sorge feministischer Reichtumskritik ist tatsächlich nicht, dass sich unter den Superreichen zu wenige Frauen befänden. Eher ist dies als Ausdruck

genereller Verflechtung von Kapitalherrschaft und patriarchaler Herrschaft zu werten. Und dieser Verflechtung selbst gebührt prinzipielle Kritik.

Früh schon verband sich die demonstrative Zur-Schau-Stellung von Reichtum durch Männer mit der Herrschaft über Frauen. Thorstein Veblen hat dies in seinem 1899 erschienenen Werk „Theorie der feinen Leute“ scharfsinnig nachgezeichnet. In barbarischen Gesellschaften galten gefangene Frauen als Trophäen der männlichen Sieger in bewaffneten Konflikten, die überdies noch den Nutzen von Sklavinnen boten.

Eine verfeinerte Art der Verbindung von Reichtumsdemonstration und männlicher Herrschaft war später die Rollenzuweisung an die Frauen

„Schon Homers Bericht vom Kampf um Troja und schließlich von der Eroberung der Stadt dreht sich um die Rolle der Frau als Beute: von Helena, derentwegen der Krieg überhaupt begann, über Briseis, die zum Streitobjekt zwischen Agamemnon und Achill wurde und so den kriegsverlängernden Kampfstreit der Peliden auslöste, bis zur Aufteilung der aus dem brennenden Troja geretteten Frauenbeute.“

MÜNKLER, 2003: 143

„... doch besitzt der verschwenderische Aufwand an Kleidern den Vorteil, dass er eine sofortige und unmittelbare Schätzung der jeweiligen finanziellen Verhältnisse erlaubt; denn wir dürfen nicht vergessen, dass unsere äußere Erscheinung in auffälliger und sichtbarer Weise gegenwärtig und fast immer fremden Blicken ausgesetzt ist“.

„Es bedarf wohl keiner langen Argumente, um den Leser davon zu überzeugen, dass die eleganten Damenhüte die Arbeit noch unmöglicher machen als der männliche Zylinder. Neben dem Glanz als Zeugnis erzwungener Muße weist der Damenschuh außerdem den französischen Absatz auf, und dieser hohe Absatz gestaltet nun offensichtlich jede auch die einfachste und notwendigste Hausarbeit äußerst schwierig. Dasselbe gilt ... vom Rock ... Der eigentliche Grund dafür, dass sich der Rock einer so hartnäckigen Zuneigung erfreut, besteht darin, dass er nicht nur teuer ist, sondern außerdem die Trägerin bei jeder Bewegung behindert und sie für alle nützlichen Betätigungen unfähig macht. Doch die weibliche Kleidung unterscheidet sich von der männlichen nicht nur dadurch, dass sie die Befreiung von der Arbeit noch deutlicher in den Vordergrund rückt, sondern auch durch eine Reihe von höchst seltsamen und nur ihr eigenen Erfindungen, von denen das typischste Beispiel das Korsett ist. Von der ökonomischen Theorie her betrachtet, kommt das Korsett einem Instrument der Verstümmelung gleich, das dazu dient, die Vitalität der Trägerinnen zu vermindern und sie dauernd und sichtbar arbeitsunfähig zu machen.“

VEBLEN, 1989: 164, 167 F

„Als Folge davon hat sich die demonstrative Muße der vornehmen Klasse verändert. Allerdings weniger dem Wesen als der Form nach.

der Reichen – ob Ehefrauen oder Geliebte –, „der stellvertretenden Muße“ zu huldigen und „stellvertretenden Konsum“ zu repräsentieren. Die über lange historische Phase zur Schau getragene ostentative Distanz der reichen Männer zu jeder nützlichen eigenen Arbeit als Ausweis des Reichtums, der eigenes Tun nicht nötig hat, konnte irgendwann nicht aufrecht erhalten werden. Die bürgerliche Gesellschaft verlangt auch den Reichen ab, sich zumindest um die Mehrung ihres Reichtums und oft auch um seine Produktion zu kümmern. Die Muße als Reichtumsbeweis wurde zur Funktion der Frauen der Reichen. Sie hatten sich vom Hauspersonal bedienen zu lassen und mit ihrer eigenen vornehmen Erscheinung, mit unproduktiver Beschäftigung und demonstrativer Verschwendung den Reichtum des Mannes zu bezeugen.

Gewiss hat die Emanzipation der Frauen daran vieles geändert. Sie haben sich die Arbeitswelt erobert, wenn auch bei ungleichem Einkommen für gleiche Leistungen, bei geringeren Aufstiegschancen im Vergleich zu Männern und meist bei doppelter Belastung durch Erwerbs- und Hausarbeit. Moderne Frauen kleiden sich als Ausdruck ihres eigenen Selbstbewusstseins und Geschmacks. Demonstrativer Müßiggang unter den Frauen der Reichen gilt in der Öffentlichkeit mehr und mehr eher als suspekt denn als Zeichen besonderen Ansehens. Schon Veblen hatte diesen Wandel bemerkt:

Zu diesem Zweck erfindet (man) neue Pflichten und gründet Organisationen, die ihrem offiziellen Namen und Stil nach scheinbar den Zweck verfolgen, gewissen Missständen abzuhelfen... Doch neben diesen Vorspiegelungen einer sinnvollen Tätigkeit und engstens mit ihnen verflochten findet sich meist, wenn auch nicht immer, ein gewisser Aufwand an zweckmäßigem, auf ein ernsthaftes Ziel gerichtetes Bemühen.“ (Veblen 1989: 102 f) Charity nennt sich diese Erscheinung heute. Die Reichen und Schönen führen sich selbst in großen Inszenierungen vor und spenden bei dieser Gelegenheit, um Not und Armut partiell zu lindern. Die Charity-Lady ist der neue Typ der Verquickung von Reichtum und eigenständig-abhängiger Stellung der Frau in der Sphäre der Geldeliten. Gelegentlich wechseln sie beim Besuch von Obdachlosenheimen ihre Luxusbekleidung gegen ein unauffälligeres Outfit, um zu bemänteln, was bei anderer Gelegenheit zur Schau gestellt wird.

Denn noch immer sind Frauen in den oberen Einkommensschichten das Aushängeschild für den Status von Männern. Bei Filmfestspielen und anderen Events findet auf den roten Teppichen noch immer die Demonstration von Reichtum und gehobenem Status statt. Allerdings, es ist eher der periphere Reichtum, der dort präsentiert wird. Die inneren Zirkel der Geldmacht bewegen sich jenseits solcher Demonstrationszwänge. Sie haben sie nicht nötig.

Zudem sind dies ohnehin nur die äußeren Erscheinungen der Verflechtung von Kapitalreichtum und patriarchaler Macht. Deren Kern besteht vielmehr darin, dass die Herrschaft der ökonomischen Machteliten zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit und vor allem der besonders Benachteiligten und Ausgegrenzten am meisten Frauen betrifft, weil beide Machthierarchien sich verschränken.

Die Frauen sind es vor allem, die in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Ältere alleinstehende Frauen und alleinerziehende Mütter sind erste Anwärterinnen für den Abstieg in die Armut. Unter den Eingewanderten sind Frauen die am meisten in ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse Abgedrängten.

Frauen stellen den größten Anteil der Eingewanderten. „Weltweit sind über die Hälfte aller Migranten und drei Viertel aller Flüchtlinge Frauen. Gründe dafür gibt es reichlich: 70 Prozent der Armen sind trotz oft mehrerer Jobs weiblich, sie besitzen kaum Grund und Boden, sind für die Ernährungssicherheit ihrer Kinder verantwortlich, sind in extremen Situationen, wie bewaffneten Konflikten, starker körperlicher und sexueller Gewalt ausgesetzt. Durch die so genannte Arbeitsmigration sichern sie das eigene Überleben und das ihrer Familie. Nicht zu vergessen: Frauen migrieren auch, um ihr kulturelles und so-

ziales Kapital zu vergrößern, als Intellektuelle und Expertinnen.“ (Veth, 2003: 2)

Wo es Frauen gelingt – oft unter Verzicht auf eigene Kinder – auf der Karriereleiter nach oben zu steigen, da sind es wiederum andere Frauen, insbesondere Migrantinnen, die ihnen als Dienstbotinnen den Rücken frei halten. In Deutschland sind schätzungsweise 2 bis 2,4 Millionen Frauen als Hausarbeiterinnen beschäftigt, nur etwa 40.000 von ihnen versicherungspflichtig. Drei Viertel von ihnen sind Migrantinnen (Gathner/Meißner, 2002: 136, 51). Veblens Feststellungen über die Arbeitsverhältnisse in den Haushalten der Reichen und Wohlhabenden haben inzwischen eine globale Dimension erhalten (Young, 1998).

Längst sind es in den heutigen Kriegen Zivilisten, auf die der größte Anteil der Toten entfällt, unter ihnen die Frauen. Sie tragen die Hauptlast der Kriegsfolgen, der Knappheit von Wasser und Lebensmitteln, des Zusammenbruchs medizinischer Versorgung und der stärksten Betroffenheit der Kinder.

Der Reichtum ist in der Tat männlich. Er hat selbst patriarchale Strukturen und ist mit patriarchaler Herrschaft auf unterschiedlichste Weise verflochten.

Bei der folgenden Betrachtung verschiedener Formen des Reichtums und der durch ihn verliehenen Macht wird das immer wieder erkennbar werden.

2.1. Einkommensreichtum

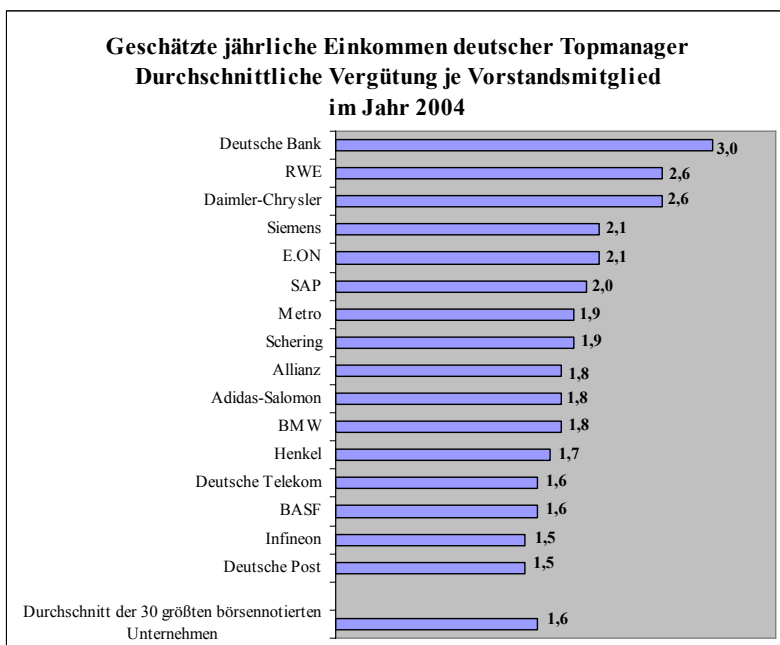
Manager-einkommen

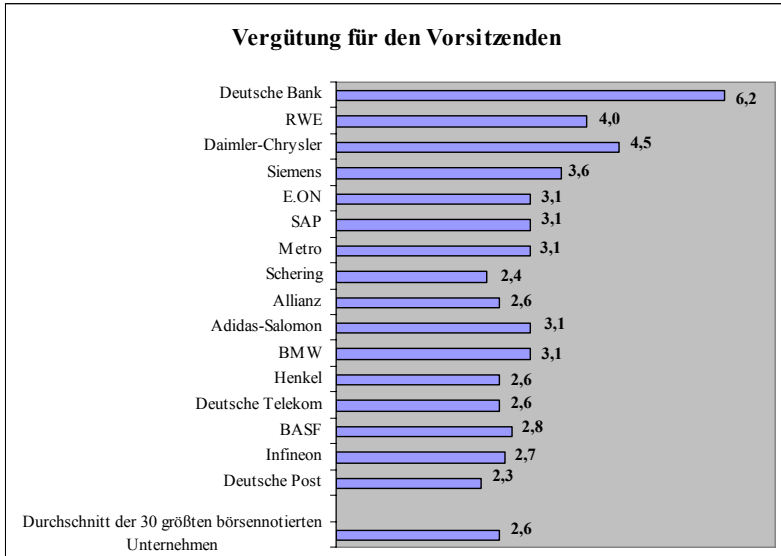
Die verantwortlichen Manager des internationalen Großkapitals werden für die sozial katastrophalen Ergebnisse ihrer Führungsarbeit mit fürstlichen Einkommen belohnt.

In den USA bezog der Chef von General Electric im Jahr 2000, seinem letzten Jahr in der Konzernspitze, ein Jahreseinkommen von 123 Mio. \$. Das entspricht dem jährlichen Einkommen der gesamten Bevölkerung Burundis. Im Durchschnitt verdienen die Firmenchefs der 100 größten US-Unternehmen allerdings „nur“ 37,5 Mio. \$ im Jahr (Stand 1999). Vor zehn Jahren waren es noch 1,3 Millionen. Damit ist das Einkommen amerikanischer Spitzenmanager innerhalb eines Jahrzehnts vom 39-fachen des Lohns eines durchschnittlichen Arbeiters auf das 1.000-fache gestiegen (Krugmann, 2002). Und es be-

trägt das 102740-fache des Durchschnittseinkommens in den ärmsten Ländern der Welt.

Im Verhältnis dazu geht es den deutschen Spitzenmanagern geradezu schlecht. Sie haben einen Rückstand von einer Dekade zu ihren US-Kollegen. Nicht mehr als 1,6 Mio. € beträgt ihr jährliches Durchschnittsgehalt nach Angaben der deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (Deutsche Schutzvereinigung, 2004). Aber immerhin bringen sie es auf mehr als das 300-fache des durchschnittlichen Facharbeiterlohnes. Früher war dagegen die Faustregel in Deutschland, dass Vorstandsmitgliedern etwa das 20-fache des Facharbeiterlohnes zukomme (Nollmann/Strasser, 2002: 11). Die Vorstandsgehälter in den 30 deutschen Spitzenunternehmen fallen schon heute weit komfortabler aus als der von der deutschen Schutzvereinigung für Wertpapiere ausgewiesene Jahresdurchschnitt der Gehälter führender Manager:





QUELLE: DEUTSCHE SCHUTZVEREINIGUNG FÜR WERTPAPIERBESITZ 2004

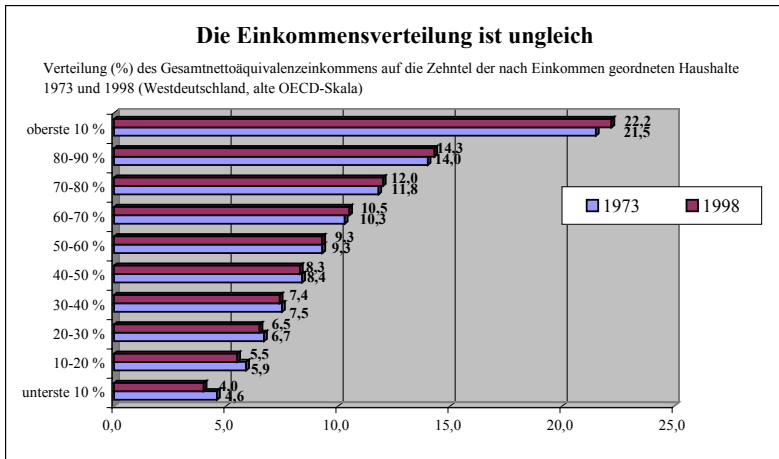
In diesen Angaben fehlen große Teile der tatsächlichen Einkommen, vor allem Aktienoptionen, Prämien, Aufsichtsratsantien und Gehälter für die Wahrnehmung von Führungsaufgaben in anderen Unternehmen. Aber auch Pensionsansprüche, Erstattung von Kosten für private Sekretariate und Dienstwagen im Ruhestand und Witwenpensionen tauchen in den spärlichen Angaben der im Aktienindex DAX erfassten Unternehmen über die Bezüge ihrer Vorstände nicht auf. Der Einkommensreichtum ist natürlich nicht auf die Manager in den Chefetagen der Großunternehmen beschränkt. Die Crème der Superreichen befindet sich weit über ihnen. In den USA verfügen die 13.000 reichsten Familien – das sind 0,01 Prozent aller Steuerzahler – über 3 Prozent des jährlichen Gesamteinkommens in den Vereinigten Staaten, das heißt über fast so viel wie das Einkommen der 20 Millionen ärmsten Haushalte (Krugman, 2003).

Einkommensverteilung in Deutschland

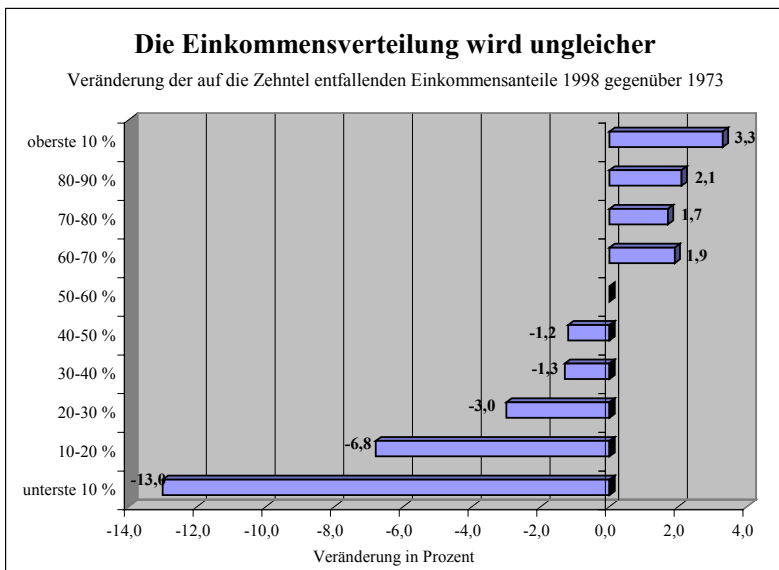
- 21.002 Personen (0,08 % der Steuerpflichtigen) waren nach der im Jahr 2000 veröffentlichten Lohn- und Einkommensstatistik des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 1995 Einkommensmillionäre. Sie vereinten 3,4 % des Gesamteinkommens auf sich (Nollmann/Strasser, 2002: 4)

- Etwa 609.000 Personen gehören zu den Beziehern eines Einkommens über 65.000 Euro. Sie bilden das oberste eine Prozent der Einkommensbezieher, das 1998 rund 10 Prozent der Gesamtnettoeinkommen auf sich konzentrierte (Bundesregierung 2005).
- Über mehr als das Doppelte des durchschnittlichen Nettoeinkommens verfügten nach der gleichen Quelle im Jahr 1998 3,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Ihr Anteil am Gesamtnettoeinkommen betrug 5,9 Prozent. Nach der quantitativen, durchaus sehr begrenzten Definition des Begriffs „reich“ als das Doppelte des durchschnittlichen Haushaltseinkommens (Huster, 1997: 51ff), das 1998 bei 5.020 DM lag, werden diese 3,6 Millionen Personen in der Reichtumsforschung von Experten als reich bezeichnet. Aber die wirklich Reichen werden in den verfügbaren Basisdaten gar nicht erfasst. Die Haushalte mit einem Monatseinkommen über 35.000 DM bzw. über 17.900 € wurden in den Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) von 1998 und 2003 nicht in die Erhebung einbezogen.
- Der Anteil der Personen, deren Einkommen unterhalb von 60 Prozent des mittleren Nettoeinkommens liegt, d. h. die Armutsrisikoquote, ist von 12,1 Prozent 1998 auf 13,5 Prozent im Jahr 2003 gestiegen. Sie beträgt für Männer 12,6 und für Frauen 14,4 Prozent, für Kinder bis 15 Jahre 15 Prozent, für Jugendliche im Alter von 16 bis 24 Jahre 19,1 Prozent, für Arbeitslose 40,9 und für Alleinerziehende 35,4 Prozent. In der Europäischen Union der 15 liegt sie im Durchschnitt bei 15 Prozent (Bundesregierung, ebenda: 15).

Die Einkommensverteilung ist nicht nur extrem ungleich und ungerecht, sie entwickelt sich, wie die nächsten Tabellen zeigen, zu noch größerer Ungleichheit (entnommen aus: Eißel, 2005A). Im Zeitraum von 1973 bis 1998 wuchs der Einkommensanteil des reichsten Zehntels der Haushalte um 3,3 Prozent auf 22,2 Prozent. Der Einkommensanteil des ärmsten Zehntels ging um 13 Prozent zurück.

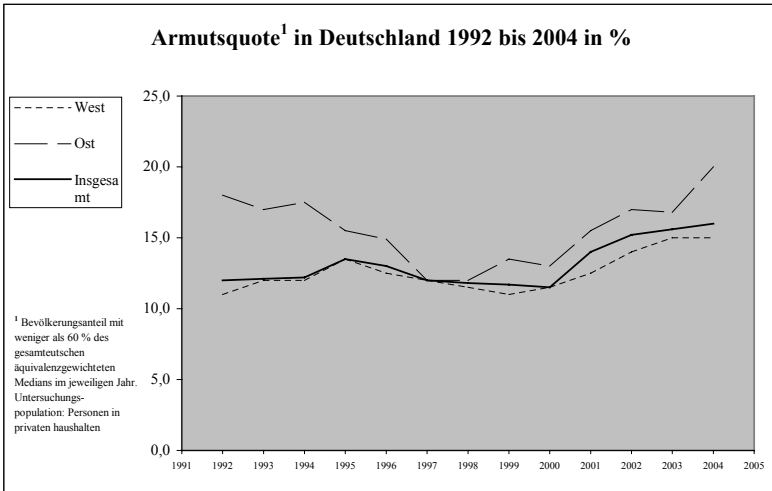


QUELLE: BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG (HRSG.) (2001): LEBENSLAGEN IN DEUTSCHLAND. DATEN UND FAKTEN. MATERIALBAND ZUM ERSTEN ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT DER BUNDESREGIERUNG, BERLIN, S. 46



QUELLE: BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG (HRSG.) (2001): LEBENSLAGEN IN DEUTSCHLAND. DATEN UND FAKTEN. MATERIALBAND ZUM ERSTEN ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT DER BUNDESREGIERUNG, BERLIN, S. 46

Im Gefolge dieses Trends ist nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) die Armutsquote in Westdeutschland im Jahr 2005 auf 15 Prozent, in Ostdeutschland sogar auf 20 Prozent und im Bundesdurchschnitt auf 16 Prozent gestiegen. In den neuen Bundesländern lebt also jeder Fünfte unterhalb der Armutsschwelle, d. h. mit weniger als 60 Prozent des gesamtdeutschen mittleren Einkommens. (DIW Wochenbericht Nr. 28/2005: 431f)



QUELLE: SOEP; BERECHNUNGEN DES DIW BERLIN. WOCHENBERICHT NR. 28/2005

Der Reichtum mangelt der Bevölkerungsmehrheit oder langt dort niemals an, weil er bei den Reichen im Übermaß wächst.

Es ist daher deutlich zu unterscheiden zwischen gesellschaftlichem Reichtum, der auf dem Territorium von Kommunen, Regionen, Staaten oder Staatengemeinschaften vorhanden, aber durchaus nicht für die ganze Gemeinschaft verfügbar ist, und privatem Reichtum. Dessen Konzentration in den Händen einer mehr oder weniger großen Minderheit führt dazu, dass selbst in reichen Gesellschaften große Teile der Bevölkerung nicht in Wohlstand leben.

2.2. Vermögensreichtum

Noch deutlicher als in der *Einkommensverteilung* zeigt sich die soziale Reichtumpolarisierung in der *Vermö-*

Was gehört zum Vermögen?

gensverteilung. Zum gesamten Vermögen gehört zunächst das *Geldvermögen* (Bargeld, Aktien, andere Wertpapiere und Guthaben). Das Nettogeldvermögen ist das um die Verbindlichkeiten oder Schulden verminderte Bruttovermögen. Ein weiterer wichtiger Bestandteil des Vermögens vieler Haushalte ist das *Grund- und Immobilienvermögen*. Ferner umfasst das Vermögen das *Produktiv- oder Betriebsvermögen*, das heißt das unmittelbare, nicht über Aktien oder Investmentfondsanteile vermittelte Eigentum an Unternehmen, das *Gebrauchvermögen* (Wohnungsausstattung, Fahrzeuge, Kunstgegenstände, Schmuck u.ä.) und das *Sozialvermögen* in Gestalt von Renten und Versorgungsansprüchen (Busch, 2003).

Im 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2005 wird eine fortschreitende Kluft in der Verteilung des gesamten Nettovermögens zwischen unteren und oberen Zehnteln der Haushalte deutlich – trotz aller Verschleierungen, von denen gleich die Rede sein wird.

| Ungleiche Verteilung des gesamten Nettovermögens in Deutschland | | | | | | |
|--|---------------------------|-------|-------|---------|---------|---------|
| (Anteile von Zehnteln der Haushalte am Gesamt-Nettovermögen) | | | | | | |
| Zehntel | Mittelwerte in 1.000 Euro | | | Anteile | | |
| | 1993 | 1998 | 2003 | 1993 | 1998 | 2003 |
| Deutschland | | | | | | |
| 1 | - 2,1 | - 3,9 | - 7,9 | - 0,2 % | - 0,3 % | - 0,6 % |
| 2 | 2,4 | 1,3 | 0,8 | 0,2 % | 0,1 % | 0,1 % |
| 3 | 6,3 | 5,9 | 6,1 | 0,6 % | 0,5 % | 0,5 % |
| 4 | 12,5 | 13,4 | 16,2 | 1,2 % | 1,2 % | 1,2 % |
| 5 | 23,9 | 27,3 | 34,9 | 2,3 % | 2,4 % | 2,6 % |
| 6 | 50,7 | 58,5 | 70,5 | 4,8 % | 5,1 % | 5,3 % |
| 7 | 105,7 | 112,1 | 123,6 | 10,0 % | 9,9 % | 9,3 % |
| 8 | 160,3 | 171,2 | 190,0 | 15,1 % | 15,1 % | 14,2 % |
| 9 | 227,3 | 247,0 | 275,8 | 21,4 % | 21,7 % | 20,7 % |
| 10 | 474,7 | 504,3 | 624,1 | 44,7 % | 44,4 % | 46,8 % |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | | |
| 1 | - 2,2 | - 4,0 | - 7,8 | - 0,2 % | - 0,3 % | - 0,5 % |
| 2 | 3,0 | 1,4 | 0,9 | 0,2 % | 0,1 % | 0,1 % |
| 3 | 8,7 | 6,9 | 7,0 | 0,7 % | 0,5 % | 0,5 % |
| 4 | 19,1 | 16,8 | 19,5 | 1,5 % | 1,3 % | 1,3 % |
| 5 | 40,4 | 38,0 | 44,5 | 3,2 % | 2,9 % | 3,0 % |
| 6 | 88,7 | 83,5 | 89,9 | 7,1 % | 6,5 % | 6,0 % |
| 7 | 139,8 | 138,7 | 149,7 | 11,1 % | 10,7 % | 10,1 % |
| 8 | 189,2 | 196,3 | 216,6 | 15,1 % | 15,2 % | 14,6 % |

| Ungleiche Verteilung des gesamten Nettovermögens in Deutschland | | | | | | |
|--|---------------------------|-------|-------|---------|---------|---------|
| (Anteile von Zehnteln der Haushalte am Gesamt-Nettovermögen) | | | | | | |
| Zehntel | Mittelwerte in 1.000 Euro | | | Anteile | | |
| | 1993 | 1998 | 2003 | 1993 | 1998 | 2003 |
| 9 | 253,7 | 272,5 | 301,6 | 20,2 % | 21,1 % | 20,3 % |
| 10 | 514,0 | 541,9 | 665,9 | 41,0 % | 41,9 % | 44,8 % |
| Neue Länder | | | | | | |
| 1 | - 1,6 | - 3,0 | - 8,0 | - 0,4 % | - 0,7 % | - 1,3 % |
| 2 | 1,3 | 1,0 | 0,7 | 0,4 % | 0,2 % | 0,1 % |
| 3 | 3,2 | 3,6 | 4,0 | 0,9 % | 0,8 % | 0,7 % |
| 4 | 5,4 | 7,2 | 9,1 | 1,5 % | 1,6 % | 1,5 % |
| 5 | 8,3 | 12,3 | 16,8 | 2,3 % | 2,7 % | 2,8 % |
| 6 | 12,5 | 19,6 | 28,8 | 3,4 % | 4,3 % | 4,8 % |
| 7 | 19,7 | 32,0 | 49,8 | 5,4 % | 7,0 % | 8,4 % |
| 8 | 34,3 | 57,3 | 84,9 | 9,4 % | 12,6 % | 14,2 % |
| 9 | 82,6 | 106,8 | 132,4 | 22,7 % | 23,4 % | 22,4 % |
| 10 | 198,8 | 219,7 | 278,4 | 54,5 % | 48,1 % | 46,4 % |

QUELLE: 2. ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT DER BUNDESREGIERUNG, 2005:

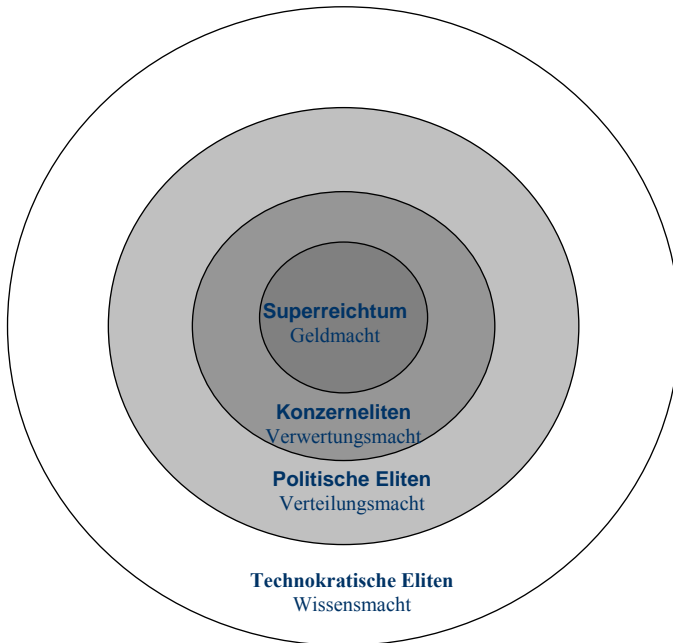
31

Im Jahr 2003 konzentrierte das obere Zehntel aller deutschen Haushalte 46,8 Prozent des gesamten Nettovermögens auf sich. Auf das untere Zehntel entfiel ein Anteil von minus 0,6 Prozent. Das „Vermögen“ dieses Teils der Bevölkerung bestand und besteht aus Schulden. Dass zu dem oberen Zehntel im Jahr 2003 43 deutsche Nettovermögensmillionäre gehören, die zu den Reichsten der Erde zählen, wird in den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung allerdings nicht erwähnt. Dies ist nachzulesen in dem Bericht „The World’s Billionaires“ der amerikanischen Zeitschrift Forbes aus dem Jahr 2004. 98 Prozent der Vermögensmillionäre leben im übrigen in Westdeutschland, 2 Prozent in Ostdeutschland. Das durchschnittliche Immobilien- und Geldvermögen der ostdeutschen Haushalte von knapp 60.000 Euro liegt bei 40 Prozent des Durchschnitts in den westdeutschen Haushalten von 149.000 Euro (Bundesregierung, 2005). Vom Gesamtvermögen privater Haushalte in Deutschland in Höhe von etwa 10 Billionen Euro entfallen schätzungsweise 40 Prozent auf Geldvermögen, 43 Prozent auf Immobilienvermögen, knapp 10 Prozent auf Betriebsvermögen und etwas mehr als 10 Prozent auf Gebrauchsvermögen (Busch 2003: 320).

Geldvermögen und Kapitalreichtum im Zentrum der Macht

Im Zentrum der durch Reichtum verliehenen Macht steht das Geldvermögen als Teil des Gesamtvermögens. Es vermag sich jeder Zeit in jede beliebige der anderen Reichtumsformen zu verwandeln. Es ist in der Lage, jede andere Machtressource zu kaufen, militärisches Potenzial eingeschlossen. Von Krediten und der Emission von Wertpapieren sind Unternehmen und Regierungen abhängig. Geldvermögen ist hochmobil. Es kann den einen Ländern oder Regionen schlagartig entzogen werden und in andere Wirtschaftsräume fließen. Wirtschaft und Politik sind abhängig von solchen Kapitalbewegungen. Analog zur Zentralität der Finanzmärkte im Gesamtgefüge der Weltmärkte wird daher in der Power Structure Research (in der Erforschung von Machtstrukturen) von prominenten Autoren der Geldmacht das entscheidende Gewicht zugemessen. Hans Jürgen Krysmanski vergleicht die Hierarchie der Macht mit einer Ringburg in Gestalt konzentrischer Kreise:

Die Ringburg der Macht



QUELLE: KRYSMANSKI, HANS JÜRGEN, 2004: HIRTEN ET WÖLFE. S. 57. MÜNSTER

Krysmanski kommentiert dazu:

1. „Die Superreichen, der innerste Kern: Die Population von Dollar-milliardären (ca. 400 in den USA und 2000 weltweit) plus einer weit-aus größeren Gruppe mit Vermögen oberhalb der 300-Millionen-Grenze unterliegt, unterstützt von den Massenmedien, einerseits der Mythisierung, andererseits der Verharmlosung. ... Diese neue Form des Gottesgnadentums steht, was seine gesellschaftliche Funktionsweise angeht, oberhalb der üblichen Kapitalverwertungsprozesse, kann nicht bestimmten ‚Kapitalfraktionen‘ zugeordnet werden, ist vorwiegend mit transkapitalistischen Formen der ‚Kapitalvernichtung‘ zwecks Verhinderung von Machtkonkurrenz beschäftigt... Nur diese Gruppen, als einzige, sind souverän!“

2. „Der CEO-Komplex, der erste Ring um den Kern der Superreichen: Die Chief Executive Officers aus Industrie und Finanz sind vorrangig mit der Mehrung und Verwaltung des Vermögens der Superreichen beschäftigt und wissen ihrerseits viele Multimillionäre unter sich. Als Spitzenmanager großer Unternehmen, Versicherungen, Investmentfonds usw. bilden sie zusammen mit den Superreichen den magischen Zirkel der Corporate World.“ Zu ihnen gehören, vor allem in den USA, auch die Generäle an der Spitze der Armeen.

3. „Die politische Klasse bildet den zivilen Ring um den Kern des privaten Reichtums. Hier handelt es sich, auch von der Bedeutung her, schon um eine echte Dienstklasse, zuständig für gesellschaftlichen Konsum und für die Aufrechterhaltung eines Anscheins von Verteilungsgerechtigkeit.“ Sie umfasst Regierende, Chefs von Ministerien und anderen wichtigen Institutionen, hohe politische Beamte, die entscheidenden Medienleute, Verbandsfunktionäre, Lobbyisten, Rechtsanwälte und Spitzenberater.

4. „Die Schicht der Technokraten und Dienstleister, der Außenring“: die Millionen Experten, Wissenschaftler, Beamte und gehobene Mitarbeiter in Wirtschaftsorganisationen, Wissenschaft, Medien, technischen Bereichen, Sicherheitsdiensten und Kultur, kritische Intellektuelle eingeschlossen. Krysmanski verweist auf die Kennzeichnung dieser Schicht als „Dienstbotengesellschaft“ am Hof der Superreichen durch Robert Reich, Clintons erstem Arbeits- und Sozialminister. (Krysmanski, 2004: 144 ff).

In der Bundesrepublik bleiben der erste und der zweite **Der Schleier der**
Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung **Intimität**
weit entfernt von der Erfassung einer solchen
Machtstruktur. Diese Berichte bieten – wie bereits festgestellt – schon

vom Einkommensreichtum und seiner Verteilung nur ein schwaches Bild. Doch mehr noch als über den Einkommensreichtum und seine Verteilung wird der Schleier der Intimität über den Vermögensreichtum gebreitet. Hier bedarf die Wahrung des Mythos von der Spärlichkeit des gesellschaftlich verfügbaren Reichtums allerdings noch größerer Anstrengungen. Die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung sind ein Beispiel dafür.

**Steueroasen –
Orte des „Ver-
schwindens von
Reichtum“**

Nicht berücksichtigt werden nämlich in diesen Berichten die illegal in das Ausland „verschwundenen“ und in Steueroasen der Mitfinanzierung dringlicher Aufgaben entzogenen deutschen Geldvermögen. Das Bankgeheimnis steht ihrer Ermittlung entgegen. Weltweit wird der Umfang der in Offshore-Regionen wie den Cayman-Inseln sowie in Liechtenstein, Luxemburg, Österreich und in der Schweiz geparkten Geldvermögen auf wenigsten 5 Billionen Dollar geschätzt. Darunter befinden sich mindestens 350 Mrd. Euro aus Deutschland (Neues Deutschland, 21./22.12.2002).

Nicht erfasst werden ferner nach eigener Auskunft der Verfasser des ersten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung jene Vermögensbesitzer, „die im üblichen Verständnis als reich gelten (mit Vermögen in mehrstelliger Millionenhöhe bis zu mehreren Milliarden DM). Und das gilt nicht nur für die Vermögensbestände selbst, sondern ebenso für die Vermögenseinkommen, die aus vorhandenen Vermögensbeständen resultieren und auch für die Vermögensbildung.“ Was für merkwürdige Reichtumsberichte, in denen die wirklich Reichen nicht wirklich vorkommen!

Eher bringen die amerikanische Wirtschaftszeitschrift „Forbes“ und die Berichte der US-Investmentbank Merrill Lynch/Cap Gemini Ernst & Young etwas mehr Licht in das milde Dunkel, das den Reichtum in Deutschland umgibt.

Konzentration des Geldvermögens in Deutschland

4.400 Deutsche werden von Merrill Lynch/Cap Gemini Ernst & Young zu den rund 70.000 Personen auf der Erde gerechnet, die Eigentümer von jeweils mehr als 30 Millionen Dollar Finanzvermögen sind. Für diese Gruppe prognostiziert der „World Wealth Report 2004“ ein Anwachsen ihres Finanzreichtums von 28,8 Billionen Dollar im Jahr 2003 um jährlich etwa 6,5 Prozent auf 42,2 Billionen Dollar im Jahr 2009 (Merrill Lynch/Cap Gemini: World Wealth Report 2005).

15.600 Deutsche verfügen über ein liquides Vermögen von 3 bis 30 Millionen Euro. 38.700 Personen in Deutschland haben ein liquides Vermögen von 1,5 bis 3 Millionen Euro (Der Spiegel, 23/2004: 90).

755.000 Privatpersonen in der Bundesrepublik waren Ende 2002 Eigentümer eines Finanzvermögens von mehr als 1 Million Dollar oder rund 950.000 Euro (Merrill Lynch/Cap Gemini: World Wealth Report 2003). Das heißt auf 6 bis 7 Arbeitslose kommt in Deutschland ein Finanzmillionär.

Geldvermögen ist nicht einfach eine Form unter anderen Gestalten des Vermögens, etwa wie das Sachvermögen an schönen Dingen. Geldvermögen ist diejenige Gestalt des Reichtums, die es erlaubt, in der käuflichen Welt nahezu unbegrenzt alles andere zu kaufen und sich jegliche andere Existenzform des Reichtums anzueignen. „Reich werden heißt, zu Geld kommen. Kurz, Reichtum und Geld werden im gewöhnlichen Sprachgebrauch als in dieser Beziehung gleichbedeutend gebraucht.“ (Smith, 1975: 184) Das wusste vor mehr als zweieinhalb Jahrhunderten bereits Adam Smith, der klassische bürgerliche Ökonom, dessen Lobpreisung des Marktes – als die alles regelnde „invisible hand“, als die unsichtbare Hand hinter unserem wirtschaftlichen Tun – auch heute noch das Denken der marktradikalen Wirtschaftstheoretiker und –politiker bestimmt. „Geld ist seiner Qualität nach Dasein des abstrakten Reichtums“, schrieb Marx (Marx, MEW, Bd. 13: 109). Denn wenn es alles andere zu kaufen vermag, ist es selbst Reichtum in der allgemeinsten, abstraktesten Form (Marx, Grundrisse: 136). Wer über Geld verfügt, verfügt über Reichtum schlechthin.

Geld ist das „Sesam öffne dich“ zu allen konkreten Gebrauchswerten und Daseinsformen des Reichtums. Geldreichtum verleiht also Macht. Er ist selbst Inkarnation von Macht. Mit der Größe des Geldreichtums von Einzelnen, Gruppen, Unternehmen oder Organisationen wächst den Mächtigen Herrschaft zu.

Geld ist Macht und Herrschaft

Reichtum ist entschieden mehr als die stoffliche Fülle der Dinge. In der Verfügung über sie erscheint, dass Reichtum auf der Grundlage von Privateigentum Herrschaft ist. Die Macht des Geldes ist so allge-

genwärtig, dass der Vergleich mit der Allgegenwart Gottes aus Sicht der (Geld)Gläubigen förmlich zwingend ist. Ulrich Busch, der der Fülle von Darstellungen der Beziehung von Geld und Reichtum sorgsam nachgegangen ist (Busch, 2003b), verweist auf eine Äußerung Abraham a Sancta Claras aus dem Jahre 1704: „In summa, welche Gold und Silbers genug haben, werden die allerglücklichsten Leut dieser Welt geschätzt – Gold ist der irdisch Gott...“ (Abraham a Sancta Clara, 1969: 238). Und der Ökonom Adam Müller schrieb 1809 über „zwei höchste Güter“: „Die *Idee*, Gott; und das *Reale*, Gold.“ (Müller, 1936: 211ff, zitiert nach Busch a.a.O.). Gold war zu jenen Zeiten noch die harte Geldware, der Bezugspunkt allen Geldes, auch wenn dieses bereits als Papiergeld und in Form von Schuldscheinen zirkulierte. Geld, so resümierte Marx zur Anbetung und realen Bedeutung des Geldes in der kapitalistischen Gesellschaft, ist „der Gott unter den Waren“ (Marx, MEW, Bd. 42: 148)

In die Charakteristik des Geldes schiebt sich Doppeltes: der realistische Verweis auf seine Allmacht und seine mythische Erhebung in den Rang des Gottgleichen. Letzteres hat tieferen Gehalt als nur den eines sprachlichen Gleichnisses, das auf die herausgehobene Stellung des Geldes verweisen soll. So wie im Namen Gottes blutige Kreuzzüge unternommen, Völker unterworfen, Kolonien ausgeraubt, Kriege geführt und Verbrechen begangen wurden, so galt und gilt dies bis heute für das Geld. Die Berufung auf Gott gilt allerdings als moralischer als die auf die Vermehrung des Geldes als dem „einzig wahren Reichtum“. (Marx, MEW, Bd. 25: 469) Wiederum wird deutlich, dass Mythen die Daseinsweisen des Reichtums und die Hüllen jener Macht sind, die der Reichtum verleiht. Wir werden dem im Laufe unserer Betrachtungen immer wieder begegnen.

Von 1970 bis 1995 wuchs der Anteil der Vermögenseinkommen an den Gesamteinkommen um mehr als 50 Prozent an.

FEIK/SCHLOMANN, 1997: 93

Reichtum an Geldvermögen zeichnet sich u.a. dadurch aus, dass aus dem Vermögen selbst durch Zins- und Dividendeneinnahmen nennenswerte Teile des Einkommens fließen, dessen Höhe es den Wohlhabenden und Reichen

im Unterschied zum Einkommen der Lohnabhängigen und kleinen Sparer ermöglicht, den anschwellenden Reichtum als Kapital in größerem Umfang zu investieren, also profit- und zinstragend anzulegen. Wie groß durch Geld verliehener Einfluss ist, zeigt ein Blick auf drei institutionelle Gestalten der Machtausübung mit seiner Hilfe als Teil eines viel weiter gespannten Herrschaftsmechanismus (vgl. Kapitel 2.5.).

Wenig wahrgenommen in der breiten Öffentlichkeit besitzen die großen Rating-Agenturen eine der Schlüsselstellungen im globalisierten Kapitalismus (Hillebrand, 2001: 150 ff). Sie betreiben ein hochprofitables Geschäft. Ihre Umsatzrenditen liegen bei 25 Prozent. Ihr Geschäftsfeld ist die Bewertung von Anleihen und damit indirekt von Unternehmen und von Staaten, die sich durch die Anleihen auf den Kapitalmärkten finanzieren wollen. Dafür vergeben sie eine Note, ein Ranking. Von ihrem Urteil hängen in beträchtlichem Maße die Aktienkurse von Unternehmen, die Einschätzung ihrer Kreditwürdigkeit durch Banken und Finanzinvestoren und die Zeichnungsbereitschaft des Publikums bei Anleihen ab, die Firmen oder Regierungen auflegen. Ernst Hillebrand zitiert die Aussage des botswanischen Präsidenten Festus Mogae: „Die Rating-Agenturen sind für uns wichtiger als die Weltbank und der IWF“. Kapitalreichtum, angelegt in Rating-Agenturen, ist an der indirekten Steuerung großer Teile des gesamten globalen Kapitalreichtums beteiligt. Drei große Unternehmen beherrschen diese Branche: Standard & Poors (S & P), Moody's und Fitch ICBA. „Vorsichtigen Schätzungen zufolge ist davon auszugehen, dass Moody's und Standard & Poors über die von ihnen erteilten Ratings den Fluss von rund 80 Prozent des gesamten Weltkapitals kontrollieren.“ (Financial Times Deutschland vom 19.04.2000; Hillebrand, 2001: 152) Selbst wenn dieser Einfluss mit den internationalen Banken und Investmentfonds geteilt ist, ist er doch außerordentlich groß.

Rating-Agenturen

Der Einfluss privater Rating-Agenturen auf die globalen Kapitalbewegungen verbindet sich mit erheblicher Abhängigkeit der Staaten von ihren Bewertungen. Das ist Teil des Mechanismus einer Privatisierung der Weltpolitik unter dem Einfluss privaten Reichtums. (Brühl/Debiel/Hamm/Hummel/Martens, 2001; Huffschmid u. a., 2004). Einsatz von Kapitalreichtum zur Privatisierung der Politik ist ein charakteristischer Prozess des neoliberalen Kapitalismus.

Eine weitere Gestalt der Privatisierung der Weltpolitik verkörpern die Think Tanks, in denen die Strategien der Herrschenden entwickelt werden. Geld, angelegt in Denkfabriken, bringt Herrschaftsstrategien hervor. Die personelle Zusammensetzung der Think Tanks verweist in vielen Fällen darauf, dass sie zugleich privat finanzierte politische Koordinierungszentren

Think Tanks

sind. Viele von ihnen nehmen bestimmenden Einfluss auf die Verbreitung der herrschenden Ideologie.

Rainer Rilling verweist als Beispiel dafür auf das 1997 gebildete Project for the New American Century (PNAC). Ihm gehören unter anderem Jeb Bush, William Bennett, Dick Cheney, Mitch Decter, Steve Forbes, Francis Fukuyama, Fred C. Ikle, Donald Kagan, Robert Kagan, Zalmay Khalilzad, William Kristol, Norman Podhoretz, Dan Quayle, Stephen P. Rosen und Donald Rumsfeld an. Die Namensliste steht für die Verquickung des Bush-Clans, der Pentagon-Spitze, der Rüstungsindustrie, der radikalen christlichen Rechten, der geistigen Väter der Konzeption vom American Empire, ihrer Propagandisten und der Gemeindienste. Acht Gründungsunterzeichner des PNAC rückten in die Bush-Administration ein. Rumsfeld, Wolfowitz und Kristol forderten schon im Mai 1998 in einem Schreiben, Hussein mit militärischen Mitteln zu stürzen (Rilling, 2004: 171 ff).

Stark auf die Produktion und Verbreitung der neoliberalen Ideologie konzentriert ist das weltweite Netz der Mont Pèlerin Society, die schon 1947 von Friedrich von Hayek, Milton Friedman und Karl Popper gegründet wurde.

Zu den neuimperialen Think Tanks zählt das 1988 gegründete Center for Security Policy (CSP), über seinen Direktor Frank Gaffney eng mit dem PNAC verbunden und ebenfalls ein Zentrum konservativer Politiker, Rüstungsindustrieller und Ideologen – beispielsweise in engen Beziehungen zu Rumsfeld und Perl.

Das Weltwirtschaftsforum (WWF), bekannt durch seine jährlichen exklusiven Symposien in Davos, ist als Treffen von Spitzenmanagern, Top-Politikern, Wissenschaftlern und Gewerkschaftsführern zum umfassendsten Forum privater transnationaler Strategiebildung geworden.

Rilling nennt als weitere neokonservative und neuimperiale Denkfabriken, Institute und Policy-Shops unter anderem das National Institute for Public Policy, die US. Space Foundation, das National Strategie Information Center, das Jewish Institute for National Security Affairs, Empower America, das Institute for Religion and Democracy, das Washington Institute, die Heritage Foundation – verwickelt in den Iran-Contra-Skandal der USA -, das Hudson Institut und das American Enterprise des Manhattan Institute for Policy Research, das National Institut for Public Policy und das Public Policy Center, das in der Verbindung zur christlichen Rechten eine fundamentalistische Moralisierung der US-Außenpolitik betreibt (Rilling, 2004: 175).

In Europa hatte sich als rechtsgerichtete autoritäre Reaktion auf die 68er Bewegung das Elite-Netzwerk Pinay Circle gegründet, dem unter anderem Strauß und Andreotti angehörten.

Überwiegend privat finanziert ist dieses Geflecht von Think Tanks eine der herausragenden Formen, in denen privater Reichtum politischen Einfluss auf die Politik ausübt, d. h. zur Privatisierung der Politik als ein Grundprozess neoliberaler Entwicklung beiträgt (van der Pijl, 2001, 82 ff).

Besonders umfassend tritt die Privatisierung der Politik im Wirken der Medien und der Public-Relation-Agenturen hervor. Die privaten Medienkonzerne – aber auch öffentlich-rechtliche Medienunternehmen, die sich der Konkurrenz der privaten Anbieter und dem Einfluss der herrschenden politischen Kräfte nicht entziehen können – verfügen über hochkonzentrierte Macht zur Prägung des öffentlichen Bewusstseins. Kapitalreichtum verwandelt sich über das Wirken der Medien in Deutungsmacht über politische Probleme und Prozesse. Geld schafft sich mit Hilfe der Medienwelt den Zeitgeist, der seiner eigenen Vermehrung zuträglich ist. Der Geist, den die neoliberalen Think Tanks produzieren, wird über die Medien mit Umsätzen von Hunderten Milliarden profitabel in den Mainstream öffentlichen Denkens verwandelt und schlägt sich in Wahlergebnissen, in anderen Formen politischen Verhaltens der Bevölkerung und in klingender oder elektronischer Münze nieder.

Medienmacht und Public-Relations-Agenturen

| Jahresumsatz der weltgrößten Medien- und Unterhaltungskonzerne (in Mrd. US-Dollar) | | |
|---|-------------------|------------------|
| 1. | AOL/Time Warner | USA 30,0 |
| 2. | Walt-Disney/ABC | USA 23,0 |
| 3. | Viacom/CBS | USA 18,9 |
| 4. | Bertelsmann | Deutschland 14,8 |
| 5. | News Corporation | USA 13,6 |
| 6. | Sony | Japan/USA 10,5 |
| 7. | ATT/Liberty Media | USA 7,5 |
| 8. | Universal Studios | USA 7,2 |
| 9. | Comcast | USA 5,5 |

QUELLE: RELJIĆ, 2001: 63

Die starke Abhängigkeit der Medien von der Werbung ist einer der Einflusskanäle, über die private Partikularinteressen in das politische Bewusstsein eindringen. Die Verflachung im Unterhaltungsangebot und das so genannte Infotainment sind damit verbunden, dass aufwändige und in der Regel teure Recherchearbeit und die journalistische Bearbeitung seriöser Themen oft in den Hintergrund treten. Daran haben die PR-Agenturen erheblichen Anteilen, die ihren Auftraggebern Verkaufsstrategien liefern – ob für Kinderspielzeug oder für die Akzeptanz von Angriffskriegen. „Der zweite Golfkrieg und insbesondere die Kriege im ehemaligen Jugoslawien wurden in den transnationalen Medien auch als Propagandakriege geführt, bei denen es um das Wohlwollen der Weltöffentlichkeit ging. Einen wesentlichen Einfluss auf die Berichterstattung transnationaler Nachrichtenorganisationen über diese Konflikte übten private Public-Relations-Firmen aus, die von kriegsführenden Parteien bezahlt wurden. Im Repertoire waren dabei alle Techniken der Inszenierung von Politik vertreten, die Bereitstellung von Hintergrundmaterialien für Journalisten, die Platzierung und die Schulung von Politikern, wie man 15-Sekunden-Sound-Bites (kurz, fernsehgerechte Statements) am besten von sich gibt.“ (Reljić, 2001: 73f)

Kapitalreichtum nimmt die Gestalt von – vorwiegend privater – Medienmacht an und wird zur Macht über das öffentliche Bewusstsein und die vom Zeitgeist stark bestimmte Politik.

2.3. Reichtum an Wirtschaftsressourcen

Produktivvermögen

Lange Zeit – ehe die Finanzmärkte ihr gegenwärtiges Gewicht gewannen – war die entscheidende Kapitalanlagesphäre unbestritten die Produktion. Das Geldvermögen wurde als Geldkapital vorwiegend für den Kauf von Produktionsmitteln verwendet und verwandelte sich so in Produktivvermögen. Die Eigentümer der Produktionsmittel werden zu „Arbeitgebern“, indem sie Kapital in den Kauf der Arbeitskraft von „Arbeitnehmern“ investieren – um sich einen Teil des von ihnen produzierten Wertes anzueignen.

Heute laufen die Finanzmärkte der Produktionssphäre den Rang als erster Raum der Kapitalanlage ab. Aber der Wert, der in der Finanzsphäre bewegt wird, stammt letzten Endes aus der Wertproduktion, die auf dem Eigentum an Wirtschaftsressourcen beruht.

Der Reichtum als Eigentum an Wirtschaftsressourcen ist jene elementare Reichtumsform, die die Gesellschaft in Eigentümer von Produktions- und Dienstleistungsbedingungen und Nichteigentümer spaltet. In Unternehmer und Lohnabhängige also, in solche, deren Profitinteressen das dominierende, in letzter Instanz bestimmende Maß von Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft sind, und in solche, die sich diesen Interessen flexibel anzupassen haben. Die Lohnabhängigen sollen verstehen, ja sogar akzeptieren, dass Lohnzurückhaltung, Ausweitung des Niedriglohnssektors, prekäre Arbeitsbedingungen, private Risikoversicherung anstelle einst paritätischer Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer, steigende Arbeitshetze, Lockerung des Kündigungsschutzes und notfalls selbst die eigene Kündigung nur zu ihrem Wohle sind – weil auf solche Weise der deutsche und europäische Standort gestärkt werde. Schon in der Ungleichheit von Geldeinkommen und Geldvermögen verbirgt sich, dass Geld nichts weiter ist als ein gesellschaftliches Verhältnis. Die Knappheit des Geldes der einen zwingt sie in bedrückende Verhältnisse. Der Geldreichtum der anderen verleiht ihnen Machtfülle. Noch deutlicher wird in der Verteilung des Reichtums in Gestalt von Wirtschaftsressourcen:

Der Reichtum in Gestalt von Wirtschaftsressourcen umfasst das Eigentum an Produktionsmitteln in der Produktionssphäre – oft als Produktiv- oder Betriebsvermögen bezeichnet –, das Eigentum der Banken und Investmentfonds an den baulichen, technischen und anderen Bedingungen ihrer Geschäftstätigkeit und die Infrastruktur in der Gesellschaft. In allen diesen Sphären gewinnen Wissen, Information und andere immaterielle Ressourcen schnell an Gewicht.

Reichtum ist nicht allein Kapitalreichtum Vermögensanhäufung. In bürgerlichen Gesellschaften nimmt der Reichtum vorwiegend die Form von Kapital an: „Das Kapital aber als die allgemeine Form des Reichtums...“ (Marx, 1953, Grundrisse: 240). Besonders in der Gestalt von Produktiv- und Betriebsvermögen ist er die ökonomische Grundlage dafür, dass die Eigentümer von Produktionsmitteln Ziele und Bedingungen des Produktionsprozesses weitgehend bestimmen und sich seine Ergebnisse aneignen können. Die Nichteigentümer dagegen treten nur als Lohnabhängige in den Produktionsprozess ein.

In das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital ist von vornherein eingeschrieben und heute nicht weniger virulent als je zuvor, dass der Reichtum auf Seiten der Unternehmer grundsätzlich zu Lasten der Lohnabhängigen und der Bezieher von Sozialeinkommen wächst. Das Eigentum an Produktionsmitteln führt für deren Eigentümer zu dem angenehmen Resultat, dass der von den Lohnabhängigen produzierte Wert zu beträchtlichen Teilen stets aus deren Verfügung entschwindet, als Profit von den Unternehmern angeeignet wird und bei den mächtigsten Konkurrenten unter ihnen den Reichtum weiter anschwellen lässt.

Das Grundmuster der Bewegung des Reichtums gilt besonders augenfällig für das Produktivvermögen in Gestalt von Produktionsmitteln: bei den abhängig Beschäftigten, besonders bei den im Niedriglohnbereich und in prekären Verhältnissen Arbeitenden und bei Arbeitslosen, ist deshalb kein Reichtum in Sicht, weil er auf dem Gegenpol der Gesellschaft konzentriert wird.

Die beiden Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung lesen sich bei weitem harmloser. Dort erfahren wir, dass 1998 22 % der westdeutschen und 14 % der ostdeutschen Haushalte entweder unmittelbar als Selbständige oder als Aktienbesitzer am Produktivkapital beteiligt waren (Bundesregierung, 2001, Materialband: 92). Und insgesamt wird das betriebliche Rein- oder Nettovermögen in Deutschland mit 1,1 Bio Euro ausgewiesen (Bundesregierung, 2001: 61 f; Materialband: 110). Im Jahr 2002 verfügten 6,2 Prozent der Haushalte in Deutschland über direktes Eigentum an Betriebsvermögen – 6,4 Prozent in Westdeutschland und 5,4 Prozent in Ostdeutschland (Bundesregierung, 2005: 36). Doch der Wert dieser Information kommt trotz der Unterscheidung zwischen West und Ost dem Informationswert über die durchschnittliche Tiefe aller Ozeane, Binnenseen und Tümpel gleich. Die Deutsche Bank beispielsweise rangiert im „Handelsblatt“ vom 13.06.2002 mit einem Marktwert von 48,6 Milliarden Euro auf Platz 1 der zwanzig größten Banken Europas, zu denen auch die HypoVereinsbank, die Commerzbank und die Dresdner Bank zählen.

**Produktivvermögen
und die Macht der
Transnationalen**

Was Eigentum an Wirtschaftsressourcen tatsächlich bedeutet, zeigt bereits ein Blick auf die internationale Kapitalkonzentration in der materiellen Produktion.

Nach Angaben der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung aus dem Jahre 2001 vereinigen rund 60.000 transnational

operierende Unternehmen mit fast einer halben Million Zweigfirmen rund ein Drittel des produktiven Geldanlagekapitals auf sich (UNCTAD, 2001). Die 200 größten transnationalen Unternehmen bringen 27,5 % des Weltbruttosozialprodukts hervor. Ihr Umsatz übertrifft nach UNCTAD-Angaben den Gesamtumsatz sämtlicher anderer Volkswirtschaften mit Ausnahme der 10 größten Länder. Gemessen am Umsatz von Weltunternehmen und am Bruttosozialprodukt von Nationalstaaten zählen zu den 100 größten Volkswirtschaften der Welt nach Angaben des Institute for Policy Studies aus dem Jahr 2001 51 Konzernimperien und 49 Volkswirtschaften (ebenda).

Ein Drittel des Welthandels ist kein Handel im üblichen Verständnis, sondern interner Austausch innerhalb von Konzernen, nicht zwischen ihnen. Dies ermöglicht ihnen im konzerninternen Verrechnungsverkehr, hohe Gewinne dort auszuweisen, wo die Besteuerung gering ist, und rechnerisch geringe Gewinne dort zu deklarieren, wo die Steuern hoch sind. Ein weiteres Drittel des weltweiten Handels allerdings ist Warenverkehr zwischen verschiedenen transnationalen Unternehmen. Nur ein letztes Drittel des Welthandels vollzieht sich außerhalb dieser Konzernstrukturen, aber natürlich ebenfalls stark von ihren Interessen beeinflusst (George, 2002: 13/14).

Was für eine verharmlosende Darstellung dagegen in den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung, wenn ausgerechnet die Auslandsbeteiligungen und deutsche Unternehmen im Ausland in diesem Bericht nicht erscheinen! Die aus der transnationalen Struktur des Großkapitals resultierende Monopolmacht scheint nach der Darstellung in diesen Berichten mit der Reichtumsentwicklung kaum zusammenzuhängen.

Keine Spur ist in der amtlichen Reichtumsberichterstattung von der ungeheuren Reichtums- und Machtkonzentration bei den Großbanken und Investmentfonds zu entdecken.

„Und doch dürfte eine fast dreißig Jahre alte Schätzung unvermindert gelten, wonach 1,7 Prozent der Haushalte mehr als 70 Prozent des Produktionsvermögens besäßen.“

KARL-SIEGBERT REHBERG, VORSITZENDER DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE. DIE ZEIT. 21.4.2005

**Einmal mehr:
die Intimität des
Reichtums**

**Reichtum und
Macht der Banken**

Die größten Banken Europas und der USA, 2001

A. Die 20 größten Banken Europas

| Nr. | Name | Land | Umsatz Mrd. € | Marktwert Mrd. € | Rendite in % des Eigenkapitals | Beschäftigte in 1000 |
|-----|--------------------------|------|------------------|---------------------|-----------------------------------|-------------------------|
| 1* | Deutsche Bank | D | 75,0 | 48,6 | 1,3 | 84,8 |
| 2 | UBS | CH | 57,7 | 72,0 | 11,2 | 70,0 |
| 3 | HSBC | GB | 54,7 | 129,6 | 12,6 | 171,0 |
| 4 | Crédit Suisse | CH | 53,4 | 47,4 | 4,2 | 79,2 |
| 5 | BNP Paribas | F | 46,3 | 54,3 | 18,6 | 85,2 |
| 6 | ABN Amro Holding | NL | 45,8 | 32,5 | 27,0 | 111,7 |
| 7 | Fortis | B | 45,3 | 32,9 | 16,3 | 69,0 |
| 8* | HypoVereinsbank | D | 44,1 | 20,6 | 4,8 | 69,5 |
| 9 | Royal Bank of Scotland | GB | 36,2 | 93,4 | 9,5 | 105,7 |
| 10 | Société Générale | F | 35,0 | 33,8 | 15,5 | 85,6 |
| 11 | BSCH | GB | 35,0 | 48,0 | 13,0 | 114,9 |
| 12 | Halifax Bank of Scotland | GB | 31,6 | 48,9 | 15,7 | 55,4 |
| 13 | Barclays | GB | 31,3 | 65,8 | 18,7 | 77,1 |
| 14 | Crédit Agricole | F | 29,4 | 22,8 | 13,0 | 19,3 |
| 15 | BBV Argentina | SP | 27,5 | 43,6 | 18,8 | 98,6 |
| 16* | Commerzbank | D | 27,0 | 10,6 | 0,8 | 39,5 |
| 17* | Dresdner Bank | D | 26,2 | 28,5 | 1,3 | 50,0 |
| 18 | Lloyds TSB | GB | 25,9 | 65,4 | 25,9 | 88,4 |
| 19 | Dexia | B | 22,0 | 22,0 | 18,6 | 25,8 |
| 20 | Crédit Lyonnaise | F | 20,7 | 16,6 | 10,3 | 41,3 |

*Stand 15.5.2002

QUELLE: HANDELSBLATT 13.6.2002: BEILAGE EUROPA 500. ENTNOMMEN AUS:
HUFFSCHMID, 2002: 77

B. Die 10 größten Banken der USA

| Nr. | Name | Ein- nahmen Mrd. \$ | Marktwert Mrd. \$* | Rendite in % des Eigenkapitals | Beschäftigte in 1000 |
|-----|---------------------------------------|---------------------------|-----------------------|-----------------------------------|-------------------------|
| 1 | Citigroup | 112,0 | 242 | 17 | 268,0 |
| 2 | Bank of America Corp. | 52,6 | 98 | 14 | 142,7 |
| 3 | J-P. Morgan Chase | 50,4 | 74 | 4 | 95,8 |
| 4 | Wells Fargo | 26,9 | 71 | 13 | 119,7 |
| 5 | Bank One Corp. | 24,5 | 39 | 13 | 73,5 |
| 6 | Wachovia Corp. | 22,4 | 42 | 6 | 84,0 |
| 7 | Fleet Boston | 19,2 | 38 | 5 | 55,9 |
| 8 | US Bancorp. | 16,4 | 37 | 10 | 50,0 |
| 9 | MBNA | 10,1 | | 22 | 25,2 |
| 10 | National City Corp. Suntrust Banks | 8,4 | | 16 | 27,5 |

Stand: 25. Oktober 2001;

QUELLE: FORTUNE VOM 15. APRIL 2002: 30, 31, 32. ENTNOMMEN AUS:
HUFFSCHMID, 2002: 77

Die Grundstruktur der Macht im Globalisierungsprozess wird in der amtlichen Reichtumsberichterstattung ausgeklammert. Reichtum, der in bürgerlichen Gesellschaften vorwiegend in Gestalt von Kapital und dessen auf Profit zielender Bewegung existiert, soll der Öffentlichkeit allenfalls als Anhäufung von Vermögen dargestellt werden. Weitgehend ausgeblendet wird die erdumspannende ökonomische und politische Herrschaft, die er verleiht.

Reichtum und Globalisierung

Reichtum als Kapitaleigentum transnationaler Konzerne, Großbanken und Investmentfonds an Wirtschaftsressourcen rund um die Erde entfaltet eine globale Wirkungsmacht. Ihre ausführliche Analyse ist nicht Gegenstand dieser Schrift, in der es vorrangig um den *Verbleib* dieses Reichtums im Angesicht zunehmender öffentlicher und weltweiter privater Armut geht.

Unter diesem Aspekt des Verbleibs des Reichtums ist aus globaler Sicht festzustellen: Rund um die Erde, vor allem in den so genannten Entwicklungsländern, fehlen einem großen Teil der Menschheit oft die elementarsten Ressourcen zur Sicherung eines menschenwürdigen Lebens. Für Milliarden Menschen gilt: „Kein Reichtum, nirgendwo“. Der Reichtum, der für die Überwindung von Hunger, Tod und Krankheiten, Arbeits- und Wohnungslosigkeit, Analphabetentum und Umweltzerstörung fehlt, befindet sich zu beachtlichen Teilen als Kapital in der Verfügung einer kleinen globalen Machtelite.

Die Konzentration von Kapitalreichtum in Gestalt von Wirtschaftsressourcen hat viele Bewegungsformen.

• Die Liberalisierung der Weltwirtschaft ist der **Liberalisierung der Weltwirtschaft** Hauptweg der transnational operierenden Unternehmen, um ihre Machtausweitung im eigenen Profitinteresse voranzutreiben. Die Öffnung der Märkte rund um den Erdball bringt den konkurrenzstärksten Unternehmen die größten Vorteile (George, 2001: 13 ff; Altvater/Mahnkopf, 1996: 245 ff; Huffs Schmid, 2002: 69 ff). Die Unternehmen der exportstärksten Nationen haben seit Jahrzehnten den meisten Gewinn aus der weitgehenden Beseitigung von Zöllen und nichttariferen Handelsbeschränkungen.

gen für Güter aller Art im Rahmen des General Agreement on Trade and Tariffs (GATT) gezogen (Brand/Brunnengräber/Schrader/Stock/Wahl, 2000: 89 ff; Conert, 1998: 408 ff)

Privatisierung von Dienstleistungen rund um die Erde

- In den letzten Jahrzehnten haben Dienstleistungen aller Art im Unterschied zu stofflichen Gütern stark an Gewicht in der internationalen Wirtschaft gewonnen. Der Umfang der internationalen Bildungsausgaben, die den Bildungs“markt“ speisen könnten, wird auf 2 Billionen Dollar, der des Gesundheits“marktes“ auf bis zu 3,5 Billionen geschätzt. Die Privatisierung dieser Märkte ebenso wie die weiterer Dienstleistungen in 155 Teilssektoren ist in vollem Gange (Fritz, 2003: 24 ff; Dickhaus/Dietz, 2004).

„Ohne den enormen Druck des amerikanischen Finanzsektors, namentlich von Konzernen wie American Express und Citicorp, hätte es kein Abkommen über die Dienstleistungen und daher vielleicht auch keine Uruguay-Runde und keine WTO gegeben.“

DAVID HARTRIDGE, VORMALS
DIREKTOR DER ABTEILUNG DIENST-
LEISTUNGSHANDEL IM SEKRETARIAT
DER WTO, 1977

Die Privatisierung öffentlicher Güter und bisher öffentlicher Daseinsvorsorge auf breiter Front ist eines der zentralen neoliberalen Projekte für die ersten Jahrzehnte des 21. Jahrhunderts.

Es soll mittels des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) durchgesetzt werden. GATS ist das entscheidende Teilabkommen im Gesamtgefüge der Welthandelsorganisation (WTO), die 1994 aus dem Allgemeinen Abkommen über Zölle und Tarife (GATT) hervorgegangen ist. Beide Abkommen bilden den institutionellen Rahmen für den nächsten großen Schub in der Liberalisierung der Weltwirtschaft, für die Einverleibung auch der bisher noch nicht privat betriebenen Dienstleistungen in die Kapitalverwertung. Auf der Website der Europäischen Union war dazu zu lesen: „Das GATS existiert nicht allein zwischen Regierungen. Zuerst und vor allem ist es ein Instrument zum Wohle des Business.“ (<http://gats-info.eu.int/gats-info/g2000>. 25.03.2000)

Die öffentliche Finanzierung oder Teilfinanzierung von Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrsleistungen, von öffentlicher Daseinsvorsorge in der Kinderbetreuung, im Energie- und wasserwirtschaftlichen Bereich, von öffentlichen Aufgaben in Rundfunk und Fernsehen soll den Bestimmungen des GATS gemäß als „Wettbewerbsverfälschung“ auslaufen. Oder sie soll nach dem Prinzip der „nationalen Behandlung“ auch den importierten Leistungen aus anderen Staaten und der „Meistbegünstigung“ aller Anbieter – auch privater ausländischer In-

vestoren – zugute kommen. Entweder Abschied von bisher sozialstaatlichen Leistungen oder öffentliche Zuwendungen auch an ausländische Privatunternehmer aus den ohnehin leeren nationalen Staatskassen! In beiden Fällen wird die Folge ein Anschwellen des Reichtums auf Seiten der international operierenden privaten Dienstleistungsanbieter und eine Mehrbelastung der Einzelnen ohne Solidarausgleich sein, wenn die im Rahmen von WTO und GATS vereinbarte General-Liberalisierung weiter durchgesetzt wird. Die Gefahr ist groß, dass dies tatsächlich geschieht.

GATS verwandelt die Dienstleistungen rund um die Erde in Reichtumsquellen internationaler Anbieter. Privater Reichtum wächst zu Lasten von öffentlichem Reichtum. In der Regel werden Reichtumsverluste auf Seiten der bisher an öffentlicher Daseinsvorsorge Teilhabenden die Folge sein.

Jedoch, den Mächtigen reicht auch das nicht aus. Reichtum durch Güterproduktion – schön und gut. Reichtum durch Privatisierung und Kommerzialisierung der Dienstleistungen, die bisher öffentliche Güter und Gegenstand öffentlicher Daseinsvorsorge waren – schon besser.

- Wie aber, wenn es gelänge, Grundbausteine der **Verwirklichung uralter alchimistischer Träume** Natur, unberührt bisher von menschlichem Tun, in Quellen des Reichtums zu verwandeln? Wenn es gelänge, diesen uralten Traum der Fürsten und Könige zu verwirklichen, die sich ihre Alchimisten hielten, um durch die geheimnisvolle „schwarze Kunst“ Gold als die Inkarnation des Reichtums aus unedlen Naturelementen hervorwachsen zu lassen?

Goethes „Faust“ und die Alchimie der Moderne

Hans Christoph Binswanger, ein international renommierter Schweizer Volkswirtschaftler, hat in Goethes „Faust“ Entsprechungen zwischen der alchimistischen Suche nach Gold und dem Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft gefunden und diese Verwandtschaft auf faszinierende Weise herausgearbeitet.

Von zwei magischen Zielen wurden die Alchimisten geleitet. Zum ersten „von der Herstellung des Trinkgoldes in der Hexenküche, von der Wiederverjüngung und der Manneskraft; es ist das Drama der Liebe“, von dem der erste Teil des Goetheschen „Faust“ handelt – endend mit Gretchens Tod (Binswanger, 1985: 14/15).

Zum zweiten war das Ziel den mittelalterlichen Alchimisten die künstliche Herstellung des Goldes. Um beides mühten sie sich vergebens.

Das erste dieser Ziele – so könnten Binswangers Überlegungen weitergeführt werden – gewinnt heute in den Labors, Produktionsstätten und Marketingstrategien der Kosmetikindustrie eine Wiedererweckung. „Anti-Aging“ lautet der Schlachtruf, mit dem Milliardenumsätze gepusht werden. Der Jugendwahn der modernen Alchimisten und ihrer Auftraggeber hat vermittelt über die Medienkonzerne längst Millionen von Käuferinnen und Käufer ergriffen und verwandelt sich in die klingende Münze seiner Profiteure.

Das zweite dieser Ziele, Gold aus anderen Naturelementen herauszudestillieren und auf solche Weise die Welt zu bewegen, findet Binswanger im zweiten Teil des „Faust“ behandelt. Dort wird der Akt der Geldschöpfung in der Mummenschanz-Szene am Kaiserhof dargestellt. Der Kaiser unterschreibt das Original des Papiergeldes, sich als Gott der Unterwelt, der Bergwerke und der Goldbergwerke im besonderen wählend (Binswanger, 1985: 28 ff). Mephisto – Teufel und Alchimist zugleich – bietet Faust mit Hilfe des künstlichen Geldes die Chance, dem Meer einen neuen Siedlungsraum zu entreißen und in diesem Werk ein Glücksgefühl zu erleben, das ihn seiner Wette mit Mephisto gemäß in den Tod und in Mephistos Gewalt führt.

Wonach Alchimisten erfolglos strebten, künstliches Gold aus den Elementen der Natur zu gewinnen, gelang den Schöpfern des Papiergeldes, die sich damit als die wahren modernen Alchimisten der Warenproduktion erwiesen. Sie zauberten Geld wie aus dem Nichts hervor. „Typisch ... ist wohl auch die Geschichte des Herzogs von Orleans, der sofort, als er den Erfinder der europäischen Banknote, John Law, engagiert hatte, seine sämtlichen Hofalchimisten entließ, dies mit dem Zusatz, er habe jetzt eine bessere und sichere Methode entdeckt, zu Geld zu kommen.“ (Kerschagl, 1973: 64)

Gene als Reich- tumsquellen

Das Ziel der Alchimisten, in elementaren Bausteinen der Natur neue Quellen des Reichtums zu entdecken, erfüllt sich im übertragenen Sinne nicht allein mit der Emission von Papiergeld. Vielleicht noch augenfälliger ist jene Brücke zwischen Alchimie und moderner kapitalistischer Wirtschaft, die sich aus der kapitalistischen Verwertung der Genforschung ergibt. Die bis vor kurzem nicht entschlüsselten Tiefenstrukturen des Lebens selbst sind zum Feld der Kapitalverwertung geworden. Mit der Patentierung ent-

deckter Gene von Pflanzen, Tieren und Menschen wurden monopolartige Eigentumsrechte auf die Bausteine des Lebens selbst erstreckt. Modernen Alchimisten, denen es gelingt, Grundelemente der Natur in Milliardenreichtümer zu verwandeln, sind beispielsweise die Konzerne in der pharmazeutischen Industrie und in der Saatgut- und Pflanzenschutzwirtschaft, die Beherrscher der agroindustriellen Komplexe und Investoren in der Tier- und Humanmedizin (Brand/Görg, 2001: 4, 7, 8, 11).

Millionen Bauern im „Süden“ sind bereits von genmanipuliertem Saatgut abhängig geworden. Sie verlieren Hab und Gut, wenn sie das importierte Saatgut nicht bezahlen können. Gentechnologische Verfahren in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterproduktion können die herkömmliche Existenz von hunderten Millionen Bauern in Frage stellen (Kennedy, 1993: 91 ff).

Wenn sich transnationale Unternehmen den Genreichtum der Natur angeeignet und in teure Produkte verwandelt haben, können die Bewohner armer Länder nicht bezahlen, was einst ihr Naturreichtum war. Konzerne wie Bayer, Novatis, Aventis und Monsanto sind die Profiteure. Zu den Verlierern gehören häufig die indigenen Völker, in deren Lebensumfeld sich ein großer Teil der genetischen Ressourcen auf der Erde befindet. Dies gilt trotz der „Konvention über biologische Vielfalt“ und anderer internationaler Vertragswerke, die alle Beteiligten zum Erhalt der genetischen und Artenvielfalt und zu einem fairen Vorteilsausgleich zwischen den Staaten als Souverän über Naturressourcen und anderen Nutzern verpflichten.

Längst ist die Erteilung von Patenten auch auf menschliche Gene im Gange. Die Genforschung eröffnet Möglichkeiten zur Heilung bisher erfolglos behandelter Krankheiten, aber sie werden eingebettet in einen weitreichenden Schub der Kommerzialisierung des Gesundheitswesens zu Lasten der Patientinnen und Patienten und der Enteignung indigener Völker von ihren Ressourcen und ihrem Heilwissen.

„Nun könnte man sagen, dass es letzten Endes egal ist, wo unsere Träume und Sehnsüchte, unsere Vorstellungen von der Schönheit herkommen. ... Mir ist es nicht egal. Mich stört der Gedanke, dass irgendwo in Oregon im Hauptquartier von Nike ein paar Leute herumsitzen und sich Tag für Tag nur darüber Gedanken machen, wie sie mir einen Traum einpflanzen können, damit ich mich mit Sportkleidung von Nike eindecke. ... Mich stört vor allem, dass ich den Traumfabrikanten und Sehnsuchtsmanagern ständig auf den Leim gehen muss, wenn ich nicht ganz aus der Welt herausfallen will.“

KURBJUWEIT, 2003: 177

Auch die neuen Quellen des Reichtums der Einen werden zu Ursachen für die Armut der Anderen. Der ursprüngliche Reichtum vieler Völker des „Südens“ schwindet für sie dahin. Er taucht in verwandelter Form bei transnationalen Unternehmen wieder auf.

Reichtum aus immateriellen Quellen

- Die In-Wert-Setzung von Genen als Grundbausteine menschlichen Lebens ist jedoch nur ein exemplarischer Fall dafür, dass in modernen wissensbasierten Gesellschaften der Reichtum in hohem Maße aus der Ausweitung des Kapitaleigentums auf ganz verschiedene immaterielle Güter fließt (Rifkin, 2000: 44 ff). Dieser Prozess der Verwandlung immaterieller Güter in privates Monopoleigentum wird durch ein weiteres Vertragswerk im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO), durch das Abkommen über handelsrelevante Aspekte intellektuellen Eigentums (TRIPS), vorangetrieben. Ziel dieses internationalen Vertrages ist es, in bisher nicht gekanntem Ausmaß der Kapitalverwertung vor allem Resultate wissenschaftlicher Arbeit der Kapitalverwertung einzuverleiben (Heinrich-Böll-Stiftung, 2003; George, 2002: 35 ff). Wissen, Information und Software, digitale Güter wie Texte, Bildung und Musik im Internet, Geschäftskonzepte und Geschäftsideen, Kundendateien und Wissen über Kundenprofile – über Kaufpräferenzen, Interessen, Lebensmuster und Finanzierungsbedürfnisse – werden zu privaten Eigentumsobjekten von Unternehmen. Häufig erlangen sie größeres Gewicht für den Reichtumszuwachs als das Eigentum an traditionellem Produktivvermögen. Die kühnsten Träume der früheren Alchimisten werden noch übertroffen – nicht allein die stofflichen Naturelemente werden in modernes Geld, in Cybergeld, verwandelt. Die Zauberformel „Verwerte dich“ verwandelt sogar die Welt des unsichtbar Immateriellen, selbst die manipulierten Träume und Wünsche der Verbraucher, in handgreifliche Profite.

Die Erlebnisgesellschaft: Verluste an Selbstbestimmung als Reichtumsquellen

- Selbst die Erlebnisse des Einzelnen sind immer häufiger nicht das Ergebnis ihres selbstbestimmten Umgangs mit Familie, Freunden und Bekannten, mit Kultur, Natur und Freizeit. Immer mehr sind es kommerziell arrangierte Erlebnisse, die das Leben und den Lebensrhythmus ihrer Konsumenten in erheblichem Maße bestimmen – nach dem Maß des Profits der Erlebnisanbieter in einschlägigen Szenen, der Anbieter im Fernsehen, vorwiegend in den Privatsendern, in den Printmedien, im Internet, in den Fußballstadien, in der Freizeit- und Touristikbranche und in Politspektakeln. In einer

bestimmten Spezies von Talkshows und Fernsehgerichten werden die persönlichen Verhältnisse, Beziehungskisten und Dramen im Leben von Einzelnen zum Erleben von Millionen. Menschliche Beziehungen werden zur Ware (Rifkin, 2000: 130 ff; 226 ff). Die kommerzielle Bereitstellung von Erlebnissen produziert zunehmend große Abschnitte des Lebens als fremdbestimmtes Leben zum Wohle der Eigentümer in der Medienwelt, im Cyberspace und im Profisport, der Werbefirmen und der Mächtigen in der Politik.

Selbstbestimmtheit und Demokratie als wichtige Bedingungen eines reichen Lebens werden beschnitten. Die Fremdbestimmung des Lebens der Einen verwandelt sich in den Reichtum der Anderen.

Ein Grundmuster ist allgegenwärtig: Lebensqualitäten und Ressourcen entgleiten großen Teilen der Menschheit, Reichtum verschwindet für sie, weil er bei den Reichen anwächst.

Der Kapitalreichtum – Sach- und Wertreichtum – wächst, indem der Reichtum der Persönlichkeit von Millionen Menschen, eben der „reiche Mensch“ (Marx, MEW. Ergänzungsband Erster Teil: 544) durch Fremdbestimmtheit reduziert wird.

2.4. Reichtum an Boden und Immobilien

Über weite Zeitabschnitte hinweg war das wichtigste Element des Produktivvermögens das Bodeneigentum. Auch heute ist der Boden eine wichtige Reichtumsform – ob produktiv genutzt, in Gestalt von Mieten und Pachten verwertet oder als Landbesitz Wohnzwecken dienend.

Die Geschichte des Bodeneigentums im Kapitalismus begann in England Ende des 15. Jahrhunderts und im Verlauf des 16. Jahrhunderts mit der Vertreibung der Bauern von dem Land, das sie als Eigentümer oder freie Pächter und Nutzer des Gemeineigentums bewirtschafteten. Die Verwandlung von Ackerland in Weideland für die Schafzucht und Wollproduktion als Grundlage der sich entwickelnden Textilindustrie versprach den großen Grundeigentümern höheren Gewinn. Die Bedingung dafür war gewaltsame „Einhegung“ riesiger Landflächen zugunsten der Landlords und Agrarkapitalisten und die Verwandlung der Bauern in doppelt freie Lohnarbeiter – frei von feudalen Fesseln und „befreit“ von ihrem wichtigsten Produktionsmittel, dem Boden. Die Bedingungen für das Anschwellen des Reichtums auf Seiten der Urupatoren war Absturz einer Mehrheit der ländlichen Bevölkerung in das Elend.

Die entwurzelten Bauern wurden mit Hilfe der Blutgesetzgebung Heinrich VIII. und seiner Nachfolger in die Manufakturen getrieben. Doch lange Zeit reichte deren Entwicklung nicht aus, um für alle Entwurzelten Lohnarbeit zu bieten. Diese wurden massenhaft zu Vagabunden und Bettlern. Heinrich VIII. verfügte 1530, dass ertappte Landstreicher durch Auspeitschung zum Verbleib und zur Arbeit an einem Orte gezwungen werden sollten, im wiederholten Falle des Vagabundierens durch Abschneiden eines halben Ohres. Bei einem dritten Rückfall drohte ihnen die Hinrichtung. Eduard VI. verlieh 1547 jedem Denunzianten von Vagabunden das Recht, ihn als Sklaven zu halten, zu verkaufen oder auszuleihen. Im Falle eines Fluchtversuchs war der Aufgegriffene zu geißeln, zu brandmarken und in Ketten zu beschäftigen. Mit solcher Gewalt wurde zugleich die Unterwerfung der Manufakturarbeiter unter die Disziplin der aufkeimenden Industrie und elende Arbeitsbedingungen erzwungen (Marx, MEW. Bd. 23: 761 ff). Zusammenfassend schrieb Marx über diesen Prozess der ursprünglichen Akkumulation: „Wenn das Geld, nach Augier, ‚mit natürlichen Blutflecken auf einer Backe zur Welt kommt‘, so das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend.“ (Marx, MEW. Bd. 23: 788)

Im historischen Vergleich mit der spätmittelalterlichen Blutgesetzgebung – das darf am Rande festgehalten werden – sind die Hartz-Gesetze in der Bundesrepublik ein Muster zivilisatorischen Fortschritts. Auch sie sollen Arbeitslose zur Annahme von Arbeitsplätzen zwingen, die es für Millionen gar nicht gibt. Auch sie sehen Leiharbeit und Disziplinierung der Abhängigen vor. Doch kein Auspeitschen, Erhalt der Ohren, keine Ketten. Die Zwangsmechanismen der Gegenwart sind komfortabler als die Heinrichs VIII.

Der historische Vorgang des Bauernlegens zugunsten des Bodenreichtums von Landlords und Kapitaleigentum an Grund und Boden kann als Menetekel für die meisten Prozesse kapitalistischer Reichtumsvermehrung betrachtet werden:

Das Grundmuster der Bewegung des Reichtums ist seine Verflüchtigung im „Unten“ der Gesellschaft und die Konzentration als Eigentum der oberen Schichten.

Weltweit verfügen heute 5 Prozent der Erdbewohner über 95 Prozent des Bodens. In Deutschland entfallen von dem Gesamtwert des Vermögens privater Haushalte in Höhe von etwa 10 Billionen Euro fast 40 Prozent – 3.863 Mrd. Euro im Jahr 2000 – auf Immobilienvermögen. Ulrich Busch verweist in seiner Zusammenfassung der wichtigsten Daten über das Immobilienvermögen in Deutschland darauf, dass dieses in Westdeutschland auf nur 49 % aller Haushalte, in Ostdeutschland auf nur 34 % entfällt. Der Verkehrswert der Immobilien in Westdeutschland ist im Durchschnitt doppelt so hoch wie in Ostdeutschland (Busch, 2003: 322 f).

Auch die Verteilung des Immobilienvermögens folgt dem Muster der sozialen Polarisierung. Während mehr als die Hälfte der Deutschen überhaupt kein Immobilienvermögen ihr eigen nennen, verfügten schon 1993 die reichsten 5 % der westdeutschen Immobilieneigentümer über einen Grund- und Hausbesitz von mindestens 500.000 Euro und insgesamt über 20 % des westdeutschen Immobilienvermögens. In Ostdeutschland sind es nur 2 % aller privaten Haushalte, die über ein Immobilienvermögen von mehr als 210.000 Euro verfügen, in Westdeutschland immerhin mehr als jeder sechste Haushalt (DIW: 1998: 630 ff; Bedau, 1998: 16; Busch, 2003: 322/323).

Jener Teil des Immobilienvermögens, der vor allem in den Händen großer Immobilieneigentümer – nicht zuletzt von Banken – einen Fluss von Miet- und Pachteinahmen garantiert, trägt wiederum zur Einkommensumverteilung von unten nach oben und zur weiteren Vermögenskonzentration bei.

2.5. Gebrauchsvermögen als Reichtumsform

Die Betrachtung des *Einkommensreichtums* und seiner Verteilung zeigte, wo das, was vielen Menschen fehlt, hinfließt. Noch mehr machten die hier dargestellten Impressionen vom Vermögensreichtum deutlich, wohin entschwindet, was für die *Wohlfahrt* großer Teile der Menschheit nicht verfügbar ist. Reichtum in Gestalt des *Produktivvermögens* ist für die Eigentümer an Wirtschaftsressourcen der Schlüssel zur Bestimmung über die Wirtschaftsentwicklung und über die Lohnabhängigen – wenn sie keine starke kollektive Gegenmacht aufbringen.

Von einer weiteren Reichtumsform soll nun die Rede sein, vom *Gebrauchsvermögen*, von der ungeheuren Vielfalt der Dinge, die am augenfälligsten auf den Reichtum moderner Gesellschaften verweist. So beginnt Karl Marx sein Hauptwerk „Das Kapital“ mit den Sätzen: „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produk-

tionsweise herrscht, erscheint als eine ‚ungeheure Warensammlung‘, die einzelne Ware als seine Elementarform. Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Ware. Die Ware ist zunächst ein äußerer Gegenstand, ein Ding, das durch seine Eigenschaften menschliche Bedürfnisse irgendeiner Art befriedigt.“ (Marx, MEW Bd. 23: 49) Während der größte Teil hoher Einkommen in Kapital verwandelt wird, große Geldvermögen überwiegend profitträchtig angelegt werden und das Betriebs- und Produktivvermögen in kapitalistischen Gesellschaft von vornherein als Kapital mit dem Ziel des Profitmachens funktioniert, ist das Gebrauchsvermögen – zunächst – kein Kapital. Es ist in der Sphäre des Konsums beheimatet. Möbel, Hausrat, Kleidung, Schmuck, Kunstgegenstände, Autos und Boote dienen nicht der Vermehrung eines gegebenen Kapitalstocks, sondern dem Gebrauch durch Individuen.

Ungleiche Verteilung des Gebrauchsvermögens

Das Gebrauchsvermögen ist wie alle anderen Formen des Reichtums ungleich verteilt. Das Hab und Gut der unteren gesellschaftlichen Schichten als Vermögen zu bezeichnen, klingt deshalb oft eher ironisch. Die 1,2 Mrd. Menschen, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben müssen, besitzen nicht die dringlichste Bekleidung, zu hunderten Millionen kein Dach über dem Kopf und oft nicht den einfachsten Hausrat. Die 2,8 Mrd. Menschen mit einem Einkommen von weniger als 2 Dollar pro Tag leben ebenfalls im Mangel. Armut und absoluter Ausschluss von den Annehmlichkeiten des Lebens ist ihr Schicksal. Selbst in den reichen Ländern der Erde ist der Gegenpol von extremem Luxus ein Mangel an Gebrauchsvermögen bei beachtlichen Teilen der Bevölkerung. „Nimmt man die Lebensstandard-Liste zum Maßstab, so kann sich rund die Hälfte der Deutschen prinzipiell alle Dinge leisten, in Westdeutschland (49 %) etwas mehr als in Ostdeutschland (40 %). ... Die unteren 20 % können sich im Schnitt 7 der abgefragten 22 Ausstattungsgüter nicht leisten, die unteren 10 % 11 Ausstattungsgüter.“ (Statistisches Bundesamt/Bundeszentrale für politische Bildung: 2001: 457)

Solche dünnen Aussagen erfassen nicht annähernd, was die „Ungleichverteilung des Gebrauchsvermögens“, wie es in der Sprache der Soziologen heißt, tatsächlich bedeutet. Viviane Forrester hat die soziale Dimension des Mangels an Dingen, die sich in den Armenvierteln oder den Problemkietzen der Städte konzentriert, wie folgt geschildert: „Die Armen sind von Anfang an unerwünscht, sie werden von Anfang an dorthin geschafft, wo nur Mangel und Entrechtung herrscht: in die so nahen und doch so wenig zu uns gehörenden Gebiete, zu denen un-

sere Vorstädte geworden sind, zu denen man sie hat werden lassen. Dort hat man sich eines Teils derer entledigt, die man nicht mehr braucht, und sie auf diese Weise ins Abseits gestellt, hat sie in meisterhaft konstruierte Orte heimlicher Auslöschung abgeschoben. Man hat sie in jene geächteten Räume der völligen Leere verwiesen – was man woanders findet, existiert dort nicht, weshalb man sich dieser Dinge dort sehr viel stärker bewusst wird. Ein Umfeld des Mangels. Orte der Aberkennung. ... Orte des Verzichts, die Einsiedlern und ihrer Askese angemessen wären. Entmutigende Rahmenbedingungen. ... In dieser Leere, in dieser endlosen Vakanz verkommen Schicksale, gehen Energien verloren und enden Lebenslinien. Diejenigen, deren Jugend dort ohnmächtig gefangen ist, sind sich dessen bewusst und halten sich nicht damit auf, ihr weiteres Leben zu planen. Auf die Frage: „Wie stellst du dir dein Leben in zehn Jahren vor?“ antwortete einer von ihnen: „Ich kann mir nicht mal vorstellen, wie ich nächste Woche leben werde.“ (Forrester, 1997: 84 f)

In der Sozialwissenschaft werden „relative“, „strenge“ und „absolute“ Armut unterschieden. „Relativer Armut“ kommt danach schon eine Art gehobener Status zu. Die notwendigsten Gebrauchsgüter fehlen nicht. Aber ihr Vorhandensein gewährt keineswegs ein gutes Leben: „Elke Bäcker (Name geändert) ist 32 Jahre alt, allein erziehende Mutter von zwei Kindern, Julie (11) und Felix (8). Wegen der Kinder arbeitet sie nur halbtags in einer kleinen Spedition. Ihr geschiedener Mann kommt seinen Unterhaltsverpflichtungen nicht nach. ‚Der hat doch selbst nichts‘, winkt Frau Becker ab. Im Alltag kommt sie gerade so über die Runden, aber ein gemeinsamer Urlaub mit den Kindern ist nicht drin, auch kein gemeinsamer Schwimmbadbesuch mit Eis oder Kino. ... Als Julies Klasse ins Landschulheim gefahren ist, wurde Julie ‚krank‘. Es war ihr peinlich zuzugeben, dass einfach kein Geld da ist. Kindergeburtstage können nicht gefeiert werden, und weil Julie und Felix keine anderen Kinder einladen, werden sie seit einiger Zeit auch selbst nicht mehr eingeladen. Auch Elke Bäckers Kontakte brechen immer mehr ab, weil sie sich mit ihrem kleinen Etat keine gemeinsamen Unternehmungen mit Freundinnen und Freunden leisten kann. ... Und dass Felix eine Zahnsperre braucht, bereitet seiner Mutter schlaflose Nächte. Sie weiß nicht, wo das Geld dafür herkommen soll, das die Krankenkasse nicht übernimmt. Es reicht bei den Bäckers für das Nötigste, aber zu einem Leben in Würde gehört mehr als Essen, Kleidung und eine Wohnung.“ (Bäuerle, 2003)

Bei den Reichen und Superreichen gehört dazu noch sehr viel mehr. In der Sortierung ihres Gebrauchsvermögens er- **Beispielsweise**
Luxusyachten

fahren beispielsweise Luxusyachten einen starken Aufstieg. „Nicht nur Giganten wie ‚Octopus‘ (126 Meter), ‚Pelorus‘ (115 Meter) und ‚Carinthia‘ (97 Meter) – bekanntlich sämtlich Stapelläufe der deutschen Lürssen-Werft – brachten Plätze unter den ersten 15 ins Rollen. Eine stattliche Reihe von 60-, 70- und auch 80-Meter-Formaten ließ die stolze 50-Meter-Klasse achteraus.“ „Blohm + Voss widmet sich seit kurzem wieder Planungen, das Standbein Yachtbau zu stärken. Der Designer Hermidas Atabeyki entwarf zwei Projekte von 147 und 103 Metern.“ (boote Exklusiv: 2004)

Die ebenfalls 147 Meter lange Yacht „Prinz Abdul Asiz“ des saudiarabischen Königs soll 109 Millionen Euro gekostet haben. Die Privatyacht „Octopus“ des Mitbegründers von Microsoft, Paul Allan, hat ein ausfahrbares U-Boot an Bord und ist mit einem Cessna-Flugzeug und einem Helicopter ausgerüstet, um Gäste an Bord zu holen. Die saudische „Coral Island“ kann auf Wunsch eine schwimmende Insel aus ihrem Heck ausfahren. Als die „Carinthia V“ bei ihrer Jungfernfahrt strandete, ließ ihr Eigner, der deutsche Kaufhauskönig Helmut Horten, als Ersatz eben mal die „Carinthia VI“ bauen. Als seine Witwe die „Carinthia VII“ in Gebrauch nahm, verkaufte sie die Nr. VI an einen russischen Interessenten. Der russische Milliardär Roman Abramovich verfügt gleich über zwei der unter den 50 internationalen Spitzenyachten notierten Schiffe (boote Exklusiv, 2004: 74 ff). Der neue russische Kapitalismus hat märchenhaften Privatvermögen hervorgebracht – und Armut für 47 Prozent der städtischen und 57 Prozent der ländlichen Bevölkerung Russlands (UNDP, 2003: 47, 78).

Auch die Superreichen brauchen natürlich noch mehr Reichtum. Ein Teil der Privatyachten – mit ihren Kinos, Theatern und Ballsälen – dient daher nicht allein den Eignern und ihren Gästen, sondern verfügt auch über exklusive Suiten für zahlende Passagiere oder wird für einige Monate als Charteryacht vermietet. So hält es beispielsweise der australische Ex-Medientycoon Reg Grundy zu einem Preis von 400.000 US-Dollar pro Person und Woche (boote Exklusiv, 2004: 74 ff). Die einen verwerten ihr Luxuseigentum ganz nebenbei, die anderen demonstrieren mit ihrer Zahlungskraft die Zugehörigkeit zu einer exklusiven Oberschicht und ihre Auserwähltheit. Immerhin kostet ja beispielsweise ein Liegeplatz für gehobene Yachten in St. Tropez etwa 100.000 Euro in der Woche. Dafür sind die Reichen und Superreichen hier auch weitgehend unter sich. Ein Ferienhaus in St. Tropez zu mieten, kostet die Bedauernswerten, die dort nicht über ein eigenes Domizil verfügen, zwischen 85.000 und 400.000 Euro pro Woche und mehr. Der Preis einer Flasche Champagner liegt in den Edelclubs bei 5.000 Euro. Eine Unternehmerin verriet den Reportern von RTL, dass

man in einem Urlaub schon mal rund 100 Flaschen verbrauche – zumal ja wechselseitiges Absprühen mit Champagner zum guten Ton der einschlägigen Kreise gehört (RTL, 18. 7. 04, 18.00 Uhr).

Die Innenausstattung der Spitzenyachten ist das Werk der Crème de la Crème unter den Designern. Auf die Nobelyachten als ausgewähltes Gebrauchsvermögen trifft exemplarisch zu, was Pierre Bourdieu über die Kluft zwischen dem Lebensnotwendigen und „allen Ausprägungen des zweckfreien Luxus“ schrieb: „Zur objektiven Distanz gegenüber der Sphäre des Notwendigen und gegenüber denen, die darin eingebunden sind, kommt jene beabsichtigte Distanzierung hinzu, mit der Freiheit sich verdoppelt, indem sie sich zur Schau stellt.“ (Bourdieu, 1987: 103) Die Luxusyachten in den High-Society-Häfen der Erde demonstrieren einen Lebensstil der Verachtung allen in Normalität einkommengebundenen Lebens der Mehrheit. „Als Bekräftigung der Macht über den domestizierten Zwang beinhaltet der Lebensstil stets den Anspruch auf legitime Überlegenheit denen gegenüber, die – da unfähig, in zweckfreiem Luxus und zur Schau gestellter Verschwendung ihre Verachtung der Kontingenzen geltend zu machen – von den Interessen und Nöten des Alltags beherrscht bleiben.“ (ebenda, 103 f)

Die Kehrseite der Abgrenzungsfunktion ist ein Zeichen **Sozialkapital** eigener Kreditwürdigkeit, das mit der Zur-Schau-Stellung von Reichtum gesetzt wird. Mehr noch –

„grenzenlose, verrückte Verschwendung, die auch den Genuss zu seiner eingebildeten Grenzenlosigkeit zu erheben sucht“ (Marx, 1953, Grundrisse: 936), wird für die Zugehörigen der Oberschicht der wirklich Reichen und Superreichen ferner zum Katalysator von

Das Sozialkapital sind die Ressourcen, die aus der Einbindung in Netze dauerhafter sozialer Beziehungen entspringen. In aller Regel sind das Beziehungen innerhalb der sozialen Schicht und Gruppe, der die Individuen selbst zugehören.

„Sozialkapital“. Es liegt auf der Hand, dass das Geflecht zwischen Multimillionären und Milliardären in der Tat den Wert von Kapital hat. Es verleiht Zugang zu Vorteilen und Privilegien jeglicher Art, zu Großgeschäften, zu Einfluss auf wichtige politische Entscheidungen oder politische Entscheidungsmacht selbst. Die Wirkungskraft des „Sozialkapitals“ von Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängern tendiert dagegen gegen Null. Sie entraten der Privatyachten, Schlösser, Luxusvillen und Jagdgründe als Orte der Pflege des Sozialkapitals der Reichen und Mächtigen untereinander.

Für diese gilt, dass sich das in ihrem Besitz konzentrierte Gebrauchsvermögen als multifunktional weit über den gewöhnlichen Gebrauch von Gütern hinaus erweist.

Über deren Gebrauchswert hinaus verkörpert das Luxusvermögen eine Fülle gesellschaftlicher Verhältnisse des Einflusses, der Macht und Herrschaft der einen und der Einfluss- und Machtlosigkeit der anderen. „Zunächst“ – so schrieb Marx – sind die Waren „ein äußerer Gegenstand, ein Ding“. Bei näherer Betrachtung allerdings zeigt sich, dass die Dinge nur die Träger einer ganz anderen Seite der Waren sind, gesellschaftlicher Verhältnisse der Ausbeutung und sozialen Spaltung der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaften nämlich.

Das zunächst harmlos daherkommende Gebrauchsvermögen offenbart wie alle anderen Reichtumsformen, dass der Überfluss daran in den Händen der einen als Mangel bei den anderen erscheint, dass auch diese Reichtumsform die Differenz zwischen Macht und Machtlosigkeit einschließt.

2.6. Zwischenfazit

Was ist Reichtum?

Reichtum begegnet uns zunächst als *sachlicher Reichtum* in der Fülle der Dinge. Nie zuvor war die Menge und die Vielfalt der Gebrauchswerte so groß wie gegenwärtig.

Reichtum ist *Freiheit von den Zwängen materieller Lebensbedingungen*.

Geld ist die allgemeine Form des Reichtums. Es kann sich in jede konkrete Form des Reichtums verwandeln – durch den Kauf der Dinge, den Kauf von Einfluss und Macht. Nie zuvor hatte das Geldvermögen einen so riesigen Umfang und war so sehr bei den Superreichen konzentriert wie heute. Nie zuvor war die Schicht der Reichen so groß wie in der Gegenwart.

Wenn Geld für den Kauf menschlicher Arbeitskraft und anderer Wirtschaftsressourcen eingesetzt wird, um mehr Wert zu produzieren oder zu realisieren als vorgeschossen wurde, so verwandelt sich Geldreichtum in *Reichtum als Kapital*, genauer gesagt: *als ökonomisches Kapital*. *Kapitalreichtum ist in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften die entscheidende Form des Reichtums*. Nie zuvor existierte eine derartige Kapitalkonzentration wie in unserer Zeit bei den Großbanken, Investmentfonds und Konzernen.

Das *ökonomische Kapital*, das investiert wird, um sich in Produktion und Dienstleistungen zu vermehren, ist die entscheidende Form der Existenz des Kapitals.

Ökonomisches Kapital, so zeigte sich, bietet zugleich privilegierten Zugang zur Aneignung von *kulturellem Kapital* auf Seiten der Reichen. Die Ungleichheit der Teilhabe an Bildung und Kultur ist eine

wesentliche Seite der Kluft zwischen den Reichen und der Mehrheit in der Gesellschaft.

Ökonomisches Kapital ist ferner die Grundlage exklusiver sozialer Beziehungen innerhalb der Reichtumselite, die deren Zugehörigen als *Sozialkapital* Geltung, Herrschaft und Vorteile für die Vermehrung des ökonomischen Kapitals bieten.

Es ist also zu unterscheiden zwischen *privatem Reichtum*, der in der Regel den Gebrauch durch andere ausschließt, und *öffentlichem Reichtum* in einem Gemeinwesen – ob Kommune, Region, Staat oder Staatengemeinschaft –, der als öffentliches Gut grundsätzlich allen Zugang zu seiner Nutzung bietet. Das betrifft beispielsweise Bildung, Gesundheit, Kultureinrichtungen, Straßen, Parks, Seen und Wälder.

Privater (und genossenschaftlicher) Reichtum und öffentlicher Reichtum bilden zusammen den Reichtum einer Gesellschaft oder den *gesellschaftlichen Reichtum*. Dessen Größe sagt jedoch nur wenig über die Lage von Einzelnen oder sozialen Gruppen aus. Selbst wenn beachtlicher gesellschaftlicher Reichtum in einem Lande vorhanden ist, jedoch vorwiegend als privater Reichtum existiert und noch dazu ungleich verteilt ist, leben große Teile der Bevölkerung weit unterhalb der Sphäre des Reichtums.

In allen bisherigen Klassengesellschaften und in der gegenwärtigen bedeutet Reichtum genau dies: Herausbildung und Zusammenhalt sozialer Klassen und Schichten, in die die einen eingeschlossen und von denen die anderen ausgeschlossen sind.

Reichtum ist Inklusion der einen und Exklusion der anderen zugleich. Reichtum bestimmt die Teilhabe der Reichen und vor allem der Superreichen an Macht, Herrschaft, Sicherheit, Anerkennung, Genuss und Lebenschancen aller Art. Zugleich verleiht Reichtum ihnen die Macht, andere, denen es an Reichtum mangelt, von Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens auszuschließen.

Auch für diese Reichtumsbestimmung gilt, dass sie am deutlichsten im Kapitalreichtum zutage tritt. Die Verfügung über Kapital ermöglicht den Kapitaleigentümern den Zugriff auf die Arbeitskraft der Lohnabhängigen, aber auch ihren Ausschluss vom Arbeitsprozess und damit von vielen Bedingungen ihrer Selbstverwirklichung. „Resümierend lässt sich sagen, dass es sowohl im Reichtums- wie im Armutsbegriff um die Einschätzung gesellschaftlich geregelter Teilhabe an materiellen Ressourcen im sozialen Kontext sowie im Verhältnis zueinander geht.. Reichtum schreibt dabei über–, Armut unterdurch-

schnittliche Teilhabe an materiellen Ressourcen (oder autoritativen Ressourcen, die mittelbar in solche umrechenbar sind) anhand eines Maßstabes zu, der selbst nicht willkürlich gewählt werden kann, sondern eben in irgendeiner Form und in einem bestimmten Kontext sozial anerkannt sein muss.“ (Meireis, 2002: 57)

Ernst-Ulrich Huster und Fritz Rüdiger Volz schreiben, dass „ein jeweils spezifisches Gesellschaftsverständnis ... bestimmt, was unter Reichtum verstanden wird – (es) wird aber auch wiederum von dem bestimmt, was jeweils als Reichtum gilt.“ (Huster/Volz, 2002: 2) Weil in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften aber vor allem Kapital als Inkarnation von Reichtum gilt, muss sich fast alles „rechnen“, nicht allein in der Wirtschaft. Rechnen sollen sich auch Wissenschaft und Kultur, das Gesundheitswesen und das Betreiben von Gefängnissen, die Beziehungen zu anderen Menschen, nicht selten Ehen, und schließlich die Menschen selbst. Das Maß der Rechenhaftigkeit ist in letzter Instanz der Profit. Es ist der „Geist des Kapitalismus“ (Max Weber), der heute bestimmt, was als Reichtum gilt. Und das, was vorherrschend als Reichtum verstanden wird, bestimmt in hohem Maße das Handeln in der Gesellschaft.

Frieden, Natur und Solidarität, Sicherheit und Muße, Nächstenliebe, Anstand und die Würde des Menschen geraten dabei im Gegensatz zu den Wünschen der meisten unter die Räder der Profitmaschine.

Wie aber, wenn der Ausschluss der Vielen von allzu vielen Bedingungen eines menschenwürdigen Lebens überzogen wird? Wenn die Kluft zwischen Reich und Arm überdehnt wird, wie dies seit Ende der 90er Jahre und zu Beginn des neuen Jahrhunderts geschieht? Muss nicht spätestens dann der Maßstab für das, was als Reichtum gilt, verändert werden? Muss dann nicht dessen Neuverteilung durchgesetzt und ein ausschließender Gebrauch von Reichtum zurückgedrängt werden – zugunsten einer politischen Gestaltung, die sich an einem anderen Reichtumsbegriff orientiert?

Nicht als theoretisches Problem, sondern als Frage nach dem Sinn des Lebens, nach dem Maßstab gesellschaftlicher Entwicklung, nach der Bewahrung oder Neugewinnung der Menschenrechte gewinnt dann erstrangige Bedeutung, was künftig als Reichtum von Gesellschaften und Menschen gelten soll. Wenn es der Reichtum an Bedingungen für eine selbstbestimmte Entfaltung der Persönlichkeit einer und eines jeden und diese reiche menschliche Persönlichkeit selbst sein sollen, dann stehen der Ge-

sellschaft tief greifende Umbauprozesse auf einem anderen Entwicklungspfad als dem gegenwärtigen bevor.

Denn ein solcher Reichtum erfordert die Überwindung aller Verhältnisse, die große Teile der Bevölkerung von ihm ausschließen. Er bedingt, „*alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtest, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist*“.
(Marx, MEW, Bd. 1: 385)

Eine Gesellschaft würde als um so reicher gelten, je mehr sie sich nach dem Leitbild sozial gleicher Teilhabe für jede und jeden an den Bedingungen individueller Persönlichkeitsentfaltung und eines selbstbestimmten Lebens in Würde entwickelt. Würde darüber ein Konsens erreicht, so wäre dies gleichbedeutend mit der sozialen Anerkennung eines anderen Reichtumsbegriffs und Reichtumsideals.

Es würde Reichtum in materieller und Wertgestalt nicht ausschließen, wohl aber gerechtere Teilhabe an allen Bedingungen des Reichtums menschlicher Entwicklung bedeuten. *Teilhabereichtum würde erst-rangige Bedeutung gewinnen.*

Für die gegenwärtigen Bedingungen bürgerlichen Gesellschaften jedoch können Struktur, Wirkungsmechanismus und Wirkungen des Reichtums in der folgenden Tabelle umrissen werden.

| Struktur und Wirkungsmechanismen des Reichtums in bürgerlichen Gesellschaften | | |
|--|--|---|
| Reichtumsformen | Wirkungsmechanismen | Wirkungen |
| ökonomisches Kapital | | |
| Geldvermögen | Anlage auf Finanzmärkten mit dem Ziel, den shareholder value zu erhöhen Abhängigkeit der verschuldeten Staaten von Großgläubigern | Druck auf Löhne, Gehälter und Sozialstandards in allen Gesellschaftssphären nach dem Maß möglicher Profite der Gewinner auf den Finanzmärkten Umverteilung durch Schuldendienst zugunsten der Gläubiger und zu Lasten der Steuerzahler |

Struktur und Wirkungsmechanismen des Reichtums in bürgerlichen Gesellschaften

| Reichtumsformen | Wirkungsmechanismen | Wirkungen |
|------------------|--|--|
| | <p>Verwandlung von Geldmacht in kulturelles Kapital und Sozialkapital</p> <p>Lobbyismus</p> <p>Korruption</p> <p>Stiftungen</p> <p>Kauf von Söldnern, Privatarmeen, Sicherheitsdiensten</p> <p>Arbeit von Rating-Agenturen</p> <p>Think Tanks</p> <p>Macht der Medien und PR-Agenturen</p> | <p>Besetzung von Führungspositionen auch Kraft erworbener Qualifikationen, Durchsetzung von Interessen der ökonomischen Machteliten</p> <p>Einflussnahme auf politische Entscheidungen</p> <p>Einflussnahme auf Entscheidungen zum Schaden von Demokratie und politischer Kultur</p> <p>Förderung oft wichtiger kultureller und sozialer Vorhaben - jedoch bei verstärktem privaten Einfluss und gleichzeitiger Erosion öffentlicher Güter</p> <p>Privatisierung von Kriegen und Außenpolitik, von innerer Sicherheit. Ghettoisierung der Reichen</p> <p>Abhängigkeit von Unternehmen und Staaten von der Bewertung durch die Rating-Agenturen</p> <p>Politische Strategiebildung und Einfluss auf ihre Durchsetzung</p> <p>Hochgradige Prägung des öffentlichen Bewusstseins und Einfluss auf die Politik</p> |
| Betriebsvermögen | Verwertung des vorgeschossenen Kapitals in Produktion und Dienstleistungen | Vergrößerung des verfügbaren Kapitalreichtums, Ausweitung von Entwicklungsoptionen |

Struktur und Wirkungsmechanismen des Reichtums in bürgerlichen Gesellschaften

| Reichtumsformen | Wirkungsmechanismen | Wirkungen |
|--------------------|---|--|
| | <p>Drohung mit Produktionsverlagerungen</p> <p>Druck zur Übernahme bisher öffentlicher Aufgaben in private Angebote</p> | <p>Reproduktion der sozialen Ungleichheit von Eigentümern der Wirtschaftsressourcen und Lohnabhängigen. Aneignung eines Teils des von den Arbeitnehmern produzierten oder realisierten Neuwerts durch die Eigentümer des Betriebsvermögens – Ausbeutung</p> <p>Druck auf Gewerkschaften</p> <p>Erpressung staatlicher Leistungen für die Investoren</p> <p>Privatisierung bisher öffentlicher Güter und der Daseinsvorsorge. Widersprüchliche Wirkungen: teils verbesserte Angebote bei Grundtendenz zur Erosion des Sozialstaates; Entlassungen</p> |
| Immobilienvermögen | Privatbewirtschaftung von Boden und Gebäudesubstanz | <p>Abhängigkeit der Stadt- und Raumplanung von Interessen der Bodeneigentümer (Zersiedlung, Einkaufscenter auf der grünen Wiese, Niedergang des innerstädtischen Einzelhandels)</p> <p>Umverteilung durch Pacht- und Mietzahlungen, Bodenpreise und Hypothekenzinsen zugunsten der Bodeneigentümer</p> <p>Bauernvertreibung in vielen so genannten Entwicklungsländern</p> |

| Struktur und Wirkungsmechanismen des Reichtums in bürgerlichen Gesellschaften | | |
|---|---|--|
| Reichtumsformen | Wirkungsmechanismen | Wirkungen |
| Gebrauchsvermögen | Nutzung von Gebrauchsvermögen zur Selbstpräsentation und Selbstabgrenzung der Reichen | Soziale Distanz der Reichen zur Bevölkerungsmehrheit Begünstigung von Beziehungsnetzwerken der Reichen als Sozialkapital Demonstration von Kreditwürdigkeit |
| Erworbene Ansprüche | | |
| kulturelles Kapital | | |
| Angeeignete Bildung (verinnerlichtes oder inkorporiertes Kulturkapital) | Nutzung dieser Ressource zur Besetzung von Führungspositionen in allen Gesellschaftsbereichen Nutzung zur Deutung der Machteliten als Leistungs- und Funktionseliten | Entwicklung der Industriegesellschaften zu bürgerlich-kapitalistischen Wissensgesellschaften Reproduktion der Machteliten nicht allein durch die Verfügung über ökonomisches Kapital, sondern auch über elitäre Bildung Legitimationseffekte: Ökonomische Kapitalmacht wird teilweise durch Entscheidungsmacht überdeckt, die als Resultat von Führungskompetenz erscheint |
| Objektiviertes kulturelles Kapital in Form kultureller Güter (Bildung, Bücher, Lohn, Bauwerke, Maschinen als versachlichtes Wissen, usw.) | Vererbung Nutzung als Mittel der Repräsentation | Erhaltung von Kulturerbe Demonstration von Elitenzugehörigkeit, Distanz, Macht und Kreditwürdigkeit |

| Struktur und Wirkungsmechanismen des Reichtums in bürgerlichen Gesellschaften | | |
|--|--|--|
| Reichtumsformen | Wirkungsmechanismen | Wirkungen |
| | Herstellen von öffentlichem Zugang | Förderung von Kulturaneignung mit privatem Vorzeichen |
| Inkorporiertes Kulturkapital in Form von Titeln (Schulabschlüsse, akademische Titel) | Äußerliche Erkennbarkeit der Zugehörigkeit zu bestimmten Bildungsschichten | Bevorzugter Zugang zu beruflichen und anderen gesellschaftlichen Positionen |
| Sozialkapital | | |
| Ressourcen, die aus der Einbindung in ein Netzwerk dauerhafter sozialer Beziehungen resultieren - basierend auf der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe | wechselseitige Gewährung von Vorteilen, Privilegien, Unterstützung | Erhalt des Elitenstatus Reproduktion der Machteliten Ausschluss der Nichtzugehörigen Informelle Herrschaftsmechanismen, Aushöhlung der Demokratie |

Für die Ausgangsfrage in dieser Schrift nach dem Verbleib des Reichtums lautet das **Zwischenfazit**: Von einem Schwinden des Reichtums kann im Gegensatz zu allen Behauptungen, die den Druck auf Löhne, Sozialleistungen und öffentliche Daseinsvorsorge legitimieren sollen, nicht die Rede sein. Wiederholt wurde in dieser Schrift wie in vielen anderen Analysen nachgewiesen, dass die von großen und wachsenden Teilen der Bevölkerung praktisch erfahrende Minderung des verfügbaren Reich-

Wischenfazit: Wo verbleibt der Reichtum?

tums nicht etwa auf dessen absolute Verringerung, sondern auf die *Konzentration des Reichtumszuwachses bei den Reichen und Superreichen zu Lasten der Lohnabhängigen und sozial Schwachen* zurückzuführen ist.

Die Frage nach dem Verbleib des wachsenden Reichtums ist also – zunächst – wohl begründet in der Tradition der Linken zu beantworten. Es ist die gewachsene Übermacht der ökonomisch und politisch Herrschenden und die Schwäche der Erwerbsabhängigen und von Sozialeinkommen Lebenden, die seit geraumer Zeit dazu führt, dass die Gesellschaft vielerorts ärmer wird, weil ein wachsender Teil des Reichtums in den Händen einer kleinen Oberschicht anschwillt.

Die Bewegung des Reichtums in profitorientierten Gesellschaften ist bestimmt von wachsender Ungerechtigkeit. Das Maß eines alternativen Entwicklungspfad es heißt dagegen Gerechtigkeit, mehr Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist modern!

Umkehr des skandalösen Prozesses sozialer Polarisierung gehört mehr denn je auf eine alternative Agenda.

Umfassende Gerechtigkeit – mehr als Leistungsgerechtigkeit

Diese Schlussfolgerung aus dem Verbleib des Reichtums ist ebenso logisch wie sie dem herrschenden Zeitgeist widerspricht. Verteilungsgerechtigkeit bleibt eine aktuelle Forderung. Das der CDU/CSU, FDP, SPD Grünen Gemeinsame ist dagegen, dass sie

Gerechtigkeit weitgehend auf das zurück stützen wollen, was sie Leistungsgerechtigkeit nennen.

Verteilungsgerechtigkeit wird über den Jordan befördert. Sie wird als nachrangig oder überholt abgetan. Und solche Beschneidung wird als „Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs“ deklariert: „...wenn Gerechtigkeit nicht als moderne Leistungsgerechtigkeit durchgesetzt wird, dann gibt es kein Mehr an Wohlstand“. So hat Angela Merkel in ihrer Grundsatzrede „Quo vadis, Deutschland?“ ein „veraltetes Verständnis von Verteilungsgerechtigkeit“ vom Tisch wischen wollen. (Merkel, 2003: 7)

Olaf Scholz, der seinen Posten als Generalsekretär der SPD im Januar 2004 räumen musste, auch weil er allzu offenherzig ausgesprochen hatte, worauf die reale SPD-Politik hinausläuft, sieht das ganz ähnlich: „Verteilungsgerechtigkeit. Diese Perspektive wird den aktuellen Herausforderungen nicht mehr gerecht. Wir brauchen einen umfassenderen Begriff von Gerechtigkeit.“ (Frankfurter Rundschau, 7. 8. 2003)

Wahr ist, dass Gerechtigkeit mehr ist als Verteilungsgerechtigkeit und dass tatsächlich umfassende Gerechtigkeit auf die Tagesordnung politisch-sozialen Handelns gerückt ist. Zutreffend ist, dass Leistungsgerechtigkeit ein Teil davon ist. Aber wieso in aller Welt sollen wir uns im Namen einer umfassenden Gerechtigkeit von einem ihrer Eckpunkte, dem Ziel der Verteilungsgerechtigkeit, verabschieden?

Der archimedische Punkt in den Kämpfen um einen Richtungswechsel in der Politik heißt: Mehr Gerechtigkeit durch mehr soziale Gleichheit. Das gilt für Teilhabeberechtigung, d.h. mehr gerechte Teilhabemöglichkeiten für alle an Entscheidungen, Arbeit, Bildung, Leistungen des Gesundheitswesens und sozialer Sicherheit. Und das gilt für Verteilungs- und Einkommensgerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Gerechtigkeit zwischen „Nord“ und „Süd“.

Ein alternativer Umgang mit dem anschwellenden Reichtum bedingt gewiss die Nutzung der Steuerpolitik für den Einstieg in eine gerechtere Verteilung. Doch dies ist nur ein Element der überfälligen Hinwendung zu einem sozialen und ökologischen Entwicklungspfad der Gesellschaft.

Es geht um mehr als um eine Korrektur der Reichtumsverteilung: um einen anderen Maßstab in der Definition und Bemessung, in der Produktion und in der Nutzung des Reichtums.

Da der Reichtum in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften vorwiegend als privates Eigentum existiert und vor allem die Gestalt von Kapitalreichtum hat, ist seine Bewegung überwiegend durch das Maß des Profits der Einzelkapitale als dominierendes Entscheidungskriterium bestimmt. Kapitalreichtum ist in der – inzwischen globalen – Konkurrenz dazu bestimmt, sich in der Verfügung der erfolgreichsten Kapitaleigentümer unablässig zu vermehren – zu Lasten der Lohnabhängigen, vieler kleiner und kleinster Unternehmen, der von Sozial-einkommen und öffentlicher Daseinsvorsorge Abhängigen und der Mehrheit der Menschen rund um die Erde.

Die Dominanz des Profits in der Gesellschaft wird dann überwunden sein, wenn in der Gesellschaft die großen Entscheidungen über die Hauptrichtungen der Entwick-

lung und der Nutzung des Reichtums ebenso wie Millionen alltäglicher Entscheidungen nach einem anderen Maßstab als dem des Profits getroffen werden: danach, was für ein selbst bestimmtes Leben der Einzelnen in sozialer Sicherheit nach ihrer eigenen Entscheidung gut ist und der Entfaltung ihrer Individualität in Solidarität mit anderen hilft. Die Profitdominanz wird dann überwunden sein, wenn als der größte Reichtum der Gesellschaft der Mensch selbst gilt.

Dies erfordert tiefe Eingriffe in die herrschenden Eigentumsverhältnisse und als Voraussetzung dafür eine schrittweise und schließlich weitgehend Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Durch Druck gesellschaftlicher Akteure von „unten“ und unter solchem Druck auch mit Hilfe staatlicher gestaltender Politik im nationalen und internationalen Rahmen unter breitester öffentlicher Partizipation müssen gegenüber allen Eigentumsformen übergreifende Interessen an Gerechtigkeit, Sicherheit und sozial-ökologischer Nachhaltigkeit zur Geltung gebracht werden. Das kann nur in einem Prozess weitreichender Erneuerung der Demokratie geschehen. Nur in einem solchen Prozess könnten alle Eigentumsformen zunehmend einem neuen Leitbild gesellschaftlicher Entwicklung verpflichtet werden: sozial gleicher Teilhabe für jede und jeden an den Bedingungen individueller Persönlichkeitsentfaltung und eines selbst bestimmten Lebens in Würde und Solidarität. Dies müsste geschehen durch den Wandel der staatlichen, an hohen sozialen Standards zu orientierenden gesetzlichen Rahmgebung für Markt und Wirtschaft, durch langfristige sozial und ökologisch orientierte Struktur- und Regionalpolitik, durch gerechte Steuerpolitik und demokratische Bildungspolitik, durch Gemeinwohl bestimmte Wissenschafts- und Technologiepolitik und erweiterte Mitbestimmung in Unternehmen.

Die Struktur des produzierten Reichtums und seine Verwendung würden sich bei einer derart veränderten Regulationsweise diesem neuen Leitbild entsprechend allmählich verändern – in Abhängigkeit vom Wandel der gesellschaftlichen Kräftekonstellationen und von der Zurückdrängung neoliberaler geistiger und politischer Hegemonie.

2.7. Der Zusammenhang von Reichtumsmehrung und Armut

Der 1. und der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hätten – theoretisch – eine glänzende Möglichkeit geboten, die Überfälligkeit einer Politik der Gerechtigkeit zu begründen. In ein und

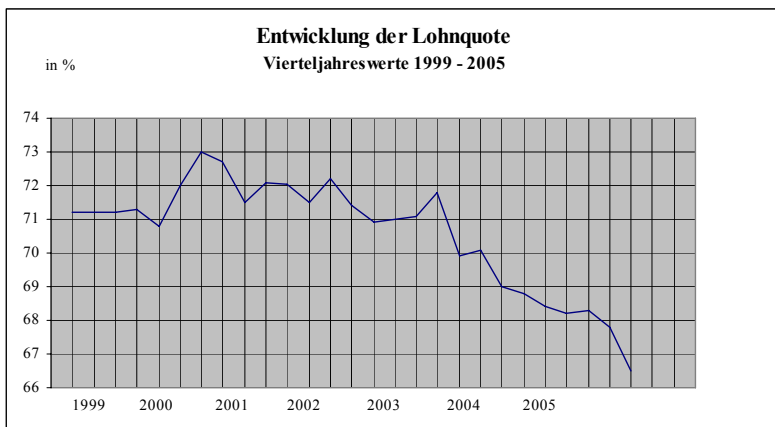
demselben Bericht bei Einsatz eines erheblichen Wissenschaftspotenzials auf die Gegenpole einer sozial auseinanderdriftenden Gesellschaft zu schauen – was für eine Chance, die wechselseitige Bedingtheit von Reichtum und Armut zu beleuchten und eine Bresche für Gerechtigkeit zu schlagen! Aber trotz kritischer Gutachten von Experten haben die Autoren ein bewundernswertes Kunststück vorgeführt, ein Stück auf einer schwarzen Bühne ohne Beleuchtung und Erhellung. Sie haben – anders als im „Sozialbericht NRW 2004“ – nicht einmal die Frage danach gestellt, ob womöglich der Reichtumszuwachs im Zusammenhang mit dem Wachstum der Armut stehen könnte. Sie haben die Superreichen in ihrem Stück gar nicht erst auftreten lassen. Die Empfänger des Arbeitslosengeldes II dagegen werden als die Gewinner einer Grundsicherung kostümiert, die Chancen und Anreize für Arbeitsuchende schafft, „den Lebensunterhalt aus eigenen Kräften zu bestreiten und damit sich, ihre Partner und Kinder von staatlichen Leistungen unabhängig zu machen.“ (Bundesregierung 2005: XXVI-II). Und per saldo mündet die Deutung der selbst im Regierungsbericht nicht zu leugnenden Zunahme sozialer Ungleichheit in die verblüffende Grundaussage, wir hätten es in Deutschland mit einer erfolgreichen Politik „der Bundesregierung zur Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit“ zu tun. „Bezugspunkt sozial gerechter Politik ist für die Bundesregierung die Schaffung sozialer und ökonomischer Teilhabe- und Verwirklichungschancen für alle Mitglieder der Gesellschaft.“ (Bundesregierung 2005: XV)

Tatsächlich existiert jedoch ein enger Zusammenhang zwischen dem Reichtumszuwachs auf der Sonnenseite der Gesellschaft und der Zunahme von individueller und öffentlicher Armut auf der Schattenseite. Und dieser Zusammenhang wird stark durch die herrschende Politik hergestellt. Quod est demonstrandum – was zu beweisen ist.

Erstens wurzelt dieser Zusammenhang im Grundverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital. Kein Unternehmer würde auch nur im Traum daran denken, Lohnabhängige zu beschäftigen, wenn ihm dies nicht Gewinn einbrächte. Sich einen Teil des von den Erwerbsabhängigen geschaffenen oder realisierten Neuwerts anzueignen – das ist der „Geist des Kapitalismus“ (Max Weber), das „absolute Gesetz dieser Produktionsweise“ (Karl Marx), „das Grundprinzip“, um das sich „alles dreht“ (George Soros). Die Gewinne steigen mit wachsendem Druck auf die Löhne.

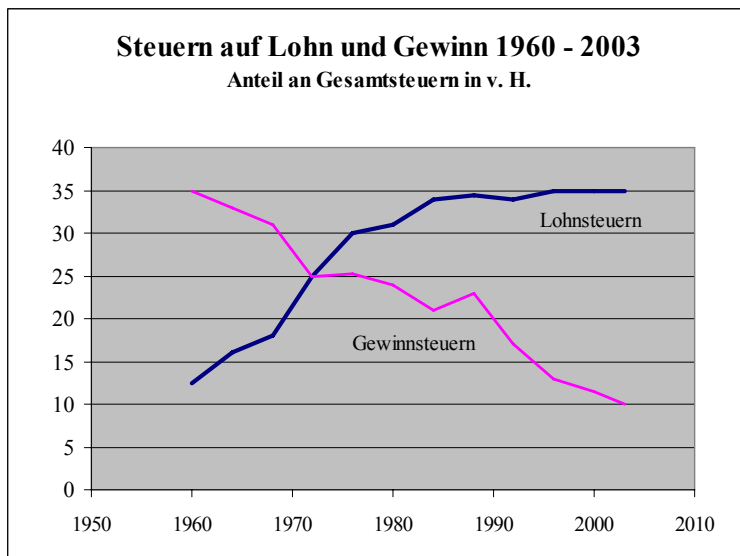
Wirtschaftspolitik von Unternehmerverbänden, Bundesregierung und Europäischer Zentralbank verstärkt diesen Polarisierungsprozess. Sie ist auf Wachstumsförderung vermittels der Entlastung der Unterneh-

men bei den Lohn- und Lohnnebenkosten – also den Sozialleistungen der Unternehmen – gerichtet. Das Resultat ist die langfristige Senkung der Lohnquote – des Lohnanteils am Sozialprodukt.



BUNDESBANK STAT. BEIHEFT OKT. 2005, S. 20. ENTNOMMEN AUS: EIBEL: 2005B

Zweitens sorgt die Steuerpolitik für Umverteilung von unten nach oben.



QUELLE: BERECHNUNG DER KASSENMÄßIGEN EINNAHMEN VON DIETER EISEL
NACH BERICHTEN BFM; STAT. BUNDESAMT
*EST, N. V. ST. V. ERTRAG, KÖST., GEWST, NICHT BERÜCKSICHTIGT IST DIE
ZINSABSCHLAGSTEUER MIT CA. 1,8 %

Drittens vollzieht sich seit den siebziger Jahren ein langer Abschied vom einstigen Sozialstaat der „goldenen“ Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg. Trotz einiger gegenläufiger Maßnahmen überwiegt seitdem der Abbau einst bereits erreichter sozialer Standards zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit.

Über den „Sozialstaat deutscher Prägung“:

„Er ist zum Monstrum geworden, das an seiner eigenen Größe zu ersticken droht. Der deutsche Sozialstaat ist unbezahlbar. Er macht die Bürger unfrei, über ihr Einkommen selber zu befinden, und erzieht sie zum Anspruchsdenken.“

DER SPIEGEL, 20. JULI 1998

Abbau sozialer Standards durch die Regierungen Schröder und Merkel

Agenda 2010 – Folgen seit 2003

Die Empfangsdauer von Arbeitslosengeld wurde von 32 auf 12 Monate herabgesetzt, für über 55jährige auf 18 Monate.

- Nach einem Jahr wird nicht wie bis zu den Hartz-Gesetzen Arbeitslosenhilfe, sondern Arbeitslosengeld II auf einem Sozialhilfeniveau von 345 Euro plus Kosten für Unterkunft (unterhalb einer festgesetzten Wohnraumgröße) gezahlt. Aber die Zahlung erfolgt nur, wenn Partnerinnen und Partner im Haushalt nicht unterhaltspflichtig sind und unter weiteren Härtebedingungen. Große Teile der Lebensersparnisse müssen verbraucht und vom Zuverdienst dürfen nur 15 Prozent behalten werden. Fast jede außer „sittenwidriger“ Arbeit einschließlich von 1-Euro-Jobs muss bei Strafe von Teilentzug oder Entzug des Arbeitslosengeldes II angenommen werden.
- Von den Kostensenkungen im Gesundheitswesen 2004 bis 2007 in Höhe von 23,1 Milliarden Euro sollen die Versicherten durch Zuzahlungen, Arztgebühren und Wegfall von Kassenleistungen 20 Milliarden übernehmen.
- Der Unternehmerbeitrag zur Rentenversicherung wurde zu Lasten der Arbeitnehmer gesenkt, die sich zum Ausgleich privat versichern sollen. Für 2030 ist die Senkung des Durchschnittsrentenniveaus von derzeit 53 auf 43 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens vorgesehen.

- Bis 2009 soll keine Rentenerhöhung stattfinden, d. h. die Renten werden mit den Preissteigerungen real sinken. Das Renteneintrittsalter wird schrittweise auf 67 Jahre heraufgesetzt, obwohl schon gegenwärtig nur 40 Prozent der über 55jährigen beschäftigt sind. Für jedes Jahr vorzeitigen Renteneintritts beträgt der Rentenabzug 3,6 Prozent.
- Die durchschnittliche Arbeitszeit wurde von 38,7 Wochenstunden Anfang der neunziger Jahre auf knapp über 40 Stunden 2004 erhöht.
- Die Pendlerpauschale wird ab 2006 gekürzt.
- Die Eigenheimzulage wird ab 2006 gestrichen.
- Mit der Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung von derzeit 6,5 Prozent des Bruttolohns auf 4,5 Prozent ab 2007 wird die Arbeitsmarktpolitik noch weiter geschwächt werden.

Viertens hat die herrschende Bildungspolitik dazu geführt oder zumindest zugelassen, dass in keinem anderen der in den Pisa-Studien untersuchten großen Industrieländern die Bildung der Einzelnen zum Nachteil sozial schwächerer Schichten so abhängig von der sozialen Herkunft ist wie in der Bundesrepublik. „Im OECD-Durchschnitt unterscheiden sich Jugendliche mit Eltern im unteren Quartil der beruflichen Stellung von denen im oberen Quartil um 92 Kompetenzpunkte. Dieser Wert entspricht in etwa dem Kompetenzzuwachs von zwei Schuljahren. Für Deutschland ergibt sich der zweithöchste Wert (102 Differenzpunkte) nach Belgien (108 Differenzpunkte). Damit ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei Pisa 2000. Deutschland zählt zu den Ländern mit den höchsten Disparitäten.“ „Die Chancen aber, als Kind aus dem oberen Viertel der sozialen Verteilung in ein Gymnasium zu gehen, liegen fast neunmal höher als für ein Kind des unteren Viertels“. (Pisa-Konsortium Deutschland: 235, 236)

Unter welchem Aspekt auch immer betrachtet: Der Reichtum wächst bei den Reichen zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit und vor allem ihrer sozial schwächsten sozialen Schichten. Armut ist der Boden des privaten Reichtums. Dieser gedeiht, indem er Armut produziert. Quod erat demonstrandum – was zu beweisen war.

3. Kapitel

Zerstörung von Reichtum. Abnehmender Wohlfahrtseffekt rechnerischer Reichtumssteigerung

Der kritische Reichtumsdiskurs, der in hohem Maße auf die soziale Polarisierung von Einkommen und Vermögen konzentriert ist, hat ein Defizit, das die notwendige Schärfe der Kritik empfindlich mindert. Oft bleiben die Zerstörung von Reichtum und die wohlfahrtsmindernden Disproportionen seiner Entwicklung unterbelichtet. Reichtumsforschung und kritische Umweltuntersuchungen beispielsweise, Reichtumsforschung und Friedensforschung existieren eher separiert voneinander als aufeinander bezogen.

Von solcher Trennung unterschieden wird hier betont:

Teile des produzierten gesellschaftlichen Reichtums werden zerstört. Das trifft vor allem für Verluste durch Umweltschäden, Kriege, sozial oder ökologisch bedingte Krankheiten und Verkehrsunfälle zu.

Permanent findet eine Zerstörung des „Reichtums der menschlichen Natur“ (Marx) statt: durch die Entwertung menschlicher Fähigkeiten im Verlauf von Arbeitslosigkeit, durch soziale Ausgrenzung, Demokratieabbau und kulturelle Niedergangsprozesse.

Ein Teil des gesellschaftlichen Reichtums wird in solchen Gebrauchswertstrukturen hervorgebracht, dass dies auf einen Abzug von der Wohlfahrt der Mehrheit, von den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit hinausläuft. Das geschieht durch Rüstung und starke Züge einer Wegwerfgesellschaft, durch zunehmende Mobilitätskosten, die den Arbeit Suchenden abverlangt werden, durch wachsende Kosten für Risikoabsicherungen, steigende Aufwendungen für Sicherheit vor Kriminalität und durch die Ausweitung mafioser Wirtschaftssektoren, in denen unter anderem mit Drogen, Waffen, Rohstoffen, Frauen und Kindern gehandelt wird.

| Abnehmender Wohlfahrtseffekt der Reichtumssteigerung | | | |
|--|---|--|--|
| Hemmung des Reichtumszuwachses¹ durch | Zerstörung bereits produzierten Reichtums durch | Zerstörung des „Reichtums“ der menschlichen Natur durch | Abnehmender Wohlfahrtseffekt durch destruktive Strukturentwicklungen wie: |
| <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitslosigkeit • Bildungsdefizite • Überausbeutung der Natur | <ul style="list-style-type: none"> • Umweltschäden • Kriege • Verkehrsunfälle • Rezessionen • Strukturkrisen • Finanzkrisen | <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitslosigkeit • soziale Ausgrenzung • Demokratieabbau • kulturelle Niedergangsprozesse • Sozial und ökologisch bedingte Krankheiten | <ul style="list-style-type: none"> • Rüstung • Wegwerfgesellschaft • Vermeidbare Mobilitätskosten • Wachsende Kosten für Risikoabsicherungen • Kosten durch Wirtschaftskriminalität und mafiose Wirtschaftssektoren • steigende Aufwendungen für Sicherheit vor Kriminalität |

¹ Siehe Kapitel 4

In den meisten dieser Prozesse – von denen nur einige ausgewählte im folgenden Kapitel behandelt werden – entstehen Einkommen: in der Waffenproduktion, wenn Soldaten gelöhnt werden, wenn Naturschäden teilweise wieder ausgeglichen werden, wenn nach Unfällen die Zahlung von Ärzten, Krankenpersonal und Autoreparaturen stattfindet und wenn Umsätze des Berufsverbrechens schließlich wieder in normale Wirtschaftskreisläufe eingeschleust werden. In allen diesen Fällen steigt das ausgewiesene Bruttoinlandprodukt an. Der Reichtum scheint anzuschwellen, während die Wohlfahrt oft gleichzeitig sinkt.

In einer zweiten Runde des Umgangs mit der Frage nach dem Verbleib von Reichtum ist folglich zu fragen, ob die im 2. Kapitel entwickelte These von der Polarisierung des Reichtums tatsächlich bereits die ganze Antwort oder vielleicht nur die halbe ist.

Kritischen ökonomischen Diskursen folgend ist zu prüfen: Wächst der stoffliche oder in Gestalt von Dienstleistungen verfügbare gesellschaftliche Reichtum womöglich in wachstumsschwachen Phasen gar nicht mehr und auch in Konjunkturzeiten nur noch geringfügig an? Wird nicht mindestens ein wachsender Teil des Sozialprodukts durch schwere strukturelle Fehlentwicklungen so produ-

ziert und verbraucht, dass der Wohlfahrtseffekt der Wirtschaftsentwicklung seit langem eher rückläufig ist? Wenn diese Fragen zu bejahen sind, bleibt zwar eine sozial gerechte Umverteilung von Reichtum auf der Agenda alternativer Akteure. Aber deren Reformvorstellungen sind dann entschieden weiter zu spannen.

Um Friedenssicherung, Abrüstung, sozial-ökologischen Umbau, tief greifenden Wandel der volkswirtschaftlichen Produktionsstrukturen und der Lebensweisen geht es dann und um neue Regulationsweisen, die dies ermöglichen.

3.1. Umweltkrise und Reichtumseinbußen

In der kritischen umweltökonomischen Literatur wird ausführlich entwickelt, dass das in der herkömmlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesene Sozialprodukt die Wirklichkeit verzerrt widerspiegelt (Kapp, 1988; Altvater, 1992: 103 ff.; van Dieën, 1995).

Große Teile der Leistungen erscheinen darin gar nicht. Das betrifft die hauswirtschaftliche Arbeit in der Familie, die Subsistenzwirtschaft, die in den so genannten Entwicklungsländern einen großen Teil des Verbrauchs bereitstellt, und die Schwarzarbeit.

Andererseits wird das Sozialprodukt und damit der gesellschaftliche Reichtum um die so genannten „bezahlten Wohlstandskosten“ überhöht ausgewiesen, denn es nimmt durch ihre Verausgabung nicht real zu. Der Wohlstand wächst nicht, wenn durch Arbeitslosigkeit, Arbeitshetze oder Existenzängste verursachte Krankheiten behandelt, wenn Milliarden durch unsinnige Werbung aus dem Fenster gefeuert werden, wenn in der Wegwerfgesellschaft das eben noch Neue durch das Allerneuste ersetzt wird, wenn beispielsweise die Wasserqualität verunreinigter Seen und Flüsse wieder aufgebessert und Verkehrstote begraben werden. In allen Fällen entstehen Kosten, die im Unterschied zu den Kosten langfristiger Umweltschäden bezahlt werden.

An der Universität Hohenheim hat eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Gerhard Scherhorn im Rahmen des Forschungsschwerpunktes „Mensch und globale Umweltveränderungen“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft eine Berechnung der „bezahlten Wohlstandskosten“ für den Zeitraum 1960 bis 1990 vorgelegt. Sie werden in diesem Bericht als „Defensivausgaben“ bezeichnet.

| Wohlstandskosten in der Bundesrepublik / bezahlte Defensivkosten | | | | | | |
|---|--------------------------------|-----------------------------|---------------------------|-----------------------------------|-------------------------|-----------------------------|
| (Mrd. DM in Preisen von 1972) | | | | | | |
| Jahr | Bildung/ Gesundheit | Werbungs- kosten | Umwelt- kosten | Verstädte- rungskosten | Wege- kosten | Verkehrs- kosten |
| 1960 | 1,21 | 0,27 | 0,00 | 0,00 | 0,40 | 0,32 |
| 1961 | 2,15 | 0,47 | 0,00 | 0,00 | 1,10 | 0,63 |
| 1962 | 1,99 | 0,31 | 0,00 | 0,00 | 1,06 | 0,68 |
| 1963 | 2,29 | 0,32 | 0,16 | 0,00 | 1,05 | 0,68 |
| 1964 | 4,83 | 0,41 | 0,00 | 0,00 | 0,97 | 0,20 |
| 1965 | 0,88 | 0,48 | 0,16 | 0,60 | 0,58 | 0,41 |
| 1966 | 1,95 | 0,46 | 0,00 | 0,60 | 1,22 | 0,27 |
| 1967 | 2,19 | 0,17 | 0,16 | 0,60 | 1,39 | 0,34 |
| 1968 | 2,70 | 0,39 | 0,16 | 0,50 | 0,97 | 0,34 |
| 1969 | 3,13 | 0,20 | 0,32 | 0,40 | 0,62 | 0,34 |
| 1970 | 3,83 | 0,10 | 0,74 | 0,47 | 0,26 | 0,82 |
| 1971 | 6,49 | 0,20 | 2,24 | 0,51 | 0,92 | 0,67 |
| 1972 | 4,82 | 0,20 | 2,22 | 0,51 | 1,15 | 0,68 |
| 1973 | 5,17 | 0,20 | 1,66 | 0,51 | 0,80 | -0,82 |
| 1974 | 5,76 | 0,20 | 1,58 | 1,01 | 0,52 | -0,68 |
| 1975 | 5,78 | 0,30 | 1,31 | 0,31 | 1,89 | -0,18 |
| 1976 | 5,21 | 1,00 | 1,52 | 0,70 | 0,38 | 0,18 |
| 1977 | -1,97 | 1,00 | 1,42 | 0,80 | 0,76 | 0,68 |
| 1978 | 1,56 | 1,10 | 1,43 | 1,00 | 1,30 | 0,68 |
| 1979 | 3,01 | 1,00 | 1,20 | 0,80 | 0,51 | 0,68 |
| 1980 | 3,64 | 0,70 | 2,14 | 0,82 | 0,59 | 0,72 |
| 1981 | 2,08 | 1,30 | 0,46 | 0,58 | 0,02 | -0,38 |
| 1982 | -0,95 | 0,80 | 0,44 | 0,91 | 0,21 | 0,34 |
| 1983 | -1,50 | 1,00 | 0,84 | 0,41 | 0,42 | -0,14 |
| 1984 | 0,85 | 1,00 | 0,65 | 0,71 | 0,69 | 0,14 |
| 1985 | 2,10 | 0,70 | 2,60 | 1,21 | 0,48 | 0,25 |
| 1986 | 1,26 | 0,90 | 2,03 | 0,52 | 0,33 | 1,26 |
| 1987 | -2,58 | 0,80 | 1,38 | 0,71 | 1,50 | 0,23 |
| 1988 | 6,61 | 0,50 | 1,93 | 0,61 | 1,07 | 0,30 |
| 1989 | 1,97 | 0,70 | 0,63 | 0,18 | 1,55 | -0,17 |
| 1990 | 2,53 | 1,00 | 0,74 | 0,64 | 2,08 | 0,08 |

QUELLE: SCHERHORN, GERHARD. UNIVERSITÄT HOHENHEIM. LEHRSTUHL FÜR KONSUMTHEORIE UND VERBRAUCHERPOLITIK. ARBEITSPAPIER 68: WOHLSTANDSKOSTEN UND VERANTWORTLICHES HANDELN. STUTTGART 1997

Scherhorn erläutert die von ihm untersuchten Kostenarten wie folgt (Scherhorn, 1997: 21 ff.):

Bildung/Gesundheit: Berechnungsmethoden amerikanischer Wissenschaftler folgend werden durch die Hohenheimer Forscher 25 Prozent der Ausgaben im Bereich Volkshochschulen und Erwachsenenbildung und 50 Prozent der Hoch-

schulsausgaben als nicht wohlfahrtssteigernd und daher als defensive Ausgaben definiert. Auch für den Gesundheitsbereich wird angenommen, dass 50 Prozent der Gesundheitsausgaben als defensive Kosten anzusehen sind.

- Werbung: Die Autoren der Studie halten es für gerechtfertigt, nur die Hälfte der Werbekosten nützlichen Verbraucherinformationen zuzurechnen und 50 Prozent als wohlfahrtsmindernde Wohlstandskosten anzusehen.
- Umwelt: Die bezahlten Umweltschutzkosten sind nach Expertenbefragungen und aufgrund der Ökologischen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes berechnet.
- Verstädterung: Die Rubrik Verstädterung enthält die Mehrausgaben für Baumaßnahmen und Mieten, die zugunsten der Bodeneigentümer aus dem Anstieg der Bodenpreise resultieren.
- Wege: Die überhöhten Fahrtkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstädten sind nach Christian Leipert und Hans Diefenbacher berechnet.
- Verkehr: Die ausgewiesenen Verkehrskosten erfassen nur Sachschäden. Allein für 1986 wies aber das Umwelt- und Prognose-Institut Heidelberg nicht durch Versicherungsleistungen gedeckte Kosten durch Todesfälle und Verletzungen in Höhe von 27 bis 35 Mrd. DM aus.

Von den *bezahlten Wohlstandskosten* (Defensivkosten) sind die *unbezahlten Verschlechterungskosten* zu unterscheiden. Diese Kosten spiegeln die Höhe jener Belastungen wider, die durch die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen auf künftige Generationen abgewälzt werden.

Die Studie der Universität Hohenheim weist für 1960 bis 1990 folgende Verschlechterungskosten aus:

Unbezahlte Verschlechterungskosten in der Bundesrepublik

(Mrd. DM in Preisen von 1972)

| Jahr | Ozonabbau | Wasserverschmutzung | Luftverschmutzung | Lärmkosten | Kosten durch Bodenverschlechterung | Kosten der Ausbeutung nicht erneuerbarer Rohstoffe | Kosten durch langfristige Umweltschäden |
|------|-----------|---------------------|-------------------|------------|------------------------------------|--|---|
| 1960 | 6,79 | 9,13 | 31,15 | 12,54 | 8,19 | 18,62 | 53,47 |
| 1961 | 7,76 | 9,41 | 31,77 | 12,93 | 8,80 | 17,20 | 55,63 |
| 1962 | 9,09 | 9,70 | 34,06 | 13,33 | 9,49 | 16,73 | 57,94 |
| 1963 | 10,55 | 10,00 | 36,66 | 13,75 | 10,03 | 17,06 | 60,43 |
| 1964 | 12,24 | 10,31 | 37,86 | 14,17 | 10,98 | 15,59 | 63,00 |
| 1965 | 14,06 | 10,62 | 38,97 | 14,60 | 11,89 | 14,47 | 65,65 |
| 1966 | 16,24 | 10,95 | 39,27 | 15,06 | 12,56 | 13,33 | 68,31 |
| 1967 | 18,67 | 11,29 | 39,47 | 15,53 | 12,87 | 12,35 | 70,98 |
| 1968 | 21,45 | 11,64 | 39,67 | 16,01 | 13,96 | 12,20 | 73,87 |
| 1969 | 24,48 | 12,01 | 40,45 | 16,50 | 15,37 | 12,34 | 77,02 |
| 1970 | 27,52 | 12,37 | 41,34 | 17,01 | 16,53 | 13,28 | 80,38 |
| 1971 | 31,64 | 12,76 | 40,75 | 17,53 | 17,42 | 13,80 | 83,78 |
| 1972 | 35,76 | 13,15 | 40,34 | 18,08 | 18,56 | 15,23 | 87,32 |
| 1973 | 40,48 | 12,76 | 39,67 | 18,26 | 19,87 | 16,92 | 91,11 |
| 1974 | 45,33 | 13,15 | 38,88 | 18,45 | 20,34 | 18,44 | 94,77 |
| 1975 | 49,98 | 13,54 | 38,29 | 18,63 | 20,47 | 18,23 | 98,24 |
| 1976 | 54,18 | 13,93 | 37,80 | 18,88 | 22,06 | 19,27 | 101,95 |
| 1977 | 58,42 | 14,32 | 37,60 | 19,01 | 23,11 | 19,27 | 105,67 |
| 1978 | 62,55 | 14,71 | 37,41 | 19,21 | 24,34 | 19,21 | 109,56 |
| 1979 | 66,42 | 15,10 | 37,21 | 19,40 | 25,80 | 19,18 | 113,64 |
| 1980 | 70,30 | 15,49 | 36,92 | 19,60 | 26,68 | 19,67 | 117,54 |
| 1981 | 74,18 | 15,88 | 35,44 | 19,80 | 27,19 | 20,90 | 121,28 |
| 1982 | 77,82 | 16,27 | 33,97 | 20,00 | 27,43 | 20,52 | 124,90 |
| 1983 | 81,70 | 16,66 | 33,48 | 20,19 | 28,45 | 19,45 | 128,55 |
| 1984 | 85,94 | 17,05 | 32,99 | 20,40 | 29,91 | 21,02 | 132,21 |
| 1985 | 90,18 | 17,44 | 31,91 | 20,61 | 31,03 | 20,83 | 136,16 |
| 1986 | 92,85 | 17,83 | 31,12 | 18,12 | 32,29 | 18,96 | 140,03 |
| 1987 | 95,52 | 18,22 | 30,44 | 18,75 | 33,42 | 17,80 | 143,91 |
| 1988 | 98,18 | 18,61 | 27,30 | 21,60 | 34,89 | 17,32 | 147,76 |
| 1989 | 100,85 | 19,00 | 24,84 | 22,50 | 36,87 | 15,08 | 151,93 |
| 1990 | 103,40 | 19,39 | 24,35 | 22,87 | 39,28 | 14,15 | 155,85 |

QUELLE: A. A. O., S. 21 FF.

(ERLÄUTERUNG DER KOSTENARTEN: 23 FF.)

Lutz Wicke, ehemaliger Wissenschaftlicher Direktor des Umweltbundesamts Deutschlands, errechnete bereits für das Jahr 1984 einen jährlichen Umweltschaden in der Bundesrepublik von mindestens 103 Mrd. DM, d. h. von damals etwa 6 Prozent des Bruttosozial-

alprodukts (Wicke, 1997: 95 ff.). In seinem Bericht an den Club of Rome „Mit der Natur rechnen“ verwies Wouter van Dieren auf eklatante Minderungen des Nettoinlandsprodukts und damit des Reichtums in mehreren untersuchten Ländern – in Mexiko, Indonesien, Costa Rica und Zimbabwe – durch Schädigungen der Natur, die in der Berechnung des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts aber nicht negativ erscheinen (van Dieren, 1995: 93/94)

Mit Verweis auf die Studie „For the Common Good“ von Herman E. Daly und John B. Cobb (Daly/Cobb, 1990) schreibt van Dieren, „dass sich die Koppelung zwischen Produktionswachstum und Wohlstandsmehrung seit mindestens 20 Jahren verringert. Vor dieser Zeit schaffte Produktionswachstum genau das, was Adam Smith 1752 vorhergesehen hatte: eine Wertsteigerung, die tatsächlich zu einem ‚Wohlstand der Nationen‘ führte. Spätestens seit den 70er Jahren begann die Koppelung jedoch zu verschwinden, und dieser Prozess vollzieht sich inzwischen mit solch wachsender Geschwindigkeit, dass wir nunmehr mit dem merkwürdigen Phänomen konfrontiert sind, dass Produktionswachstum zu einer Wohlstandsminde- rung führt.“ (van Dieren, 1995: 22 f.) „Für die Diskussion über die Grenzen des Wachstums ist dieser Zusammenhang von existenzieller Bedeutung, da sich die betroffenen Wirtschaftssysteme zu den reichen rechnen, während ihre Armut steigt oder, anders ausgedrückt, während der abziehende Wert größer ist als die geschaffenen Werte.“ (ebenda: 26)

Die Höhe der von verschiedenen Autoren berechneten Kosten struktureller Fehlentwicklungen ist umstritten. Die Tatsache, dass gemessen an sozial-ökologischer Nachhaltigkeit elementare Disproportionen zu erheblichen Abstrichen von der möglichen Reichtumsentwicklung, zur Minderung des Wohlfahrtseffekts der Reichtumssteigerung und vielfach zur Zerstörung von Reichtum führen, ist kaum bestreitbar.

Viele bedrohliche Tatsachen, die sich allerdings nicht zu definitiven quantitativen Aussagen verdichten lassen, sprechen für solche Einschätzungen. „Fest steht, die Umweltkosten sind so immens, dass es unverantwortlich wäre, sie bloß deshalb zu ignorieren, weil sie nur schwer präzise zu beziffern sind.“ (Scheer, 1999: 95) Hermann Scheer verweist beispielsweise auf die Verluste, die aus dem Festhalten von Wirtschaft und herrschender Politik an atomaren und fossilen Energien folgt. Nach seiner Schätzung erreichen die Subventionen für diese Wirtschaftssphären, ihre Förderung in Forschung und Entwicklung, die polizeilichen und militärischen Siche-

runungskosten und die Subventionierung des Energieverbrauchs großer Industrieunternehmen wahrscheinlich die Höhe der Weltrüstungsausgaben (ebenda: 152). Strukturelle Fehlentwicklungen – gemessen an den Chancen regenerierbarer Energien – werden weltweit mit hunderten Milliarden Dollar bezahlt.

Für 2002 bezifferte die Münchner Rück die allein durch Wetterereignisse eingetretenen globalen Schäden, die in den letzten drei Jahrzehnten um den Faktor 15 gestiegen sind, auf 55 Mrd. Dollar (Münchner Rück, 2002,

„95 Prozent der Gletscher in den Alpen sind auf dem Rückzug, die Hälfte ihres Eises ist bereits abgeschmolzen ... Fast überall tauen die Gletscher der Erde. ... Immer wieder brechen inzwischen vom Schelfeis riesige Kolosse ab. 1998 löste sich vom Filchner-Schelf ein 700 Milliarden Tonnen schwerer Eisberg, etwa so groß wie die Fläche Hongkongs. Schon 1995 trennte sich vom Larsen-Schelf ein Eispaket von doppeltem Ausmaß ab.“

FERST, OHNE JAHR: 7

In Alaska beginnt der Dauerfrostboden bereits aufzutauen.

DER SPIEGEL NR. 48/1995

Schwarze/Wegner, 2003; DIW, 2004: 617). Bei der Fortsetzung der gegenwärtigen Trends könnte dies in dem Zeitraum bis 2050 zu Verlusten bis zu 214 Billionen Dollar führen (DIW, 2004: 617). Das Leid der Betroffenen und der Verlust der Toten sind in diesen Zahlen nicht zu ermessen.

Niemand weiß, wie sehr der Reichtum künftiger Generationen durch den Klimawandel beeinträchtigt wird, der durch den Treibhauseffekt der Emission von CO₂, Methan und anderen Gasen schon im Gange ist. Bei Fortsetzung des gegenwärtigen Trends der Emission von Treib-

hausgasen führen Klimamodelle zur Voraussage einer durchschnittlichen globalen Erwärmung um 2 bis 5 °C im 21. Jahrhundert. Das könnte zur Destabilisierung und möglicherweise zum Zusammenbruch vieler natürlicher Ökosysteme führen. Die Ausdehnung von Wüsten, Dürren, Überschwemmungen und Orkane würden zunehmen. Bevölkerungsreiche Erdregionen wären durch den Anstieg des Meeresspiegels bedroht. Gefährdung der Wasserversorgung, Ertragsverluste in der Landwirtschaft, Missernten und Hungersnöte wären die Folge. Ein Anschwellen der Flüchtlingsströme, Verteilungskonflikte und Kriege drohen (BUND/Misereor, 1996: 57).

Nach dem Befund der Weltklimakonferenz von 1989 müsste die globale Treibhausgaskonzentration im Verlauf von 40 bis 50 Jahren weltweit auf die Hälfte von 1990 gesenkt werden, um das Weltklima zu stabilisieren. Wahrscheinlich ist jedoch eine globale Verdopplung.

Von entwickelten Industrieländern wie Deutschland erfordert die Abwendung einer Klimakatastrophe eine Reduktion der Emission von Treibhausgasen und des Verbrauchs von fossilen Brennstoffen auf 10 Prozent in diesem Zeitraum (BUND/Misereor, 1996: 80). Bis zum Jahr 2010 hält das „Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie“ eine Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes in der Bundesrepublik um 35 Prozent, des Primärenergieverbrauchs um mindestens 30 Prozent und des Verbrauchs von fossilen Brennstoffen um 25 Prozent für unabdingbar (ebenda).

Die Bundesregierung hat sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls und der davon ausgehenden EU-internen Lastenverteilung jedoch nur zu einer geringeren Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen verpflichtet, zu einer 21prozentigen Minderung. Aber zwischen 1990 und 2001 wurde selbst die dazu notwendige jährliche Senkung trotz der Deindustrialisierung Ostdeutschlands nicht erreicht. Das Reduktionstempo müsste mehr als verdoppelt werden, um das selbst gesetzte – entschieden zu niedrige – Ziel bis 2010 noch zu erreichen (Statistisches Bundesamt, 2004: 399).

Für die Senkung des Energie- und Rohstoffverbrauchs hat die Bundesregierung kein quantifiziertes Minderungsziel bestimmt. Sie will jedoch die Effizienz beim Energieverbrauch bis 2020 im Vergleich zu 1990 verdoppeln. Doch um dies zu erreichen, müsste in der verbleibenden Zeit die jährliche Effizienzsteigerung um mehr als 100 Prozent im Vergleich zu den Ergebnissen seit 1990 vergrößert werden (ebenda). Derzeit ist ein solcher Wandel nicht absehbar.

Der vorherrschende Trend ist bedrohlich für Lebensbedingungen und Reichtumsentwicklung der künftigen Generationen.

Das Ozonloch über dem antarktischen Kontinent wächst. Es erreicht bereits eine Ausdehnung, die die Fläche der USA übertrifft. Die Folgen sind in den betroffenen Regionen die Zunahme von Hautkrebs, Augenerkrankungen bis zur Blindheit und eine Schwächung der Immunsysteme von Menschen und Tieren. Wenn die durch das Ozonloch eintretende stärkere ultraviolette Strahlung das besonders empfindliche Phytoplankton in den Ozeanen nachhaltig reduziert, würde deren Fähigkeit zur Absorption von gegenwärtig etwa 40 Prozent der CO₂-Emissionen empfindlich verringert. Das Tempo der globalen Erwärmung könnte dadurch bedrohlich zunehmen (Ferst, ohne Jahr: 9).

Jährlich werden weltweit rund 6 Millionen Hektar Boden in wüstenähnliche Flächen verwandelt. Im Jahresdurchschnitt werden etwa 11 Millionen Hektar tropischen Regenwalds vernichtet. Alle 90 Minuten wird im brasilianischen Regenwald ein Gebiet von der Größe Kölns gerodet. Jährlich sterben nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 17.000 und 27.000 Tier- und Pflanzenarten aus, nachdem die Rate des Artensterbens 65 Millionen Jahre hindurch den Artenbestand kaum vermindert hatte (Ferst, ohne Jahr: 10; Der Spiegel Nr. 48/1995).

Längst beherrscht ein absurdes Paradoxon die globale Entwicklung. Auf der Jagd nach Mehrung des Reichtums – des Kapitalreichtums vor allem – findet bereits gegenwärtig eine vielgestaltige Vernichtung von Reichtum statt und sind noch größere Verluste absehbar, wenn nicht ein Ausstieg aus dem vorherrschenden Entwicklungsweg stattfindet, wenn nicht ein neuer, sozial-ökologisch nachhaltiger Entwicklungsweg eingeschlagen wird.

Sorgen im Gefolge von Arbeitslosigkeit und Sozialabbau lenken gegenwärtig die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von diesem langfristigen Weltproblem Nr. 1 ab. In den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung tauchen das Problem der Reichtumsverluste durch Umweltschäden und andere Fehlentwicklungen nicht mit einem einzigen Satz auf. Umso dringlicher ist der Verweis auf diesen Zusammenhang.

3.2. Reichtumseinbußen durch Krieg und Rüstung

Zerstörung von Reichtum mit Folgen für viele Generationen findet nicht allein durch die Krisen der Umwelt statt. Durch die ganze Geschichte der Menschheit ziehen sich Kriege, in denen mühsam geschaffener Reichtum wieder versinkt.

Reichtum und Kriege hängen auf doppelte Weise zusammen. Für die Kriegführenden, die andere mit Krieg überziehen, sind die Waffen in der Regel das Mittel, um ihren Reichtum zu mehren. Einst ging es meist um Land, um Gold oder andere Ressourcen. Auch heute noch werden Kriege zur Bereicherung der Aggressoren geführt – um Öl und andere strategische Rohstoffe, um Einflussphären, um imperiale Macht und in vielen „neuen Kriegen“ um die Aufrechterhaltung von räuberischen Kriegsökonomien. Schon Marx zitierte Sophokles’ Klage über die Gier nach Geld, der Inkarnation des Reichtums, die zu ruchloser Tat führt.

„Denn kein so schmächtig Übel, wie des Geldes Wert,
 Erwuchs den Menschen: dies vermag die Städte selbst
 Zu brechen, dies treibt Männer aus von Hof und Herd;
 Dies unterweiset und verkehrt den edlen Sinn
 Rechtschaff’ner Männer, nachzugeh’n ruchloser Tat,
 Zeigt an die Wege böser List den Sterblichen,
 Und bildet sie zu jedem gottverhassten Werk.“

SOPHOKLES, „ANTIGONE“

Aber die Mehrung des Reichtums der Sieger in Kriegen führt zugleich zu einem gegenteiligen Zusammenhang von Krieg und Reichtum. Reichtum wird in Kriegen zerstört.

Für kurze Zeit war nach dem Ende der Blockkonfrontation zwischen Ost und West die Hoffnung um die Erde gegangen, sie könnte dem Frieden nun näher kommen. Tatsächlich sanken die Weltmilitärausgaben von 1989 bis 1999 um fast ein Drittel. Ein großer Atomkrieg rückte in den Hintergrund der Großgefahren, seitdem der Friede nicht mehr von einem Gleichgewicht des Schreckens erwartet wird.

| Veränderungen der Weltmilitärausgaben | | |
|--|----------------|---------------------------|
| | Mrd. US-Dollar | Veränderungen in v. H. |
| 1989 | 995,4 | |
| 1994 | 714,0 | |
| 1999 | 686,5 | - 31 im Vergleich zu 1989 |
| 2002 | 900,0 | + 31 im Vergleich zu 1999 |
| 2003 | 956,0 | + 39 im Vergleich zu 1999 |

QUELLE: CONVERSION SURVEY 2002 DES INTERNATIONALEN KONVERSIONSZENTRUMS BONN (BICC); UNICEF-JAHRESBERICHT 2004, NEW YORK

Nach 1999 – zwei Jahre vor dem Terrorangriff auf die Twin-Towers

„Für das Militär, zur Abwehr von Terroranschlägen, zur Verhinderung von Armutswanderungen oder zum Schutz von Eigentumsrechten muss schätzungsweise ein ... Zehntel des (in der Welt – der Verf.) Erwirtschafteten aufgewendet werden.“

MIEGEL, 2005: 161

in New York und zehn Jahre nach dem Ende der Blockkonfrontation – setzte jedoch ein neuer Schub internationaler Militarisierung ein. Er ging von den USA und von ihren Verbündeten aus. Zwei Fünftel der Weltmilitärausgaben entfallen auf die Vereinigten Staaten und ein Viertel auf die Europäische Union. Die restlichen 35 Prozent

werden von allen übrigen Staaten der Erde ausgegeben, China, Japan und Indien eingeschlossen (Weller/Ratsch/Mutz/Schoch/Hauswedell, 2004: 9). 90 Prozent der weltweit ausgegebenen Mittel für militärische Forschung und Entwicklung in Höhe von etwa 100 Mrd. DM entfielen im Jahr 2000 auf die NATO-Staaten, 65 Mrd. DM allein auf die USA (Brzoska/Wulf, 2000: 249).

Die bei weitem meisten Kriege sind zwar seit längerer Zeit innerstaatliche Konflikte in den so genannten Entwicklungsländern. Sie ziehen zudem durch neue und erschreckende Eigenschaften wachsende Aufmerksamkeit auf sich. Es ist jedoch festzuhalten:

Der Hauptanteil an den militärischen Kosten entfällt auf die USA und ihre Verbündeten. Die Hauptwirkungen militärischer Politik auf die Reichtumsentwicklung gehen von ihnen aus.

Allerdings treten zwei unterschiedliche Typen von Kriegsgefahren und tatsächlich stattfindenden Kriegen hervor, imperiale/imperialistische Kriege und die so genannten Neuen Kriege.

Imperiale Kriege Zwei Begriffe, die dies deutlich machen, haben wieder

„Das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist wie die erste Dekade des 20. Jahrhunderts die Zeit des Empires. Vor 100 Jahren gab es freilich viele Empires. ... Heute gibt es nur ein Empire – das globale Empire der Vereinigten Staaten.“

JAMES KURTH, IN: THE NATIONAL INTEREST, NO. 63/201. ZITIERT NACH: RILLING, 2003: 1

oder erstmals Konjunktur. Der eine Begriff – Imperium bzw. Imperialismus – war nach dem Ende der Systemauseinandersetzung zwischen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften und dem Staatssozialismus mehr oder weniger aus dem verbreiteten Sprachgebrauch verschwunden. Schon zuvor hatte die Einsicht auch in der Linken Gewicht gewonnen, dass die Kenn-

zeichnung westlicher Gesellschaften als Imperialismus viele andere, auch zivilisatorische, Seiten in deren Entwicklung unzulässig ausblendet. Das gilt nach wie vor. Gleichwohl fordert die bedrohliche Entwicklung der US-amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik deren Kennzeichnung als imperial und imperialistisch heraus (Hardt/Negri, 2002; Rilling, 2003; Cross/Cohen/Wolfowitz, 2000; Asmus/Pollack, 2002; Kagan, 2002). Die im September 2002 veröffentlichte „National Security Strategy of the United States of America (NSS)“, sie ergänzende strategische Entscheidungen und ihre exemplarische Umsetzung im Irak-Krieg enthalten eindeutig imperiale und auch imperialistische Züge: die Betrachtung des gesicherten Zugriffs der USA auf strategische Wirtschaftsressourcen als Legitimation für militärische Aktionen an jedem Punkt der Erde; die Selbstermächtigung der Vereinigten Staaten zur Auswechslung von Regierungen in beliebigen Teilen der Welt; den Anspruch auf die Führung von Präventivkriegen und auf atomare Erstschlagsoptionen; die Sicherung einer derartigen militärischen Überlegenheit, die einen Rüstungswettlauf für jeden potenziellen Konkurrenten von vornherein aussichtslos macht; den Schutz amerikanischer Bürger gegen Anklagen vor dem Internationalen Gerichtshof, selbst wenn sie Kriegsverbrechen betreffen.

Stephen Peter Rosen, Direktor des neokonservativen Institute for Strategic Studies (Harvard University), hat den Übergang von einer Politik der Hegemonie und Dominanz zu imperial-imperialistischer Politik treffend auf den Punkt gebracht: „Die Vereinigten Staaten haben keinen Rivalen. Überall in der Welt besitzen wir die militärische Dominanz. (...) Wir, und nur wir, formen und führen Militärkoalitionen in den Krieg. Wir benutzen unsere militärische Dominanz, um in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zu intervenieren, weil die Einheimischen einander umbringen, Feinden der Vereinigten Staaten Zuflucht bieten oder atomare oder biologische Waffen entwickeln. Eine politische Einheit, die eine überwältigende militärische Überlegenheit besitzt und diese nutzt, um die inneren Angelegenheiten anderer Staaten zu beeinflussen, wird Empire genannt. (...) Wenn dies zutrifft, dann ist auch Ziel nicht der Sieg über einen Rivalen, sondern die Aufrechterhaltung unserer imperialen Position und der imperialen Ordnung. (...) Imperiale Kriege zur Wiederherstellung der Ordnung sind ... nicht so eingeschränkt. Maximale Gewalt kann und sollte aus psychologischen Gründen so schnell wie möglich eingesetzt werden, um zu demonstrieren, dass bestraft wird, wer das Empire herausfordert. Während des Kalten

Krieges haben wir uns nicht sonderlich bemüht, kommunistische Regierungen zu stürzen. Nun allerdings stecken wir mitten im Geschäft, feindliche Regierungen zu stürzen und Regierungen zu schaffen, die günstig für uns sind. (...) Imperiale Kriege enden ebenfalls, aber Garnisonen des Empire müssen noch Jahrzehnte lang bleiben, um Ordnung und Stabilität zu sichern. Das ist es, das wir erstmals auf dem Balkan und nun in Zentralasien zu sehen bekommen. (...) Und endlich konzentriert sich imperiale Strategie darauf, die Entstehung mächtiger und feindlicher Herausforderer zu verhindern: durch Krieg, wenn nötig, durch Assimilierung in das Empire, wenn möglich.“ (Rosen, 2002; zitiert nach Rilling, 2003: 10)

Die Folge ist, dass Angriffskriege wieder als legitime Mittel der Politik gelten sollen – jedenfalls dann, wenn sie von den USA und ihren Verbündeten geführt werden. Das Ende des Kalten Krieges begann Anfang der neunziger Jahre mit einem Krieg, der zuvor nicht führbar gewesen wäre, mit dem Golf-Krieg. Etwa eine halbe Million Menschen sind diesem Krieg zum Opfer gefallen. Gegen Jugoslawien flog die NATO 79 Tage Bombenangriffe. Die Kosten pro Kriegstag werden zwischen 110 und 500 Millionen DM geschätzt, summierten sich also auf 6,89 Milliarden bis 39,5 Milliarden Mark (Freitag, 30.4.1999). Für Deutschland beliefen sich die militärischen Kosten des Jugoslawienkrieges einschließlich der Stationierungskosten der Bundeswehr in der Nachkriegszeit nach Angaben der Bundesregierung im Jahre 2001 auf 6684,4 Millionen DM. Die zivilen Kriegskosten – z. B. für die Behebung von Umweltschäden und humanitäre Hilfe für Kriegesopfer – erreichten die Höhe von 1890,9 Millionen DM (Bundesregierung zur Kriegsbilanz, Drucksache 14/5677).

„Neue Kriege“ Ein zweiter Typ von Kriegen, der vorwiegend in der „Dritten Welt“ auftritt und seit dem Ende der Blockkonfrontation stark an Gewicht gewonnen hat, wird mit der diffusen Bezeichnung „neue Kriege“ charakterisiert.

| Begonnene Kriege | | |
|------------------|---------------|------------------|
| Von | 1945 bis 1988 | 160 |
| | 1989 bis 1998 | 42 |
| ... | 2004 | 42 ¹⁾ |

¹⁾ Andauernde Kriege oder begonnene Kriege (27) oder bewaffnete Konflikte (15)

Als neue Kriege werden in der Literatur (Azzellini/Kanzleiter, 2003; Münkler, 2003; Jean/Rufin, 1999) meist solche bezeichnet, die in unterschiedlicher Kombination und Intensität folgende Merkmale aufweisen:

- Sie finden überwiegend innerstaatlich oder als grenzüberschreitende, mehrere Staaten umfassende *innere Auseinandersetzungen im Unterschied zu klassischen Kriegen zwischen Staaten* statt. Meist sind Armut und Verelendung großer Teile der Bevölkerung der soziale Hintergrund solcher Kriege, oft von interessierten inneren und äußeren Kräften genutzt, um religiöse und ethnische Unterschiede bis zu gewalttätig ausgetragenen Konflikten zu schüren.

- Für die neuen Kriege sind in erheblichem Maße *Entstaatlichung und Privatisierung kriegerischer Gewalt* kennzeichnend. Kriegsakteure sind nicht mehr allein staatliche Militärformationen, sondern dazu gehören *Warlords*, die finanziert durch staatliche Kriegsinteressenten wie Geheimdienste, durch Händler von Drogen und anderen illegalen Waren, durch Großgrundbesitzer, transnationale Unternehmen oder Immigranten private bewaffnete Einheiten unterhalten. *Private Söldnerfirmen* stellen beliebigen Kriegsparteien Kampfverbände gegen Zahlung zur Verfügung. Staatliche Armeen bezahlen *paramilitärische Einheiten* für schmutzige Arbeiten wie „ethnische Säuberungen“ und Terrorisierung aufsässiger Bevölkerungsteile – nicht

„Das russische Flugzeugunternehmen Sukhoi bietet Kampfflugzeuge samt Piloten und Bodenpersonal an, eine ‚kleine, aber komplette Luftwaffe‘ ... Beim Einsatz auf Seiten Äthiopiens am Ende der neunziger Jahre sollen die Sukhoi-Piloten andere ehemalige sowjetische Militärpiloten bekriegt haben, die für Eritreas Luftwaffe flogen.“

KANZLEITER, 2003: 178

„Die Ausbeutung der natürlichen Rohstoffe der DRK durch die externen Interventionsmächte ist systematisch und systemisch. ... Aufgrund seiner lukrativen Ressourcen hat der Konflikt eine ‚win-win-Situation‘ für alle bewaffneten Gruppen geschaffen. Rivalen und Feinde sind zeitweise Geschäftspartner ..., Feinde beziehen Waffen über die gleichen Händler und kontaktieren die gleichen Mittelsmänner ... Geschäftsinteressen haben Vorrang vor Sicherheitsinteressen bekommen. Der einzige Verlierer in diesem großen Geschäftsabenteuer ist die kongolesische Bevölkerung.“

AUS EINEM BERICHT DER EXPERTENKOMMISSION DER UNO ÜBER DIE KRIEGSÖKONOMIE IN DER DEMOKRATISCHEN REPUBLIK KONGO (DRK). UN-SECURITY COUNCIL. UN-DOKUMENT 5/2001/357 (2001), §§ 213 FF.

selten offiziell verurteilt, tatsächlich jedoch durch eine „Politik des Wegsehens“ ständig ermuntert. Nicht wenige *örtliche Milizen* und *kriminelle bewaffnete Banden* ergänzen das Spektrum der Akteure neuer Kriege.

Nach Schätzungen der britischen Nichtregierungsorganisation Global Witness betrug die für ihren Krieg verwendete Einnahmen der rechtsgerichteten Union für die Totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA) allein aus dem Diamantengeschäft zwischen 1992 und 1998 3,7 Milliarden US-Dollar.

WULFF/PAES, 2001: 111

- In diesen Kriegen werden *militärische Gewalt und Ökonomie auf spezifische Weise verflochten*. Auch in den klassischen Kriegen gehörten ökonomische Expansionsinteressen, die Eroberung von Ressourcen im Ausland und das Interesse des Kapitals an Profiten in der Rüstungsproduktion zu den Grundlagen der Militarisierung und aggressiver Politik. In den neuen Kriegen wirken diese Momente meist

weiter, aber andere kommen hinzu. Private und staatliche Kriegsakteure werden von ihren Auftraggebern zum Teil durch die Vergabe von Konzessionen zur Ausbeutung von Wirtschaftsressourcen entschädigt. Sie werden zu „*Kriegsunternehmern*“, *die gleichzeitig militärische Gewalt als Ware verkaufen und unternehmerisch in der Wirtschaft tätig sind*. „Gewalt wird als Mittel der ökonomischen Reproduktion immer wichtiger.“ (Wulff/Paes, 2001: 106) Ein „militärisches Unternehmertum“ bildet sich heraus (Aust, 2003: 143). Private Military Companies (PMCs), d. h. private Militärunternehmen, erobern schnell expandierende Märkte (Kanzleiter, 2003: 175 ff.).

Dies führt in Ländern wie beispielsweise Kongo (Werner/Weiss, 2001: 47 ff.; Wulff/Paes, 2001: 112 ff.; Aust, 2003: 143 ff.), Angola (Wulff/Paes, 2001: 110 ff.; Rimli, 2003: 161 ff.), Afghanistan (Baroki, 2003: 119 ff.), Kolumbien (Azzellini, 2003: 29 ff.), Guatemala (Gonzales, 2003: 85 ff.) und Indonesien (Myrntinen, 2003: 129 ff.) zur Entstehung von *Kriegsökonomien*. In diesen ist die gesamte Wirtschaft oder sind Teile davon weitgehend abhängig von der

Verbindung andauernder militärischer Gewalt mit der Finanzierung dieser Gewalt durch Ressourcenausbeutung und –verarbeitung seitens der Gewaltakteure selbst oder durch deren Kontrolle über die Handelswege von Drogen, Waffen-, Frauen- und Kinderhandel. Ferner werden

„Nahrungsmittelhilfe beispielsweise spielte als Einkommensquelle der kämpfenden Gruppierungen in den Kriegen und Konflikten in Afghanistan, Sudan, Libanon und Liberia eine wichtige Rolle.“

WULFF/PAES, 2001: 107

Kriegsressourcen durch Erhebung von „Schutzgeldern“, Wegezöllen und Lizenzgeldern, Vertreibung und Beraubung der Bevölkerung, durch Prostitution, Schmuggel und Piraterie mobilisiert. Häufig werden Mittel für den Krieg durch die Abschöpfung von Entwicklungs- und Katastrophenhilfe requiriert.

• Die Regulationsweise der globalen Ökonomie erfährt eine fatale Variation. Die Generaltendenz zur Entbettung des Marktmechanismus aus sozialstaatlichen Korrekturen und Ergänzungen wird fortgesetzt. Jedoch nicht allein, indem die Marktkonkurrenz aus politischen Regelungen entlassen wird, sondern indem *privatisierte Gewalt in vielen Ländern verstärkt zum Exekutor ökonomischer Interessen wird*. Die Richtung der ökonomischen Aktivitäten wird in vielen Fällen von militärischer Gewaltanwendung abhängig. Der Markt erfährt gleichwohl eine Erweiterung: *die militärische Gewalt selbst wird zur Ware, die auf globalen Gewaltmärkten verkauft wird*. Marx' erster Satz im „Kapital“: „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ‚ungeheure Warensammlung‘, die einzelne Ware als seine Elementarform.“ erhält eine zusätzliche Bedeutung. Als eine Elementarform kapitalistischen Reichtums tritt die zerstörerische Ware Gewalt hinzu.

„Dieser radikal freie Markt, der Gewalt zulässt und in dem auch Wortbruch, Verrat, Terror, Mord am Konkurrenten und Ähnliches ‚erlaubt‘ sind, schafft für begrenzte Zeit ein sich selbst perpetuierendes System der Gewalt.“ „Das Ziel ist nicht mehr, Befreiungskämpfe zu führen oder Kriege und Konflikte zu beenden und durch die Abrüstung eine Friedensdividende zu erzielen, sondern den Krieg und die gewaltsamen Auseinandersetzungen fortzuführen oder zu verschärfen, um eine ‚Kriegsdividende‘ zu kassieren.“

WULFF/PAES, 2001: 108, 109

In den Kriegsökonomien kommt es zur Verflechtung von militärischer Gewalt, militärischem Unternehmertum und internationaler organisierter Kriminalität, zur Einbindung aller dieser Elemente in globale Wirtschaftskreisläufe und imperiale Strategien.

Auch nach der formellen Beendigung vieler neuer Kriege behalten die so entstandenen Strukturen oft Bestand. In Jugoslawien beispielsweise wurden militärisch-kriminell „erwirtschaftete“ Kriegsgewinne im Verlauf der Privatisierung von Unternehmen zu deren Kauf verwendet und damit legalisiert (Kanzleiter, 2003: 104). Militärische Gewalt bleibt in die Institutionen und Strukturen der meis-

ten Schauplätze neuer Kriege eingeschrieben, selbst wenn diese irgendwann formell beendet werden.

**Wirkung von
Kriegsökonomien auf die
Reichtumsentwicklung**

Die spezifische Frage in dem Grundzusammenhang der hier vorliegenden Schrift lautet, wie diese Gemengelage auf die Entwicklung des Reichtums wirkt. Die Antwort liegt nahe und wird durch eine Fülle von Tatsachen belegt:

Die Privatisierung militärischer Gewalt führt zu beträchtlichem Reichtumszuwachs privater Gewaltakteure (von globalen Gewaltkonzernen, Private Military Companies, Söldnerfirmen, Warlords, Paramilitärs, kriminellen Banden). Sie mündet jedoch vor allem in die Vernichtung von Reichtum durch Kriegszerstörungen, in die Minderung der Reichtumsquellen durch die Erosion und in vielen Ländern durch die Auflösung der zivilen Wirtschaft. Sie

Angola beispielsweise fiel im Verlauf der fast vierzig Jahre andauernden militärischen Konflikte auf der Rangliste der menschlichen Entwicklung auf den 160. Platz von 174 zurück. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 46,5 Jahre.

führt zum Versickern des Reichtums in kaum durchschaubaren finsternen Kanälen. Allein der Umstand, dass Wirtschaftsressourcen in inneren militärischen Auseinandersetzungen umkämpft werden und dass für den Schutz von Unternehmen – z. B. von Ölquellen – große Militärausgaben entstehen, verweist schon auf die Vergeudung von Reichtum in erheblichen Größenordnungen. Am tragischsten sind die Verluste menschlichen Reichtums in Kriegen durch Tod, Verwundungen, psychische Schäden und moralische Degradation.

Die Höhe der Verluste an gesellschaftlich verfügbaren Reichtümern korrespondiert mit der Größe der beteiligten Kriegsunternehmen und ihrer Umsätze, dem Umfang des privaten und paramilitärischen Gewaltpotenzials sowie der Vielfalt der beteiligten Kräfte. Die lange Dauer vieler neuer Kriege bestimmt die Nachhaltigkeit der Schäden (Münkler, 2003: 24 ff.).

Die Tatsachen verdeutlichen dies: Gegenwärtig ist ein Drittel der Menschheit von bewaffneten Konflikten betroffen, vor allem in den armen Ländern der Erde (Führmann, 2004: 182). Der Krieg im Kongo forderte seit 1994 nach unterschiedlichen Angaben 2,5 bis 3,5 Millionen Todesopfer. Der Krieg in Bosnien-Herzegowina kostete 242.330 Menschen das Leben, mehr als 36.000 Vermisste nicht eingeschlossen (Kanzleiter, 2003: 114). In Guatemala wurden in den ersten 18 Monaten nach Amtsantritt des ultrarechten Präsidenten Alfonso Pontilla in einer Serie barbarischer Massaker 75.000 Menschen ermordet (Gonzales, 2003: 85). Die tragische Folge der Afghanistankriege führte insgesamt zum Tod von mehr als 1 Million Menschen, hinterließ 1,7 Millionen

Krüppel und 4 bis 5 Millionen Flüchtlinge bei einer Bevölkerung von 13 Millionen (Münkler, 2003: 84). Im letzten Krieg gegen Afghanistan wurden 5000 bis 10.000 Zivilisten, etwa 4000 Taliban-Kämpfer und rund 800 Al Quaida-Kämpfer getötet (Gießmann, 2004: 35). In Somalia und Ruanda fanden Völkermorde statt In Ruanda wurden allein von April bis Juni 1994 500.000 bis 800.000 Tutsi und Hutu-Oppositionelle hingeschlachtet – meist mit Macheten. Die UNO-Blauhelme vor Ort intervenierten nicht. (Ziegler, ... : 22 f) Der Krieg in Angola hat über 27 Jahre gedauert, 10 Prozent der Bevölkerung das Leben gekostet und 20 Prozent zu Binnenflüchtlingen gemacht (Münkler, 2003: 85).

Betrachten wir die Menschen selbst als den größten Reichtum, so stehen die neuen Kriege den alten nach Reichtumsverlusten kaum nach. Reichtum in Gestalt von zivilem Wirtschaftspotenzial wird in den neuen Kriegen weitgehend zerstört. Wirtschaftsaktivitäten konzentrieren sich unter solchen Bedingungen stark auf illegale Sphären. In Bolivien ist die Koka- und Drogenökonomie die zentrale Devisenquelle (Wolff, 2004: 111). Im Jahr 2000 entfielen 30 bis 50 Prozent des tadschikischen Volkseinkommens auf den Dro-

„Über die nationale Erdölgesellschaft „Sonangol“ konnte die angolansiche Regierung einen großen Teil der Erdöleinnahmen dem Haushaltsbudget entziehen und über eine Galaxie von Off-Shore-Bankkonten leiten. Laut Schätzungen von Global Witness und dem IWF verschwinden jährlich mindesten 1 Milliarde Dollar über diesen Parallelhaushalt, dem so genannten Bermudadreieck zwischen angolansicher Zentralbank, Sonangol und angolansicher Präsidentschaft. Diese Gelder dienen nicht nur der Finanzierung trotz Waffenembargo, sondern auch der massiven Bereicherung der Regierungselite und dem Ausbau des präsidentialen Patronagesystems. Der von den Erdölfirmen gesponsorte Sozialbonusfonds ... gilt wie die präsidentialen Wohltätigkeitsstiftungen als Schmiergeldfonds zur Verfügung des Staatspräsidenten.“

RIMLI, 2003: 163

genhandel. 70.000 Kilogramm Rohopium aus Afghanistan erbringen für Tadschikistan einen Erlös von 14 Millionen US-Dollar. In Moskau beträgt ihr Verkaufspreis bereits 700 Millionen und in Westeuropa über eine Milliarde Dollar (International Crisis Group, 2001: 15). Die stufenweise wachsenden Profite fließen den Drogenhändlern und den Kriegsunternehmern zu, die die Handelskanäle abschirmen. Das gesamte System der Verflechtung von Kriegsökonomie und organisierter Kriminalität funktioniert nur durch den Abzug riesiger Mittel von dem ohnehin spärlichen gesellschaftlichen Reichtum der betroffenen Länder für Korruption aller Art. Reichtum als Entwicklungspotenzial der Gesellschaft verschwindet in der Kriegswirtschaft.

Wie groß das Ausmaß von Reichtumsverlusten durch die neuen Kriege ist, lässt sich erahnen, wenn das Machtpotenzial ihrer Akteure beleuchtet wird. Mit erschreckenden Ergebnissen haben dies Dario Azzellini und Boris Kanzleiter als Autoren und Herausgeber des Buches „Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung“ getan. Wenn von Warlords und Paramilitärs die Rede ist, erweckt das bei vielen in der westlichen Welt die Vorstellung eines fernen und peripheren Geschehens. Kanzleiters Forschungsergebnisse beleuchten eine ganz andere Konstellation.

Private Militärunternehmen – globale Akteure

In den USA konzentrieren die zehn größten Sicherheitsunternehmen 30 Prozent des Umsatzes und 40 Prozent des Wachpersonals bei sich. In Deutschland haben die zehn größten Unternehmen einen Marktanteil von über 50 Prozent und beschäftigen knapp die Hälfte der in der Branche Tätigen.

EICK, 2003: 206

Der Marktumsatz von Private Military Companies (PMCs), das heißt von privaten Militärunternehmen der USA, wird auf rund einhundert Milliarden US-Dollar geschätzt. Darin sind die inländischen Sicherheitsdienstleistungen nicht eingeschlossen. Der Markt der Inneren Sicherheit (Homeland Security) soll allein in den Vereinigten Staaten im Jahr 2006 ein Jahresvolumen von 200 Milliarden Dollar erreichen (Drüssel, 2003: 197). Die USA und Großbritannien geben für das private Sicherheitsgewerbe bereits mehr aus als für die reguläre Polizei. „Gelegentlich sind die Kosten des Eigentumschutzes höher als der Wert der zu schützenden Sachen.“ (Miegel, 2005: 50)

Reichtum in der Größenordnung von Hunderten Milliarden wird für Innere Sicherheit aufgefressen. Das geschieht nicht allein als Preis der Kriminalitätsbekämpfung, sondern auch, weil wachsende Repression riesige Mittel verschlingt – keineswegs immer gerechtfertigt durch den „Krieg gegen den Terrorismus“.

90 große private Militärunternehmen dominieren auf dem globalen Gewaltmarkt und sind in 110 Ländern tätig (Kanzleiter, 2003: 175).

Ein typischer globaler Gewaltkonzern ist beispielsweise die DynCorp mit Sitz in Reston/Nigeria. Im März 2003 wurde sie durch Kauf zu einem Teil der Computer Science Corporation (CSC). Das neue Unternehmen stieg damit zum zehntgrößten Regierungsauftragnehmer in den USA auf (Drüssel, 2003: 193 ff.) CSC mit einem Jahresumsatz von 11,4

Milliarden US-Dollar (2002) ist neben Lockheed das größte Unternehmen auf dem Markt für innere Sicherheit.

Zugleich ist DynCorp weltweit an 5.500 Orten tätig, in afrikanischen Kriegszonen bei der Errichtung von Telekom-Systemen, bei der „Vorwärtsverlagerung“ von Rüstungsgütern im Irak-Krieg und in der Ausbildung von lokalen Polizeieinheiten im Irak und in Bosnien. In Kolumbien war die DynCorp mit 88 Flugzeugen und Hubschraubern an der Vernichtung von Koka-Ernten und landwirtschaftlicher Produktion kleiner Bauern für den eigenen Bedarf durch das Besprühen mit Pestiziden des Monsanto-Konzerns beteiligt. Die Vertreibung der Bauern in landesinnere Urwaldzonen unter dem Vorzeichen des Krieges gegen die Drogenwirtschaft war ein geplanter Effekt zu Gunsten einer großflächigen Exportproduktion auf dem durch dieses moderne „Bauernlegen“ gewonnenen Boden. Die Beteiligung von DynCorp-Mitarbeitern an Drogen- und Frauenhandel wurde nie bestraft.

Ein Beispiel für private Militärunternehmen, die vor allem auf direkte Kampfeinsätze spezialisiert sind, ist das private Militärunternehmen Executiv Outcomes

DynCorp stellt die Hardware für die weltweite IT-Koordination des FBI bereit. Das Unternehmen liefert und verwaltet Software u. a. für strategische Basen und Kommandostellen der US-Streitkräfte, für das Pentagon, für das Finanz- und Justizministerium, für die New Yorker Börse und für die Börsenaufsicht, für die Klimasatellitenorganisation NOAA und für die Telekom- und E-Medienaufsicht.

DRÜSSEL, 2003: 196

Private Militärunternehmen für Kampfeinsätze

(OE) mit Sitz in London. Die schlagkräftige Privatarmee von OE griff in die Kriege in Angola, Sierra Leone, Kenia, Sambia, Ruanda, Zaire und Uganda ein. Zu den Aktionsfeldern der OE gehörte bisher der Schutz von Ölfeldern und Diamantenminen im Auftrag von Regierungen und Privatunternehmen. Sie ist beteiligt an der direkten Ausbeutung von Bodenschätzen und stellt Lufttransportkapazitäten, Kommunikations- und Satellitensysteme bereit. Bekannt gewordene Einzelaufträge hatten ein Volumen von 40 bis 140 Millionen US-Dollar. Inzwischen ist Executiv Incomes mit neuen Aufträgen in das Nachfolgeunternehmen Sandline aufgegangen.

Private Unternehmen für Militärberatung und Ausbildung Ein Beispiel für die Spezialisierung für Militärunternehmen auf privatisierte Militärberatung und Ausbildung ist Military

„MPRI wurde 1988 von Carl Vouno, zwischen 1987 und 1991 Generalstabschef der US-Armee, General Perry Soyster, ehemaliger Chef des militärischen Geheimdienstes der USA und Crosbie Saint, dem ehemaligen Kommandanten der US-Armee in Europa, gegründet. ... Die Firma kann nach eigenen Angaben auf 12.000 ehemalige US-Militärs zurückgreifen, die für Aufträge eingestellt werden können.“

KANZLEITER, 2003: 182

Professional Resources (MPRI) mit Sitz in Alexandria/Virginia und weltweitem Einsatzfeld. MPRI verzeichnet Einsätze in einer Reihe lateinamerikanischer Staaten, u. a. in Kolumbien, in Nigeria, Südafrika, Kuwait, Südkorea, Taiwan, in ehemaligen Sowjetrepubliken und auf dem Balkan. MPRI war hochrangig an der militärischen Beratung der

kroatischen Offiziere vor deren Operation Oluja im August 1995 beteiligt. In dieser Operation erfolgte die „ethnische Säuberung“ der Krajina von 150.000 bis 200.000 serbischen Zivilisten, verbunden mit Kriegsverbrechen an der serbischen Bevölkerung.

Private Militärunternehmen für Logistik, Transport und Truppenversorgung Wie in der zivilen Wirtschaft, so erfolgen auch beim Militär Outsourcing (Auslagerung) und Privatisierung von Funktionen, die außerhalb der Kernaufgaben liegen. Solche Funktionen werden an Privat Military Corporations übertragen. Als Beispiel für solchen Typ von PMCs nennt Kanzleiter Kollogg, Brown & Root, eine Tochter des Konzerns Halliburton Co. Die Firma baut Militäranlagen für amerikanische Truppen in aller Welt. Ihre Mitarbeiter sind auch direkt in Militärbasen tätig. Im Frühjahr 2002 betrug der Auftragsumfang der US-Armee für Kollogg 740 Millionen Dollar,

darunter 16 Millionen Dollar für den Bau des berüchtigten Gefängnisses im US-Militärstützpunkt Guantanamo Bay auf Kuba. Im September 2001 hatte das Unternehmen mit Russland einen Vertrag im Umfang von 283 Millionen Dollar über Arbeiten zur Vernichtung von russischen Interkontinentalraketen abgeschlossen. Ein 420 Millionen-Dollar-Vertrag mit der britischen Armee über deren Kraftstoffversorgung rundet die Impression von der Größenordnung der Geschäfte privater Militärunternehmen ab.

Halliburton wurde zeitweise vom früheren US-Verteidigungsminister Dick Cheney geleitet. Dort verdiente Cheney in wenigen Jahren über 30 Millionen Dollar an Gehältern, Aktien und einer Abfindung, bis er nach dem Wahlsieg von George W. Bush wieder in die Politik wechselte und Vizepräsident der USA wurde.

Die Auftragsarbeit privater Militärunternehmen für die USA und andere große und kleine Staaten, ihr erdumspannendes Aktionsfeld, die Rolle privater militärischer Gewalt für die Aneignung und Verteidigung von Naturressourcen und deren Verkauf durch die Kriegersakteure an „normale“ Wirtschaftsakteure auf den Weltmärkten machen deutlich: die in den neuen Kriegen entstehende Kriegsökonomie ist längst zu einem Bestandteil der globalen Wirtschaftsbeziehungen geworden. Reichtumszerstörung, Minderung des Reichtumszuwachses durch alte und neue Kriege und perverse Formen der Reichtumsentwicklung gehören zu den Charakteren der globalen Ökonomie.

Perversionen bestehen u. a. in der Entwicklung von modernsten Tötungs- und Zerstörungstechnologien, in der Verflechtung von regulärer, krimineller und Raubökonomie. Sie treten in der Verflechtung von Krieg und Terrorismus zutage. Sie bedeuten häufig Abkehr von der Haager Landkriegsordnung und dem Genfer Abkommen zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten. Perversionen sind die verbreiteten Rückfälle in die Barbarei, die in Völkermord, Kriegsverbrechen, systematischen Massenvergewaltigungen und dem Einsatz von Kindersoldaten und jugendlichen Kämpfern zum Ausdruck kommen.

„In den meisten traditionellen Gesellschaften wird Ehre mit Zurückhaltung assoziiert und Männlichkeit mit Disziplin. (...) Die besondere Brutalität der Kriege in den neunziger Jahren knüpft an eine andere Vision männlicher Identität an – die der wilden Sexualität der männlichen Heranwachsenden. Durch diese Jugendlichen werden Armeen mit einem anderen Soldatentyp versorgt, einem, für den eine Waffe (...) eine explizit phallische Bedeutung besitzt; (...) wenn ein Krieg aber von jugendlichen Irregulären geführt wird, dann wird sexuelle Barbarei zu einer normalen Waffe.“

IGNATIEW, 2000: 161

In den Balkankriegen der neunziger Jahre wurden 20.000 bis 50.000 Frauen vergewaltigt, Mitte der neunziger Jahre in Ruanda über eine viertel Million. „Doch solche Vergewaltigungen sind keine einmaligen, auf eine kurze Zeitspanne im Anschluss an Kampfhandlungen beschränkte Übergriffe, vielmehr zeugen sie von einer umfassenden Sexualisierung der Gewalt, wie sie in fast allen neuen Kriegen zu beobachten ist.“ (Münkler, 2003: 151) Vergewaltigungen sind zum Element der Kriegsstrategien selbst geworden.

Frauen sind in grausamer Weise und in besonderem Maße die Opfer einer

Barbarisierung, die in den neuen Kriegen explosionsartig hervortritt. Wolfgang Sofsky hat dagegen in seinem Buch „Zeiten des Schreckens“ Anklage erhoben. Herfried Münkler zitiert daraus: „Die Milizen in Mexiko bevorzugten die Machete, die serbischen und algerischen Schlächter Beile, Äxte, abgesägte Flinten, Eisenstangen, Dolche und Fleischmesser. Es sind die Werkzeuge der blutigen Handarbeit auf kurze Entfernung. Nicht auf spurlose Beseitigung ist das Gemetzel aus, sondern auf die Entstellung des Körpers. Wie Schlachtvieh wird das Opfer abgestochen, sein Leib wird in Fleischstücke zerhauen, die Organe der Sexualität werden herausgeschnitten. Sofern der Praxis des Gemetzels überhaupt ein religiöser Sinn zukommt, so ist es nicht irgendeine ‚fundamentalistische‘ Gottesidee, sondern die Wiederkehr des archaischen Blutrituals: des Menschenopfers, das die Mördergruppe ihrem Götzen, sich selbst nämlich, darbringt.“ (Sofsky, 2002: 160f)

„Erst dann“ schrieb Marx vor über 150 Jahren über eine künftige soziale Revolution, „wird der menschliche Fortschritt nicht mehr jenem scheußlichen heidnischen Götzen gleichen, der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte.“ (Marx, MEW. Bd. 9: 226) Er beschrieb mit dieser Metapher die Verhältnisse, in die die britische Kolonialherrschaft die Bewohner Indiens gestürzt hatte – als das Resultat kapitalistischer Expansion.

Bestürzend ist, dass das von ihm gebrauchte Bild nach anderthalb Jahrhunderten noch immer die Realität in großen Teilen der Erde

beschreibt – jedoch nicht etwa als Ausdruck des von der bürgerlichen Zivilisation noch nicht erfassten Handelns barbarischer Horden in fernen Erdteilen, sondern durchaus als entmenschetes Element des globalen Kapitalismus.

Es ist dessen Weltwirtschaftssystem, das den so genannten Entwicklungsländern zu wenige Entwicklungschancen bietet und sie in Abhängigkeit von den Metropolen hält. Es sind dessen Wirtschaftskreisläufe, in die die gewaschenen Gelder aus den Raub- und Kriegsökonomien einfließen und aus denen Waffen und Finanzen für die Kriegführenden in der „Dritten Welt“ stammen. Der Schuldendienst dieser Länder, die Auflagen des IWF bei Kreditgewährung an den „Süden“, die für sie ungünstigen terms of trade, die Subventionen im Westen für die eigene Landwirtschaft mit ruinösen Wirkungen für die Bauern in Afrika, Asien und Lateinamerika und die westlichen Importrestriktionen gegen Waren von dort lasten auf der Mehrheit der Menschen im Trikont. Der Reichtum des Nordens beruht auf der Armut des Südens. Obwohl dort Millionen in die Lohnarbeit einbezogen werden, verlieren gleichzeitig Millionen ihre ursprünglichen Existenzgrundlagen und sind in vielen Ländern mehr als die Hälfte der Jugendlichen ohne Arbeit und ohne Perspektiven. Die Rekrutierung für den Krieg ist oft ihre einzige Chance, sich durch Raub und Plünderung in einer Welt zu behaupten, die sie als völlig überflüssig behandelt.

So verbinden sich die Polarisierungsprozesse des Kapitalismus mit männlicher Herrschaft und Entmenschlichung von Teilen der Jugend zu permanenter Gewalt, deren Hauptopfer Frauen und Kinder sind. 90 Prozent der Opfer in den Neuen Kriegen sind nach Angaben im UNDP-„Bericht über die menschliche Entwicklung 2003“ Zivilisten und die Hälfte von ihnen Kinder.

Alte und neue Kriege kosteten Millionen Menschen Leben und Gesundheit. Dieser Verlust dauert in vielen Teilen der Erde an, Tag für Tag. Ob in großen Schlachten oder in endlosen Scharmützeln, alltäglicher Gewalt oder Terroraktionen – es findet ein Ausbluten von Gesellschaften statt. Mit dem Leben der Kriegsoffer geht Reichtum als menschliche Arbeitsfähigkeit, Gestaltungskraft und Kreativität in nicht bezifferbarem Umfang dahin.

Reichtumszerstörung findet statt, wenn Häuser, Produktionsanlagen und Infrastruktur durch Kriegshandlungen in Schutt und Asche gelegt werden.

**Zusammenfassung:
Reichtum und
Kriege**

„Die Weltbank beziffert den Einkommensverlust eines ‚typischen‘ Bürgerkriegs auf 15 Prozent, was die Rate der in absoluter Armut lebenden Bevölkerung um etwa 30 Prozent anhebt.“ (Fühmann, 2004: 183). „Untypische“ Bürgerkriege, die zu Staatszerfall führen und zivile Wirtschaftskreisläufe für lange Zeit außer Kraft setzen, haben noch verheerendere Wirkung.

Die Kriegskosten beschneiden die Bildung und belasten durch die Zementierung von Analphabetismus oder geringem Bildungsniveau die Zukunft von Ländern auf Jahrzehnte. Die Vergiftung sozialer menschlicher Beziehungen durch Leid, das sich die in Bürgerkriege Verstrickten angetan haben, erschwert auf lange Zeit die innere Stabilität von Gesellschaften, die für ihre gedeihliche Entwicklung unverzichtbar ist.

Kriege zehren an der Gesundheit der Bevölkerung in den betroffenen Ländern, während der Krieg die Mittel auffrisst, die dringlich in das Gesundheitswesen investiert werden müssten.

Landminen fordern jährlich das Leben von etwa 15.000 bis 20.000 Menschen lange nach der Beendigung von Kriegen oder machen sie lebenslang zu Krüppeln. 78 Länder haben immer noch schätzungsweise 200 bis 215 Millionen Antipersonenminen eingelagert. Die Verminung von rund 200.000 km² Land beeinträchtigt die Bebauung von Böden auf viele Jahre – die Beschneidung des Reichtums durch den Krieg hat viele Gesichter.

Die Reichtumsmehrung in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft hat sich noch nie mit der Suche nach der Umformung vorgefundener Stoffe in kostbarere Gestalt begnügt, die das Handwerk der Alchimisten sein sollte. Die Herrschenden haben sich immer auch der rohen Gewalt bedient. Dass diese aber neuerlich eskaliert – nach den Einsichten der Aufklärung, nach den Erfahrungen mit Weltkriegen und den Schrecken des Holocaust, nach einer schon geglückten Phase der Abrüstung – ist ein erschütternder Rückfall in der Geschichte der Menschheit und der düsteren Seiten des Reichtums.

**Zusammenfassung:
Reichtum und Rüstung**

Die Rüstungsausgaben sind nicht allein dadurch zerstörerisch, dass sie Kriege erst möglich machen. Sie führen selbst dann, wenn produzierte Rüstungsgüter und die Zahlungen für das Militärpersonal ohne Kriegseinsatz bleiben, in ambivalenter Weise zu einem Abzug von dem „an sich“ möglichen Reichtumszuwachs für die Gesellschaft. Zwar entstehen in der Rüstungsproduktion Einkommen, die als Steigerung des

Bruttoinlandsprodukts erscheinen und für Beschäftigte in der Rüstungsproduktion und Berufsmilitärs wohlstandssteigernd wirken. Nicht ohne Grund beklagen Kommunen beispielsweise, wenn Militärbasen auf ihrem Territorium geschlossen werden, weil Kaufkraft verloren geht, der Einzelhandel Verluste erleidet und die kommunalen Einkünfte geschmälert werden.

Zwar ist die innovationsfördernde Förderung von dual-use-Technologien bekannt, die meist mit militärischen Zielsetzungen gefördert, jedoch auch in der zivilen Wirtschaft eingesetzt werden. Wenn jedoch in gleicher Höhe wie für Rüstungszwecke staatliche Investitionen in Bildung, Wissenschaft, zivile Technologieentwicklung und ökologischen Umbau fließen würden, könnte der Wachstumseffekt durchaus größer und nachhaltiger sein, als wenn er auf dem Umweg sekundärer Effekte von Rüstung mit all deren destruktiven Seiten eintritt. Beispielsweise bietet zwar die atomare Rüstung auch Anstöße für die zivile Nutzung der Atomenergie, aber zu konzentrierter Förderung regenerierbarer Energien führt sie nicht. Die Atomwirtschaft und ihre Lobby gehören vielmehr zum harten Kern des Widerstandes gegen eine Energierevolution, die vor allem auf der Nutzung der Sonnenenergie beruht.

Allerdings kann eingewandt werden, dass die staatliche Rüstungsplanung weit schneller als der privatwirtschaftliche Wettbewerb gewollte technologische Durchbrüche durchzusetzen vermag. Die Entwicklung der Atombombe und die Weltraumfahrt sind Beispiele dafür. Das Argument spricht jedoch nur auf den ersten Blick für starke zivile Effekte der Rüstungsforschung und -entwicklung. Es besagt im Grunde genommen nur, dass Innovationen dann besonders schnell durchsetzbar sind, wenn die Politik sich zu strategischen Grundentscheidungen durchringt, wenn staatliche Regulierungsmöglichkeiten entschlossen und koordiniert eingesetzt werden, wenn Wirtschaftspotenzial auf erkannte Notwendigkeiten konzentriert, die Öffentlichkeit für große Ziele mobilisiert und Firmen so eingesetzt werden, dass unternehmerische Interessen an der schnellstmöglichen Realisierung erkannter Ziele ausgeschöpft werden.

Mit anderen Worten, die Erfahrung mit strategischen Rüstungsprojekten besagt, dass die Marktregulation der Kombination mit starker staatlicher Regulation bedarf, wenn große Ziele in kurzen Fristen durchgesetzt werden sollen. Unter Schockerfahrungen bricht sich diese Erkenntnis zuweilen Bahn. Die Flutkatastrophe im indischen Ozean veranlasste das internationale Krisentreffen in Jakarta unter

Leitung von UN-Generalsekretär Kofi Annan zu Entscheidungen, die auf die gemeinsame Verantwortung der internationalen Staatengemeinschaft für die unverzügliche Einrichtung eines Tsunami-Frühwarnsystems im Indischen Ozean zielen.

Dagegen sind Rüstungskontrolle und Abrüstungsverhandlungen seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre in die Krise geraten (Ratsch/Mutz/Schoch, 2000: 11). Die auf der Umweltkonferenz der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro deklarierten Weltvorhaben für Umwelt und Entwicklung und die Absichtserklärungen der folgenden Weltkonferenzen für nachhaltigen Wandel sind nicht ohne Wirkung, aber per saldo doch eher auf der Strecke – des neoliberalen Entwicklungspfades – geblieben.

3.3. Reichtum und kriminelles Handeln in der Wirtschaft

Bereits der Blick auf Kriege und Reichtum hat den engen Zusammenhang zwischen Ökonomie und Gewalt augenfällig gemacht. In den neuen Kriegen sind zudem militärische Gewalt und kriminelles Handeln eng verwoben.

John Maynard Keynes, der große britische Ökonom, 1930:

„Die Liebe zum Geldbesitz ... wird als das erkannt werden, was sie ist, nämlich eine abstoßende Krankheit, eine dieser mit kriminellen und pathologischen Elementen vermengten Neigungen, die man mit Schaudern an den Spezialisten für Geisteskrankheiten verweist.“

ZITIERT AUS: VAN DIEREN, 1995: 44

Doch auch die normale Friedensökonomie ist nicht so friedlich, wie sie äußerlich erscheint. Nicht selten verschwimmen die Grenzen zwischen regulärer Ökonomie und jenen Bereichen der informellen Ökonomie, in denen mafioses Unternehmertum (Pino Arlacchi), Wirtschaftskriminalität und Korruption das Handeln bestimmen. Wie diese hässlichen Seiten der Ökonomie auf Entwicklung und Verbleib des Reichtums wirken,

ist der Gegenstand des folgenden Abschnitts (Alt Vater/Mahnkopf, 2002: 165-250, 302 ff.; Arlacchi, 1989; Ziegler, 1999; Leyendecker, 2003; Dolgopjatova/Simachev/Tambovčev/Jakovlev, 1999; DIW-Vierteljahreshefte, 2004).

Die Gedankenfolge bisher

- Zunächst wurden in der hier vorliegenden Arbeit Herkunft, Verteilung und Verbleib von Reichtum aus der *Grundstruktur kapitalistischer Gesellschaften* erklärt. Das Lohnarbeitsverhältnis führt dazu, dass die lohnabhängigen Nichteigentümer der Produktionsressourcen Werte schaffen, die

nur z.T. als Lohn bei ihnen verbleiben. Einen anderen Teil eignen sich die kapitalistischen Eigentümer der Produktionsmittel an und investieren große Teile davon in die Erweiterung von Produktion und Dienstleistungen. Das Resultat sind Anwachsen und Polarisierung des Reichtums.

- Im jüngeren Wirtschaftsverlauf - so wurde die Betrachtung fortgesetzt - führen veränderte Bedingungen zu einer neuen Welle der "*Akkumulation durch Enteignung*". Dies weist über die Primärverteilung von Lohn und Profit und über die Umverteilung durch die Steuerpolitik hinaus.

- In einer *Ökonomie der sozialen Deregulierung* wird Reichtum in der spezifischen Gestalt von Ansprüchen auf öffentliche Daseinsvorsorge zugunsten privaten Reichtums der Vermögenden abgebaut.

- Riesige Reichtumseinbußen treten in einer Ökonomie der Ignoranz ökologischer Nachhaltigkeit ein.

- Reichtum wird in *Kriegsökonomien* durch eine spezifische Verknüpfung von Wirtschaft und militärischer Gewalt zerstört.

Dies war die bisher dargestellte Gedankenfolge. Nun ist zu skizzieren, wie mafiose und kriminelle Elemente in der Wirtschaft sowie die Korruption auch im "ganz normalen" Wirtschaftsverlauf auf den Reichtum wirken.

Zu unterscheiden ist zwischen mafiosen Unternehmertum, Wirtschaftskriminalität und illegalem oder illegitimem Lobbyismus.

Mafioses Unternehmertum

Mafioses Unternehmertum ist das Resultat des Eindringens von organisiertem Verbrechen in die Wirtschaft. In Teilen der Wirtschaft wird der Einsatz von mafioser Gewalt zum organischen Bestandteil der Wirtschaftsregulierung. Pino Arlacchi, Präsident der International Association for the Study of Organized Crime und führender italienischer Mafia- und Drogenforscher, hat in seinem Buch "Mafiose Ethik und der Geist des Kapitalismus. Die unternehmerische Mafia" den Unterschied der

„Die Ressource 'Gewalt' besteht in der Verfügbarkeit über ein spezialisiertes Personal und entsprechende Ausrüstungen, um Personen, Güter und Märkte, auf denen das kriminelle Unternehmertum agiert, zu schützen, sowie zu dem Zweck, Hindernisse für die normale Führung der Geschäfte zu beseitigen: unbequeme Zeugen, Mitglieder der kriminellen Gruppe, die Informanten oder Kollaborateure der Behörden werden ... Die militärische Stärke besitzt eine beträchtliche Bedeutung bei der Einschätzung der Stärke einer Mafia-Gruppe."

PINO ARLACCHI, 1989: 232.

modernen Mafia zum Verbrechen der traditionellen "Paten" und ihrer Clans herausgearbeitet. In Anspielung auf Max Webers Werk "Die protestantische Ethik" zeigt er, wie die moderne Mafia sich in den von Weber behandelten Geist des Kapitalismus, den Geist der Rechenhaftigkeit und Verwertung allen menschlichen Tuns, einfügt und ihm den eigenen Ungeist hinzufügt. Nicht mehr nur Ansehen und Macht durch verbrecherische Gewalt, sondern Reichtum durch Einsatz dieser Gewalt im unternehmerischen Handeln ist ihr Weg

„Unsere Verbrechersyndikate haben sich in den letzten Jahren erfolgreich von der Macht der Gewalt auf die Macht des Geldes umgestellt.“

SEIJI IISCHIKA, DER ALS STAATSANWALT IN JAPAN GEGEN DAS BERUFSVERBRECHERTUM ERMITTELT HAT. (zitiert aus: die Zeit, 11.09.1992)

und Ziel. "Der Übergang der Mafia und der Mafiosi von einer Rolle der *Vermittlung* zu einer Rolle der *Akkumulation von Kapital* bildet das grundlegende Bezugselement für das Verständnis der qualitativen Unterschiede zwischen der traditionellen und der heutigen Mafia." (Arlacchi, 1989: 13) Der "aggressive" Aspekt der mafiosen Aktivität selbst, der sich im "animalischen Geist der Akkumulation von Reichtum ausdrückt" (ebenda),

knüpft an den aggressiven Zügen an, die der inneren Natur des Kapitals bereits ursprünglich eigen sind. Marx verwies auf sie, als er zitierte: "Kapital hat einen horror vor Abwesenheit von Profit ... Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. 10 Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein

Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens" (Marx, MEW. Bd. 23: 788). In Gestalt des mafiosen Unternehmertums findet diese dem Kapital immanente Tendenz zur Gewalt ihre jüngste extreme Ausprägung.

Die mafiosen Elemente in der heutigen Wirtschaft sind mehr als Arabesken in einem Randgeschehen. "Zwei bis fünf Prozent der globalen Wirtschaftsleistung werden 'gewaschen'", stellte die Frankfurter Allgemeine Zeitung unter Berufung auf Angaben des Internationalen Währungsfonds am 24.09.2001 fest

"In einer Studie über Thailand aus den Jahren 1993-1995 wird gezeigt, dass in 6 illegalen Tätigkeitsbereichen - Kuppelei und Prostitution, Waffenhandel, Kohlenwasserstoff-Schmugel (ein Rohstoff, der zur Herstellung von Kokain benutzt wird), Glücksspiel, illegaler Handel mit Arbeitskräften, Drogenhandel - 11-18 Mrd. US-Dollar jährlich eingenommen werden. Das sind 8-13 Prozent des thailändischen Bruttoinlandsprodukts."

ALTVATER/MAHNKOPF, 2002: 222

(Altwater/Mahnkopf, 2002: 221). Der weltweite Umsatz des organisierten Verbrechens wird auf 1,5 Billionen Dollar im Jahresdurchschnitt geschätzt. Allein der jährliche Drogenumsatz beträgt etwa 500 Milliarden Dollar. Nach Schätzungen der Internationalen Organisation für Migrationen (IOM) für das Jahr 1997 betrug die Einnahmen aus dem internationalen Menschenhandel mehr als 7 Milliarden Dollar. Davon zu unterscheiden ist die Ausbeutung von Prostituierten in Bordellen und mobilen Prostitutionsringen durch Kartelle des organisierten Verbrechens. Nach IOM-Schätzungen betraf das 1997 500.000 Frauen und Menschen, nach Interpol-Angaben mindestens 1 Million (Ziegler, 1999: 124 ff.).

UNO-Sonderberichtersteller Jean Ziegler schrieb: "Heute ist die italienische Mafia eine der bedeutendsten Finanzmächte des Planeten. Ihr jährliches Geschäftsvolumen übersteigt 50 Milliarden Dollar, ihr Immobilien- und Industrievermögen 100 Milliarden." (Ziegler, 1999: 49; Stille 1995). Die drei größten japanischen Mafia-Gruppen (Yamaguchi-gumi mit 30.000 Berufsverbrechern, Inagawa-kai und Suniyoshi-rengo mit jeweils etwa 10.000 professionellen Mafiosi) erzielten in der ersten Hälfte der 90er Jahre einen durchschnittlichen Jahresumsatz von ungefähr 90 Milliarden Mark (Becker, 1992: 40). Nach Angaben des Innenministeriums der Russischen Föderation kontrollieren rund 5.700 Mafia-Banden direkt oder indirekt mehr als 70 Prozent des russischen Finanzsektors sowie den Hauptteil der Erdöl-, Erdgas-, Erz-, Holz- und Diamantenexporte." (Ziegler, 1999: 21). Nach Interpol-Schätzungen kontrollieren kriminelle Kartelle über mehr als 40 Prozent des Bruttosozialprodukts der Russischen Föderation. In vielen Großstädten - z.B. in Moskau, St. Petersburg und Wladiwostok - sollen fast 80 Prozent der Industrie- und Handelsunternehmen, Restaurants und Geschäfte Schutzgelderpressungen unterworfen sein (Ziegler, 1999: 109).

Gewinne mit krimineller Herkunft werden nur z. T. wieder in mafiose Wirtschaftsprojekte, etwa in das Drogengeschäft, reinvestiert. Ihr Umfang ist so groß geworden und das Interesse des neuen mafiosen Unternehmertyps am Einfluss in der regulären Ökonomie so stark, dass Kapital aus dunklen Geschäften längst in die normalen Wirtschaftskreisläufe eingeschleust wird. Aus verbrecherischem Handel stammendes Geld muss zu diesem Zweck in "sauberes" Geld verwandelt werden (Altwater/Mahnkopf, 2002: 228 ff.). Es muss eine Geldwäsche durchlaufen - eine weitere Dimension moderner alchimistischer Verwandlung minderwertiger in goldwerte Aggregatzustände (vgl. Kapitel 2.3.).

Ende Juni 1999 waren nach Angaben im Jahresbericht 2000 des Weltwährungsfonds in Steueroasen 4.600 Mrd. Dollar dem Zugriff nationaler Steuerbehörden entzogen.

ist Ausdruck eines erschreckenden Umfangs krimineller Wirtschaft (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.09.2001, zitiert nach Altvater/Mahnkopf, 2002: 232).

Hawala-Banken sind Schattenbanken, die auf informelle, halblegale oder illegale Kapitaltransfers spezialisiert sind, aber über Beziehungen zu den legalen Banken verfügen. (Findeisen, 2000; Altvater/Mahnkopf, 2002: 245 ff.) Hawala-Banking bedeutet, Geldbeziehungen in einem "System der zwei Töpfe" abzuwickeln. In dem einen Land oder Ort wird eingezahlt, und ohne Papier- oder elektronische Spur wird - vermittelt über ein informelles System von Verbindungsleuten - Geld an einem anderen Ort oder in einem anderen Land ausgezahlt. In vielen Ländern hat dieses System eine lange Tradition und dient z.B. Überweisungen von Immigranten in ihr Heimatland. Es ist aber zugleich eine viel genutztes Instrument der Geldwäsche.

Der Geldwäsche gehen kriminelle "Vortaten" voraus, sonst wäre sie nicht erforderlich. Die Schätzung der Europäischen Kommission, dass der Umfang der Schwarzgelder allein im Raum der damals 14 Mitgliedstaaten 7 bis 14 Prozent ihres Bruttosozialprodukts (500 bis 1.100 Milliarden Euro) entsprechen,

Das Einschleusen des schmutzigen Bargeldes geschieht an regulären Bank-schaltern durch Einzahlungen. Der größere Teil des illegal erworbenen Geldes wird jedoch auf elektronischen Wegen gewaschen, es taucht in Anonymität ein und wird auf verschlungenen Wegen jeder Kontrolle entzogen. Die Anlage in unregulierten Derivaten (vgl. 4. Kapitel) und die Nutzung von nicht-kooperativen Offshore-Bankzentren, die die Auskunft über das bei ihnen geparkte Kapital und über seine Herkunft verweigern, erleichtern die Metamorphose des mit Leid und oft mit Blut behafteten Geldes in scheinbar makellosen Reichtum, der sich von nun an in legalen Wirtschaftskreisläufen tummelt.

Geld, das aus dem Drogengeschäft, aus illegalem Handel mit Diamanten und

Waffen, Menschen, aus Schmuggel, Giftmüllhandel und Handel mit geschützten Tieren, Prostitution, Schutzgelderpressung, Terror, Raub und dem Abzweigen von humanitären Hilfsleistungen stammt, findet auf dem Weg über renommierte Bankinstitute und über so genannte Hawala-Banken Anlage in der formellen Wirtschaft. Seine Repräsentanten erscheinen als ehrenwerte Geschäftsleute, denen ihr Reichtum Reputation und Einfluss verschafft.

Mafioses und kriminelles Unternehmertum sind nicht regional be-

grenzte Erscheinungen außerhalb der zivilisierten westlichen Welt. Sie sind Teil der globalen Wirtschaft. Sie haben durch die Deregulierung der globalen Geldströme erhebliche Bewegungsräume gewonnen. Die illegalen Warenströme besonderer Art - Drogen, Frauen und Kinder, Mineralien, Edelhölzer, Diamanten und vieles mehr - werden zum großen Teil von der westlichen Welt aufgenommen. Deren Waffenhändler halten kriegerische Konflikte rund um die Erde aus Geschäftsinteressen in Gang.

Vom mafiosen Unternehmertum ist die "normale" **Wirtschaftskriminalität** – graduell – zu unterscheiden. Zur **Wirtschaftskriminalität** gehören u. a. Korruption, Steuerhinterziehung, Anlagebetrug und die informelle Abstimmung von Bewerbern um öffentliche Aufträge mit dem Resultat von überhöhten Preisen bei deren Zuschlag. Der jährliche Schaden, der durch Wirtschaftskriminalität allein den Staaten Westeuropas zugefügt wird, beträgt nach Schätzungen von Interpol mehr als 500 Milliarden Dollar (Ziegler: 1999: 52).

Eine besonders verbreitete Form der **Wirtschaftskriminalität** **Korruption**

ist die Korruption. Nach Schätzungen der Weltbank beträgt die Gesamtsumme der weltweit jährlich fließenden Bestechungsgelder über 80 Milliarden Dollar (Ziegler, 2002: 118). An der Korruption beteiligt sind gleichermaßen Bestechende wie Bestochene, diejenigen, die sich der "Vorteilsannahme", und diejenigen, die sich der "Vorteilsgewährung" schuldig machen. Verbreitete Korruptionstatbestände sind Bestechungen, um den Zuschlag öffentlicher Bauaufträge zu erlangen - z.B. beim Bau von profitträchtigen Verkehrsprojekten, Staudämmen, öffentlichen Gebäuden, Müllverbrennungsanlagen und Einrichtungen der Abwasserentsorgung oder bei

„Durch ihre gigantische Finanzmacht gewinnt die organisierte Kriminalität heimlich zunehmend an Einfluss auf unser Wirtschaftsleben, die Gesellschaftsordnung und in Folge auf die öffentliche Verwaltung, die Justiz wie auf die Politik und kann schließlich deren Normen und Werte bestimmen. Auf solche Weise schwinden (...) die Unabhängigkeit der Justiz, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sowie die Glaubwürdigkeit der Politik, das Vertrauen in unsere Werteordnung und schließlich in die Schutzfunktion unseres Rechtsstaates. (...) Letztlich werden dann Verfilzung und Korruption als etablierte Erscheinungsformen Akzeptanz in unserer Gesellschaft finden. Das Ergebnis ist die ‚Institutionalisierung des organisierten Verbrechens‘.“

ECKART WERTHEBACH, FRÜHERER PRÄSIDENT DES BUNDESAMTES FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ, 1994

Waffenkäufen. Ferner werden Schmiergelder u.a. für die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, für "Lockerungen" in der Aufsichtstätigkeit von Behörden oder für großzügige Behandlung von Steuerschulden gezahlt.

Auf einigen dieser Deliktfelder geht es um große Beträge. Die Höhe der Schmiergelder beim Kauf und Verkauf von Waffen bewegt sich

"Seit 1996 ermittelt die Wuppertaler Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft gegen - sage und schreibe - 1.259 Personen wegen Verdachts der Korruption. Etwa 600 von ihnen sind so genannte Amtsträger. Politiker, Beamte, Kirchenleute. ... Gegen 92 Angeklagte wurden nach Angaben der Justiz Freiheitsstrafen von insgesamt 'weit über 100 Jahren' verhängt ...".
 "Wuppertal - das ist das dunkle Lehrstück über ein fast hermetisches System der Korruption."

LEYENDECKER, 2003: 21 ff.

nicht selten auf die Höhe der üblichen internationalen Handelsprofite zu und erreicht bis zu 30 und 40 Prozent des Wertes der Transaktionen (Arlacchi, 1989: 221). Beispielsweise wurden beim Verkauf von Fuchs-Spürpanzern durch Thyssen-Henschel an die saudische Regierung 219,73 Millionen DM, d.h. 47 Prozent der Auftragssumme, für Provisionen bzw. Schmiergelder eingesetzt (Leyendecker, 2003: 107). Hans Leyendecker, leitender politischer Redakteur der "Süddeutschen Zeitung" und Experte

für Wirtschaftskriminalität und Korruption in Deutschland, schrieb: "In Kommunen wie Wuppertal oder Köln sind längst geschlossene Gesellschaften entstanden, die nach eigenen Regeln funktionieren,

**Korruption im Anlagenbau –
 "Provisionszahlungen"**

| | | |
|--|--|----------|
| MVA Köln | 21,6 | Mio. DM |
| HHKW Neubrdbg. | 950 | TDM |
| HKW Böblingen | 972 | TDM |
| SAVA Brunsbüttel | 300 | TDM |
| VERA Hamburg | 1,5 | Mio. DM |
| MHKW Aachen/Weißweiler | 2,5 | Mio. SFr |
| MVA Bamberg | 950 | TDM |
| MVA Ingolstadt | 725 | TDM |
| MVA Rostock geschätzt | 2 | Mio. DM |
| Geplante MVA Kaiser-Esch mindestens | 800 | TDM |
| HKW Cottbus und MVA Kassel | Bestechungs- zahlungen in Mil- lionenhöhe lt. BKA | |

LEYENDECKER, 2003: 213

Regeln, die in einer Demokratie nichts zu suchen haben. ... Auch Großstadtverwaltungen wie München, Berlin oder Frankfurt haben ihre eigenen Korruptionsaffären, und das Problem ist, dass die Beispiele beliebig vermehrbar sind."

"Der Berliner Sumpf war europaweit zum Begriff für ein Mafia-Stück geworden, in dem sich Politfunktionäre mit Großspendern, Steuerjongleuren, Abschreibungsleihen und halbseidenen Bordelliers verfilzt hatten." (Leyendecker, 2003: 10, 58)

Der Kölner Müllverbrennungs-

skandal war nach dem Urteil von Experten nur Ausdruck der für den gesamten Anlagenbau kennzeichnenden Geschäftspraktiken. Schätzungsweise bei jedem zweiten Geschäft wird in dieser Branche geschmiert. In Abhängigkeit von der Größe der Müllverbrennungsanlagen (MVA), Sonderabfallverbrennungsanlagen (SAVA), Müllheizkraftwerke (MHKW) und Verbrennungsanlagen für Rückstände aus der Abwasserbehandlung (VERA) beträgt das Auftragsvolumen für den Bau solcher Objekte zwischen 50 und 400 Millionen Euro. "... Ausschreibungen sind oft nur eine Farce ... Das Geben und Nehmen beim Bau großer Anlagen wird fast schon als selbstverständlich empfunden, es ist Teil des Systems geworden, nach dem derartige Projekte verwirklicht werden." (Leyendecker, 2003: 212 ff.).

Ein wichtiger und verbreiteter Typ von Beziehungen „state capture“ zwischen Wirtschaft und Politik fällt nicht unter die Rubrik formeller oder administrativer Korruption. Er tritt in Verträgen, vorwiegend in Beraterverträgen, zu Tage, in denen ein seltsames Missverhältnis zwischen erkennbaren Leistungen und der Höhe der Bezahlung dieser Leistungen auffällt. Zwischen dem Alt-Bundeskanzler und Bundestagsabgeordneten Helmut Kohl und dem Medienzaren Leo Kirch bestand ein dem Bundestagspräsidenten ebenso korrekt wie nichtssagend angezeigter Vertrag über Beratungsdienste Kohls "Zu aktuellen und strategischen Entwicklungen in Deutschland und Europa". Er brachte Kohl von Mai 1999 bis Mai 2002 jährlich 600.000 DM ein und endete erst mit dem Niedergang des Kirch-Imperiums. Mindestens fünf Minister standen zu Regierungszeiten Helmut Kohls ebenfalls auf der Zahlungsliste Kirchs (Leyendecker 2003: 73 ff.). Unklar ist, wie viel Geld wer aus den rund 20 Millionen DM erhalten hat, die Kohl als Parteivorsitzender von Spendern und aus aufgelösten Fraktionskassen bekam (ebenda: 88). In einem Parteispendenverfahren wurde entdeckt, dass private Versicherungsunternehmen jährlich 70 bis 80 Bundestagsabgeordnete Förderung zugeordnet haben (ebenda: 203).

Die Zahlungen des RWE-Konzerns an CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer und an den langjährigen Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse, Dietmar Ahrens, die Ende 2004/Anfang 2005 zu deren Rücktritt führten, deuten auf Geldbewegungen hin, die durchschaubaren demokratischen Entscheidungsstrukturen grob zuwider laufen. Sie mögen formell nicht illegal sein. Wohl aber sind sie politisch und moralisch illegitim. Meyer ist inzwischen wirtschaftspo-

litischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion.

In der Korruptionsforschung wird diese Art der politischen Korruption oft als *"state capture"* bezeichnet - als das Kapern von staatlicher Macht durch "die Wirtschaft" (Hellman, 2000). Zwischen legalem Einfluss von Lobbyisten und illegaler politischer Korruption, die mit oder ohne Geldzahlungen stattfinden kann, existiert eine schwer durchschaubare Grauzone.

Politische Korruption eines anderen Typs existiert, wenn nicht öffentlich Bedienstete oder Politiker bestochen werden, sondern Hauptakteure des Staates sich selbst zu einem Verhalten ermächtigen, das als illegitim gelten muss, aber zu Recht erklärt wird. Das trifft auf die Herrschaft von Diktatoren in einer beträchtlichen Zahl von Ländern zu. Züge einer solchen politischen Korruption sind aus Japan bekannt. Sie sind in Russland verbreitet und finden sich im Umgang Berlusconis mit der Rechtsetzung in Italien im Interesse eigener Macht.

Reichtumsverluste durch kriminelles Wirtschaftshandeln

In der hier vorliegenden Arbeit ist nicht die Impression von kriminellen Wucherungen in der globalen Wirtschaft der Fokus, sondern die Frage, was die Wirkungen dieser Prozesse auf

Wirtschaftswachstum, Reichtumsentwicklung und Reichtumsverbleib sind.

80 bis 90 Prozent der russischen Manager geben an, dass sie gelegentlich oder häufig korrupte Geschäftspraktiken anwenden. Jahresdurchschnittlich werden in Russland schätzungsweise 33,5 Mrd. US-Dollar Bestechungsgelder gezahlt.

HELLMAN U.A., 2000:2; STYKOW, 2004; 250, 247.

- Kriminelles Wirtschaften entzieht beachtliche Teile des Bruttoinlandsprodukts der zivilen regulären Kapitalanlage, die dort der Mehrung gesellschaftlich verfügbaren Reichtums dienen könnte. Das ist beispielsweise bei Kapitalanlagen im Drogengeschäft, illegalem Waffenhandel und Menschenhandel der Fall. Einschränkung der Wirkungen auf

produktive wachstumswirksame Investitionen und auf das potenzielle Angebot von Gütern des privaten Massenverbrauchs und auf den gemeinwohlorientierten Einsatz finanzieller Mittel sind die Folgen. Kriminelles Wirtschaften vertieft in besonderer Weise die oben schon festgestellten strukturellen Fehlentwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Dies geschieht nicht allein - wie häufig in der regulären Wirtschaft - zugunsten privater Bereicherung auf Kosten

des Gemeinwohls, sondern zugunsten krimineller Akteure und zu Lasten sowohl des Gemeinwesens als auch privater Wirtschaftssubjekte, die unter "normalen" Bedingungen die Profiteure der Privatisierung und des Abbaus öffentlicher Daseinsvorsorge sind. Der Konflikt zwischen mikroökonomischer und makroökonomischer Rationalität – in der neoliberalen Theorie und Praxis weitgehend gelegnet – wird durch die kriminellen Vorzeichen so offensichtlich, dass mafioses und kriminelles Handeln in der Wirtschaft demokratischer Staaten der Verfolgung unterliegt. Allerdings sind auch die notwendigen Kosten der Bekämpfung von Korruption und anderer Wirtschaftskriminalität Abzüge von produktiverem Ressourceneinsatz.

Aber dies geschieht oft nur halbherzig, weil reguläre und kriminelle Wirtschaftspraktiken durchaus durch ein gemeinsames Prinzip, den Profit, verbunden sind und die Grenzen zwischen beiden Sphären oft verschwimmen. Das Steuersystem sieht viele legale Möglichkeiten vor allem für die Reichen und Superreichen vor, sich der Besteuerung weitgehend zu entziehen. Noch bis vor wenigen Jahren galt Bestechung auch in Deutschland als so normaler Bestandteil von Geschäften, dass die im Ausland dafür eingesetzten Schmiergelder in der Bundesrepublik von der Steuer abgesetzt werden konnten. Auch wenn inzwischen der Umfang der direkten Korruption in der Bundesrepublik gesenkt werden konnte, ist diese noch verbreitet - von der Lage in vielen Ländern der so genannten Dritten Welt und in östlichen Transformationsstaaten ganz zu schweigen.

| Auswirkungen von politischer Korruption auf die Geschäftstätigkeit in Russland und anderen Transformationsstaaten | | |
|--|----------|--|
| (Anteil von Firmen, die diese als „signifikant“ oder „sehr signifikant“ bewerten, in Prozent) | | |
| Aktivität | Russland | Durchschnitt von 22 Transformationsstaaten |
| Stimmenkauf im Parlament | 35 | 21 |
| Kauf von Präsidialdekreten | 32 | 18 |
| Fehlgebrauch von Fonds der Zentralbank | 47 | 23 |
| Kauf von Gerichtsentscheidungen In Strafsachen | 24 | 18 |

| Auswirkungen von politischer Korruption auf die Geschäftstätigkeit in Russland und anderen Transformationsstaaten | | |
|--|----------|--|
| (Anteil von Firmen, die diese als „signifikant“ oder „sehr signifikant“ bewerten, in Prozent) | | |
| Aktivität | Russland | Durchschnitt von 22 Transformationsstaaten |
| In Geschäftssachen | 27 | 18 |
| Illegale Zahlungen an Parteien/ in Wahlkämpfen | 24 | 20 |
| Ungewichteter Durchschnitt der genannten sechs Komponenten | 32 | 20 |

QUELLE: HELLMAN UND ANDERE, 2000: 9; ZITIERT NACH: STYKOW, 2004: 252

Nicht selten treten jedoch volkswirtschaftliche Verluste, die den Reichtum der Gesellschaft schmälern, im Ergebnis krimineller Wirtschaftsaktivitäten nicht als wirtschaftliche Defizite, sondern zunächst in der Form von Überkapazitäten auf. Beispielsweise führt das mit Hilfe von Korruption durchgesetzte Interesse an der Lieferung von teuren Großprojekten häufig zur Überdimensionierung von Müllverbrennungsanlagen, Abwasserentsorgungsbetrieben und Staudämmen. Investitionsmittel werden in solchen Fällen verschwendet. Reichtum wird aus dem Fenster geworfen. Die Kapazitätsüberdehnung führt zur Umlage der künstlich aufgeblähten Kosten auf die Gebühren und Abgaben der Verbraucher für die Müll- und Abwasserentsorgung oder von Steuern, aus denen die überbeurteilten öffentlichen Aufträge an die Auftragnehmer der Investitionen bezahlt werden. Der Effekt ist der Ausfall von Verbrauchernachfrage für andere Marktsegmente und der Druck auf die Beschäftigung dort.

- Reichtumsverluste treten auf, wenn Aufwendungen für Leistungen durch die Kosten von Gewaltanwendung in die Höhe getrieben werden. Die Erpressung von Schutzgeldern vermindert die reguläre wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der Erpressten und das Wachstum. Der Aufschlag von Schmiergeldern auf den Preis der gehandelten Objekte erhöht die Belastung der Endverbraucher, deren Nachfrage in anderen Marktsegmenten wird gedämpft. Wenn Bestechungsgelder öffentliche Investitionen verteuern, belastet das die Haushalte und vermindert den Anteil des gesellschaftlichen Reichtums, der für die öffentliche Daseinsvorsorge eingesetzt werden

kann.

Die hohe Zahl von verschleiernenden Vermittlungsschritten bei illegalen Transaktionen kann zu extremen Preiserhöhungen führen. Arlacchi verweist auf einen Preisanstieg von bis zu 10.000 Prozent im Verlauf von 10 bis 15 solcher Vermittlungsaktionen im Drogenhandel zwischen Rohstoffproduzenten und den Endverbrauchern (Arlacchi, 1989: 238). Das heißt, dass enorme Gewinnspannen das Umsatzvolumen krimineller Unternehmungen extrem steigern und die Mittel den normalen Wirtschaftskreisläufen entziehen.

- Die Korruption vermindert die Staatseinnahmen, wenn illegale Geschäfte der Besteuerung entzogen werden oder wenn - wie beispielsweise in Russland verbreitet - durch Bestechung der Steuerinspektion die Besteuerung beeinflusst wird.

- Besonders offensichtlich ist der die Reichtumsentwicklung dämpfende Effekt der Steuerhinterziehung. Den Staatshaushalten entgehen riesige Summen, deren Einsatz für Investitionen in Infrastruktur, öffentliche Daseinsvorsorge und Sozialtransfers die Bedingungen für Wirtschafts- und Reichtumszuwachs, den Wohlstand des Gemeinwesens und die Sozialeinkommen Bedürftiger verbessern würde, die jetzt aber für solche Zwecke entfallen. Empirische Belege für diese Wirkung legen Vico Tanzi und Hamid R. Davoodi in ihrer Studie über Korruption, öffentliche Investitionen und Wachstum vor (Tanzi/Davoodi, 1988: 41 ff.). Wenn kriminelles Wirtschaften die Steuereinnahmen mindert, ist der Staat versucht, zum Ausgleich dafür den Geldumlauf inflationär auszuweiten. Eine internationale Querschnittsstudie von Jinyoung Hwang hat diese Wirkung empirisch belegt (Hwang, 2002).

Die Haushaltsdefizite im Gefolge von Steuerhinterziehungen großen Stils geben den Repräsentanten neoliberaler Wirtschaftspolitik verstärkten Anlass zu sozialer Deregulierung. Zu Beginn dieser Schrift wurde die Frage gestellt, ob es gelingen wird, im 21. Jahrhundert für jede und jeden sozial gleiche Bedingungen eines selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit zu schaffen. Gefragt wurde, ob soziale Gerechtigkeit und Emanzipation vereint werden können oder ob die Entwicklung dahin gehen wird, im Namen wirtschaftlicher Handlungsfreiheit für die ökonomisch Mächtigen die sozialen Klüfte in der Gesellschaft erneut und fortschreitend gefährlich aufzureißen. Steuerhinterziehungen wie andere Wirkungen krimineller Wirtschaftsaktivitäten tragen dazu bei, dass soziale Gerechtigkeit unter die Räder kommt. Sie schwächen die (sozial)staatliche Regu-

lierungsfähigkeit zugunsten der globalen Marktmechanismen, deren soziale Kälte und ökologische Blindheit kaum bestreitbar sind.

- Wenn Geldwäscheaktionen in großem Umfang und spekulative internationale Kapitalbewegungen zusammenfallen, kann dies Zinsen, Renditen und Wechselkurse so beeinflussen, dass Finanzkrisen ausgelöst oder vertieft und Länder und Regionen in erhebliche Schwierigkeiten geraten können (Altwater/Mahnkopf, 2002: 239). Reichtum wird international zu Lasten der ohnehin wirtschaftlich Schwächeren umgeschichtet.

"Die kriminelle Gewalt hat das Wachstum blockiert und den Rückgang der Produktion, der Investitionen und der Beschäftigung einer ganzen Region (Calabrien) zur Folge gehabt; sie hat die Entwicklungsmöglichkeiten verschiedener anderer Regionen aufs Spiel gesetzt."

ARLACCHI, 1989: 19

räume. Mafiose Unternehmen erpressen Unterauftragnehmer. Eine Mischung zwischen skrupellosem Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen in mafiosen Unternehmen und "Treue" ihrer Arbeitnehmer gegenüber dem Patron verschafft ihnen besondere Kostenvorteile. Dazu kommen Vorteile, die aus dem Filz mit Politik und Verwaltung entspringen. Schließlich werden Konkurrenten auch durch Drohungen und Einsatz von Gewalt unter Druck gesetzt (Arlacchi, 1989: 95 ff.).

- Korruption, illegitimer Lobbyismus und Umweltkriminalität tragen zu strukturellen, die Umwelt schädigenden wirtschaftlichen Fehlentwicklungen bei (Welsch, 2003).

„1,5 Billionen US-Dollar, so eine Schätzung, werden derzeit jährlich für die weltweite Bekämpfung des Terrorismus ausgegeben. Das ist mehr als ein Land wie Großbritannien in einem Jahr erwirtschaftet. Die Kosten der Terrorismusbekämpfung sind damit in die Größenordnung der Kriegskosten des 20. Jahrhunderts gerückt.“

MIEGEL, 2005: 46

- Mafioses Wirtschaftshandeln kann andere, vor allem kleine und mittlere Unternehmen, die sich an die Gesetze halten, in Schwierigkeiten und in den Ruin treiben. Arlacchi beschreibt dies am Beispiel mafioser Regionen Italiens. Legal operierende Unternehmen verfügen nicht über kriminell erworbene Finanzspiel-

- Korruption trägt ferner zu einer anderen gefährlichen Disproportion bei, zu relativ hohen Anteilen von Rüstungsausgaben an den gesamten Haushaltsausgaben und am Bruttoinlandsprodukt (Gupta/de Mello/Scharan, 2001: 749 ff.). Die Geldwäsche ist es, die erst die Finanzierung des internationalen Terrorismus ermöglicht und damit indirekt zu zeitweiligen Einbrüchen

der Wirtschaft ganzer Regionen und von Branchen wie des Tourismus und des Flugverkehrs beiträgt. Sie hat damit aber auch Anteil daran, dass der Terrorismus als Legitimation für imperiale Politik und für eine neue Welle der Hochrüstung genutzt werden kann. Das mündet in jene Reichtumsverluste, die im Abschnitt über "Reichtumseinbußen durch Krieg und Rüstung" behandelt wurden.

- Die gesellschaftlichen Folgen mafioser und krimineller Wirtschaftsentwicklung beeinflussen den Zustand der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft weit mehr als dies aus einer bloßen Summierung ihrer einzelnen Wirkungen auf Wachstum, Reichtumsentwicklung, Reichtumsstruktur und Reichtumsverteilung hervorgeht. Nach dem Ende der "glorreichen Jahrzehnte" (Ralf Dahrendorf), die dem zweiten Weltkrieg folgten, setzte sich seit den siebziger Jahren als Antwort der Machteliten auf die Krise des sozialstaatlichen Nachkriegskapitalismus ein marktradikaler, neoliberal geprägter Entwicklungsweg der Gesellschaft durch. Statt auf die veränderten gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen mit der Suche nach sozialen und emanzipatorischen Innovationen zur Erneuerung des Sozialstaats zu reagieren, wird dieser selbst demontiert. Statt auf die ungelösten globalen und inneren Großprobleme mit der Stärkung mündiger Bürgerinnen und Bürger in einer erneuerten Demokratie zu reagieren, werden Bürgerrechte - auch Gesundheitsleistungen, Bildung und Sicherheit gegen Lebensrisiken beispielsweise - teils schleichend, teils in Riesenschritten in Waren verwandelt. Sie können von denen käuflich erworben werden, die über das nötige Geld verfügen. Die sozialen Netze für die anderen werden durchlöchert. Und viele stürzen unter die Armutsschwelle ab. Eine "Ökonomie der Enteignung" greift um sich. Sie ist der Nährboden für Ängste und oft Verzweiflung, für Entsolidarisierungstendenzen und psychische Erkrankungen. Durchzogen von tiefen sozialen Gräben verliert die Gesellschaft ihren sozialen Kitt. Ihre Abwehrkräfte gegen anti-zivilisatorische Prozesse leiden. Ihre marktradikale Entwicklung führt zu einer Immunschwäche gegen Rechtsradikalismus und Rassismus, gegen Brutalisierung und moralische Degradation.

Zeitgleich mit dem Wandel ökonomischer Tiefenstrukturen und mit der neoliberalen Offensive als Antwort auf die veränderten Reproduktionsbedingungen vollzieht sich das Eindringen mafioser Gewalt in die ihr bisher eher fremden regulären Wirtschaftsabläufe. Die Wirtschaftskriminalität gewinnt neue globale Dimensionen.

In verschiedenen Regionen der Erde breitet sich eine kriminelle Kriegsökonomie aus. Diese Parallelität und die wechselseitige Verschlingung des Wandels in der regulären Ökonomie und krimineller Wirtschaftsprozesse gehörten zu den Kennzeichen der gegenwärtigen Situation.

Zu den "Märkten des Alles oder Nichts" (Robert Frank/Philip Cook) kommt nicht selten das "Bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt". Die Folgen für die Demokratie, für die geistig-moralische Verfasstheit der Gesellschaft und für ihre Problemlösungskapazität sind schwerwiegend. Sie erfordern eine entschiedene Ausweitung des kritischen Reichtumsdiskurses in der Gesellschaft.

Fundamental betroffen von dem neuartigen Einschluss eines kriminellen Unternehmertums in eine verstärkt marktradikale reguläre Ökonomie ist der Reichtum, verstanden als "die reiche Entwicklung des sozialen Individuums" (Marx, 1953: Grundrisse: 635). Wenn mit Marx als "der größte Reichtum der des anderen Menschen" angesehen wird (Marx, Philosophisch-ökonomische Manuskripte: 544), liegt nahe, das verstärkte Eindringen mafioser und krimineller Elemente in die ohnehin aus ihrer zeitweiligen sozialen Einhegung ausbrechende

„In Deutschland sind 4,3 Millionen der über 17jährigen alkoholabhängig. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von sieben Prozent. ... Wegen Alkoholmissbrauchs werden jährlich mehr als 90.000 Erwerbspersonen arbeitsunfähig.“

MIEGEL, 2005: 153

Unter den Fünfzehnjährigen in Deutschland – Mädchen und Jungen – hat jeder Vierte bereits Drogenerfahrungen, in der Schweiz jeder Zweite.

DER SPIEGEL 27/2004

Marktökonomie als elementaren und bedrohlichen Angriff auf den "menschlichen Reichtum" anzusehen.

3.4. Andere Strukturen erfordern eine neue Regulationsweise

Aurelius Augustinus (Philosoph und Theologe 354 – 430) schrieb: „Was anders sind also Reiche, wenn ihnen Gerechtigkeit fehlt, als große Räuberbanden?“

AUGUSTINUS, 1955: Bd. 1; 213

Zerstörung von Reichtum in der Größenordnung von vielen hundert Milliarden Dollar und Reichtumsproduktion in Gestalten, die für die Mehrheit der Bevölkerung Verlust von Wohlfahrt bedeuten, bestätigen die Ausgangsthese in diesem

Kapitel: Die Reichtumsforschung hat es nicht allein mit ungerechter Verteilung des Reichtums zu tun. Sie öffnet den Blick auf selbstzerstörerische Prozesse in der Gesellschaft. Der Reichtum wächst vielfach bei wenigen an, indem er die Lebensgrundlagen von Millionen vernichtet. Und er schwillt – beurteilt nach dem Maß menschlicher Entwicklung – in tiefen Disproportionen und perversen Strukturen an. Reichtum für die einen bedeutet Vernichtung, Entwürdigung, Entwurzelung und Demoralisierung für die anderen. Der Reichtum der Reichen und Superreichen wächst, indem kriminelle Züge die Gesellschaft krebsartig durchwuchern und ihre ethischen Grundlagen schwer beschädigen. Die Verwirklichung der Menschenrechte seit Beginn des bürgerlichen Revolutionszyklus nimmt fortlaufenden Schaden durch die Art und Weise der Reichtumsmehrung.

Jahrzehnte wurde dies durch eine glückliche Wachstumskonstellation überdeckt, die Wohlstand auch für einen breiten Mittelstand in der westlichen Welt mit sich brachte. Noch heute zehrt die gesellschaftliche Mitte von den „goldenen Jahrzehnten“ nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber längst hat der Absturz aus erreichten sozialen Positionen auch die Mitte der Gesellschaft erreicht. Längst grassieren Abstiegsängste auch dort.

Gerechtigkeit in der Verteilung des Reichtums – das bleibt eine elementare Aufgabe alternativer Akteure im Interesse der Bevölkerungsmehrheit. Aber zu verändern sind mit äußerster Dringlichkeit auch die Verwendungszwecke des Reichtums und die Prioritäten, die dafür zu setzen sind. Infrage zu stellen ist die gesamte Regulationsweise, die alte und neue Kriege und Hochrüstung, die Erosion der ökologischen Gleichgewichte und die Wegwerfgesellschaft, Gewaltökonomien und Aushöhlung der Demokratie hervorbringt.

Die gegenwärtige Regulationsweise beruht auf kapitalistischem Eigentum, dessen Daseinsweise die Konkurrenz, vor allem die globale Verdrängungskonkurrenz ist. Die Realisierungsform des Kapitaleigentums ist der Profit, die des hochkonzentrierten Monopoleigentums der Profit der transnationalen Unternehmen, der international operierenden Großbanken und Investmentfonds. Profit – das ist der in letzter Instanz entscheidende Maßstab in Wirtschaft und Gesellschaft, der das Handeln der Machteliten bestimmt. Diese sind dabei, auf dem Weg der Privatisierung, Deregulierung und Liberalisierung die sozialstaatlichen Begrenzungen und Korrekturen des Profit- und Marktmechanismus weiter abzubauen.

Demokratische Reformalternativen werden nur in einem Prozess

des Wandels der Regulationsweise durchsetzbar sein. Unternehmerische Gewinninteressen und unternehmerisches Handeln müssen in sozialstaatliche Regulation und Rahmensetzung, in Strukturpolitik, gesellschaftliche Kontrolle und demokratische Mitbestimmung eingebunden werden. Die Profitdominanz muss zugunsten von Gemeinwohlinteressen zurückgedrängt und langfristig überwunden werden, indem „gute Arbeit“, hohe sozial-ökologische Standards und Geschlechtergerechtigkeit erkämpft werden und die Lohnabhängigen nach diesen Maßstäben selbst unternehmerisch handeln.

Eine solche Erneuerung und Stärkung der Demokratie ist auf die Tagesordnung geraten, die die *Verfügung über sämtliche Formen des Eigentums* – ob hochkonzentriertes Kapitaleigentum, genossenschaftliches Eigentum oder Eigentum kleiner Privatunternehmer – schrittweise sozialen Kriterien unterwirft. Dies darf als Hauptweg der Veränderung in den Eigentumsverhältnissen und als Maß für Wirtschaftsdemokratie gelten. Jene Eigentumsformen, die besonders geeignet sind, auf ökonomisch effiziente Weise die öffentliche Daseinsvorsorge und sozial gleiche Teilhabe der Einzelnen an den Bedingungen eines menschenwürdigen Lebens zu verbessern, müssen gestärkt werden. Im Gesundheits- und Bildungswesen, in der Kultur und im öffentlichen Nahverkehr, in Energie- und Wasserversorgung wird das in der Regel öffentliches Eigentum sein. Deshalb ist der Widerstand gegen die Privatisierung öffentlicher Güter wichtig. Wo es im Interesse des Gemeinwohls sinnvoll ist, muss öffentliches Eigentum bewahrt und ausgeweitet und genossenschaftliches Eigentum gestärkt werden. In der täglichen Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen sind es oft kleine und mittlere Unternehmen, die dies am beweglichsten leisten.

Auf lange Sicht ergäbe sich aus solcher Entwicklung eine ganz andere als die gegenwärtige Regulierungsweise. Ihre Grundelemente wären

- die freie Entscheidung der Individuen in ihrer Lebenswelt über das eigene Leben in Solidarität mit anderen – wenn sozial gleiche Teilhabe an den Grundbedingungen dafür erreicht ist,
- eine erneuerte Demokratie, die es kollektiven zivilgesellschaftlichen Akteuren – Gewerkschaften, Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern, Kirchen, sozialen Bewegungen – ermöglicht, Gemeinwohlinteressen zu definieren und erfolgreich zur Geltung zu bringen,
- gestaltende staatliche Politik von der kommunalen bis zur nationalstaatlichen Ebene, die unter starkem zivilgesellschaftlichem Ein-

fluss an sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit orientiert ist,

- gestaltende Politik auf europäischer und anderen internationalen Ebenen, die einer gerechten Weltwirtschaftsordnung verpflichtet ist – als Politik zwischenstaatlicher oder supranationaler Organisationen und von Nichtregierungsorganisationen,
- durch sozial-ökologische Rahmensetzung neu konditionierte Marktmechanismen, die Gemeinwohlinteressen untergeordnet werden.

Wenn menschlicher Reichtum wichtiger als Kapitalreichtum werden soll, werden alle Schritte in diese Richtung zugleich Schritte der Herausbildung einer neuen Regulationsweise sein müssen.

4. Kapitel

Defekte an den Quellen des Reichtums

Reichtum mangelt den einen, weil er sich im Übermaß bei anderen häuft. So lautet der Befund des 2. Kapitels in dieser Schrift. Reichtum, der dringlich für die Bewältigung von Überlebensfragen der Gesellschaft gebraucht wird, unterliegt nicht selten Zerstörungsprozessen oder er wird von vornherein in Formen produziert, die weder Gemeinwohlinteressen dienen noch dem Wohlstand der einzelnen Bürgerinnen und Bürger. Dies ist die Aussage im 3. Kapitel.

Nun ist der Frage nachzugehen, wie weit selbst die Quellen des Reichtums schon mit Defekten belastet sind, die sein Anschwellen im Vergleich zu dem an sich vorstellbaren Anwachsen in Grenzen halten. Als die großen Quellen des Reichtums dürfen der Mensch mit seinen physischen und geistigen Kräften und die Natur betrachtet werden. Aber zwischen dem in der bürgerlichen Gesellschaft wie nie zuvor ausgeprägten Interesse an der Mehrung des Reichtums und der Umgangsweise mit seinen Quellen besteht ein seltsames und extremes Missverhältnis. Im Kapitalismus werden alle Erfindungskraft und alle Energien mobilisiert, um aus Mensch und Natur Reichtum ohne Maß herauszuholen. Aber indem dabei rücksichtslos alle verfügbaren Register gezogen werden, untergräbt das Kapital bereits die Quellen seines Zuwachses. Für die Natur und ihre Kreisläufe wurde das im letzten Kapitel beleuchtet und ist hier nur noch einmal zu unterstreichen.

4.1. Umweltzerstörung – permanenter Reichtumsverlust

Globale Gefahren Das von Profitinteressen getriebene, durch die Umweltpolitik nicht beherrschte Wachstum hat seit 1860

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen hat ermittelt, dass der globale Anstieg der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre seit 1800 zu über 80 Prozent durch die kleine Zahl der Industrieländer verursacht wurde.

MISEREOR/BUND, 1996: 126

zu einem Anstieg von Kohlendioxid in der Atmosphäre von 290 Teilen pro Million Volumeneinheiten (ppm) auf über 350 ppm geführt. Diese Zunahme entspricht einer exponentiellen Zunahme, in deren Folge ein Treibhauseffekt zu bedrohlicher Erwärmung der Erdatmosphäre und zu einer Klimakata-

tastrophe führen kann. Die globale Durchschnittstemperatur auf der Erde stieg im vergangenen Jahrhundert bereits um ein Grad Celsius

an. Ein Forscherteam der University of Massachusetts stellte für die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts die stärkste Steigerung der durchschnittlichen Erdtemperatur seit 600 Jahren fest (Berliner Zeitung, 29.04.1998). Folgen könnten die Versteppung großer Erdregionen, Dürreperioden, Missernten und vermehrte Wüstenbildung, die Verschiebung von Klimazonen, ein Anstieg der Wirbelsturmbildung, Überschwemmungskatastrophen und ein höherer Meeresspiegel durch die thermische Ausdehnung des Wassers der Ozeane und abgeschmolzenes Festlandeis sein. Die wirtschaftlichen Verluste und negativen Reichtumseffekte sind kaum abzuschätzen. Der regionale Klimawandel, verbunden mit Wassermangel und Ernährungsnotständen, kann riesige Migrationsströme auslösen und Ursache für künftige Kriege werden.

Die Ozonschicht über der Antarktis hat sich allein von 1979 bis 1986 um etwa 60 Prozent verringert (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, 1988: 157). Inzwischen hat das Ozonloch über der Antarktis mittlere Flächenausmaße, die mehr als doppelt so groß wie die Fläche der USA sind. (Ferst, o. J.: 9). In Queensland leiden mehr als 70 Prozent der über 65jährigen an Hautkrebs. Empfindlich reagiert das Phytoplankton in den Ozeanen auf die vermehrte UV-Strahlung, die durch die defekte Ozonschicht auf den Erdball trifft. Das Phytoplankton absorbiert etwa 40 Prozent aller CO₂-Emissionen. Würde die ultraviolette Strahlung nur wenig mehr als zehn Prozent der Einzeller in den Ozeanen abtöten, so könnte sich das Tempo der Erderwärmung verdoppeln (bild der wissenschaft, 2/1994; Ferst, ohne Jahr: 9).

Längst vollzieht sich eine extreme Vernichtung der tropischen Regenwälder, die ebenfalls erstrangige Bedeutung für das klimatische Gleichgewicht haben und die etwa 60 Prozent aller Pflanzenarten, 80 Prozent aller Insekten- und 90 Prozent aller Primatenarten beherbergen (Engelhardt/Weinzierl, 1993: 71). In jedem Jahr werden Tropenwälder auf einer Fläche der alten Bundesrepublik vernichtet (ebenda). Die Waldbestände der Erde wurden zwischen 1978 und 2000 um etwa 17 Prozent verringert (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, 1988: 73).

„Ein Vergleich von Pflanzensortenlisten vom Anfang des 20. Jahrhunderts mit aktuellen Bestandslisten des US-amerikanischen Landwirtschaftsministeriums ergab: Von 75 verschiedenen Gemüsearten waren rund 97 Prozent der Sorten ausgestorben. Von 7098 Apfelsorten existierten mehr als 86 Prozent nicht mehr und von 2683 Birnensorten waren ganze 329 übriggeblieben.“

Jährlich sterben rund 27.000 Tier- und Pflanzenarten aus. Die Menschheit erleidet mit diesen Verlusten an Genreserven einen irreversiblen Schaden für alle künftigen Generationen.

Umweltzerstörung – das ist permanenter globaler Reichtumsverlust. Schädigung der Natur als eine der großen Quellen des Reichtums ist Untergrabung künftigen Reichtums schon an seinen Ursprüngen.

Gesellschaftlichen Reichtum zu bewahren und zu mehren, erfordert eine ökologische Zeitenwende. Das Nachdenken über Quellen des Reichtums führt direkt zu der Einsicht, dass der ökologische Umbau zu den ersten und tief greifendsten globalen Aufgaben gehört. Längst sind die Ressourcenverluste und Gefährdungen so dramatisch, dass auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro von 1992 für Umwelt und Entwicklung eine Agenda 21 auf der höchsten Ebene der Staatschefs von 178 Ländern zustande kam. Sie umfasst auf 700 Seiten ein weltweites Entwicklungs- und Umweltaktionsprogramm für das 21. Jahrhundert (Engelhardt/Weinzierl, 1993). Auf dem Millenniumsgipfel im Jahr 2000 wurde es durch die Annahme von Millenniumszielen präzisiert und auf einer Folge von Weltkonferenzen weiter konkretisiert. Sein fundamentaler Mangel ist, dass es nur empfehlend-programmatischen und nicht bindenden Charakter hat.

Aus dem Nationalen Bericht Thailands an den Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung:

„Die Probleme der Landlosigkeit, ländlicher Armut und das Vordringen in die Wälder sind eng miteinander verbunden. Zwischen acht und neun Millionen Hektar Waldfläche wurden von landlosen Bauern eingenommen. In der Regel bauen sie dort Mais, Zuckerrohr oder Reis an, benutzen wenig oder keine Düngemittel und verlassen sich auf die Bewässerung durch den Regen.

Alternative Welttreffen von Nichtregierungsorganisationen, Umweltaktivistinnen und -aktivisten, feministischen Bewegungen und anderen neuen sozialen Bewegungen, die parallel zu den Weltkonferenzen auf Regierungsebene stattfinden, mobilisieren zum Widerstand gegen die profitbestimmte Überausbeutung der Natur und die Überlastung ihrer Senken und gegen die Ausbeutung der so genannten Entwicklungsländer, deren Armut ebenfalls zur Zerstörung der Natur führt.

In dem nebenstehenden Regierungsbericht Taiwans fehlt, dass die Verarmung der Bauern oft mit der Vertreibung von ihrem Boden zugunsten von Großplantagen und internationalen Unternehmen beginnt. Im brasilianischen Regierungsbericht an den Weltgipfel

fehlte die Anklage gegen die vielen Morde im Auftrag skrupelloser Geschäftemacher an Einwohnern des Amazonasgebiets, die sich gegen die Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen, gegen die Abholzung ihrer Wälder durch internationale Firmen zur Wehr setzen.

Al Gore, Vizepräsident Bill Clintons und gegen George W. Bush nur durch Wahlmanipulation unterlegen, zitierte in seinem Buch „Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde“ eine ihm überreichte Petition: „Fast alle Waldgebiete der Penan sind weg. Das Flusswasser ist schlammiger geworden,

besonders in der Regenzeit, wie jetzt gerade. In den Dörfern werden viele Menschen krank. Die Kinder bekommen oft Bauchschmerzen. Das Essen reicht auch nicht. Wir müssen immer weiter laufen, um etwas zu essen zu finden. Wenn wir Glück haben, finden wir schon nach ein oder zwei Tagen etwas zu essen. ... Heilkräuter sind auch schwer zu finden. Als wir von Juni bis Oktober 1987 die Blockaden gebildet haben, verbesserte sich die Lage etwas. Das Flusswasser wurde klarer. Die Zerstörung des Waldes hörte für eine Weile auf ... viele Polizisten und Soldaten kamen mit Hubschraubern und Waffen. Wenn die Blockaden nicht aufhören, werden wir verhaftet und kommen ins Gefängnis. Wir Penan wollen nicht mit Gewalt kämpfen. Wir wollen nicht, dass unsere Familien und die Menschen in den Dörfern verletzt werden. Als die Polizei und die Soldaten die Blockaden auflösten, haben wir uns nicht gewehrt. Wenn wir die Polizei um Hilfe bitten, kommen sie nicht. ...Wir werden nicht mit Waffen getötet, aber wenn man uns unser Land nimmt, ist das genauso, als ob man uns tötet.“ (Al Gore, 1992: 284)

Al Gore kommentierte: „Dies sind die Frontlinien des Kriegs gegen die Natur, der heute in der ganzen Welt wütet.“ (Gore, 1992: 284) Es ist auch die Frontlinie des Krieges, der die Quellen des Reichtums unwiderrufflicher als alle militärischen Kriege zerstört. Zerbombte Städte können wiedererrichtet werden. Ausgestorbene Arten sind der Menschheit unwiederbringlich verloren.

Deshalb entsteht in den Kämpfen gegen Armut und für die Lösung sozialer Fragen ein erhebliches Hindernis, wenn in begreiflicher Weise der Öffentlichkeit das soziale Hemd näher ist als die ökologi-

Die Ernteerträge während der ersten zwei oder drei Jahre sind sehr hoch aufgrund der Nährstoffe, die durch das Fällen und Verbrennen der Bäume in die Erde gelangen. Doch schon nach kurzer Zeit nehmen die Erträge ab, der Zustand des Bodens verschlechtert sich und er wird schließlich in unfruchtbares ödes Land umgewandelt. Dies führt zu einem Kreislauf der Entwaldung zur Gewinnung neuer Anbauflächen, die schon nach kurzer Zeit unfruchtbar werden.“

ENGELHARDT/WEINZIERL, 1993: 74

..

sche Hose. Die Linke und mit ihr alle, die sich um die Zukunft ihrer Kinder und künftiger Generationen sorgen, müssen schnell wieder weit stärker den Zusammenhang sozialer und ökologischer Alternativen zur Geltung bringen. Die Reichtumsforschung kann dazu erheblich beitragen.

Herausforderungen

Dringlich ist, den Diskurs über nachhaltige Entwicklung aus der Unverbindlichkeit machtpolitischer Verschwommenheit herauszuführen und die Kapitalinteressen ebenso wie die anderen hierarchischen Strukturen und die Lebensgewohnheiten zu benennen, die den sozial-ökologischen Umbau blockieren. Dringlich ist, Gegenmächte im Mitwirken an deren Vernetzung zu mobilisieren. Zu beachten und auszuschöpfen sind aber auch langfristige Unternehmerinteressen an Ökoeffizienz.

„Die Kluft zwischen den beiden Perspektiven – das heißt zwischen ausschließlicher Konzentration auf ökonomischen Wohlstand und einem weiter reichenden Blick auf das Leben, das wir führen können – ist für die begriffliche Darlegung der Entwicklung von höchstem Rang. Wie Aristoteles zu Beginn der Nikomachischen Ethik betont – und wie auch Maitreyee und Yajnavalkeya fast fünftausend Kilometer entfernt in ihrem Gespräch entdeckten – ist ‚Reichtum gewiss nicht das gesuchte oberste Gut. Er ist nur Nutzwert: Mittel für andere Zwecke.‘“

AMARTYA SEN, NOBELPREISTRÄGER
FÜR WIRTSCHAFT, 1999: 25

- Längst liegen Vorstellungen von umweltpolitischen Akteuren, von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern über Wege zu veränderten umweltverträglichen Lebensweisen vor. Die Linke predigt dafür nicht Wasser, sondern Wein – aber Wein in verträglichen Maßen. Ihr Ziel ist Wohlfahrt für alle – aber Wohlfahrt, die nicht in ihrem eigenen Müll erstickt, in der nicht die einen in Mangel und die anderen in sinnentleerter Jagd nach der Ablösung des Neusten nach dem Allerneusten ihre Zeit verbringen und die natürlichen Lebensgrundlagen

zerstören.

Die Anstrengungen sollten auf einen Zugewinn an Lebensqualitäten als Korrelat zu künftig veränderten, Ressourcen sparendem Konsumweisen zielen. Das betrifft vor allem den Reichtum zwischenmenschlicher Beziehungen, mehr soziale Sicherheit und Sicherheit vor Gewalt aller Art, humanorientierte Dienstleistungen, hochwertige Bildung und medizinische Leistungen für alle, mehr Freizeit bei menschenwürdigen materiellen Bedingungen, hochwertige kulturelle Angebote, selbstbestimmte Lebensräume und die Möglichkeit der Teilhabe aller an Entscheidungen in der Gesellschaft. Kurz: Le-

ben statt gelebt zu werden – bei gleichen Chancen für Frauen und Männer und ohne jede andere Diskriminierung – darum geht es.

Anders formuliert, das Nachdenken über einen sozial-ökologischen Wandel der Lebensweisen führt zu dem Anspruch, in der geltenden Wertehierarchie dem Humanreichtum als dem „wirklichen Reichtum“ entschieden mehr Gewicht als der Aufhäufung dinglichen Reichtums auch oberhalb eines hohen Verbrauchsniveaus zu geben.

Für die Benachteiligten der Gesellschaft, für die unteren Einkommensschichten, schließt das durchaus und dringlich ein, dass ihr materieller Lebensstandard angehoben werden muss – durch Einkommenserhöhungen und verbesserte öffentliche Daseinsvorsorge. Für die Mehrheit der Bevölkerung in den armen Ländern der Erde muss das Elementarste erst noch erreicht werden: die Überwindung des Hungers, Zugang der ganzen Bevölkerung zu hygienischen Grundbedingungen des Lebens, zu medizinische Leistungen und Schulbesuch für alle Kinder.

- In das Zentrum technologischer Umwälzungen auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung muss der Übergang von einer fossilen Weltwirtschaft zu einer solaren Weltwirtschaft rücken (Scheer, 1999). Die Energiewirtschaft der Zukunft wird auf Sonnenenergie und Energieeinsparung durch Ressourceneffizienz beruhen. Sie wird mit einer umweltverträglichen Verkehrswende, mit Ressourcen sparender Stoffwirtschaft und ökologischer Agrarwirtschaft zu verbinden sein.

Der Reichtumszuwachs der Zukunft wird auf einschneidendem ökologischem Strukturwandel der Wirtschaft beruhen, oder er wird nicht mehr stattfinden.

- Gegenwärtig gilt die Behauptung der Konkurrenten in der globalen Verdrängungskonkurrenz als die entscheidende Bedingung für die Mehrung des Reichtums und den höchstmöglichen Anteil daran.

In Zukunft wird ein neues Verhältnis zwischen vorteilhafter und gerechter internationaler Arbeitsteilung einerseits und der Entwicklung regionaler/lokaler Wirtschaftskreisläufe andererseits für die

Bewahrung der Umwelt großes Gewicht gewinnen. Ein wachsendes Gewicht der Regionalisierung wird zugleich der Erneuerung der Demokratie größere Räume öffnen, eingeschlossen eine Umweltpolitik von unten.

Alles in allem: die Springquellen des Reichtums zu erhalten, erfordert nicht weniger als einen sozial beherrschten ökologischen Umbau der gegenwärtigen Produktions- und Lebensweisen rund um die Erde, der umfassender und komplizierter sein wird als alle vorhergegangenen Umwälzungen und Reformen in der Geschichte der Menschheit. Mit kleinerer Münze wird für den Reichtum künftiger Generationen nicht zu zahlen sein.

4.2. Verschleuderung menschlicher Arbeitskraft – permanenter Reichtumsverlust

Drei Arten, Arbeitskraft zu verschleudern Im Umgang mit der menschlichen Arbeits- und Schöpferkraft als Quelle des Kapitalreichtums treten Verluste in drei Hauptformen zutage.

Erstens werden allerorten, wo die Übermacht der „Arbeitgeber“ nicht durch starke Gegenwehr begrenzt wird, Arbeitshetze und Arbeitsintensität so erhöht und die Arbeitsbedingungen so gestaltet, dass häufig Erschöpfung, gesundheitliche Schäden der Lohnabhängigen und Verluste an Kreativität die Folge sind.

Zweitens werden allgemeine Aufwendungen für die Reproduktion der Arbeitskraft in Gestalt von Bildung, Prävention im Gesundheitswesen, medizinischen Leistungen, Kinderbetreuung, Umweltschutz und vorteilhaftem öffentlichem Personennahverkehr eher als Belastungen privater Konkurrenzkraft denn als wichtige und positive weiche Standortvorteile betrachtet – was sie doch tatsächlich sind. Eine höhere Staatsquote im Gefolge von Ausgaben für diese allgemeinen Bedingungen gesellschaftlicher Reproduktion einschließlich der Reichtumssteigerung gilt dem neoliberalen Mainstream als Fessel für den Markt und daher als wachstumshemmend. Ein globaler Generalangriff auf öffentliche Güter und öffentliche Daseinsvorsorge im Rahmen der WTO und insbesondere des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) ist die neoliberale Konsequenz (vgl. Abschnitt

2.3). Marktdogmatisches Denken siegt in diesem Fall über die gegenteiligen realen Erfahrungen einiger Länder, in denen eine höhere Staatsquote und höhere Unternehmensbesteuerung durchaus mit stärkerem Wachstum und höherer Beschäftigung korrelieren – beispielsweise in Dänemark, Schweden und den Niederlanden:

| Mehr Wachstum und Beschäftigung bei höherer Staatsquote und höheren Unternehmenssteuern | | | | | | |
|--|---|--|--------------------------------|--------------------------|--|--|
| Land | Jahresdurchschnittliches Wachstum in % 1995 – 2004 | Entwicklung der Real-löhne in % 1995 – 2004 | Arbeitslosen- quote 2004 | Staats- quote 2004 | Steuern und Ab- gaben in % vom BIP 2002 | Unter- nehmens- steuern in % vom BIP 2002 |
| Deutschland | 1,32 | - 0,9 | 9,5 | 47,8 | 41,2 ¹ | 0,6 |
| Dänemark | 2,32 | + 15,6 | 5,4 | 55,6 | 49,8 | 2,2 |
| Niederlande | 2,40 | + 11,9 | 4,7 | 48,9 | 40,0 | 3,7 |
| Schweden | 2,82 | + 25,4 | 6,3 | 57,5 | 54,1 | 2,6 |

QUELLEN: WIRTSCHAFTSKAMMERN ÖSTERREICHS. STATISTISCHE DATEN. INTERNATIONALER VERGLEICH, 2005; WSI-MITTEILUNGEN 11/2003; EUROPÄISCHER TARIFBERICHT DES WSI / HANS-BÖCKLER-STIFTUNG 2005

Blockiert werden Aufwendungen, die die Wohlfahrt verbessern und die auch die produktiven Kräfte des Menschen als Reichtumsquelle steigern würden.

Drittens ist die Arbeitslosigkeit die augenfälligste und skandalöseste Gestalt, in der die menschliche Produktivkraft vergeudet wird, den Betroffenen elementare Lebenschancen genommen und Quellen des Reichtums verschüttet werden.

4.2.1. Ruinöser Umgang mit der Arbeitskraft

Marx hat das ureigenste Verhältnis des Kapitals zu der ihm einverleibten Arbeitskraft exemplarisch in seiner Untersuchung des Kampfes um den Normalarbeitstag dargestellt (Marx, MEW. Bd. 23: 245 ff). Dort wird weit mehr als die Auseinandersetzung um die Dauer der Arbeitszeit behandelt. Die Tendenz des Kapitals nämlich, seine eigenen Existenzgrundlagen zu zerstören, wenn ihm nicht eine Gegentendenz aufgezwungen wird. Marx' Ausgangspunkt ist, dass der Arbeiter im Laufe des Arbeitstages mehr Wert produziert, als er in Gestalt seines Lohnes für seine Arbeit erhält. Nur wenn die Arbeit der Lohnabhängigen den Unter-

Marxens Analyse

nehmern einen Wertzuwachs über ihr vorgeschossenes Kapital hin- und verspricht, den sie sich als Profit aneignen können, sind sie bereit, den Arbeitnehmern Arbeit zu „geben“. Je länger der Arbeitstag, desto größer bei gleichbleibendem Lohn dieser unvergleichliche Vorteil, der den tiefsten Sinn des Kapitalismus ausmacht. Das war die Maxime, nach der sich der frühe Kapitalismus entwickelte und die heute nach mehr als einem Jahrhundert der Verkürzung des Normalarbeitstages wieder einen vorderen Platz in den Unternehmerstrategien zurückgewinnt. Der 10-Stunden-Arbeitstag wurde damals auf 12, 14, 16 und mehr Stunden an sechs Tagen in der Woche verlängert, Kinder und Frauen eingeschlossen. Marx resümierte Berichte der britischen Fabrikinspektoren über die Arbeitsqualen in den Manufakturen des frühen Kapitalismus: „Dante wird in dieser Manufaktur seine grausamsten Höllenfantasien übertroffen finden.“ (Marx, MEW. Bd. 23: 261). Er hielt fest, dass das Kapital „in seinem Werwolfs-Heißhunger nach Mehrarbeit“ (ebenda: 280) die ihm Ausgelieferten physisch und psychisch bis zur totalen Erschöpfung und dauerhafter schwerster Schädigung der Gesundheit, bis zur Schwächung und schließlich Verkümmern der Arbeitskraft ausbeutete. In Preußen intervenierten selbst die Militärs gegen den vorzeitigen Verschleiß ihrer künftigen Rekruten und Soldaten. In England bedurfte es jahrzehntelanger wiederholter Warnungen der Fabrikinspektoren vor der Untergrabung der Reichtumsquellen in den Fabriken, des langen erbitterten Kampfes der Chartistenbewegung und ihres Druckes auf die moderne Fabrikgesetzgebung, bis den Fabrikanten ihr eigenes Interesse an gesunden und leistungsfähigen Arbeitern von außen durch die gesetzliche Begrenzung des Normalarbeitstages aufgezwungen wurde.

**Klees Angelus
Novus und
Benjamins Deu-
tung**

Die Zerrissenheit der Moderne, nicht zuletzt ihre Vorwärtsbewegung zu Lasten permanenter Schädigung ihrer eigenen Wachstums- und Reichtumsquellen, wurde dadurch nicht beendet. Genau so hat Walter Benjamin ein Bild von Paul Klee gedeutet. In diesem Bild erscheint das Fortschreiten in die Zukunft als die Fortsetzung eines trümmerbedeckten Weges – eine der großen Metaphern zur Interpretation der Moderne (Brie/Klein, 1993: 223): „Es gibt ein Bild von Klee, das Angelus Novus heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Ge-

schichte muss so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor *uns* erscheint, da sieht *er* eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, dass der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir Fortschritt nennen, ist *dieser* Sturm.“ (Benjamin, 1984: 161).

Heute sind die ruinösesten frühkapitalistischen Formen der Aussaugung von Arbeitskraft vorwiegend in die armen Länder des „Südens“ verlagert worden. Gewerkschaften und soziale Bewegungen kämpfen für soziale und ökologische Mindeststandards rund um die Erde. In Sonntagsreden fordern das auch Politiker der Parteien aller Couleur – allerdings ohne finanziellen Ausgleich seitens des „Nordens“ für die Wettbewerbsnachteile, die die Produzenten in den so genannten Entwicklungsländern dabei erleiden würden. Firmen in den reichen Ländern verdienen an den Niedrigstandards in den armen Ländern. In den Billigangeboten von H & M, Quelle, Kaufhof, Lidl, C & A und anderen steckt die Armut von Millionen Arbeiterinnen und Arbeitern der „Dritten Welt“.

Report über Frauenarbeit in Dhaka, Bangladesh:

„Nach ein paar Jahren klagen viele Arbeiterinnen über Augenprobleme, Kopfschmerzen und allgemeine Schwäche. Der Staub in der Luft, die Chemikalien in den Stoffen setzen ihnen zu. Blasenprobleme sind eine Folge weniger Toiletten und der Reglementierung, dass die Näherinnen nicht zu oft ‚verschwinden‘ dürfen. Zwei große Ängste haben die Frauen: vor einem Brand in der Schneiderei und vor Vergewaltigung. Im Juni 1996 verbrannten 32 Arbeiterinnen in zwei Textilfabriken in Dhaka, weil es keine Notausgänge und Feuerlöscher gab. Das sprach sich wie ein Lauffeuer herum. Über Vergewaltigungen wird dagegen geschwiegen.“

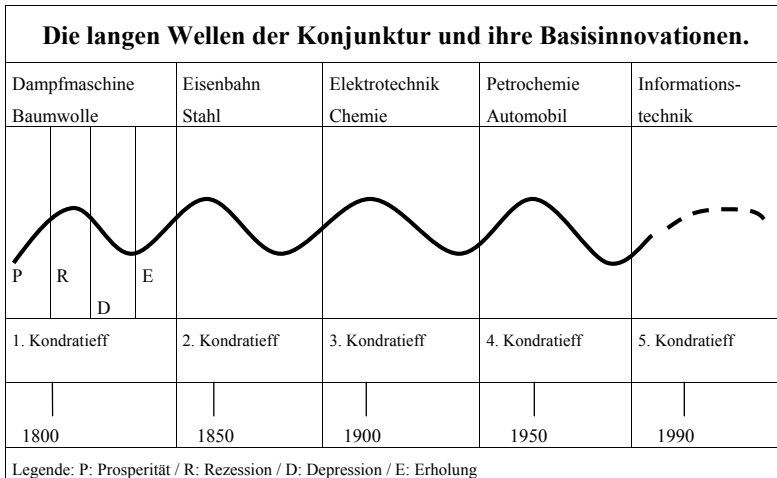
Nike, der weltweit größte Sportartikelproduzent, hat einen Verhaltenskodex zur Sicherung von Mindestarbeitsbedingungen in seinen Produktionsstätten in mehr als 30 Ländern verfasst. Aber die Arbeitswirklichkeit bei den Subkontraktfirmen und erst recht in den sweat-shops auf den Hinterhöfen entspricht nicht dem gedruckten Bild: „In der Sonne stehen, in der Mittagshitze um die Fabrik laufen, vor Vorgesetzten knien, den Mund zugepflastert bekommen, wenn zuviel gesprochen wird, während der achtstündigen Arbeitszeit nur zweimal Wasser trinken und nur einmal zur Toilette – die Liste kollektiver Disziplinarmaßnahmen, die ein Vertreter der US-amerikanischen Organisation Vietnam Labour Watch im März 1997 nach einer Tour durch Nike-Zulieferbetriebe in Vietnam zusammenstellte, klingt nach Straflagermethodik.“

CHRISTA WICHTERICH, 1998: 25, 32

Wachsender Widerstand in den armen Ländern, Solidarität von Nichtregierungsorganisationen und der öffentliche Druck investigativer Journalistinnen und Journalisten führen zu Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in einer Reihe von Ländern. Aber an anderen Orten und in anderen Formen macht sich die Dominanz des Profitprinzips immer wieder in Arbeitsbedingungen geltend, die für die betroffenen Lohnabhängigen zu schweren Schädigungen führen.

Auch in der reichen westlichen Welt trifft noch immer zu, dass der Mensch im Markt- und Profitmechanismus nicht in erster Linie als Mensch mit seiner Würde gilt, sondern als Faktor der Produktion von Kapitalreichtum. Zwar wurden in der westlichen Welt Menschenrechte verkündet und in den großen Kämpfen der letzten Jahrhunderte mehr und mehr verwirklicht. Politische Rechte, individuelle Freiheitsrechte, soziale Rechte und Umweltrechte wurden deklariert. Rechtsstaatlichkeit soll den Bürgerinnen und Bürgern Schutz auch vor dem Staat selbst gewähren. Dass das Einklagen dieses Schutzes Geld kostet und dass das Geld bei den Schutzbedürftigen am knappsten ist, steht auf einem anderen Blatt. Dass die sozialen Rechte auf wankenden Fundamenten beruhen, tritt zutage, sowie die Kräfteverhältnisse sich zu Ungunsten der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen verändern.

Am Scheideweg Seit den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts ist genau das zu beobachten. Ein neuer hochtechnologischer Produktivkrafttyp löste zum ersten Mal in der Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus keine lange Welle des Wachstums aus, sondern Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechnologien, die Gentechnologie und andere hochtechnologische Umwälzungen erwiesen sich als Rationalisierungstechnologien par excellence. Investitionen in diesen Branchen führten nicht wie frühere Basisinnovationen zu neuen langen Wellen des Wachstums und zu neuen Beschäftigungsschüben, sondern zu Entlassungen, Massenarbeitslosigkeit und Druck auf die Masseneinkommen. Die Wachstumsraten in der Wirtschaft nahmen mit der Nachfrage ab. Eine relative Sättigung der Märkte für traditionelle Güter – im Verhältnis zur verfügbaren Kaufkraft – kam hinzu.



QUELLE: NEFIODOW, 1991: 31

Die gewerkschaftlichen Kampfbedingungen verschlechterten sich zusehends. Die Einnahmen des Staates durch Steuern und Abgaben gerieten unter Druck, die Anforderungen an die Sozialausgaben stiegen an. Mit der Implosion des Staatssozialismus in Europa entfiel die soziale Bändigung des Kapitalismus von außen.

Eine historische Scheidewegssituation war entstanden. Auf herkömmlichen Pfaden war keine Lösung der eskalierenden Probleme in Sicht. Entweder Stabilisierung der kapitalistischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu Lasten großer und wachsender Teile der Bevölkerung, Abschied vom Rheinischen Kapitalismus also, oder Suche nach alternativen Wegen zu sozial-ökologischem Wandel der Gesellschaft – das war die Entscheidungsfrage.

Sie wurde den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen entsprechend von den ökonomischen und politischen Mächtigsten und in der globalen Verdrängungskonkurrenz nach dem Maß des Profits und gegen das Maß des Menschen entschieden. Ein neoliberal geprägter Kapitalismus bestimmt seitdem die Entwicklung.

In mehreren Schüben vollzog sich ein antisozialer, antidemokratischer Systemwechsel innerhalb des kapitalistischen Systems. Eingeleitet bereits durch Margret Thatcher fand in den USA ein international folgenreicher Einschnitt mit der Unterzeichnung des Personal Responsibility and Work Opportunity Reconciliation Act durch Bill Clinton am 26. August 1996

Antisozialer Systemwechsel

statt. Dieses Gesetz höhle das grundsätzliche Recht in Not geratenen Bürgerinnen und Bürger auf staatliche Unterstützung weitgehend aus (Katz, 2004: 410). Es hob die Unterstützungsleistungen für Familien mit Kindern (Aid to Families with Dependent Children) und die zeitweilige Unterstützung für bedürftige Familien (Temporary Assistance for Needy Families) auf, begrenzte die Möglichkeiten verbleibender staatlicher Unterstützung auf insgesamt nur fünf Jahre im Leben und schloss selbst für legale Einwanderer Hilfsleistungen aus, wenn sie kürzere Zeit als fünf Jahre in den USA gelebt haben. Die Zahl der Leistungsempfänger wurde halbiert.

Der ohnehin erheblich begrenzte amerikanische Wohlfahrtsstaat wurde vom Prinzip Welfare auf das Prinzip Workfare umgestellt. „Der Begriff workfare“ ist am ehesten mit ‚work for your welfare‘ (Arbeite für deine Stütze) zu fassen. (Hall, 2004: 509) „Für deine Stütze“, weil das Resultat radikaler Senkung von Sozialeinkommen natürlich nicht Wohlfahrt, sondern millionenfach Zwang zur Arbeit bei Niedriglöhnen bedeutet, die kaum höher als die Sozialhilfe sind. Der Umbau des amerikanischen Sozialsystems gab die Richtung für die große Mehrheit der anderen Länder vor. Er zielte erstens auf die Ersetzung von Sozialeinkommen durch eigene Erwerbseinkommen nach dem Muster: „Arbeit, auch gering bezahlte, wenig qualifizierte, ist der Würde zuträglicher als jeder noch so üppige Sozialtransfer.“ (Hombach, 1998: 18) So schrieb Gerhard Schröders erster konzeptioneller Wegbereiter für die Übernahme der neuen amerikanischen Philosophie, die er so kennzeichnete: „... nachhaltige Streichung von Leistungen sorgt für materiellen Leidensdruck, der wiederum die Arbeitsaufnahme beschleunigen soll.“ (Hombach, 1998: 151) Eine Arbeitsaufnahme zu zunehmend prekären Bedingungen, eine Annahme von Arbeitsplätzen überdies, die es für Millionen überhaupt nicht gibt!

„Zweites Ziel war die Dezentralisierung von Befugnissen, ihre Übertragung von der Bundesregierung (der USA – d. Verf.) zu den Einzelstaaten, von diesen zu den Landkreisen und vom staatlichen auf den privaten Sektor. Drittes Ziel war die Etablierung von Marktmechanismen innerhalb der Sozialpolitik.“ (Katz, 2004: 408 f)

Inzwischen haben diese Ziele mit der Agenda 2010 und der Hartz-Gesetzgebung seit 2003 auch in Deutschland Einzug gehalten und werden folgenschwer durchgesetzt. Die Arbeitsbedingungen wurden erheblich verschlechtert. Der Druck auf die Lohnabhängigen

wird mit der Absicht verschärft, den Kapitalreichtum zu mehrern. Doch soziale Unsicherheit, Ängste, Stress, wachsende Arbeitsintensität und Arbeitshetze mindern ganz im Gegensatz zu den beabsichtigten reichthumsfördernden Wirkungen teils sogar die physische Leistungsfähigkeit nach dem Befund von Arbeitswissenschaftlern und anderen Experten, aber vor allem jene Gedankenfreiheit und Kreativität, die der sozialen Sicherheit als Hintergrund bedarf, um den größtmöglichen Beitrag für den Reichtum der Gesellschaft hervorzubringen. Die Bedingungen dafür werden ferner durch die widersprüchlichen Wirkungen des Profitmechanismus auf die allgemeinen Bedingungen menschlicher Reproduktion belastet.

4.2.2. Druck auf die allgemeinen Bedingungen menschlicher Reproduktion

Mehr denn je fordert die Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften als Wissens- und Informationsgesellschaften den Erwerbstätigen Bildung und Wissen, Kooperations- und Kommunikationsfähigkeiten, Leistungskraft und Mobilität ab. Die Bedingungen dafür sind ein modernes Bildungswesen, hohe Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung, für die Infrastruktur auf dem Gebiet der Information und Kommunikation, für Gesundheit, Verkehr und nicht zuletzt soziale Sicherheit. Diese allgemeinen Reproduktionsbedingungen haben auch für die Unternehmen und ihre Konkurrenzfähigkeit erstrangige Bedeutung. Aber sie verursachen Kosten, die über Steuern und Abgaben gedeckt werden müssen, auf solche Weise auch die Unternehmen belasten und dem Staat starke Regulierungs- und Umverteilungsfunktionen abverlangen. Beide Momente, die Kosten und ein starker Staat, sind dem „Geist des Kapitalismus“ (Max Weber) zutiefst zuwider. Sie widersprechen dem privaten Profitinteresse und marktradikaler Dogmatik. Die Folge ist, dass „die Wirtschaft“ zwar lautstark ein modernes Bildungswesen, hohe Aufwendungen für Wissenschaft und Forschung und einen Spitzenstand der Kommunikationsinfrastruktur fordert, dies jedoch durch weitgehende Privatisierung dieser öffentlichen Güter und der öffentlichen Daseinsvorsorge erreichen will. Längst ist in internationalen Regelungen der institutionelle Rahmen dafür in Gestalt des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) geschaffen worden (vgl. Kapitel 2.3.). Die Resultate für die menschliche Entwicklung sind zutiefst widersprüchlich und destruktiv (Fritz/Scherrer, 2002; Fritz, 2003; Sacher/Frein/Fuchs, 2003).

**Gesundheit –
Chancen und
Defizite wie nie
zuvor**

Nie zuvor hat die medizinische Wissenschaft so wunderbare Möglichkeiten zur Bezwingung früher unheilbarer Krankheiten bereitgestellt. Der Einzug der Hochtechnologien in die Krankenhäuser und Arztpraxen perfektioniert Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten. Nie wussten die Ärzte so viel wie heute über die kompliziertesten Abläufe im menschlichen Körper und über Möglichkeiten ihrer heilenden Beeinflussung. Sichtbar trägt die Medizin zur Verlängerung des durchschnittlichen Lebensalters rund um die Erde bei.

In Afrika südlich der Sahara erreichen 17 Prozent der Kinder nicht das sechste Lebensjahr. In Sierra Leone sterben 18 Prozent der Kinder vor Vollendung des ersten Lebensjahres.

UNDP, 2003: 119

Doch wie skandalös gerade im Angesicht dieser unschätzbaren Möglichkeiten, wie erschreckend, bestürzend und beschämend, dass 799 Millionen Menschen auf der Erde, d. h. etwa 18 Prozent der Weltbevölkerung, dauernd hungern und damit anfällig für alle möglichen Krankheiten sind (UNDP, 2003: 106). Zwar ging die Zahl der Hungernden in der Welt von 1991 bis 1999 um 20 Millionen zurück, aber vor allem deshalb, weil sie in China um 80 Millionen gesenkt werden konnte und damit die Zunahme des Hungers in mindestens 25 Entwicklungsländern überlagerte (UNDP, 2003: 117). Täglich sterben mehr als 30.000 Kinder auf der Erde an Ursachen, die verhindert werden könnten, vor allem im Gefolge von Hunger und Austrocknung (UNDP, 2003: 119). Jahresdurchschnittlich sterben mehr als 500.000 Frauen durch Schwangerschaft und in der Geburt – eine Frau in jeder Minute tagtäglich. In Afrika südlich der Sahara liegt diese Sterblichkeitsrate rund 1000mal höher als in den reichen OECD-Ländern (ebenda).

In Millionen Fällen würden nur wenige Dollar den Tod durch Erkrankungen abwenden können, die in wohlhabenden Ländern allenfalls zu ein paar Tagen Krankschreibung führen.

Gewiss haben ökonomische Unterentwicklung und daraus resultierende Krankheiten oder Tod ihre Wurzeln in vielen inneren Ursachen in der so genannten Dritten Welt selbst. Aber Kolonialismus und Neokolonialismus, Ausplünderung des „Südens“ durch den „Norden“, durch die Bewegung der terms of trade, durch Profittransfers international operierender Unternehmen aus der Peripherie in die Zentren der westlichen Welt, durch Schuldendienst und subventionierten Export der reichen in die armen Länder bei gleichzei-

tiger Teilschließung der eigenen Märkte gegen sie sind starke äußere Ursachen.

Der Reichtum des „Nordens“ wird zu beachtlichen Teilen mit den Krankheiten und dem Tod von Millionen im „Süden“ bezahlt. Der monetäre Reichtum des „Nordens“ wird mit physischen Verlusten an menschlichem Reichtum im „Süden“ beglichen.

Aber diese Verluste sind zugleich Krebschäden an den Quellen des Reichtums, weil dieser gemehrt wird, indem die menschliche Arbeitskraft als Reichtumsquelle auf das Schwerste beeinträchtigt wird.

Reichtum nach dem Maß des Profits nagt auch am Humanreichtum der westlichen Welt, in dem er dort ebenfalls trotz aller medizinischen Fortschritte zu schweren gesundheitlichen Schäden führt und damit seiner eigenen Quellen beschneidet.

Leistungsstress, oft Arbeitshetze und Ängste vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, Sorgen um die Zukunft der Kinder und Gefühle der Entsicherung in den meisten Sphären des Lebens greifen die Gesundheit an.

Negative Umwelteinflüsse und Armut führen trotz wechselnder Leistungsfähigkeit der Medizin ebenfalls zur Verbreitung von Volkskrankheiten, die es in früheren Zeiten kaum gab.

26 Prozent der Amerikaner leiden nach Angaben einer Studie der Weltgesundheitsorganisation und der Harvard-Universität an psychischen Störungen. In Frankreich, Belgien und den Niederlanden sind rund 18 Prozent, in Deutschland, Japan, Italien und Spanien etwa 9 Prozent der Bevölkerung davon betroffen. Psychisch ernsthaft erkrankt sind in Deutschland 1,2 Prozent oder rund eine Million Menschen. Der DAK-Gesundheitsreport verweist auf die besondere Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen. Innerhalb von vier Jahren – von 1997 bis 2001 – stiegen bei ihnen die Fälle psychischer depressiver Störungen um 50 Prozent (Miegel, 2005: 159). „Allein durch den Missbrauch von Nahrungs- und Genussmitteln, durch Drogen und Zivilisationskrankheiten wie Allergien und Psychosen dürfte mindestens ein Zehntel dessen, was erwirtschaftet wird, wieder zunichte gemacht werden.“ (ebenda, S. 160) Ob diese Schätzung nun mehr oder weniger genau ist, Verlust an Humanreichtum, Verluste durch Gesundheitskosten und Verluste

**Reichtumseinbußen
durch Gesundheits-
schäden**

durch Leistungsausfall der Erkrankten beeinträchtigen den gesellschaftlichen Reichtum beträchtlich.

**Reichtumseinbußen
durch Bildungs-
defizite**

Neben dem Gesundheitswesen gehört der Bildungssektor zu den wichtigsten allgemeinen Reproduktionsbedingungen der Gesellschaft. Mit der Bildung wachsen oder fallen die Chancen der Einzelnen auf dem

Arbeitsmarkt. Teilhabe an moderner Bildung oder Benachteiligung

„Schon immer war die Ecke Friedrichstraße und Unter den Linden ... ein politischer Ort. Wer hier wirkte, prägte seine Zeit und spiegelte sie wieder.“ Dies schreiben Cerstin Gammelin und Götz Hamann in ihrem Buch „Die Strippenzieher“ (Seite 64). Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wirkte an diesem Ort Wilhelm von Humboldt, vom König zum Geheimen Staatsrat und Direktor der Sektion Kultus und öffentlicher Unterricht ernannt und Gründer der Berliner Universität, die seinen Namen trägt. Heute präsentiert sich dort der VW-Konzern. Symbolischer Wandel: vom Ort des Humanreichtums zum Ort des Kapitalreichtums.

schon beim Zugang zu ihr ist die Vorentscheidung über Lebenschancen oder Chancenlosigkeit bis ins Alter. Bildung ist die Grundlage für die Entfaltung aller produktiven Kräfte des Menschen, seiner Fähigkeiten, Fertigkeiten, Begabungen und schöpferischen Anlagen.

Der „menschliche Reichtum“ hängt also stark vom Entwicklungsstand des Bildungswesens in den einzelnen Ländern und Regionen und von der Teilhabegerechtigkeit in der Bildungssphäre ab. Aber auch der Zuwachs von stofflichem Reichtum und von Wissen als Reichtumselement einer Gesellschaft resultiert aus der Qualifikation derer,

die den Reichtum mit ihrer Arbeit hervorbringen. Die Wertschöpfung ist umso größer, je qualifizierter die Arbeit ist, die ihr zugrunde liegt. Sie ist umso kleiner, je größer die Bildungsdefizite in Gesellschaften sind.

Deshalb ist der Analphabetismus von 879 Millionen Erwachsenen in den so genannten Entwicklungsländern (UNDP, 2003: 113) eine Dimension der Armut und des Elends der „Dritten Welt“, die kaum bezifferbaren Verlust schon an den Quellen des Reichtums bedeutet.

Von 680 Millionen Kindern im Grundschulalter in den so genannten Entwicklungsländern besuchen 115 Millionen keine Schule. Drei Fünftel davon sind Mädchen. Allein in Indien gehen 40 Millionen Kinder nicht in die Schule. Von den Kindern, die in den Ländern des „Südens“ eingeschult werden, erreichen nur wenig mehr als die Hälfte einen Schulabschluss. Im Jahr 2000 betrug die Ent-

wicklungshilfe der Geberländer für das Gesundheitswesen der bedürftigen Länder nur 4,1 Mrd. Euro, davon 1,5 Mrd. für die Grundschulbildung. Alle reichen Länder zusammen bringen für die Grundschulbildung in den armen Ländern der Erde nur wenig mehr als Zweitausendstel der Weltrüstungsausgaben auf.

Eine Reihe von Ländern, unter denen immer wieder Finnland, Schweden, Norwegen genannt werden, schöpfen das Reichtumspotenzial Bildung in beispielhafter Weise aus. Zu ihren positiven Erfahrungen gehören die Förderung aller Kinder unabhängig vom sozialen Status ihrer Familien, langes gemeinsames Lernen ohne frühzeitige Auslesemechanismen, Lernen in heterogenen Gruppen, in denen die Leistungsstärkeren Leistungsschwächeren helfen und daraus auch eigene Motivationen und Erfahrungen gewinnen, spätes Einsetzen der Vergabe von Zensuren zugunsten längerer Zeit des Lernens ohne Leistungskonkurrenz, orientiert am Einsichtigen statt am Abgefragten und am Notendruck.

In anderen Ländern spiegelt das Bildungswesen dagegen hochgradig die sozialen Klüfte zwischen Klassen und Schichten wider. Das gilt beispielsweise für die USA und in hohem Maße für Deutschland. In keinem anderen Land Europas hängt der Erfolg der Schülerinnen und Schüler so stark wie in der Bundesrepublik von der sozialen Herkunft ab. Die Bildungspotenzen der Kinder aus einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten und von Kindern mit Migrationshintergrund bleiben in hohem Maße ungenutzt. Rund zwei Millionen Kinder leben in Armutsverhältnissen und haben bereits dadurch bedingt nur begrenzten Zugang zu Bildung und Kultur. Humanreichtum verkümmert in erschreckendem Umfang. Das Netz der Kindertagesstätten im Vorschulalter ist unterentwickelt und zudem für viele zu teuer. Sprachliche Bildung in der Vorschulzeit wird vernachlässigt. Das schafft Bildungsbarrieren auf Lebenszeit. Zwischen einem Siebtel und einem Fünftel der Fünfjährigen in Deutschland weisen starke Sprach- und Verhaltensauffälligkeiten, kulturell-soziale Entwicklungsrückstände, motorische Störungen und zunehmend Gesundheitsmängel auf (Miegel, 2005: 184). Das dreigliedrige Schulsystem in der Bundesrepublik sorgt für ein Aussortieren derer mit schlechten sozialen Startbedingungen und verschleudert damit kostbares Bildungspotenzial. 10 bis 20 Prozent eines Altersjahrgangs verlassen die deutschen Schulen im Status funktioneller Analphabeten (Veltes, 2005: 2 f).

Die westlichen Gesellschaften entwickeln sich zu kapitalistischen Wissens- und Informationsgesellschaften. Sie brauchen dringlich Bildung und Wissenschaft. Aber beträchtliche Teile der Bevölkerung bleiben von der Ausschöpfung ihrer Bildungsanlagen, ihrer Fähigkeiten und kreativen Reserven, also ihres potenziellen Humanreichtums ausgeschlossen – obwohl doch der Zuwachs des Kapitalreichtums selbst in beträchtlichem Maße vom Bildungs- und Qualifikationsstand der Erwerbstätigen abhängig ist.

Aber der Aufwand für die Bereitstellung solcher öffentlicher Güter wie der Bildung wird als Abzug vom Anteil privater Unternehmen und der Vermögenden am Nationaleinkommen verstanden. Die Senkung der Staatsquote wird für wichtiger gehalten als Bildungsinvestitionen. Das neoliberale Dogma von der Überlegenheit privatisierter Leistungen über die öffentliche Bereitstellung von Gütern wie der Bildung tendiert zur Unterentwicklung staatlicher Bildungsangebote. Die bisher praktizierte Bildungspolitik hat allzu lange die positiven Erfahrungen skandinavischer Staaten ignoriert.

Kurz: Bildungsdefizite führen weltweit, aber auch in reichen Ländern wie der Bundesrepublik zu Abstrichen von dem eigentlich möglichen Reichtumszuwachs und sind überdies ein direkter Abzug vom Humankapital, weil Chancen der Persönlichkeitsentfaltung unausgeschöpft bleiben.

4.2.3. Arbeitslosigkeit – augenfälligste Gestalt der Vergeudung menschlicher Arbeitskraft

Die Arbeitslosigkeit ist die widersinnigste und augenfälligste Gestalt, in der menschliche Produktivkraft vergeudet wird. Ungezählt sind die Defizite der Gesellschaft, die tätiger Überwindung bedürften. Ärzte operieren in übernachtigter Verfassung, weil Rationalisierung mehr zählt als die Sorge um die Patienten. Das Fördern von Benachteiligten und besonders Begabten im Bildungswesen leidet unter dem Stellenmangel für Lehrer. Die Pflege von Älteren verläuft nach Normen für Kämmen und Waschen statt nach der Dringlichkeit des Zuhörens oder des Zuspruchs. In Unternehmen wächst die Kluft zwischen der Überarbeit der einen und dem Hinausdrängen der anderen. Jugendflucht aus den Dörfern Ostdeutschlands hält an, weil nichts das Bleiben lohnt – kein Jugendklub und keine Arbeit. Rund um die Erde verhungern Menschen, weil kein Arbeitsplatz für sie da ist, der Leben bedeuten würde.

Das Ende der Arbeitsgesellschaft sei eben gekommen – so lautet ein verbreiteter Befund. Das Ende einer Gesellschaft ist fällig, die au-

berstande ist, Arbeit nach den Bedürfnissen der Menschen zu bieten statt nach dem Maß des Profits – das ist der kritische Befund, der weniger verbreitet ist.

Die Geister scheiden sich an der Frage, was der Maßstab für Investitionen in Arbeitsplätze oder für deren Fortrationalisieren sein soll. In der Profitwirtschaft ist das Maß durch die Konkurrenz auf dem Markt um höchstmögliche Profite vorgegeben. Die Beschäftigten müssen sich „rechnen“. Ihre Arbeit muss auf längere Sicht wenigstens eine durchschnittliche Gewinnrate auf das vorgeschossene Kapital sichern, besser allerdings höchstmögliche Profitraten. Andernfalls müssen Entlassungen diesen Zustand herstellen. Deshalb reagieren die Börsenkurse der Aktien auf die Ankündigung von Massenentlassungen stets mit einem Sprung nach oben. Deshalb führen Privatisierungen in aller Regel zu Entlassungen.

Gewerkschaftliche Kämpfe um tarifvertragliche Sicherung von Arbeitsplätzen, gesetzliche Regelung zur Sicherung von Mindestlöhnen und Sozialstandards können diesen Gesetzen des Marktes Grenzen setzen, sie aber im Rahmen kapitalistischer Wirtschaft nicht vollständig außer Kraft setzen.

Privatwirtschaftliche Effizienz nach dem Maß des Profits muss daher in eine Gesamtverfassung der Wirtschaft eingebettet werden, in der öffentliche Güter und öffentliche Daseinsvorsorge hohen Rang haben. Arbeit in Bereichen humanorientierter Dienstleistungen, für den Erhalt der Umwelt und in Innovationsfeldern jenseits kurzfristiger Rentabilität kann die in der Privatwirtschaft überflüssig gewordenen aufnehmen – in der Kombination mit sozial abgesicherter Verkürzung der Arbeitszeiten.

Das könnte in einem Prozess geschehen, in dem die Dominanz des Profits zurückgedrängt und schließlich überwunden wird. An die Stelle der Profitdominanz träte ein anderes Leitbild – sozial gleiche Teilhabe für jede und jeden an jenen elementaren Bedingungen, die es erlauben, über das eigene Leben in sozialer Sicherheit selbst entscheiden zu können. Auf dieser Grundlage wird eine andere Arbeitswelt entstehen, in der jeder Mensch gebraucht wird. Der „wirkliche Reichtum“ der Gesellschaft, der Mensch mit seinen produktiven Kräften, seinen Fähigkeiten und seiner Kreativität, wird in dieser Arbeitswelt Vorrang vor dem Kapitalreichtum bekommen. Auf umwegige Weise wird dies auch für Unternehmerinteressen vorteilhaft sein. Denn auch die Privatwirtschaft bedarf im Übergang zur Wissens- und Informationsgesellschaft des erheblichen Ausbaus

allgemeiner Bedingungen der Reproduktion. Moderne Bildung, Förderung von Wissenschaft und Forschung, ein leistungsfähiges Gesundheitswesen im Angesicht hoher Belastungen in der Arbeit, entwickelte Infrastruktur für Kommunikation und Verkehr sind längst zu Voraussetzungen erfolgreicher Behauptung auf dem Markt geworden.

Doch die Verhältnisse – sie sind nicht so. Nach dem Bericht der International Labour Organisation (ILO) in Genf waren im Jahr 2003 185,9 Millionen Menschen auf der Erde arbeitslos. Rund 88 Millionen davon waren Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren. Allerdings spiegeln diese Zahlen nicht wider, dass beispielsweise in den USA wie in vielen anderen Ländern schon eine Beschäftigung von nur drei Wochenstunden ausreicht, um die Betroffenen aus der Arbeitslosenstatistik herausfallen zu lassen. Die Zahlen erfassen nicht die Unterbeschäftigung von hunderten Millionen, die in den Ländern des „Südens“ im informellen Sektor kümmerliche Gelegenheitsverdienste suchen und dabei in tiefem Elend leben.

Die Zahl der „arbeitenden Armen“ wurde für 2003 von der International Labour Organisation auf 550 Millionen Menschen geschätzt (www.sr-aktuell.de/ressorts/wirtschaft-und-boerse/wirtschaft). Das World Watch Institute beziffert die Zahl der working poor, deren Unterbeschäftigung und prekäre Arbeit ihre elementaren Lebensbedürfnisse nicht zu decken vermag, mit rund 900 Millionen (<http://science-orf.at/science/wagenleitner/31502>).

4.3. Wirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Reichtumsentwicklung

Wirkungen auf den stofflichen Reichtum

Der Reichtum in der Gesellschaft wächst zwar trotz der Arbeitslosigkeit von Millionen an, aber natürlich könnte er – in sinnvollen Strukturen hervorgebracht und verteilt – stärker als gegenwärtig zunehmen. Dies wäre angesichts von mehr als zwei Milliarden Menschen, die rund um die Erde im Elend leben, und von neuerlich anschwellender Armut auch in den reichen Industrieländern nicht nur dringlich. Es wäre die elementare Voraussetzung für die Rettung des Lebens von vielen Millionen Menschen, für ihre Bewahrung vor längst heilbaren Krankheiten, für die Zukunft der Kinder, die ohne Bildung keine Zukunft haben. Es wäre eine Bedingung für die Überwindung von Kriegen und Terrorismus, die starke Wurzeln in der Not und dem Elend vieler Völker haben.

Die Wirkung der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung auf die Reichtumsentwicklung und -verwendung ist eine mehrfache.

Erstens: Wie bereits festgestellt, bedeutet Arbeitslosigkeit, dass Millionen Menschen von der Vermehrung des Reichtums an Gütern und Dienstleistungen ausgeschlossen werden. Das Wachstum des Reichtums wird erheblich gedrosselt. Oberflächlich betrachtet scheint es daher ganz logisch

zu sein, wenn auf Unternehmerseite argumentiert wird, dass die Wochenarbeitszeit von Vollzeitarbeitskräften – ohne Lohnausgleich – verlängert werden müsse, damit das Bruttoinlandsprodukt schneller wachse. Eine solche Art der Vergrößerung des Arbeitsvolumens kann aber dauerhaftes Wachstum deshalb nicht auslösen, weil die Masseneinkommen gedämpft bleiben und die Nachfrage daher das Wachstum nicht zu stützen vermag, sondern im Gegenteil begrenzt.

Zweitens: Je mehr Menschen von der Reichtumsproduktion ausgeschlossen werden und gleichzeitig zumindest im – noch – sozialstaatlichen Westeuropa auf Transfereinkommen angewiesen sind, desto negativer ist die Wirkung auf die Finanzlage der Haushalte. Einerseits werden die Lohnsteuereinnahmen trotz der langfristigen Erhöhung der Lohnsteuerquote bei umfangreicher Arbeitslosigkeit erheblich gedämpft oder wachsen zu Lasten der Kaufkraft der Erwerbsabhängigen. Andererseits verharren trotz verminderter Transferleistungen pro Kopf der Bezugsberechtigten die Gesamtaufwendungen für Sozialeinkommen auf hohem Niveau oder steigen mit der Arbeitslosigkeit sogar an. Die Staatshaushaltsdefizite werden vergrößert. Andere dringliche Aufgaben des Staates – beispielsweise in Bildung, Wissenschafts- und Technologieförderung – leiden unter den leeren öffentlichen Kassen. Die Wirkung dieses Umstandes auf die Reichtumsentwicklung ist abermals negativ.

Drittens: Arbeitslose produzieren nicht nur keinen Reichtum, sondern ihre Sozialeinkommen sind entschieden niedriger als die Erwerbseinkommen. Diese Einschränkung ihrer Nachfrage wirkt wachstumsdämpfend. Der Negativeffekt der Arbeitslosigkeit für die Reichtumsentwicklung wird dadurch noch verstärkt.

Der Ausfall der Lohnsteuereinnahmen durch Arbeitslosigkeit betrug im Jahr 2003 15,9 Milliarden Euro. Die fiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit in Deutschland für das Jahr 2003 betragen nach Berechnungen des IAB rund 82,7 Milliarden Euro.

Im Jahr 2003 führte die Arbeitslosigkeit zu einer Minderung der Sozialbeiträge um 22,7 Milliarden Euro.

Viertens: In die verschiedenen Sozialversicherungssysteme werden bei wachsender Arbeitslosigkeit weniger Beiträge eingezahlt. Eine Erosion der auf einem hohen Beschäftigungsniveau beruhenden sozialen

Sicherungssysteme ist die Folge. Dem müsste vor allem durch eine andere, erfolgreiche Politik zur Schaffung neuer, gesellschaftlich sinnvoller Arbeitsplätze entgegengewirkt werden. Aber die neoliberalen Rezepte sind von anderen Präferenzen bestimmt. Die Arbeitnehmer werden durch Teilprivatisierung der Risikovorsorge, durch Leistungskürzungen, Zuzahlungen beim Arzt und für Medikamente stärker belastet – zumal die Anteile der Arbeitgeber an den Beiträgen zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland wie in den meisten Industrieländern gesenkt wurden. Leistungsempfänger und die Mehrheit der Beitragszahler geraten in eine Verlustsituation. Ihre Erfahrungen sind Reichtumsverluste.

Wirkungen auf den Humanreichtum

Fünftens: Die Arbeitslosigkeit führt nicht allein zur Dämpfung des Reichtumszuwachses in der Gestalt von Gütern und Dienstleistungen. Sie bedeutet in einem ganz anderen Sinne Reichtumsverlust, nämlich Verlust an

menschlichem Reichtum, der noch schwerer wiegt als stofflicher und finanzieller Schaden. Arbeitslosigkeit raubt Millionen Menschen Chancen ihrer Selbstverwirklichung – wie immer diese durch die Fremdbestimmung der Arbeit ohnehin beschränkt sein mag. Sie

Über eine Befragung von Jugendlichen in Pariser Vorstädten: „Auf die Frage ‚Wie stellst du dir dein Leben in zehn Jahren vor?‘ antwortete einer von ihnen: ‚Ich kann mir nicht mal vorstellen, wie ich nächste Woche leben werde.“

FRANCE 3, SAGA-CITES. 10. FEBRUAR 1996

nimmt ihnen die Befriedigung über das, was ihre Hände und ihr Kopf im Arbeitsprozess hervorbringen. Arbeitslosigkeit bedeutet Verlust der sozialen Beziehungen in der Arbeitswelt und der Integration durch Arbeit. Die Einkommenseinbußen durch Arbeitslosigkeit führen mit Abstrichen von der Lebensqualität zu

Persönlichkeitsverlusten, beispielsweise zu Qualifikationseinbußen und zu kultureller Verarmung. Arbeitslosigkeit zerstört Selbstbewusstsein und Kreativität. Sie produziert Ängste und Angstneurosen. Arbeitslosigkeit macht krank. Sie ist die „Brutalität der Ruhe“ (Viviane Forrester). Sie ist *Enteignung* von der alles entscheidenden Möglichkeit, mit der eigenen Arbeitskraft den Eintritt

in die Welt der Bedürfnisse, Würde und sozialen Inklusion zu zahlen: „Das Fehlen eines Lebensweges, den man dennoch gehen muss.“ (Forrester, 1997: 52) Arbeitslosigkeit ist Zerstörung von Perspektiven und Träumen. Längere Arbeitslosigkeit führt nach wissenschaftlichen Untersuchungen oft zu früherem Tod.

In ihrer Studie „Befindlichkeiten von Arbeitslosen in Deutschland“ haben Elmar Brähler, Wilfried Lauterbach und Eve Stöbel-Richter

eigene Untersuchungen und andere repräsentative Erhebungen zusammengeführt. Dies sind einige ihrer Befunde: „Als objektive, d. h. anhand ärztlicher Untersuchungen festgestellte Auswirkungen lassen sich z. B. nennen:

- eine Erhöhung des systolischen Blutdruckes,
- ein vermehrter Übergang akuter in chronische Erkrankungen und
- die Notwendigkeit der Erhöhung der Dosis von Medikamenten ...

| Krank durch Überarbeit (in v. H. der Beschäftigten) | | |
|--|---------------------------------|-----------------------------------|
| Länge des Arbeitstages | 35 bis 40 Wochen- stunden | Mehr als 40 Wochen- stunden |
| Nervosität | 24 % | 32 % |
| Schlafstörungen | 15 % | 25 % |
| Psychische Erschöpfung | 16 % | 25 % |
| Magenschmerzen | 14 % | 18 % |
| Herz-Kreislauf-Probleme | 10 % | 14 % |

QUELLE: DETJE/KÖHLINGER, 2004: 38

Als subjektive Veränderungen können ... erwartet werden:

- Einschlafstörungen,
- Durchschlafstörungen,
- Herzbeschwerden sowie
- Erschöpfung und Abgespanntheit.“

(Brähler u.a., 2002: 2f)

Gravierenden Einfluss auf die gesundheitlichen Veränderungen in der Folge von Arbeitslosigkeit hat auch der Umgang mit der eigenen Gesundheit. Die in Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit als zunehmend belastend erlebten finanziellen Einschränkungen, der Verlust einer klaren vorgegebenen Zeitstruktur sowie mangelnde positive soziale Resonanz und weitere Faktoren führen vielfach zu einem erhöhten und teilweise unkontrollierten Konsum von Alkohol und Nikotin (Harych & Harich, 1997; Jurzyk, 1994). Depressivität

scheint dabei ein auslösender Faktor für die Neigung zu erhöhtem Alkoholkonsum zu sein.

„Arbeitslose sind sehr viel depressiver und ängstlicher als Nichtarbeitslose. So haben 10,9 Prozent der Arbeitslosen eine Angststörung gegenüber 4,4 Prozent der Nichtarbeitslosen, 21,1 Prozent der Arbeitslosen leiden an einer Depressionsstörung gegenüber 9,4 Prozent der Nichtarbeitslosen.“ (Brähler u. a., 2002: 3, 8)

Ein Resümee ergibt: Arbeitslosigkeit beschneidet den Reichtumszuwachs an der entscheidenden Quelle aller Wertschöpfung. Mehr noch, sie zerstört massenhaft den Humanreichtum als den „wirklichen Reichtum“.

**Grundeinkommen
– Befreiung des
Lebens von Arbeit?**

Viviane Forrester klagt im Angesicht solchen Resümeees an, dass den Menschen die Möglichkeit der Rückkehr in eine funktionierende Arbeitswelt vorgegaukelt wird, in eine Welt, die in Wirklichkeit längst und endgültig verschwunden sei. „Nun ist diese Welt, in der die Orte der Arbeit und die der Wirtschaft zusammenfielen, wo die Arbeit vieler Akteure für die Entscheidungsträger unersetzlich war, aber wie weggezaubert. Noch immer glauben wir, in dieser Welt zu leben, in ihr zu atmen, ihr zu gehorchen oder sie zu beherrschen – aber sie existiert nicht mehr, oder nur noch scheinbar, und das unter Kontrolle der wahren Kräfte, die sie auf diskrete Weise lenken und ihr Scheitern betreiben.“ (Forrester, 1997: 33)

Sie gehört damit zu jenen Kritikern des Kapitalismus, die eine Abkehr alternativen Denkens von der Fixierung auf eine Erneuerung der Arbeitswelt fordern und konzeptionell mit dem Paradigma der Arbeitsgesellschaft brechen. Diese sei an ihrem Ende angelangt. Genau das wird als Chance angesehen, Millionen Menschen in einem von Arbeit befreiten Leben andere Räume der Selbstverwirklichung zu eröffnen als in der Erwerbsarbeit. Besonders eindrücklich wird diese Auffassung in Wolfgang Englers „Bürger, ohne Arbeit“ entwickelt. Die Trennung von der Arbeitsgesellschaft wäre auf sozial progressive Weise durch die Entkopplung von Arbeit und Einkommen zu sichern. Ein menschenwürdiges (Grund)Einkommen als unbedingtes Bürgerrecht soll allen, die dies wünschen, die Möglichkeit eröffnen, jenseits von Erwerbsarbeit ein sinnvolles Leben zu finden. Der Arbeitslosigkeit wäre nicht vorwiegend durch mehr Beschäftigungsmöglichkeiten in der Erwerbsarbeit zu begegnen, sondern sie könnte durch den freiwilligen und sozial hochwertig ge-

sicherten Ausstieg vieler bisher Berufstätiger aus der Arbeitswelt dahinschwenden. „Arbeit als Nadelöhr existenzieller Forderungen ans Gemeinwesen“ (Engler, 2005: 141) würde der Vergangenheit angehören. „Erst wenn dieses letzte Bedingungsverhältnis aufgelöst ist, soziale Rechte *bedingungslos* gewährt werden, ist der Bürger endgültig als universelles Rechtssubjekt konstituiert. Das Bürgergeld formuliert diesen utopischen Anspruch.“ (ebenda) An die Stelle der Suche nach neuen Erwerbsarbeitsmöglichkeiten würde eine andere Frage treten: „Wie öffnet man, auf sicheren Grund gestellt, die Türen zum erfüllten Dasein aus eigenem Antrieb, eigenem Vermögen? Das ist die große Frage arbeitsfreier Existenz.“ (ebenda, 143)

Dieser Ansatz schmückt sich mit zweierlei Vorteil. Er reklamiert den Realitätssinn für sich: Wenn immer weniger Menschen immer mehr Werte zu schaffen vermögen, wird eben nicht ein Arbeitsplatzzuwachs gebraucht, sondern ein neuer Sinn des Lebens ist für Millionen außerhalb der Erwerbsarbeit zu begründen. Wo andere trauernd auf Zeiten der Vollbeschäftigung zurückschauen, wenden sich die Grundeinkommensverfechter kühn der Utopie einer Post-Erwerbsarbeitsgesellschaft zu. „Wozu sonst ermutigt dieses Fazit als dazu, sich aufs neue der Befreiung *von* der Arbeit zuzuwenden, und zwar in jener Fassung, die aufs Ganze geht – Subsistenz für alle, mit oder ohne Stelle im Erwerbssystem. Abriss also des fehlerhaft konstruierten Gebäudes und Entwurf eines neuen, diesmal nicht auf der Grundlage der Arbeit, des Arbeiters, sondern auf der des Menschen, das heißt all dessen, was wir finden, wenn wir nach dem ‚Menschen‘ fragen.“ (ebenda: 107) Die Einwände gegen solchen Entwurf hat Wolfgang Engler selbst resümiert (ebenda: 130 ff).

Der rationelle und emanzipatorische Kern eines allgemeinen, bedingungslosen und existenzsichernden individuellen Grundeinkommens als garantiertes Recht jeder Bürgerin und jedes Bürgers ist die Befreiung der Erwerbsabhängigen von dem existenziellen Zwang, sich angesichts der Knappheit der Arbeitsplätze beim Verkauf ihrer Arbeitskraft auch auf schlechteste Arbeitsbedingungen einlassen zu müssen. Ein Grundeinkommen, das Lebensunterhalt und Teilnahme am gesellschaftlichen Leben auch ohne Arbeit sichert, würde das Kräfteverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern erheblich verändern. Zwar würden Millionengewinne der Unternehmer immer noch größere Macht als ein bescheidenes Grundeinkommen sichern, aber ohne die Gefahr eines existenziellen

sozialen Absturzes könnten die Empfänger eines Grundeinkommens Nein zu unzumutbaren Arbeitsbedingungen sagen.

**Grundsicherung
und gerechte
Verteilung der
Arbeit**

Dies würde allerdings auch auf eine weniger weitreichende Variante eines Existenzgeldes zutreffen: auf eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung für alle, die von Armut betroffen oder bedroht sind, weil sie arbeitslos sind, zuwenig Einkommen für sich und ihre Kinder haben, von Krankheit oder Erwerbsunfähigkeit betroffen sind, weil sie eine begrenzte Zeitspanne die Erwerbsarbeit gegen andere Formen der Arbeit tauschen, weil sie noch zu jung oder in der Ausbildung sind oder im Alter einfach zu wenig zum Leben haben.

Im Unterschied zu einem bedingungslosen Grundeinkommen würde jedoch keine totale Entkopplung von Sozialtransfers und Arbeit stattfinden. Arbeitsfähige, die zumutbare qualifikationsgerechte Arbeit nachgewiesen bekommen und nicht annehmen, gehörten nicht zum Kreis der Grundsicherungsempfänger. Sie unterliegen keinem Arbeitszwang, haben aber auch keinen Anspruch darauf, dass die Gemeinschaft sie für Nichtarbeit mit Transfereinkommen belohnt.

Die Antwort auf die Unfähigkeit der kapitalistischen Marktwirtschaft, den Arbeitsuchenden Arbeitsplätze anzubieten, wäre bei der Grundsicherung anders als beim Grundeinkommen nicht die durch ein bedingungsloses Sozialeinkommen ermöglichte beliebige Befreiung von der Arbeit. Vielmehr würde eine Grundsicherung zwar den tatsächlich Bedürftigen, die nicht arbeiten können oder keine angemessene Arbeit finden, ein materielles Auskommen und eine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Aber im *Zentrum* der Aufmerksamkeit bliebe, sinnvolle Arbeit für alle Arbeitswilligen zu ermöglichen und solche Arbeit gerecht zu verteilen. Vertreter des Konzepts eines bedingungslosen Grundeinkommens sehen den Schwerpunkt der Antwort auf die chronische Massenarbeitslosigkeit außerhalb der Erwerbsarbeits-sphäre. Das Konzept der bedarfsorientierten Grundsicherung wird von seinen Verteidigern dagegen als dringliches Korrelat der entscheidenden Aufgabe betrachtet, auf neuen Grundlagen allen Arbeitsuchenden die Chance zu geben, eine sinnvolle Erwerbsarbeit zu bekommen.

Das gemeinsame Anliegen beider Konzepte ist, auch Menschen ohne Erwerbsarbeit ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Auf absehbare Zeit ist daher ein gemeinsames Wirken von Grundeinkommens- und Grundsicherungsbefürwortern für eine Grundsi-

cherung derer sinnvoll, die nicht arbeiten können oder keine Arbeit finden. In der praktischen Politik kann alles darüber Hinausgehende der weiteren Entwicklung überlassen bleiben. Für weitergehende Forderungen wird die Akzeptanz in der Gesellschaft gegenwärtig ohnehin kaum zu gewinnen sein.

Gemeinsam ist auch beiden Konzepten, durch ein auskömmliches Bürgergeld den zeitlich begrenzten freiwilligen Ausstieg aus der Erwerbsarbeit zugunsten von Familienarbeit, von selbstgewähltem sozialen Engagement für gemeinnützige Projekte oder von eigener Bildung für bestimmte Lebensphasen abzusichern und damit zugleich bisher Arbeitsuchenden die Chance des Eintritts in das Erwerbsleben zu geben. In beiden Konzepten wird dies als ein Freiheitsgewinn betrachtet. Die Differenz besteht darin, dass die Grundsicherungsbefürworter zwar auch einen zeitweiligen Wechsel zwischen Erwerbsarbeit und anderer Arbeit durch eine Grundsicherung sozial ermöglichen wollen, aber ein dauerhaftes Recht auf bezahlte Ablehnung von Erwerbsarbeit nicht für erstrebenswert und gegenwärtig auch nicht für vermittelbar in der Öffentlichkeit halten.

Eine bedarfsorientierte Grundsicherung oder ein Grundeinkommen gewinnen nach ihrer Auffassung nur dann vollen emanzipatorischen Gehalt, wenn die Freiheit für jede und jeden besteht, jederzeit eine Erwerbsarbeit aufnehmen zu können. Kann jedoch ein Recht darauf dauerhaft behauptet werden, wenn das Grundeinkommen völlig abgekoppelt wird von der Bereitschaft der Empfängerinnen und Empfänger, sinnvolle qualifikationsgerechte Arbeit zu vertretbaren Bedingungen anzunehmen? Eine funktionale Spaltung der Gesellschaft in aktive Teilnehmer an der Reproduktion des Gemeinwesens nach dessen Notwendigkeiten in der Erwerbsarbeit und in einen anderen Teil der Gesellschaft, der Sozialeinkommen aus der Wertschöpfung der Erwerbstätigen völlig unabhängig von der eigenen sozialen Lage und Bedürftigkeit beansprucht, könnte den Sozialvertrag zerbrechen, der jedem Umverteilungssystem – ob in der Familie oder in der Gesellschaft – unterliegt. Auch das spricht für das Konzept einer prinzipiell gleichen Partizipation aller an der Ausübung aller sozialen und demokratischen Rechte und Pflichten – eingeschlossen die Erwerbsarbeit und die Nichterwerbsarbeit.

4.4. Eine andere Arbeitswelt ist möglich

In der hier vorliegenden Schrift wird das neoliberale Konzept abgelehnt, nach dem der Druck auf Arbeitsbedingungen, Erwerbs- und Sozialeinkommen Arbeitsplätze schafft. Es wird aber auch die Auffassung abgelehnt, dass der Gesellschaft sinnvolle Erwerbsarbeit ausgehe und die Hauptantwort darauf in einem sozialen Grundeinkommen ohne Erwerbsarbeit bestehe.

Dem hier vertretenen dritten Grundkonzept zur Ausschöpfung der Reichtumsquelle Arbeit fehlt die Anziehungskraft des Einfachen, nämlich der Charme einer Konzentration auf einen einzigen archimedischen Punkt zur Lösung des Problems. Womöglich besteht aber gerade darin seine Realitätsnähe. Es umfasst ein ganzes Bündel von einzelnen Schritten zur Minderung der Arbeitslosigkeit, aber auch die Erwartung, dass der ökologische Umbau der Gesellschaft und ein entsprechender Wandel der Lebensweisen mit hohen Ansprüchen an humanorientierte Dienstleistungen, Gesundheitsleistungen, Bildung, Erziehung, Pflege und Kultur sinnvolle Erwerbsarbeit für Millionen Arbeitssuchende bergen.

Die Vision, die diese Schritte vereint, heißt reale Möglichkeit zur Teilhabe für jede und jeden an humanisierter Arbeit als Bedingung für ein selbstbestimmtes Leben – die Erneuerung der Arbeitswelt als entscheidendes Feld der Transformation zu einer gerechten Gesellschaft. Arbeitspolitik ist mehr als Arbeitsmarktpolitik und mehr auch als Schaffung neuer Arbeitsplätze. Sie umfasst die Arbeitsmarktpolitik, hat eine starke sozialpolitische Seite und ist – ob mit Erfolg oder nicht – eine zentrale Komponente der Wirtschafts-, Geld- und Finanzpolitik. Sie zielt auf Befreiung in der Arbeit aus der Garotte des bloßen Kostendenkens. Arbeit ist als Sphäre der Selbstverwirklichung und Selbstbestätigung nicht ad acta zu legen. Doch die Vorstellung von Arbeit in Würde scheint heute mit dem Odium der Antiquiertheit behaftet zu sein. Stolz auf die eigene Arbeit – Donquichotterie scheint dies zu sein in einer Arbeitswelt, zu deren Ideal das Wegrationalisieren der Arbeitsplätze geworden ist. Deshalb beginnt die Vision mit dem Nachdenken über das real Machbare, geöffnet jedoch für ein emanzipatorisches Leitbild der Entwicklung.

- Stärkung des Binnenmarktes – mehr Massenkaufkraft: Widerstand gegen die weitere Senkung von Löhnen und Sozialeinkommen; Durchsetzung von nationalen Mindeststandards für Sozialeinkommen in der Europäischen Union; gesetzliche Einführung von

ausreichenden Mindestlöhnen in allen EU-Staaten; Lohnerhöhungen wenigstens entsprechend den Produktivitäts- und Preissteigerungen;

- Stärkung des Binnenmarktes – Erhöhung öffentlicher Investitionen: Zukunftsinvestitionsprogramme, konzentriert auf Wissenschaft, Innovationen, Bildung und ökologischen Umbau; Erhalt und Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge anstelle ihrer Privatisierung; Stärkung der kommunalen Investitionskraft.
- Verbesserte Beschäftigungsfähigkeit der Erwerbsabhängigen durch sozial gleiche Teilhabe an hochwertiger Bildung für alle.
- Neue Arbeitsplätze durch ökologischen Umbau, Ausbau qualifizierter humanorientierter Dienstleistungen, technologische Innovationen und Regionalentwicklung.
- Arbeitszeitverkürzung bei differenziertem Lohnausgleich und gerechte Umverteilung von Arbeit als langfristig entscheidend für die Teilhabe aller am Arbeitsvolumen. Ausweitung sozial vollwertig abgesicherter Teilzeitarbeit. Freiwilliger Wechsel für zeitlich begrenzte Lebensphasen zwischen Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Weiterbildung zugunsten bisher Arbeitsloser – sozial abgesichert durch schrittweise Einführung einer armutsfesten, bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung.
- Entwicklung öffentlich geförderter gemeinnütziger Beschäftigungssektoren in autonomen Projekten und Unternehmen zwischen Privatwirtschaft und Staat in Bereichen, die der Privatwirtschaft nicht als genügend profitabel gelten – als kurzfristig besonders profitabler Weg zur Minderung der Arbeitslosigkeit.
- Erweiterung der Aufgaben der Europäischen Zentralbank über die Sicherung von Geld- und Währungsstabilität hinaus auf die Mitverantwortung für Wachstum und Beschäftigung.
- Sicherung dringlicher öffentlicher Investitionen durch gerechte Steuerpolitik, wenn notwendig auch durch Kreditaufnahme.

Bei alledem sind nicht Arbeitsplätze an sich das Ziel, gleich für welchen Zweck auch immer. Die Quellen des Reichtums werden nicht allein verstopft durch Arbeitslosigkeit. Selbst wenn diese zurückgedrängt wird, wenn dies jedoch in der Rüstung oder auf umweltfeindlichen Feldern geschieht, in der Herstellung von Produkten, die der Wohlfahrt der

Wirkungen alternativer Arbeitspolitik auf die Reichtumsentwicklung

Bevölkerungsmehrheit eher abträglich sind als ihr zu dienen, ist der Reichtumseffekt begrenzt oder sogar negativ.

Arbeits- und Arbeitsmarktpolitik sind daher in eine Erneuerung des Zusammenhangs von Arbeit und Reichtumsentwicklung einzuordnen.

Erstens liegt auf der Hand: Wo mehr Menschen Arbeit haben, wächst der verfügbare Reichtum an. Würden alle, die heute nur in Arbeitslosenstatistiken erscheinen, ihren Platz wieder in der Arbeitswelt finden, so wären z. B. Klagen darüber, dass zu wenig da sei zum Verteilen und dass zu viele Rentnerinnen und Rentner auf zu wenig Berufstätige kämen, ad acta zu legen.

Zweitens würde der Reichtum zudem vielfach andere und nützlichere Gestalt als gegenwärtig annehmen, wenn die Arbeit nach dem Maß der Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger geleistet würde, statt ohne Rücksicht auf Sinn oder Unsinn des Arbeitsaufwandes, auf seine produktive oder zerstörerische Wirkung.

Drittens würden Millionen Menschen, die gegenwärtig von der Arbeit als Sphäre der Selbstverwirklichung und Selbstbestätigung, der Entfaltung eigener Kreativität, der sozialen Kommunikation und des Lernens ausgeschlossen werden, mit dem Wiedereintritt in die Arbeitswelt weit stärker an den Chancen teilhaben, die die Arbeit für die Entfaltung des Humanreichtums „als Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur“ (Marx, MEW Bd. 26.2: 111) bietet. Vieles spricht dafür, dies als die tiefste Wirkung einer alternativen Arbeitspolitik auf die Reichtumsentwicklung anzusehen.

5. Kapitel

Finanzmärkte als Bermudadreieck?

Wenn nach dem Verbleib des Reichtums gefragt wird, wenden kritische Ökonomen und Viele in den kapitalismuskritischen Bewegungen ihre Aufmerksamkeit den globalen Finanzmärkten zu. Sie tun das aus guten Gründen. George Soros, Superstar unter den Devisenspekulanten, der 1992 mit seinen Spekulationen das britische Pfund aus dem Europäischen Währungssystem drängte und dabei rund eine Milliarde Dollar verdiente, schrieb, „dass es hinter dem kapitalistischen Weltsystem doch ein Prinzip gibt, das man wohl tatsächlich als *das* Grundprinzip bezeichnen kann: Geld. Am Ende, darüber sollten wir uns keine Illusionen machen, dreht sich alles um Profit und Reichtum.“ (Soros, 1998: 151)

Wenn wir uns auf den Spuren des Reichtums den internationalen Finanzmärkten zuwenden, geraten wir in eine hochbrisante Sphäre. Extreme Reichtumsvermehrung und Vernichtung von Reichtum in riesigen Ausmaßen mit erdumspannenden Auswirkungen existieren dort eng beieinander. In so dramatischer Weise, dass Soros mahnt: „Meine Befürchtung ist, dass die durch die Finanzkrise ausgelösten Entwicklungen letztlich das gesamte kapitalistische Weltsystem kippen.“ (Soros, 1998: 29)

Welche Wirkungen auf Entwicklung und Verbleib des Reichtums haben die internationalen Finanzmärkte? Ehe wir uns der Beantwortung dieser Frage zuwenden, ist hier zu erläutern, was gemeint ist, wenn von Finanzmärkten die Rede ist.

| Segmente des Finanzsektors | | | | |
|----------------------------|--|--|---------------------|----------------------|
| Kreditmarkt 1) | Primärmarkt für Wertpapierfinanzierung 2) | Sekundärmarkt für Wertpapierhandel 3) | Währungsmarkt 4) | Derivatenmarkt 5) |

1) Auf dem Kreditmarkt räumen Banken – vorwiegend aus den Einlagen ihrer Kunden auf den Bankkonten – Unternehmen, Regierungen, anderen staatlichen Institutionen und Privatpersonen Kredite ein.

2) Auf dem Primärmarkt für Wertpapierfinanzierung werden Aktien emittiert oder Anleihen aufgelegt. Das heißt, Unternehmer und Staaten beschaffen sich Geld, indem sie den Käufern auf den Wertpapiermärkten in Gestalt solcher Wertpapiere ein Anrecht auf Teile ihres künftigen Gewinns oder ihrer künftigen Steuereinnahmen in der Form von Dividenden oder Zinsen verkaufen.

3) Auf dem Sekundärmarkt für Wertpapierhandel werden die einmal ausgegebenen Aktien, Anleihepapiere und zunehmend Papiere mit kurzfristiger Laufzeit zum Gegenstand des Handels auf dem Finanzmarkt. Dies geschieht mit dem Ziel der Beteiligten, ihr Kapital durch Kurssteigerungen der erworbenen Wertpapiere oder durch spekulative Ausnutzung von Kursschwankungen zu verwerten.

4) Auf dem Währungsmarkt werden fremde Währungen (Devisen) gekauft, um damit Waren und Dienstleistungen aus einem anderen Land zu zahlen oder dort zu investieren. Mehr als 90 % der Devisenumsätze haben damit jedoch überhaupt nichts zutun, sondern zielen auf spekulative Gewinne durch das Ausnutzen oder Herbeiführen von Wechselkurschwankungen.

5) Derivate verkörpern Ansprüche oder Verpflichtungen aus Termingeschäften und sind von ihnen abgeleitet (lateinisch: derivatum, das Abgeleitete). Mit den Derivaten werden Ansprüche darauf gekauft, in der Zukunft zu einem festen Termin oder in einem bestimmten Zeitraum zu einem festgelegten Preis, Kurs oder Zinssatz z.B. eine Ware, Aktien, festverzinsliche Wertpapiere oder eine Fremdwährung erwerben zu können. Das Derivatpapier, das diese Option verbirgt, kann wie andere Wertpapiere gehandelt werden – auf dem Derivatemarkt. Derivate sind auch in einem anderen Sinne „abgeleitet“: ihr eigener Preis ergibt sich vor allem aus dem Preis des Basiswerts, auf den Derivate bezogen sind, und in der Regel aus der Kombination der Basiswerte mehrerer ganz unterschiedlicher Wertpapiere, die einem Derivat zugrunde liegen bzw. in Gestalt eines Derivatpapiers gebündelt werden.

SIEHE HUFFSCHMID, 2002: 25 FF.

5.1. Kredite, Kreditmärkte und Reichtum

Auf den Geldmärkten - wo vor allem kurzfristige Kredite zwischen den Banken deren Liquidität sichern - und auf den Kapitalmärkten

mit einer Laufzeit von Krediten über einem Jahr "verschwindet" Kapital keineswegs einfach. Wenn Kredite für Investitionen in Produktion und Dienstleistungen aufgenommen werden, vermag dies zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beizutragen. Wenn Unternehmen sich auf dem Primärmarkt für Wertpapierfinanzierung über die Emission von Aktien oder anderen Wertpapieren Liquidität, d.h. verfügbares Geld, beschaffen und diese für produktive Investitionen einsetzen, trifft das gleiche zu.

Wenn auf den Kapitalmärkten längerfristige Kredite für Investitionen in Produktion und Dienstleistungen aufgenommen werden, werden dadurch gegenwärtige wirtschaftliche Grenzen hinausgeschoben. Dies kann erheblich zur Erhöhung der Profite von Kreditnehmern, zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und unter bestimmten Voraussetzungen auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

Soweit die Finanzmärkte ihre ursprüngliche Funktion erfüllen – zum einen die Sammlung freier Anlagemittel der Anbieter von Geld und ihre Verwandlung in Geldkapital der Nachfrager nach anlagewilligem Kapital und zum anderen die Kreditschöpfung für diesen Zweck – sind Finanzmärkte nicht mit Spekulationsmärkten und nicht mit einem Abzocken von Kapital aus Produktion und Dienstleistungen gleichzusetzen. Das Gegenteil ist in diesem Fall richtig. Mit Entschiedenheit sei hervorgehoben:

Solange die Ausweitung des Kredits und die Emission von Wertpapieren der Finanzierung produktiver Investitionen für den Bedarf der Bevölkerung, von humanorientierten Dienstleistungen und öffentlicher Daseinsvorsorge dienen, haben sie wesentlichen Anteil an der Vergrößerung gesellschaftlichen Reichtums.

Dieser positive Effekt für Reichtumszuwachs schlägt jedoch in das Gegenteil um, wenn etwa in der spekulativen Erwartung eines profitträchtigen Innovationsbooms oder in leichtfertiger Überschätzung der Expansionspotenziale von Ländern oder größeren Regionen Kredite ohne ausreichende Risikoabsicherung und Bankenkontrolle exzessiv vergeben und spekulativ angelegt werden. Durch die Deregulierung der Finanzmärkte seit den 80er Jahren wurden staatliche Kontrollen von Finanzoperationen soweit abgebaut, dass dies massenhaft möglich wurde.

Beispiel: Südostasiatische Finanzkrise 1991

1997 hatte die Erwartung eines schier ewigen Booms in den südostasiatischen Tigerstaaten zu fast bedenkenloser Kreditgewährung an sie und zu spekulativen Aktienkäufen in der Region geführt. Allein die Forderungen der deutschen Großbanken in diesem Raum waren Ende 1997 auf über 200 Milliarden DM angestiegen.

Als aber die Auslandsverschuldung derart explodiert war, dass der kurzfristige Schuldendienst in Verzug geriet, als die Preise in den fernöstlichen Regionen um drei bis vier Prozent schneller als in den USA stiegen und auch dadurch die Überbewertung der Währungen der Tigerstaaten sichtbar wurde, begannen die ausländischen Anleger ihr Kapital zurückzuziehen. Die reichlich verfügbaren Kredite hatten zuvor auch die Immobilienpreise in schwindelhafte Höhen getrieben. Und die überbewerteten Böden hatten zeitweilig als Sicherheiten für weitere unverantwortbare Kreditaufnahmen gedient. Mit dem Rückzug des Auslandskapitals stürzten nun auch die Grundstückspreise ab.

Die bejubelte Hoffnungs- und Vorzeigeregion geriet ins Schleudern. Der Won, die südkoreanische Währung, verlor innerhalb weniger Monate die Hälfte seiner Kaufkraft. Malaysias und Thailands Währungen wurden um etwa 60 Prozent abgewertet. Die indonesische Rupiah büßte in einer einzigen Dezemberwoche die Hälfte ihres Wertes ein. In Japan, dessen Importe bis dahin zu rund 30 Prozent in die gebeutelten Krisenländer gingen, meldeten innerhalb weniger Monate fünf Wertpapierhäuser ihren Konkurs an.

Um ihre geschwächten Konkurrenzpositionen aufzubessern und zu niedrigsten Preisen exportieren zu können, wurden die Löhne in den Krisenländern um 30 und mehr Prozent gesenkt. In den Haushalten wurden die Sozialausgaben reduziert, um die Schuldendienstfähigkeit wiederherzustellen. Darauf bestanden der IWF, die Weltbank und auch die Deutsche Bundesbank, als sie die in die Schuldenklemme geratenen Staaten – vor allem Südkorea, Indonesien und Thailand – mit neuen Krediten von über 100 Milliarden stützten. Diese spektakuläre Hilfsaktion galt in erster Linie den Großbanken der westlichen Hauptländer. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. De-

zember 1997 schrieb: „In Südkorea entfällt etwa die Hälfte der ... Schulden auf Banken, die sich ihrerseits vielfach bei internationalen Banken refinanziert haben.“ Nicht die asiatischen Konkurrenten oder gar die Bevölkerung der Krisenstaaten sollten in der Finanzkrise abgesichert werden, sondern die Schuldner dort sollten im Interesse der Forderungen internationaler Banken an sie vor dem Absturz bewahrt werden.

Das Fazit: Die südostasiatische Finanzkrise entstand aus spekulativen Transaktionen des internationalen Finanzkapitals zur Mehrung des eigenen Reichtums. Sie vernichtete z. B. in Südkorea innerhalb von sechs Monaten die Reichtumszuwächse von elf Jahren. Durch Interventionen von IWF und Weltbank wurde eine Ausweitung der Krise auf das ganze Weltfinanzsystem verhindert. Die internationalen Gläubigerbanken wurden vor den größten Verlusten bewahrt. Aber die Bevölkerung der betroffenen Länder musste die Krise mit Realeinkommensverlusten, mit Arbeitslosigkeit durch Firmenbankrotte und im Gefolge der Rationalisierungsprozesse bezahlen, die der Krise als Ausgleich folgten. Weitere Reichtumsumverteilung von unten nach oben war das Resultat.

5.2. Aktienbestand, Wertpapierhandel und Reichtum

Im Jahr 2000 betrug der Kurswert aller gehandelten Aktien 31,1 Billionen Dollar im Vergleich zu 2,9 Billionen Dollar 1980. Das entspricht einer Steigerung auf das 10,7fache. Der weltweite Börsenhandel stieg dagegen in diesem Zeitraum auf das 187fache (Huffschnid, 2002: 39 ff.). Die Aktien verbleiben also nicht so lange wie früher in der Hand eines Aktionärs, sondern wechseln heute in der Hoffnung auf Spekulationsgewinne schneller den Eigentümer. Das Interesse an der Dividende tritt erheblich hinter die Erwartung auf einen Aktienkursgewinn, des shareholder value, zurück. Mehr noch als ein Anteil von dem realen Wertzuwachs in Gestalt der Dividenden wird ein davon zunehmend abgekoppelter Vermögenszuwachs aus bloßen Kurssteigerungen und aus Spekulationen erstrebt.

Jörg Huffschnid verweist darauf, dass die private Unternehmensfinanzierung über Anleihen nur eine relativ geringe Rolle spielt (Huffschnid, 2002: 31 ff.). Erheblich größer ist die Rolle von Anleihen für die Finanzierung staatlicher Einrichtungen. Die durch-

schnittliche Neuverschuldung auf den weltweiten Anleihemärkten betrug bei starken Schwankungen im Zeitraum von 1990 bis 2000 947,5 Milliarden Dollar pro Jahr (berechnet nach Huffschmid, 2002: 33). Der Handel mit Anleihen wuchs stärker als ihr Bestand. Besonders deutlich treten die alchimistischen Züge der Finanzmärkte bei der Zeichnung von Staatsanleihen zutage. Diese sind das Resultat von Haushaltsdefiziten. Wenn die Steuern nicht erhöht werden sollen und die Aufgaben des Staates nicht beliebig verringert werden können, die Staatseinnahmen aber nicht für die Staatsausgaben ausreichen, muss der Staat Schulden machen. Er nimmt Kredite auf oder gibt Staatsobligationen aus. Diese gelten ihren Käufern nun als Kapital, weil sie regelmäßig Zinsen abwerfen. Aber solches "Kapital" ist eine Fiktion. Die Staatswertpapiere sind weiter nichts als Schuldscheine des Staates, die ein Anrecht auf einen Anteil an seinen künftigen Steuern in Gestalt der Verzinsung der Anleihepapiere versprechen. Schulden verwandeln sich in Gewinnansprüche der Inhaber von Staatsanleihepapieren, die von den Steuerzahlern aufzubringen sind. Die Gläubiger des Staates, in der Regel Großbanken, große Konzerne und die Eigentümer großer Vermögen werden reicher - zu Lasten der Mehrheit der Steuerzahler. Staatsschulden und die Staatsanleihen als Instrument der Verschuldung werden zu einer riesigen Maschinerie der Reichtumsumverteilung von unten nach oben.

5.3. Derivatenbestand und Derivatenhandel

Mehr noch als Aktien und Anleihen sind Derivate zu Objekten der Spekulation und Bereicherung geworden. Da in ihrer Gestalt ein Preis für den erst in der Zukunft liegenden Kauf oder Verkauf von Waren und häufiger noch von Wertpapieren unterschiedlichster Art vereinbart wird, erhoffen sich Käufer und Verkäufer eine Sicherung gegen solche Preis-, Kurs- und Zinsveränderungen, die ihnen Nachteile bringen könnten. Aber mehr und mehr wird diese Sicherungsfunktion von spekulativen Zielen überlagert.

Derivate erreichen Jahresumsätze von mehreren hundert Billionen Dollar. Der Nominalbestand betrug 1990 5,7 Billionen Dollar und war 2001 schon auf 123,3 Billionen Dollar gestiegen. Der weltweite Umsatz der an Börsen gehandelten Derivate lag 1990 bei 123,4 Billionen Dollar und erreichte 2001 593,7 Billionen (Huffschmid, 2002: 58).

Nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bezog sich schon 1998 weniger als ein Prozent des Derivatenmarktes

auf stoffliche Güter. Die absolut überwiegende Masse der Umsätze entfiel auf so genannte Finanzprodukte, auf Wertpapiere, die immer mehr eine kaum durchschaubare Kombination unterschiedlicher einzelner Wertpapiere darstellen (BIZ, 1998: 4). Nur wenige, die Derivate kaufen oder verkaufen, wissen genau, welche Basiswertpapiere sich hinter den jeweiligen Derivaten verbergen, geschweige denn, mit welchen realen Wirtschaftsvorgängen sie überhaupt noch verbunden sind. Die abenteuerliche Höhe der Derivatenumsätze, die die Höhe des Welthandelsumsatzes bei weitem übersteigt, deutet darauf hin, dass aus Sicherungs- und weit mehr noch aus Spekulationsgründen ein extrem aufgeblähter Überhang von fiktivem Kapital auf den internationalen Finanzmärkten vagabundiert.

Mehr noch als für andere Vorgänge auf den internationalen Finanzmärkten trifft auf die Spekulation mit Derivaten ein Vergleich mit der frühen Alchimie zu. Häufig ohne zu wissen, aus welchen realen Vorgängen Gewinne entspringen sollen, wird in oft sekundenschnellen Entscheidungen mit dem Gebräu von Aktien, Obligationen, Zins- und Währungsfutures, Zins- und Währungsoptionen, Aktienindexfutures und Aktienoptionen, Zins- und Währungswaps in der Erwartung wachsenden Reichtums spekuliert, um mehr „Geld zu machen“.

Eine exakte Gegenfolie zur spekulativen Steigerung von Kapitalgewinnen durch rastlosen Kauf und Verlauf von Wertpapieren liegt der Ausgangssituation in Andreas Eschenbachs Roman „Eine Billion Dollar“ zugrunde:

John Fontanelli, ein mittelloser Student, erhält die Aufforderung zu einer Testamentseröffnung im New Yorker Waldorf Astoria Hotel. Er folgt ihr voller Zweifel. Vier Anwälte der Dynastie Vecchi sitzen ihm an einem prachtvollen ovalen Tisch gegenüber, vor sich je eine kostbare Ledermappe. Der erste Anwalt schlägt die Dokumentenmappe auf und erklärt ihn zum Erben von 80.000 Dollar. Als John wie benommen das Erbe annimmt, verkündet der zweite Anwalt ihm die in Wahrheit weit größere Erbschaft: Vier Millionen Dollar. Nur mit Mühe kann John sich fassen. Der dritte Anwalt wartet, ehe er seine Mappe aufschlägt, um keinen Schock auszulösen: „John, Sie müssen lernen, in großen Dimensionen zu denken.“ Stille – und in die Stille: „Zwei Milliarden Dollar“. Die Zahl lastet auf Johns Schultern wie ein tonnenschweres Gewicht. Sein Herz

rast.

Im Jahr 1495 hatte ein Florentiner Urvorfahr in heutigen Geldwert umgerechnet ein Erbe von 10.000 Dollar für den jüngsten erwachsenen Spross der Familie Fontanelli nach exakt 500 Jahren festgesetzt und der Anwaltsfamilie Vecchi die Vollstreckung des Testaments übertragen. 500 Jahre hatten die Anwälte in der Generationenfolge der Kanzlei getreulich Buch über die Vermehrung des fremden Vermögens durch Zins und Zinsezins auf verschiedenen Bankkonten geführt. Im Jahr 1819 war nach 324 Jahren die Summe von einer Milliarde erreicht – weniger, als ein einziger großer Coup George Soros innerhalb von Stunden bei seiner Spekulation gegen das britische Pfund einbrachte.

Der vierte Anwalt öffnete, nachdem John seine Fassung wieder gewonnen hatte, die vierte Mappe: „Eine Billion Dollar“ – mit der Auflage verantwortungsvollen Umgangs mit diesem Reichtum ...

Heute wird auf den Derivatmärkten das Mehrhundertfache von dieser über 500 Jahre gewachsenen Romansumme umgesetzt.

ESCHENBACH,2003

5.4. Devisen, Devisenmärkte und Reichtum

Devisen werden benötigt, um den grenzüberschreitenden internationalen Handel von Gütern und Dienstleistungen zu bezahlen. Doch auf den internationalen Devisenmärkten sind Sicherungsziele mit spekulativen Zielen eng verknüpft. Importeure und Exporteure sind an Wechselkurssicherungsgeschäften interessiert. Sie schließen Termingeschäfte auf der Basis eines bestimmten erwarteten Wechselkurses ab, um durch den so vereinbarten Terminkurs gegen Schwankungen der realen Marktkurse gesichert zu sein. Diese Vereinbarungen werden durch einen Terminvertrag bei den Hausbanken der Partner abgestützt, die ihrerseits Terminverträge bei einer Devisenhändlerbank gegen unerwartete Auf- und Abwertungen schließen. Schon diese Sicherung (Securisation) führt ebenso wie im Derivat Handel zu riesigen Transaktionskosten, die einen Abzug von möglichen Investitionen in Produktion und Dienstleistungen bilden oder diese stark verteuern. Dies kommt erheblichen Reichtumsverlusten gleich.

Diese Reichtumsverluste für die Gesellschaft durch den Aufwand für Absicherungszwecke wird jedoch für erfolgreiche Devisenspekulanten bei weitem durch ihre Gewinne aus spekulativen Devisenumsätzen übertroffen. Gesellschaftlicher Reichtum und Kapitalreichtum sind eben nicht nur verschiedene Begriffe, sondern diese bilden widersprüchliche Verhältnisse in der Wirklichkeit ab. 1979 lag der arbeitstägliche weltweite Devisenhandel noch bei 120 Milliarden Dollar, im Jahre 1998 bei 1490 Milliarden und 2001 bei 1210 Milliarden (Huffschmid, 2002: 44).

5.5. Finanzgetriebenes Akkumulationsregime – Grundmerkmal des neoliberalen Kapitalismus

Die explosionsartige quantitative Ausweitung der Finanzmärkte, ihr ungleich schnelleres Wachstum als das der Warenmärkte und der übrigen Dienstleistungsmärkte, die neue Zentralität der Finanzinvestitionen im Vergleich zu produktiven Investitionen und das erst-rangige Gewicht des shareholder value und der Kursentwicklung von Aktienwerten für Entscheidungen des Topmanagements deuten auf eine einschneidende Veränderung des Kapitalismus seit den 70er Jahren und besonders seit Mitte der Achtziger hin. Sie wird in der Literatur als „finanzdominiertes Akkumulationsregime“ (Chenais, 2004), als „finanzgetriebenes Akkumulationsregime“ (Aglietta, 2000a, 2000b; Boyer, 2000) oder als „Akkumulationsregime des Vermögensbesitzes“ bezeichnet.

Das finanzgetriebene Akkumulationsregime kann als ein wesentliches Strukturmerkmal des neoliberal geprägten Kapitalismus angesehen werden. Dafür sprechen das quantitative Gewicht der Finanzmärkte, die Rolle des shareholder value und die für Finanzinvestitionen von Gewinnern erzielbaren Profitmargen als Orientierungsmaß für Kapitalanleger schlechthin, die besonders weitgehende Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte und ihre Globalisierung. Sie sind die Avantgarde-Märkte im neoliberalen Globalisierungsprozess.

Ob die finanzgetriebene Akkumulation tatsächlich der für den neoliberal geprägten Kapitalismus am meisten charakteristische Prozess ist oder als einer seiner besonders wichtigen Züge angesehen werden sollte, ist unter den Kapitalismusforschern umstritten. Chenais

selbst verweist beispielsweise darauf, dass eine finanzdominierte Akkumulation bisher nur im Ursprungsland dieses Regimes, in den USA, in vollem Maße ausgeprägt ist (Chenais, 2004: 218).

Festzuhalten ist, dass die Reichtumsentwicklung eng mit allen charakteristischen Prozessen des neoliberalen Kapitalismus korreliert: mit einer neuen Zentralität des globalisierten Marktmechanismus im Verhältnis zu (soviel) staatlicher Regulierung, mit der Dominanz der Finanzmärkte und des finanzgetriebenen Akkumulationsregimes in diesem Rahmen, mit einer neuen Dimension der Kommodifizierung, d. h. der Verwandlung bisher öffentlicher Güter in Waren (Kapitel 2.3.), mit einer „Ökonomie der Enteignung und Entsicherung“ (Kapitel 1.4.) und mit einer abermals verstärkten Rolle der Gewalt in der Ökonomie bis zu imperialen Herrschaftsformen (Kapitel 3.2.).

In der hier vorliegenden Schrift geht es jedoch nicht um eine nähere Analyse des finanzgetriebenen Akkumulationsregimes, sondern um dessen Zusammenhang mit der Reichtumsentwicklung.

Der kurze Exkurs über Kredit-, Wertpapier-, Derivat- und Devisenmärkte und die daraus gewonnenen Impressionen ermöglichen nun, systematischer der Frage nach dem Zusammenhang von internationalen Finanzmärkten und dem Verbleib sowie der Entwicklung des Reichtums nachzugehen.

5.6. Profite auf den Finanzmärkten - Reichtumszuwachs oder Reichtumsverlust?

Eine verbreitete Deutung des Zusammenhangs von Finanzmärkten, von Reichtumszuwachs auf der einen Seite und öffentlicher Armut sowie privaten Einbußen an Einkommen und sozialer Sicherheit auf der anderen Seite ist die folgende Annahme: Wenn wachsende Teile des Kapitals in die Spekulation mit Wertpapieren und Devisen fließen, wenn auch ein Teil der vergebenen Kredite der Finanzierung von Spekulation dient, kommt dies einem Abzug von „an sich“ denkbaren Investitionen in Produktion und humanorientierten Dienstleistungen gleich. Michel Albert beispielsweise meint: "Der Spekulant gewinnt gegenüber dem Industrieunternehmer Oberhand, die leicht zu erzielenden kurzfristigen Gewinne unterminieren die kollektiven Reichtümer der langfristigen Investitionen." (Albert,

1991: 104). Das reale Sozialprodukt - und damit der verfügbare Reichtum in der Gesellschaft - wächst daher weit weniger als möglich wäre, würde das Kapital nicht in Erwartung höherer Profitmargen auf die Finanzmärkte statt in die Produktion drängen.

Die eben zusammengefassten Daten über den Umfang der spekulativen Prozesse in den verschiedenen Segmenten des Finanzsektors sprechen dafür, dass dieser Wachstumsverlust für die Gesellschaft extrem sein könnte. Allerdings wäre das ein Verlust, der die Gewinner auf den Finanzmärkten erheblich reicher macht als durch die Verwandlung von Geldkapital in Investitionskapital, das die Produktionsanlagen und Dienstleistungen ausweitet. Eben dies veranlasst sie ja zu Finanzinvestitionen. Zuwachs von Kapitalreichtum und Verluste an gesellschaftlichem Reichtum sind die gegensätzlichen Seiten eines Prozesses.

Die Gewinne der Finanzakteure sind Teil der privaten Haushaltseinkommen. Sind sie demnach also doch kein Abzug vom möglichen Reichtum in der Gesellschaft, sondern vermehren ihn sogar? Oder ist diese Vermehrung zugunsten der "Finanzgenies" per Saldo ein antisoziales Nullsummenspiel für die Reichtumsentwicklung, weil der Bereicherung der einen Verluste der anderen und zudem Verluste für die Gesellschaft entgegenstehen? Diese Auffassung wird hier vertreten.

Die Beantwortung dieser Fragen verlangt eine **Nur fiktives Kapital** Verständigung über den *Charakter des Kapitals*,

das sich da im Umfang von vielen Billionen Dollar in Gestalt von Zahlenkolonnen auf den Bildschirmen der Finanzinvestoren bzw. der Investmentbanken und institutionellen Anleger, der Broker und

Börsen in Echtzeit per Cyberspace rund um die Erde bewegt. Als uns eben die Staatsobligationen begegneten, die als Schuldscheine ihren Käufern, den Gläubigern des Staates, einen Regelsanspruch auf einen Teil der künftigen Steuereinnahmen sichern, war von "fiktivem Kapital" die Rede. Die Tatsache, dass der Staatsschuldschein regelmäßiges Einkommen

"Die Bildung des fiktiven Kapitals nennt man kapitalisieren. Man kapitalisiert jede sich regelmäßig wiederholende Einnahme, indem man sie nach dem Durchschnittszinsfuß berechnet, als Ertrag, den ein Kapital, zu diesem Zinsfuß ausgeliehen, abwerfen würde."

MARX, DAS KAPITAL, BD. III, MEW, BD. 25: 484

- Zinszahlungen nämlich - garantiert, erweckt ebenso wie eine Aktie, die den Anspruch auf Dividende verkörpert, die Vorstellung, da hätte der Wertpapierbesitzer ein Kapital in der Hand, aus dem Zins o-

der Dividende entspringen würden. Tatsächlich bestätigen Staatsobligationen oder Aktien nur, dass irgendwann Geldkapital in die Verfügung des Staates oder in Betriebskapital eines Unternehmens übergegangen ist. "Aber dieses Kapital existiert nicht doppelt ..." (Marx, MEW, Bd. 25: 485). Allerdings entsteht der Schein des Doppelten. Eine Aktie, die eine Dividende von 10 Euro abwirft, scheint bei einer Zinsrate von beispielsweise 5 Prozent der Ertrag eines Kapitals von 200 Euro zu sein und erlaubt, die Aktie für diesen Preis zu verkaufen.

Dieses Kapital von 200 ist jedoch eine Fiktion. Es ist nur fiktives Kapital. Der Wert einer Aktie oder eines anderen Wertpapiers ist stets nur der kapitalisierte Ertrag, d.h. ein Betrag, berechnet auf ein Kapital, das allein als Illusion existiert.

Der fiktive Charakter von Wertpapieren wird offensichtlich, wenn sich die Kurse dieser Papiere, d.h. die Preise, zu denen sie auf den Wertpapiermärkten gehandelt werden, gegenüber den ökonomischen Realprozessen verselbständigen.

Würde beispielsweise die Europäische Zentralbank ihre Zinspolitik bei der Refinanzierung von Krediten so verändern, dass ein bisher angenommener Zinssatz halbiert wird - etwa von 5 auf 2,5 Prozent - so erschiene eine Dividende von 10 Euro plötzlich nicht mehr als entsprungen aus einem Kapital von 200, sondern von 400 Euro. Zumindest steigen in solchem Falle die Aktienkurse. Die Aktie hätte ihren "Wert", den shareholder value, verdoppelt oder wenigstens erhöht - völlig unabhängig von der Größe des Realkapitals, das sich bei der Emission dieser Aktie eine Summe in Höhe ihres Kaufpreises einverleibt hatte und von dessen Wertzuwachs die Dividende doch nur ein abgezweigter Teil ist.

Kursgewinne aus dem ökonomischen Nichts

Schon Andeutungen des Chefs der US-Zentralbank oder des Präsidenten der Europäischen Zentralbank über mögliche künftige Zinsbewegungen können die Aktienkurse weltweit in Bewegung bringen. Auch spekulative Aktivitäten, Hoffnungen auf profitträchtige Innovationen, Wahlergebnisse, Kriege, die Veröffentlichung eines Geschäftsklimaindexes, Terrorakte oder die Ankündigung der Entlassung von ein paar tausend Beschäftigten vermögen die Wertpapierkurse nach oben oder nach unten zu treiben. Aus dem ökonomischen Nichts kann riesiger Reichtumszuwachs der einen oder ruinöser Verlust der anderen resultieren. Die irrationale "Alchimie des Geldes" gewinnt auf den Finanzmärkten neue Dimensionen.

Wie aber wirken solche spekulativen Bewegungen des fiktiven Kapitals auf die Reichtumsentwicklung? Marx' Antwort war eindeutig: "Soweit die Entwertung oder Wertsteigerung dieser Papiere unabhängig ist von der Wertbewegung des wirklichen Kapitals, das sie repräsentieren, ist der Reichtum einer Nation gerade so groß vor wie nach der Entwertung oder Wertsteigerung." (Marx, ... MEW, Bd. 25: 486) Sind die Folgen explosiver Ausweitung der internationalen Wertpapiermärkte für die Reichtumsentwicklung also tatsächlich gleich Null? Solche Annahme wäre ein Fehlschluss. Das Anwachsen oder die Entwertung von fiktivem Kapital mögen für die Gesellschaft als Ganzes per saldo nicht identisch mit Zuwachs oder Verringerung von Reichtum sein. Aber diese Prozesse haben gleichwohl Folgen für Wirtschaftsakteure und Betroffene in der einen oder anderen Richtung, vor allem positive Folgen für die Gewinner und negative für die Verlierer und die Stabilität der Gesellschaft.

Die Finanzmärkte haben zutiefst ambivalente Wirkungen. Sie mobilisieren durch Kreditvergabe und Wertpapieremissionen erdumspannend Kapital für dessen Konzentrationsprozesse, für die Ausweitung von Produktion und Dienstleistungen. Aber zugleich fördern sie dadurch den Ausbruch von Widersprüchen und Konflikten auf globaler Ebene. Finanzmärkte sind der Ort der Realisierung von ungeheurem Reichtum der finanzkapitalistischen Gewinner und der Vernichtung des Geldvermögens von Millionen Anlegern zugleich. Sie sind eine Arena der Kumulation ungelöster Weltprobleme.

Zeitweilig vermag die Ausweitung der Kredit- und Aktienmärkte das Wirtschaftswachstum beträchtlich zu fördern. Der Reichtum wächst, soweit Kapital für industrielle und Dienstleistungsinvestitionen mobilisiert wird.

So geschah es in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in den USA mit wachstumsfördernden internationalen Wirkungen. In Erwartung schier unbegrenzter künftiger Märkte der New Economy auf der Grundlage von Informations- und Kommunikationstechnologien fanden eine enorme Kreditausweitung und ein gewaltiger Schub von Aktienemissionen statt.

In Weltkonzernen wie Enron, WorldCom, Xerox, AOL Time Warner, Merrill Lynch und in vielen anderen Unternehmen wurden die Geschäftsbilanzen gefälscht, um die Aktienkurse und damit auch die zum Teil aus Aktienbeteiligungen bestehenden Einkommen der

1. Spekulative Wachstums- anstöße und Kapi- talverwertung

Spitzenmanager zu stützen. Die zeitweilig kometenhafte Steigerung der Aktienwerte verführte auch viele „kleine Leute“ zu Aktienkäufen. Eine riesige Spekulationsblase entstand. Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger und jahrelang Chefvolkswirt der Weltbank, schrieb: „Wir wissen immer noch nicht, wie viel von den so genannten privaten Kapitalanlagen der 90er Jahre hinausgeworfenes Geld waren; aber selbst wenn wir davon ausgehen, dass nur ein Bruchteil des Wertverlusts von Aktien auf Fehlinvestitionen zurückzuführen ist, muss die Zahl doch in die Hunderte von Milliarden Dollar gehen.“ (Stiglitz, 2003: 48)

Die Finanzmärkte förderten das Wachstum und den *Reichtumszuwachs* und führten durch ihren spekulativen Charakter zum nachfolgenden Einbruch des Wachstums, zur Entwertung von überakkumuliertem Kapital durch dessen Nichtauslastung bis zu massenhaften Konkursen und zu vergrößerter Massenarbeitslosigkeit. *Reichtumsverluste* durch die Entwertung von Fehlinvestitionen und Geldvermögen sind Wirkungen der Finanzmärkte, die mit ihren wachstumsfördernden Effekten eng verbunden sind.

„Das Kreditwesen beschleunigt daher die materielle Entwicklung der Produktivkräfte und die Herstellung des Weltmarkts ...“ Das Kreditsystem ist "die Triebfeder der kapitalistischen Produktion, Bereicherung durch Ausbeutung fremder Arbeit, zum vereinten und kolossalsten Spiel- und Schwindelsystem zur entwickeln und die Zahl der den gesellschaftlichen Reichtum ausbeutenden Wenigen immer mehr zu beschränken..."

MARX, MEW, BD. 25: 447

Daran wird sichtbar, dass die spekulative, von realem Wertzuwachs durch Produktionssteigerung abgekoppelte Kurssteigerung von Aktien und anderen Wertpapieren kein dauerhafter volkswirtschaftlicher Wertzuwachs ist, sondern Fiktion, die irgendwann zusammenbricht. Wenn die spekulativ in die Höhe getriebenen Aktienwerte und andere Finanzprodukte plötzlich massenhaft auf den Markt geworfen werden - etwa weil ihre Überbewertung durch die Zahlungsunfähigkeit einzelner

bedeutender Kreditnehmer deutlich sichtbar wird oder weil die Gefährdung der Schuldendienstfähigkeit eines hochverschuldeten Landes in den Blickpunkt gerät - stellt sich zeitlich gerafft heraus, dass hinter den überhöhten Kursen von Wertpapieren oder Währungen keine reale Wirtschaftsleistung steht. Die spekulative Blase platzt. Aktienkurse und Bodenpreise stürzen ab. Währungen müssen dramatisch abgewertet werden. Die Begrenztheit des Bruttoinlandsprodukts, das eben noch einen profitträchtigen Finanzüberbau zu tragen schien, wird offen erkennbar. Der anfängliche Boom hinter-

lässt dann extreme Verluste bei denjenigen Finanzanlegern, die ihre überbewerteten Finanzvermögen (Assets) nicht rechtzeitig in weniger spekulative Anlageobjekte verwandelt haben. Banken und institutionelle Anleger gehen in Konkurs. In der Regel betreffen die Verluste vor allem die Kleinanleger, nicht selten aber auch große Spekulanten.

Wachstumsdämpfung findet jedoch nicht nur als Folge des Platzens einer Spekulationsblase statt. Als Gegentendenz zur wachstumsstimulierenden Wirkung des Kreditsystems

ist solche Dämpfung *ein dauerhafter Effekt der Finanzmärkte.*

Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf beschreiben diesen permanenten Negativeffekt der Kapitalanlage auf Finanzmärkten statt in der Produktion wie folgt: "Die Konsequenzen sind nicht nur für Schuldner prekär, sondern auch für die mittel- und längerfristige Wirtschaftsentwicklung, die ja von realen Investitionen bestimmt wird. An einem Beispiel kann dies verdeutlicht werden.

Wenn von einem Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 100 drei Viertel (also 75) an die nun Einkommensbezieher gehen und konsumiert werden, bleibt ein Viertel (25) den Profitbeziehern. Von den 25 werden 5 zu 10 Prozent auf internationalen Finanzmärkten angelegt. 20 Einheiten werden investiert, die bei einem Kapitalkoeffizienten von 4 einen Zuwachs des BIP von 5 Prozent erbringen. Mit den Zinsen von 0,5 (10 Prozent von 5), wächst also das BIP von 100 auf 105,5. Angenommen, dass bei gleicher Verteilung zwischen Lohneinkommen und Profiten nun statt 5 Einheiten 20 Einheiten zu 10 Prozent auf Finanzmärkten angelegt und nur noch 5 Einheiten real investiert werden, verändert sich das Bild. Der Zuwachs beträgt nur noch 2 (10 Prozent von 20) zuzüglich 1,25, also insgesamt 3,25. Das BIP steigt unter sonst gleichbleibenden Angaben auf gerade 103,25." (Altvater/Mahnkopf, 1996: 158)

2. Permanente Wachstumsdämpfung

"Mit der Herausbildung und zunehmenden Bedeutung von Wertpapiermärkten hat ein neues Paradigma Einzug in die Theorie gehalten. Es beruht auf einer Neu- oder Umdefinition des Investitionsbegriffs ... Als Investition wird in diesem Paradigma jede Anlage von Geld, ja das Halten von Geld selbst bezeichnet ... Auch Sparen ist Investition, nämlich in Geldvermögen."

HUFFSCHMID, 1999: 40

3. Der Mechanismus der Wachstumsverlangsamung

Auf absurde Weise beruht die Reichtumsexplosion bei den Gewinnen auf den Finanzmärkten nicht selten auf der Verlangsamung

des realwirtschaftlichen Wachstums. Die Finanzmärkte, die das Wachstum einerseits beschleunigen können, schließen andererseits einen spezifischen Mechanismus der Wachstumsverlangsamung ein.

Die Dominanz des Profits als des in letzter Instanz entscheidenden Maßes in der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft und die diesem Maßstab entsprechende neoliberale und neosozialdemokratische Politik üben wachsenden Druck auf Löhne und Sozialausgaben aus. Das begrenzt die Kaufkraft und den Absatz auf den Binnenmärkten. Als Ausweg aus dieser Situation wird die Weltmarktexpansion und in besonderem Maße die Anlage von Kapital auf den Finanzmärkten forciert.

Die schnelle Umschlagzeit von Finanzinvestitionen im Unterschied zu den langen Umschlagzeiten von Investitionen in Produktionsanlagen steigert die dort erreichbaren Profitraten. Die Spekulation potenziert diese Chancen. Kurssteigerungen von Wertpapieren – Erhöhung des shareholder value also – und von Währungen können schlagartig riesigen Reichtum für die Gewinner einbringen, von Reichtum, der überwiegend in der Sphäre des Geldkapitals verbleibt und nicht in produktive Investitionen zurückverwandelt wird (Conert, 1998: 403).

Die durch diesen Verbleib bedingte Verlangsamung des realwirtschaftlichen Wachstums schlägt negativ auf die Einnahmen der Staatshaushalte zurück – zumal die aus Finanztransaktionen stammenden Profite der Besteuerung weitgehend entzogen sind. Die wachsenden Budgetdefizite führen zur Erhöhung der Staatsschulden durch Kreditaufnahme, die vor allem bei den Großbanken und institutionellen Anlegern erfolgt. Der Schuldendienst steigt an; die Staatsverschuldung wirkt – eben bereits dargestellt – als riesiger Umverteilungsmechanismus zu Lasten der Steuerzahler und zugunsten vorwiegend großkapitalistischer Gläubiger. Die Haushaltsmisere wächst mit dem Schuldendienst an. Die neoliberal inspirierte Reaktion darauf ist weiterer Sozialabbau zur Entlastung der Haushaltsausgaben.

Schuldendienstpflichtigkeit bricht Sozialpflichtigkeit. Das ist die eine Reaktion der herrschenden Politik.

Die andere Reaktion ist der Versuch, in der Hoffnung auf Wachstumsimpulse Investoren in das Land oder in die Region zu holen. Als Preis dafür entgleitet den Staaten in erheblichem Maße die Steuerung der Geldmenge, der Zinsmargen und Währungskurse zu-

gunsten ihrer unkontrollierten Bewegung auf den Finanzmärkten (Conert, 1998: 406). Die Politik unterwirft sich mehr und mehr den Profitinteressen der Investoren. Das führt zu Steuersenkungen für diese, zum Zuschnitt von Infrastrukturinvestitionen auf spezielle Konzernbedürfnisse (z.B. Zufahrtstraßen, Wasserverbindungen, Flughafenausbau), zu fortschreitender Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Beschneidung der Arbeitnehmerrechte, Lockerung des Kündigungsschutzes und einseitiger Konzentration der Geldpolitik auf Geld- und Währungsstabilität, weil davon der "Realwert" der finanzkapitalistischen Geldvermögen abhängt (Alt Vater/Mahnkopf, 1996: 65).

Wiederum bestätigt sich: der Reichtumszuwachs der erfolgreichen Akteure auf den Finanzmärkten wird mit der Verringerung selbst bescheidener Wohlfahrt bei großen Teilen der Bevölkerung bezahlt.

Per saldo trägt der rasante Bedeutungszuwachs der Finanzmärkte erheblich zu einem *tiefgehenden Wandel der gesamten kapitalistischen Regulationsweise* bei.

4. Wandel der Regulationsweise - verkürzte Horizonte

In dem Verhältnis zwischen Marktregulation und staatlicher Wirtschaftspolitik vollzieht sich mit der Explosion der Finanzmärkte eine starke Gewichtsverschiebung zugunsten des Weltmarktes und vor allem der Finanzmärkte.

Die weitgehende Liberalisierung des Kapitalverkehrs bei starkem Abbau staatlicher Kontrollen hat für das Kapital unbeschränkte Möglichkeiten der Abwanderung in das Ausland eröffnet (Exit-Option). Wann immer steuer-, sozial- oder umweltpolitische Entscheidungen einer Regierung ihren Unternehmerinteressen nicht entsprechen, drohen vor allem große Firmen mit der Verlagerung ihrer Kapitalanlagen in das Ausland und schränken damit die staatliche Handlungsfähigkeit ein.

Die wirtschaftliche Strukturentwicklung wird immer weniger durch zivilgesellschaftliche Akteure oder von Seiten des Staates beeinflusst. Sie resultiert zunehmend aus Entscheidungen in den Führungsetagen der Banken und Investmentfonds. Die Interessen der Fondsmanager sind jedoch von kurzfristiger Natur. Strategische Gemeinwohlinteressen geraten in den Hintergrund.

Eine absurde Konstellation ist eingetreten. Hochtechnologien mit einschneidenden Wirkungen auf das Leben der Mehrheit bedürfen strategischer Einbettung in Gemeinwohlinteressen. Der Absturz vieler Völker in das Elend vollständiger Perspektivlosigkeit erfordert neue Entwicklungsstrategien. Der demografische Wandel verlangt nach Regelungen, die über Jahrzehnte tragen. Unsicherheit hat sich in allen Poren der Gesellschaft eingenistet. Soziale Maßstäbe für die Suche nach Sicherheiten und gesellschaftlichen Zusammenhalt sind dringlicher denn je. Aber just in dieser Lage extremen Bedarfs nach verantwortlicher politisch-strategischer Gestaltungsfähigkeit gesellschaftlicher Akteure explodieren die Finanzmärkte - Märkte, auf denen Minutenhorizonte über Milliardenengeschäfte entscheiden und die in jedem Fall das Gegenteil von strategischen Institutionen sind.

Der auf den Finanzmärkten realisierte Reichtum lebt von Barrikaden gegen Zukunftsstrategien nachhaltiger Entwicklung. Der gegenwärtige Wirkungsmechanismus der Finanzmärkte gefährdet die künftige Entwicklung des Reichtums.

5. Entwicklungs- länder in der Gewalt des Fi- nanzkapitals

Die Aufhebung fester Währungskurse und die weitgehende Rücknahme von Kontrollen über die internationalen Kapitalströme waren bewusste politische Entscheidungen unter neoliberalen Vorzeichen. Einmal auf solche Weise entfesselt, sind die Finanzmärkte selbst zu einer mächtigen treibenden Kraft neoliberal geprägter globaler Prozesse geworden. Unter ihrem Druck sind die Welthandelsorganisation (WTO), das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS), das Abkommen über handelsrelevante Aspekte geistigen Eigentums (TRIPS) und mehr als zwei Dutzend anderer internationaler Organisationen am Werk, um eine *totale Liberalisierung der Weltmärkte* durchzusetzen (Kaul, 2002; George, 2002; Fritz/Scherrer, 2002; Fritz, 2003). Jeder Schutz gegen ausländische Konkurrenz soll fallen - und sei dabei der Garau für eigene wirtschaftliche Entwicklungspotenziale wettbewerbsschwacher armer Länder noch so sicher (Brot für die Welt/weed/Evangelischer Entwicklungsdienst e.V., 2003; Martens/Hain, 2002). Ursprüngliche stark auf Eigenversorgung und örtliche Märkte ausgerichtete Wirtschaftsweisen werden zerstört, Hunderte Millionen Bauern und Kleinunternehmer ihrer Existenzgrundlagen beraubt

und auf den Arbeitsmarkt gedrängt. Aber dieser vermag sie nicht oder nur bei elender Zahlung aufzunehmen.

Wenn viele der so genannten Entwicklungsländer im Gefolge der Öffnung ihrer Märkte in Not und Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten, zwingen ihnen der Internationale Währungsfonds und die Weltbank im Rahmen von "Strukturanpassungsprogrammen" Konditionen für die Kreditaufnahme auf, die ihren Binnenmarkt strangulieren. Sie haben Importschranken noch weiter abzubauen und die Staatsausgaben im Interesse der Schuldendienstfähigkeit zu senken. Die Folge ist, dass die ohnehin schwache staatliche Investitionstätigkeit und damit die Binnennachfrage gedrosselt werden. IWF-Auflagen zur Kürzung der Sozialausgaben und Subventionen beschränken ebenfalls die Nachfrage auf den inneren Märkten. Obwohl die Weltbank in ihren Aufgabenkatalog die Armutsbekämpfung aufgenommen hat, birgt die radikale Liberalisierung der Weltwirtschaft für die Entwicklungsländer eine andauernde starke Tendenz zur Verfestigung von Armut. Als letzte Rettung und als oft einziger Wettbewerbsvorteil von Ländern der so genannten Dritten Welt bietet sich für sie eine noch weitere Senkung der Löhne oder zumindest anhaltender Druck auf das Lebensniveau der Bevölkerung an.

Auf die niedrigen Löhne in den armen Ländern verweisen dann Professoren, Unternehmerverbände und Politiker in der weltlichen Welt, um auch dort die Ausweitung des Niedriglohnsektors und die Senkung der Lohnnebenkosten zu begründen und damit die eigene Expansionsfähigkeit auf den Weltmärkten weiter zu stärken. Aber das Resultat ist eine weltweite Dämpfung der Massenkaufkraft, die Verlangsamung des Wachstums und massenhafte Arbeitslosigkeit, die doch nach den neoliberalen Annahmen durch Weltmarktexpansion überwinden werden sollte.

6. Globale Begrenzung der Massenkaufkraft

"Je mehr die deutsche Wirtschaft auf den Export von Waren und Dienstleistungen setzt, desto stärker muss sie sich den auf dem Weltmarkt herrschenden Bedingungen anpassen, und je mehr Industrien sich auf den Export von Gütern strukturell umstellen, desto stärker drücken Weltmarktbedingungen so auf Löhne und Sozialleistungen."

NORBERT REUTER, CHEFVOLKSWIRT
DER DEUTSCHEN BANK. 1996.

Dies ist also die Wirkung der Finanzmärkte als in besonderem Maße treibendes Medium der Weltmarktliberalisierung: Unterwerfung der ganzen Erde unter ein

und dieselben Marktregeln westlicher Prägung trotz der extremen Verschiedenheit der Existenzbedingungen in den fast 200 Staaten der Erde und der unüberschaubaren Vielfalt der Regionen; Einbeziehung von Hunderten Millionen Menschen des "Südens" in den Arbeitsmarkt; erdumspannender Wettbewerb um die Senkung der Arbeitskosten; systemische Begrenzung der Massennachfrage im globalen Maßstab.

Aber dies führt nicht allein deshalb zu sozialer Polarisierung, weil die Profite der "Finanzgenies" zu Lasten derer gehen, die in der Produktion die Dividenden auf das dort angelegte Kapital vermehren, zu Lasten der kleinen Anleger, die beim Platzen von Spekulationsblasen auf der Strecke bleiben, der Steuerzahler, aus denen die Zinsen für die Großgläubiger des Staates herausgeholt werden, und der Bevölkerung in den Entwicklungsländern, die große Teile ihres Bruttoinlandsprodukts für den Schuldendienst aufbringen müssen. Die Wirkung der Finanzmärkte ist noch umfassender:

Die Finanzmärkte vergrößern in einer grundsätzlichen, systemischen Weise die Kluft zwischen reich und arm. Denn von ihrem globalen Wirkungsmechanismus - der sich jenseits der staatlichen Souveränität jeder gesellschaftlichen Kontrolle und Regulierung entzieht - gehen ständig Anstöße zu weiterem Abbau sozialstaatlicher Regulation aus.

Die Grundelemente neoliberaler Politik - Liberalisierung des Weltmarktes durch radikale Beseitigung des Schutzes gegen übermächtige Auslandskonkurrenz, Privatisierung, Deregulierung und vor allem Abbau des Sozialstaats - werden um so mehr gestärkt, je mehr die transnationalen Unternehmen im Globalisierungsprozess Tatsachen in dieser Richtung schaffen. Und am meisten entstaatlicht, dereguliert und von nationalen und regionalen Interessen abgekehrt funktionieren die internationalen Finanzmärkte - bestimmt von den Profitinteressen des großen Finanzkapitals. Dessen Operationen rund um die Uhr und rund um den Erdball, hochgradig abgekoppelt von allen sozialen Verpflichtungen, verkörpern die neoliberalen Spielregeln am reinsten. Die Anpassung der Staaten an ihre Anforderungen erfolgen in aller Regel zu Lasten der Wohlfahrt großer

Teile der Bevölkerung. Fortschreitende Reichtumpolarisierung ist die Folge.

5.7. Den „wirklichen Reichtum“ respektieren: die Finanzmärkte re-regulieren

Was ist zu tun, um die negativen Wirkungen der internationalen Finanzmärkte auf die Reichtumsentwicklung zu begrenzen? Die Kämpfe darum werden langwierig sein.

In der Arena hektischer Bewegung von Billionen Dollar, Euro und Yen ist die Macht der Finanzimperien ebenso allgegenwärtig wie flüchtig zugleich. Außerhalb des Zugriffs nationalstaatlicher Institutionen dirigieren die Finanzjongleure die Kapitalströme in ständig wechselnden Gestalten rund um die Erde – stets auf der Jagd nach extraordinären Verwertungsbedingungen. Gegen die tausendgesichtige finanzkapitalistische Phalanx haben die überwiegend nationalstaatlich oder noch dezentraler organisierten Gewerkschaften und trotz ihrer globalen Vernetzung die neuen sozialen Bewegungen die weit schlechteren Karten.

Aber die zerstörerischen Tendenzen der Finanzmärkte machen sie gleichwohl angreifbar. Sie gefährden ihre eigenen Profiteure, da „Finanzmärkte ihrem Wesen nach instabil sind.“ (Soros, 1998: 14) So urteilt George Soros, der langjährige Chef der Quantum Group, eines der erfolgreichsten Investmentfonds der Welt. Er sieht in den Finanzmärkten den exponiertesten Ausdruck des Marktfundamentalismus und schreibt mit dem Wissen eines der erfolgreichsten Finanzspekulanten: „Der heutige Marktfundamentalismus ist eine wesentlich größere Bedrohung für die offene Gesellschaft als jede totalitäre Ideologie.“ (ebenda: 22) „Meine Befürchtung ist, dass die durch die Finanzkrise ausgelösten Entwicklungen letztlich das gesamte kapitalistische Weltsystem kippen“. (ebenda: 29)

Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger für Wirtschaft und von 1997 bis 2000 Chefvolkswirt der Weltbank, beschreibt in seinem Buch „Die Schatten der Globalisierung“ das Fehlen demokratischer Entscheidungsprozesse im Internationalen Währungsfonds (IWF), in der Weltbank und in der Welthandelsorganisation (WTO): „Nirgends entdeckte ich fundierte Diskussionen und Analysen der Folgen alternativer Politikansätze. Es gab ein einziges Rezept. Alternative Meinungen waren unerwünscht. Es gab kein Forum für offene, freie Diskussion, ja, sie wurde sogar unterbunden. Ideologische Erwägungen bestimmten die wirtschaftspolitischen Auflagen, und von den um Beistand ersuchenden Ländern erwartete man, dass sie die

Vorgaben des IWF ohne Diskussion umsetzen.“ (Stiglitz, 2002: 12) Und Stiglitz beklagt „die Heuchelei, so zu tun, als wolle man den Entwicklungsländern helfen, während man gleichzeitig eine Politik betreibt, die die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer – und immer zorniger – macht.“ (ebenda: 13) Aus dem Terroranschlag vom 11. September 2001 schlussfolgerte er: „Wir sind eine globale Schicksalsgemeinschaft, und wie alle Gemeinschaften müssen wir einige Regeln befolgen, ohne die ein gedeihliches Miteinander unmöglich ist. Diese Regeln müssen fair und gerecht sein – und als solche wahrgenommen werden – damit nicht nur den Reichen, sondern auch den Armen die ihnen gebührende Beachtung geschenkt und damit ein Mindestmaß an ethischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit gewahrt wird. In der heutigen Welt müssen diese Regeln in demokratischen Prozessen erarbeitet werden; die Regeln, die die Arbeitsweise von Entscheidungsgremien und Behörden festlegen, müssen die Wünsche und Bedürfnisse all jener berücksichtigen, die von in der Ferne getroffenen Maßnahmen und Entscheidungen betroffen sind.“ (ebenda: 13 f)

Natürlich hängt die Kontrolle und Re-Regulierung der Finanzmärkte, die von Soros und Stiglitz gefordert wird, nicht von der Einsicht einzelner Angehöriger der herrschenden Eliten ab. Aber deren Besorgtheit verweist auf die Brüchigkeit des gegenwärtigen Weltfinanz- und des Weltwirtschaftssystems. Sie signalisiert Chancen für die globalen Kämpfe gegen die neoliberale Finanz- und Wirtschaftsordnung.

Dreierlei ist besonders dringlich: Regulierung internationaler Kredite, Entschleunigung der Wertpapiermärkte und Begrenzung der Währungsspekulation.¹:

- Reichtumszerstörung findet dann statt, wenn unter Missachtung von Risiken und ohne ausreichende Sicherheiten Großkredite vergeben werden, die zu Fehlinvestitionen und Spekulationsblasen beitragen, deren Platzen zu Bankenkrachs, Finanzbankrotten, Währungsabwertungen und Sozialabbau führt.

Folglich besteht eine erste Aufgabe darin, *größere Transparenz der Banken* gegenüber der Öffentlichkeit und der staatlichen Bankenaufsicht und der Kreditnehmer gegenüber den Kredite vergebenden Banken durchzusetzen. Zweitens sollten die Aufsichtsbehörden die *Einführung besonders hoher Eigenkapitalreserven* bei den Banken

¹ Die hier genannten Überlegungen folgen weitgehend der Darstellung von Jörg Huffs Schmid in seinem Buch „Politische Ökonomie der Finanzmärkte“.

verfügen, wenn bei der Vergabe von Krediten der Verwendungszweck unklar ist oder offensichtlich risikoreiche Kredite vergeben werden – beispielsweise für Derivatengeschäfte und andere spekulative Transaktionen. Die dadurch eintretende Verteuerung solcher Geschäfte könnte die Vergabe risikoreicher und nicht selten mit Verlusten einmündender Kredite mindern. Eine gesetzlich geregelte starke *Mithaftung der Finanzanleger* würde diese Wirkung verstärken.

- Abstriche vom Reichtumszuwachs – so zeigte sich bereits – haben die Finanzmärkte dadurch zur Folge, dass Finanzanlagen für die Großgewinner schlagartig zu Millionen- oder Milliarden Gewinnen führen können, während Investitionen in die Produktion erst nach längerer Zeit zum Kapitalrückfluss mit Gewinn führen und Investitionen in humanorientierte Dienstleistungen zwar für die gesellschaftliche Wohlfahrt wichtig, aber oft wenig kapitalrentabel sind. Solche Investitionen finden daher nur begrenzt statt – zugunsten von Anlagen auf den Finanzmärkten, wo ein extremes Tempo der Kapitalbewegungen Höchstprofite in kürzester Zeit ermöglicht. Die Reichtumseinbußen für die Gesellschaft als Ganzes interessieren die Finanzakteure kaum.

Deshalb ist eine *Entschleunigung auf den Wertpapiermärkten* geboten. Instrumente, die dies bewirken, können eine Börsenumsatzsteuer auf kurzfristige Käufe und Verkäufe von Wertpapieren, eine spürbare Umsatzsteuer auf kurzfristige Geldmarktgeschäfte von Nichtbanken und Maßnahmen zur Beschränkung des Derivatenshandels (Huffs Schmid, 2002: 220 ff.). Der Effekt könnte in verstärkten produktiven Investitionen und realem Reichtumszuwachs bestehen.

- Die Anlage von Kapital für Währungsspekulationen ist eine weitere Form, in der der realen Reichtumsproduktion Investitionen entzogen werden und die zu einem kurzem Atem ökonomischer Entscheidungen führt – mit den oben dargestellten Verlusten.

Daher ist es zur *Abwehr kurzfristiger extremer Wechselkursschwankungen und zur Lenkung langfristiger Kursrelationen* zwischen Dollar, Euro und Yen und der mit ihnen verbundenen Währungen wichtig, zu einem Übereinkommen über dieses Ziel und vor allem gegen die Währungsspekulation zu kommen.

Die Tobinsteuer, eine Steuer auf Devisenumsätze, die die Währungsspekulation verteuert, ist zu einem zentralen Ziel der kapitalismuskritischen neuen globalen Bewegung geworden. Sie gilt als Symbol des Kampfes gegen finanzkapitalistische Herrschaft rund um den Erdball. Ferner würde die Einführung einer Bardepotpflicht

Kapitalimporteure verpflichtet, zwischen 10 und 30 Prozent von im Ausland aufgenommenen Krediten oder aufgelegten Anleihen zinslos für die Dauer eines Jahres bei der Zentralbank des Importbankes zu hinterlegen. Dies durchkreuzt spekulative Kapitalimporte, die schon in kürzester Zeit wieder in internationale Spekulationsgeschäfte gesteckt werden, weil sie diese erheblich verteuert. Eine harte Regulierung von Krediten, die für spekulative Währungskäufe eingesetzt werden, oder deren Einschränkung würde Währungsspekulationen und deren Negativwirkung auf die Reichtumsentwicklung ebenfalls begrenzen.

Die Gesamtheit solcher Schritte würde zu einer Re-Regulierung der Finanzmärkte führen. Da sie die am meisten liberalisierten und am wenigsten kontrollierten Märkte sind, da sie sich sozialer Regulierung am meisten entziehen und daher den stärksten Unterbau neoliberaler Politik bilden, würde ihre Kontrolle und Bändigung den Deformationen der Gesellschafts- und Reichtumsentwicklung erheblich entgegenwirken können. Die kurzfristig auf den Finanzmärkten realisierbaren Höchstprofitraten und die Steigerung des shareholder value als das wahre Maß der Finanztransaktionen bilden den radikalsten Gegenpol zu einer künftigen Gesellschaft, in der der Mensch als ihr „wirklicher Reichtum“ gilt.

Alle Kämpfe um die Entscheidung darüber, was tatsächlich als der zu erstrebende Reichtum gelten soll, werden deshalb auch Kämpfe um die Kontrolle und Re-Regulierung der Finanzmärkte sein, auf denen märchenhafte Vermögen zirkulieren – und wie in einem Bermudadreieck auch verschwinden.

6. Kapitel

„Grenzen des Wachstums“ und steigende Kapitalintensität

Dies ist die Quintessenz der bisherigen Überlegungen: Polarisierung und Zerstörung von Reichtum, Reichtumsproduktion vorbei an Mehrheitsbedürfnissen und oft für destruktive Zwecke, durch Arbeitslosigkeit gedämpfter Zuwachs von Reichtum – all das führt zu Mangel an Wohlstand oder zu Armut bei Vielen, in globalem Maßstab sogar für die Mehrheit der Menschen.

Im folgenden Abschnitt wird uns ein anderer Problemtyp in der Entwicklung des Reichtums begegnen. Anders als die bisher betrachteten Prozesse, die den Wohlfahrtseffekt der Reichtumsentwicklung erheblich mindern, ist dieser Problemtyp nicht durch Veränderung der Verteilungsverhältnisse, nicht durch eine erneuerte Sozialpolitik und auch nicht durch Strukturpolitik zu bearbeiten, die zu einer anderen Gebrauchswertstruktur des produzierten Reichtums führen könnte.

Der Charakter der im Folgenden zu behandelnden Probleme ist ein anderer als der bisher in dieser Schrift betrachteten.

Als Dennis und Donella Meadows, Jørgen Randers und William W. Behrens 1972 am Massachusetts-Institute for Technology (MIT) ihren Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ für den Club of Rome vorlegten, prognostizierten sie, dass bei unveränderter Entwicklung im Laufe der nächsten 100 Jahre die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde erreicht sein würden (Meadows, 1972). Zwanzig Jahre später wiederholten sie ihre Warnung vor einer fortschreitenden Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts auf der Erde noch

„Wenn ein Straßenbautrupp eine neue Straße jede Woche um einhundert Meter weitertreibt, dann wächst der neue Verkehrsweg linear. Ebenfalls linear steigt der Inhalt eines Sparschweins, in das ein kleines Kind jeden Tag etwa drei Pfennige steckt, so dass am Ende des Jahres etwa zehn Mark zusammenkommen. Bei *linearem Wachstum erhöht sich die wachsende Größe in gleichen Zeitabschnitten immer um den gleichen Betrag*. Der Zuwachs ist nicht abhängig davon, wie viel von der Straße bereits fertiggestellt ist oder wie viel Geld in dem Sparschwein schon steckt.

Beim *exponentiellen Wachstum dagegen ist der jeweilige Zuwachsbetrag der schon vorhandenen Größe proportional*. Exponentielles Wachstum zeigt z.B. eine „Kolonie von Hefezellen.“ *Dort teilt sich jede Hefezelle etwa nach zehn Minuten... Je mehr Zellen die Kolonie bereits enthält, umso mehr Zellen kommen pro Teilung hinzu.*“

MEADOWS, 1992: 38

dringlicher (Meadows, 1992). Sie konstatierten „Grenzüberschreitungen“ in der Belastbarkeit der Erde durch ein *exponentielles Wachstum* der Bevölkerung, des Rohstoffverbrauchs und der Belastung der Umwelt.

Ein solches exponentielles Wachstum gefährdet die Umwelt auf dramatische Weise und ist eine extreme Bedrohung für große Teile der Menschheit. Würde die Produktion dauerhaft exponentiell wachsen, wäre trotz größtmöglicher Steigerung der Ressourceneffizienz ein ökologischer Kollaps unvermeidbar.

6.1. Nur lineares Wachstum des Reichtums

Glücklicherweise und wider aller Anstrengungen der Wachstumseuphoriker verläuft das Wirtschaftswachstum in den meisten Industrieländern langfristig eher linear. Allerdings erwachsen auch daraus Probleme mit einschneidenden Folgen.

Lineares Wirtschaftswachstum heißt im hier behandelten Zusammenhang, dass seit Beginn der 60er Jahre der Umfang des in aufeinander folgenden gleichen Zeitabschnitten produzierten Reichtumszuwachses – ausgedrückt im Sozialprodukt – tendenziell gleich bleibt. Oder zumindest steigt er nicht in Abhängigkeit von der Größe des bereits vorhandenen Sozialprodukts an. Die Erweiterung des jährlichen ökonomischen Handlungsspielraumes der Gesellschaft in Deutschland durch Wirtschaftswachstum ist daher nicht wesentlich größer als in den 60er Jahren der einer viel kleineren Volkswirtschaft! (vgl. Afheldt, 2002: 15).

| Absoluter Zuwachs des realen Bruttonozialprodukts (in Millionen US-Dollar auf Preisbasis 1990) | | | |
|--|----------------|---------|---------|
| | Bundesrepublik | EU 15 | USA |
| 1950 bis 1960 | 225187 | 748856 | 590811 |
| 1960 bis 1970 | 254609 | 1254050 | 1035173 |
| 1970 bis 1980 | 222546 | 1189926 | 1148658 |
| 1980 bis 1990 | 235543 | 1218724 | 1572642 |
| 1990 bis 2000 | 234580 | 1340904 | 2321178 |

QUELLE: GRONINGEN GROWTH AND DEVELOPMENT CENTRE, JAN. 2005, TOTAL ECONOMY DATE BASE.

BERECHNUNGEN: INGO STÜTZLE, ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Dieser Befund trifft auf die Bundesrepublik, aber auch auf die Durchschnittsentwicklung in der Europäischen Union der 15 zu. Ausnahmen bilden Großbritannien, das im Nach- und Aufholprozess befindliche Irland, der Finanzplatz Luxemburg mit seinen Sonderbedingungen und erst im jüngsten Jahrzehnt unter den vier letzten Dekaden die Niederlande. Doch diese Ausnahmen verleihen dem Grundtrend in der Union der 15 keine andere Richtung als die eines linearen Wachstums.

Anders verläuft das Wirtschaftswachstum in den USA und Japan.

Eine Hochrüstung wie in den USA würde die Staatsfinanzen und die Wirtschaft jedes anderen Landes ruinieren. In den USA kann durch eine hochgradige Staatsverschuldung einschließlich der weltweit höchsten Auslandsverschuldung sowohl die Rüstung als auch die Nachfrage in anderen Bereichen für einen längeren Zeitraum gestützt werden. Die USA benötigen täglich 1,5 bis 2 Milliarden US Dollar Kapitalzufluss aus der ganzen Welt, damit ihre Wirtschaft funktioniert (Fischer, 2003). Die Negativsalden der US Leistungsbilanz betragen im Jahr 2000 411,460 Milliarden Dollar, 2001 393,740 Milliarden und 2002 480,860 Milliarden US Dollar (Statistisches Bundesamt. Für das Ausland, 2004: 376). Solche einmalige Höhe der Auslandsverschuldung ist nur durch die Sonderstellung des Dollar als internationale Leitwährung möglich. Die das Wachstum zunächst ebenfalls begünstigenden niedrigen Energiekosten in den Vereinigten Staaten sind eine schwere Hypothek auf die Zukunft. Ihre Folgen sind ein parasitärer Energieverbrauch und nachhaltige Klimaschädigung. Der spekulative Wachstumsschub Ende der neunziger Jahre war schließlich zu einem erheblichen Teil der Dominanz amerikanischer Finanzinvestitionen auf den internationalen Kapitalmärkten geschuldet und mündete in das Platzen einer riesigen Spekulationsblase ein. Hinzuzufügen ist, dass – anders als in der Europäischen Union – auch die wachstumsfördernde Geldpolitik und die hohe Verschuldung von Konsumenten und Unternehmen zur vergleichsweise günstigen Wachstumskonstellation in den USA beitragen.

Ausnahme USA

In den Vereinigten Staaten wird der in der Europäischen Union bestimmende lineare Wachstumsverlauf durch Umstände überlagert, die kein anderes Land für seine Wirtschaftsentwicklung mobilisieren kann. Ein beträchtlicher Teil des Wachstums ist staatlichen Rüstungsprogrammen in extremer Höhe geschuldet. Die Militärausgaben der USA erreichten im Haushaltsjahr 2002/2003 ohne die zusätzlichen 80 Milliarden für den Golfkrieg 379 Milliarden US-Dollar und sollen nach der Planung des Pentagon weiter auf 400 Milliarden im Jahr 2008 steigen.

FISCHER, 2005

Für Deutschland jedoch gilt wie für die Durchschnittsentwicklung der Wirtschaft in der Europäischen Union, dass die langfristig abnehmenden Wachstumsraten zu einem in jedem der letzten vier Jahrzehnte etwa gleichen Zuwachs des verfügbaren realen Sozialprodukts führten. Die Größe der Volkswirtschaft war im Jahr 2003 auf das 3,9 fache ihres Umfangs im Jahr 1960 gewachsen. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs – gerechnet in konstanten Preisen – von 511,3 Milliarden € im Jahr 1960 auf 1987,7 Milliarden € im Jahr 2003 an (Statistisches Bundesamt, 2004: 728 f.)

In den neunziger Jahren und voraussehbar auch in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts steht für Investitionen in der Wirtschaft, für den individuellen Konsum und sämtliche gesellschaftliche Aufgaben in Gesundheit, Bildung, Kultur, Mobilität und anderen Problemfeldern einschließlich des Aufbaus Ost nur soviel ökonomischer Zuwachs zur Verfügung wie für die viel kleinere Wirtschaft vor Jahrzehnten mit entsprechend kleineren gesellschaftlichen Aufgaben.

Ein ständig steigendes technisches Niveau, das jede neue Technologiegeneration gegenüber der vorangegangenen verteuert, gewachsene Ansprüche an die öffentliche Infrastruktur und größere Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge kollidieren mit der seit Jahrzehnten etwa gleichbleibenden Größe des Wirtschaftszuwachses.

| Entwicklung der Kapitalintensität im verarbeitenden Gewerbe der Bundesrepublik | | | | | | |
|---|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | 1980 | 1985 | 1990 | 1995 | 2000 | 2001 |
| Bruttoanlagevermögen je Beschäftigter (1000 € in Preisen von 1995) | 87,86 | 102,21 | 104,95 | 133,87 | 142,41 | 142,04 |
| Bruttoanlagevermögen (Mrd. € in Preisen von 1995) | 639,12 | 674,52 | 748,03 | 795,50 | 789,08 | 788,61 |
| Bruttoanlageinvestitionen (Mrd. € in Preisen von 1995) | 25,76 | 30,72 | 47,72 | 36,82 | 43,88 | 42,33 |
| Bruttoanlageinvestitionen Index 1995=100 | 70,00 | 83,40 | 129,60 | 100,00 | 119,20 | 115,00 |
| Bruttoanlageinvestitionen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr i. v. H. | 1,7 | 1,0 | 2,6 | - 0,2 | 0,1 | - 0,1 |

Die Tabelle zeigt, dass die Kapitalintensität (Bruttoanlagevermögen je Beschäftigten) in den letzten Jahrzehnten ständig zugenommen hat. In den fünfziger Jahren bewirkte ein gemäßigter Anstieg in der Kapitalintensität noch ein weit stärkeres Wachstum der Arbeitsproduktivität. In den vier Jahrzehnten seitdem stieg die Kapitalintensität in der Bundesrepublik stets stärker als die Arbeitsproduktivität, wie Berechnungen von Heinz-J. Bontrup nachweisen:

| Jahresdurchschnittliche Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität und der Kapitalintensität in der Bundesrepublik | | |
|--|----------------------|-------------------|
| Jahre | Arbeitsproduktivität | Kapitalintensität |
| 1950 bis 1959 | 4,3 | 1,4 |
| 1960 bis 1969 | 3,5 | 5,2 |
| 1970 bis 1979 | 2,3 | 3,4 |
| 1980 bis 1990 | 1,4 | 1,9 |
| 1991 bis 1997 | 2,9 | 3,7 |

QUELLE: BONTRUP, WSI=MITTEILUNGEN 11/2000:721

Um heute eine gleiche Anzahl Arbeitskräfte wie in einem zurückliegenden Zeitraum in Arbeit zu bringen, müsste der Kapitaleinsatz viel größer als in früheren Jahren sein. Tatsächlich steigen die Investitionen keineswegs an, sondern liegen – wie die Entwicklung der absoluten Bruttoanlageinvestitionen und ihr Index zeigen – seit 1993 unter der nur im Verlauf des deutschen Einheitsbooms (1990 bis 1992) erreichten Höhe.

Die steigende Kapitalintensität bedeutet, dass entweder zusätzliche Arbeitsplätze mit einem erheblichen Mehraufwand von Kapital geschaffen werden könnten. In diesem Fall stünde vom verfügbaren Reichtum der Gesellschaft für andere Aufgaben ein geringerer Anteil zur Verfügung. In der Regel führt das zu Abstrichen von Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Das sind jedoch Sphären, die den Wohlstand der Bevölkerungsmehrheit betreffen. Oder – und das ist die Realität seit einer Reihe von Jahren – es wird weder in neue Arbeitsplätze noch in andere wichtige gesellschaftliche Aufgaben genug investiert. Darauf verweisen die niedrigen, in einer

Reihe von Jahren sogar negativen Wachstumsraten der Anlageninvestitionen und der sinkende Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland.

In Zeiten eines starken Wirtschaftswachstums, das hohe Kapitalgewinne verspricht, investieren Unternehmen auch dann in neue Arbeitsplätze, wenn im Verlauf technologischer Innovationen die Kapitalintensität steigt. Die mit den Innovationen einhergehende Steigerung der Arbeitsproduktivität und hohe Wachstumsraten erlauben bei solcher Konstellation, durch den Absatz einer größeren Menge von Gütern und Leistungen die Profitmasse auch bei wachsender Kapitalintensität erheblich zu steigern und zusätzliche Arbeitskräfte zu beschäftigen. Eine solche glückliche Konfiguration kennzeichnete die „goldenen“ fordistischen Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg. Bei den niedrigen Wachstumsraten seit den siebziger Jahren wird jedoch der steigende Kapitalaufwand nicht mehr durch das Anschwellen des Massenabsatzes überkompensiert. Niedrige Zuwachsraten der Investitionen angesichts der geringen Umsatzerwartungen und eine gedämpfte Zunahme des Reichtums sind die Folge.

Eine Schere öffnet sich zwischen dem verlangsamten Wachstum des der Gesamtgesellschaft verfügbaren Reichtums sowie der wachsende Absorbierung von Kapital durch die zunehmende Kapitalintensität einerseits und den Ansprüchen der Machteliten bei der Verteilung des Reichtums andererseits. Das geringe Wirtschaftswachstum trübt die Gewinnerwartungen der Unternehmen, begrenzt ihre Investitionsbereitschaft im Angesicht des zunehmenden Kapitalaufwandes für neue Arbeitsplätze und verstärkt ihre Anstrengungen zur Umverteilung des Reichtums von unten nach oben, wenn die erwünschten Kapitalrentabilitätsmargen (Zielprofitraten) nicht mehr durch ein hohes Wirtschaftswachstum erreicht werden können. Dieser Umverteilungsprozess dämpft wiederum die Massenkaufkraft und schlägt zusätzlich negativ auf das Wachstum zurück.

Exponentielles Wachstum birgt, wie Dennis und Donella Meadows warnend herausgearbeitet haben, existentielle Gefahren. Lineares Wachstum steckt aber offensichtlich ebenfalls voller Probleme.

6.2. Lineares Wachstum und steigende Kapitalintensität – Schlussfolgerungen für Alternativen

Aus der gegenwärtigen Wachstumskonstellation, die sich erheblich von der Ausnahmesituation in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg

unterscheidet, ergeben sich veränderte Problemlagen und dringliche Schlussfolgerungen für alternative Politik.

Gemessen am Umfang der Volkswirtschaft und an den gewachsenen gesellschaftlichen Aufgaben ist der ökonomische Handlungsspielraum kleiner geworden. Der dringliche ökologische Umbau der Gesellschaft, Solidarität mit den Menschen in Not in den so genannten Entwicklungsländern, Sicherung eines menschenwürdigen Lebens für den wachsenden Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft, Erhalt und vermehrte Bereitstellung öffentlicher Güter wie Bildung, Gesundheit und Kultur erfordern stark wachsende Aufwendungen. Der Aufbau Ost absorbiert riesige Mittel. Aber der absolute Umfang der verfügbaren Wirtschaftspotentiale wächst nur linear, und zudem beansprucht die steigende Kapitalintensität davon noch größere Teile, wenn die Investitionsraten nicht absinken sollen.

Die neoliberale Politik reagiert darauf mit einer einzigen kategorischen Antwort: Das Wachstum muss erhöht werden – vor allem zu Lasten der Löhne, der Sozialleistungen, der sozialen Infrastruktur, der Entwicklungshilfe und der Umwelt. Im Abschnitt 1.4. wurde jedoch erläutert, warum längerfristig ein dauerhaft starkes Wirtschaftswachstum in entwickelten Industrie- und Informationsgesellschaften unwahrscheinlich ist. Und mehr noch, es würde in ein ökologisches Desaster führen. Im 1. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Leben statt gelebt zu werden“, wurde dazu resümiert: „Wenn man davon ausgeht, dass allen Menschen auf der Erde das gleiche Anrecht auf Umweltraum zusteht und zugleich das Lebensniveau in Deutschland nicht gesenkt werden sollte, dann müsste die Effizienz im Umgang mit Naturressourcen in den nächsten 50 Jahren bei Nullwachstum um den Faktor 10 erhöht werden (BUND; Misereor, 1996:80). Der Effekt je verbrauchter Einheit Energie oder Rohstoff wäre zu verzehnfachen! Würden wir aber annehmen, dass die Arbeitsproduktivität jahresdurchschnittlich weiter um etwa 2 Prozent ansteigen wird, dass nach vorherrschender Auffassung vor allem das Wirtschaftswachstum zur Überwindung der Arbeitslosigkeit führen soll und dass die EU-Kommission dafür ein Wachstum von 3 Prozent für notwendig hält, müsste die Natur vor den Folgen solchen Wachstums dadurch geschützt werden, dass die Effizienz in der Nutzung der Naturressourcen um etwa das 44fache erhöht würde. Maschinen, Konsumgüter und Leistungen müssten in Deutschland und ähnlich in anderen Industrieländern im Durchschnitt mit einem Vierundvierzigstel des gegenwärtigen Material- und

**Forciertes
Wachstum –
keine Lösung**

Energieaufwandes erzeugt werden. Nur solche Steigerungen der Effizienz beim Umgang mit Naturressourcen würden es am Ende erlauben, den steigenden Verbrauch von Naturressourcen in den Ländern des „Südens“ durch radikal sinkenden Verbrauch im „Norden“ zu kompensieren.

Selbst die optimistischsten Annahmen über die Möglichkeiten einer künftigen Effizienzrevolution schließen aber einen derartigen Effizienzsprung um den Faktor 44 aus. „Faktor vier“ – so lautet der Titel eines Buches von Ernst Ullrich von Weizsäcker und dem Ehepaar Lovins zu dieser Problematik (v. Weizsäcker, 1995).

Die Quintessenz: Herkömmliches Wachstum zerstört die Umwelt und ist kein Hoffnungsträger für die Überwindung der Arbeitslosigkeit, obwohl sinnvolles Wachstum die Chancen ihrer Minderung vergrößert. Der Wandel der Arbeitswelt wird mit einschneidendem Wandel der Lebensweisen und der kulturellen Werte, mit veränderten Wachstumsstrategien und mit der Konzentration technologischer Innovationen auf eine radikale Steigerung der Ressourceneffizienz zu verbinden sein.“ (Klein, 2003: 55)

| Wirtschaftswachstum und Dematerialisierung | | | |
|---|----------------------------------|---|--|
| Wirtschaftswachstum jährlich in % | Sozialprodukt in 50 Jahren auf % | Notwendige Materialproduktivitätssteigerung innerhalb von 50 Jahren bei Reduzierung auf 20 % des heutigen Verbrauchs (Faktor) | Notwendige Materialproduktivitätssteigerung innerhalb von 50 Jahren bei Reduzierung auf 10% des heutigen Verbrauchs (Faktor) |
| -1,0 | 60 | 3 | 6 |
| 0,0 | 100 | 5 | 10 |
| 1,0 | 164 | 8 | 16 |
| 1,5 | 211 | 11 | 22 |
| 2,0 | 269 | 13 | 27 |
| 2,5 | 344 | 17 | 34 |
| 3,0 | 438 | 22 | 44 |

QUELLEN: SPANGENBERG, H. JOACHIM. TOWARDS SUSTAINABLE EUROPE; WUPPERTAL-INSTITUT, SEPTEMBER 1995. WITT, UWE 1999; WACHSTUM, EINKOMMEN UND KONSUM. THESEN ZUR PDS-UMWELTKONFERENZ „FÜR EINE ÖKOLOGISCH-SOZIALE ZEITWENDE. BERLIN

Thilo Bode, langjähriger Geschäftsführer von Greenpeace International, kommt zu einem ähnlichem Ergebnis: „Vor einer Illusion ist allerdings zu warnen: Auch wenn Energieeffizienz anfangs

wirtschaftliches Wachstum beschleunigt: über die Zeit kann ein sehr effizienter Einsatz von Energie, dann nämlich wenn die ökonomischen Effizienzpotentiale voll ausgeschöpft sind, zu geringeren Wachstumsraten führen. Dann werden Wachstumsimpulse durch effizienteren Rohstoff – und Energieeinsatz als Wachstumsquelle wegfallen und wirtschaftliches Wachstum wird im wesentlichen aus der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und technologischen Sprüngen ... generiert. ... Beschäftigungspolitik und Verteilungskonflikte können dann nicht mehr mit einer forcierten Wachstumsstrategie bewältigt werden. Wie können wir Menschen Arbeit und ein Auskommen geben, ohne immer das Credo vom höheren wirtschaftlichen (zerstörerischen) Wachstum herunterzubeten?“ (Bode, 2005: 946f).

- Die Antwort auf diese Frage ist offenbar nur in einer Abkehr vom neoliberalen Mainstream zu finden, denn dessen ökonomische Grundschwäche besteht darin, dass seine Verheißung die Lösung aller Probleme durch Wachstum ist. Genau dies wird aber nicht möglich sein. Worauf sonst soll aber diese Abkehr gerichtet werden, wenn vom Wachstum das Heil nur in sehr begrenztem Maße nicht zu erwarten ist?
- Zwar gedämpftes, aber qualitatives – das heißt **Was tun?** umweltfreundliches – Wachstum kann wenigstens die Zerstörung von Reichtum, das Auszehren seiner natürlichen Springquellen beenden. Angesichts der ständig fortschreitenden Zerstörung der natürlichen Gleichgewichte wäre das nicht nur ein unschätzbare Gewinn. Der ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft wird zur ersten Überlebensbedingung großer Teile der Menschheit, die heute oder in absehbarer Zeit von Klimakatastrophen, Wassermangel, Steppen- und Wüstenbildung, Hunger und von Krankheiten durch Umweltgifte bedroht sind.
- Je geringer jedoch der Wirtschaftszuwachs ist, desto dringlicher wird – wie bereits herausgearbeitet - die Abkehr von solchen Gebrauchswertstrukturen des Reichtums, die zwar profitabel für ihre Produzenten oder die Akteure der Vermarktung sind, die aber einem Abzug von der Wohlfahrt der Bevölkerungsmehrheit gleichkommen. Und desto wichtiger wird zugleich eine auf das Gemeinwohl orientierte und einem „guten Leben“ jeder und jedes Einzelnen zuträgliche Zusammensetzung des künftigen Reichtumszuwachses, ausgedrückt in der Gebrauchswertstruktur des Bruttoinlandsprodukts. Ob Panzer oder Kindergärten, Bankpaläste oder betreutes Wohnen, ob Investitionen in Spekulationspapiere oder in Gesundheit und Bildung – das entscheidet mehr über die Wohlfahrt der Gesellschaft als Wachstumsprozente.

- Jedoch – andere Ziele erfordern veränderte Regulationsweisen. Der Unternehmensgewinn wird ein wichtiger Maßstab für effizientes ökonomisches Handeln bleiben. Es kommt aber auf solche durch Zivilgesellschaft und Staat zu setzenden Rahmenbedingungen an, die die größten Gewinnchancen dann eröffnen, wenn Güter und Leistungen umweltgerechten Mehrheitsbedürfnissen, entwickelter öffentlicher Daseinsfürsorge, wachsenden kulturellen Ansprüchen und der Solidarität mit der Bevölkerung in den armen Ländern der Erde entsprechen.

Least Cost Planning

In den USA wurde beispielsweise das Instrument der Minimalkostenplanung (Least Cost Planning - LCP) entwickelt. Es verpflichtet Unternehmen der Energiewirtschaft, alle Möglichkeiten der Energieeinsparung auszuschöpfen und für ihre Kunden bereit zu stellen, ehe sie die Produktion von Strom oder Gas ausweiten dürfen. Energieversorgungsunternehmen werden dadurch zu Energiedienstleistern. Erhöhter Profit der Energieunternehmen entspringt bei konsequenter Durchsetzung von LCP weniger aus erhöhten Stromlieferungen als daraus, dass sie Technologien und know how zur Einsparung von Energie, bei der Erzeugung von Licht, Kraft oder Wärme bereitstellen. Kunden können längerfristig durch die Senkung der Energiekosten ihre Rentabilität erhöhen. Die Energieeffizienz wird verbessert. Die Energiedienstleistungsunternehmen machen Gewinn mit dem Verkauf oder Verleih von energiesparender Heiztechnik, Beleuchtung oder Wärmedämmung. Erforderlich dafür sind staatliche Rahmenseetzungen und Anreize – z. B. Steuerbegünstigung oder Vorzugskredite für Einsparinvestitionen – und effiziente staatliche Energieaufsichtsbehörden. Dieses Verfahren wird in der Bundesrepublik von einigen Unternehmen erfolgreich genutzt (v. Weizsäcker, 1994: 169ff).

Solange es ein Fremdkörper in einem insgesamt umweltzerstörenden Wachstumstyp bleibt, muss die Wirkung von Instrumenten wie Least Cost Planning gering bleiben. Die USA, auf die rund 25 Prozent des Weltenergieverbrauchs entfallen, sind der Beweis dafür. Aber ihre Existenz deutet auf Möglichkeiten veränderter Rahmenseetzungen für den Markt hin.

- Längst geht es jedoch nicht allein um eine andere Rahmenseetzung für den Markt. Staatliche Infrastruktur- und Rüstungsprogramme, öffentliche Investitionen in Bildung und Gesundheit sind direkte lenkende Eingriffe in Produktion und Dienstleistungen. Bürgerentscheide über Verkehrsprojekte und der Einfluss von Bürgerinnen und Bürger im Rahmen erster Ansätze partizipativer

Haushaltspolitik sind zivilgesellschaftliche Komponenten der Regulationsweise, die künftig erheblich größere Bedeutung gewinnen könnten. Ein veränderter Mix von neu konditioniertem Marktmechanismus, staatlichem Handeln und zivilgesellschaftlichem Einfluss auf beides wird die künftige Regulationsweise bestimmen. Das wird die Maßstäbe wirtschaftlichem Handeln verändern. Sowohl der Gewinn der Unternehmen als auch staatliche langfristige Ziele zur Sicherung der allgemeinen Bedingungen gesellschaftlicher Reproduktion und lebensweltlicher Interessen der Bürgerinnen und Bürger werden die künftigen Strukturen der Reichtumsentwicklung bestimmen.

- Im Maße der Verlangsamung des Reichtumszuwachses wächst die Bedeutung seiner Verteilung. Die Befunde aller ernst zu nehmenden Reichtumsforschung über die fortschreitende Reichtumpolarisierung lassen nur eine Schlussfolgerung zu: die Dringlichkeit einer Umverteilung von oben nach unten wächst um so mehr, je weniger eine gerechte Umverteilung allein aus der Verwendung des Reichtumszuwachses zu bewerkstelligen ist.
- Mit der zunehmenden Kapitalintensität im verarbeitenden Gewerbe gewinnt ferner die ohnehin dringende Frage noch größeres Gewicht, in welchen Sphären der Gesellschaft neue sinnvolle Arbeitsplätze gebraucht werden – nicht zuletzt solche Arbeitsplätze, die weniger kapitalintensiv als die in der Produktionssphäre sind. Das sind vor allem humanorientierte Dienstleistungen in Bildung, Pflege, Betreuung und Kultur. Natürlich erfordern sie ebenfalls Sachinvestitionen, aber im Verhältnis zu diesen ist der Arbeitsaufwand für die individuelle Zuwendung zu einzelnen Menschen in solchen Bereichen relativ hoch. Dies ist ein zusätzliches Argument für die starke Entwicklung humanorientierter Dienstleistung.

7. Kapitel

Der Mensch, der „wirkliche Reichtum“

In sechs Kapiteln war die Frage nach dem Verbleib des Reichtums das zentrale und verbindende Motiv der Betrachtungen. Zweierlei bleibt nun dem Schlusskapitel:

Zum einen: Nachdem der Reichtumsbegriff sich immer wieder als mehrdimensional erwies, soll er – gewissermaßen als Nebenprodukt der Untersuchung – nochmals zusammenfassend gekennzeichnet werden.

Zum anderen: Diese Zusammenfassung dient der Rückkehr zu einer im 1. Kapitel anknüpfend an Marx formulierten Ausgangsthese: dass der Mensch der „wirkliche Reichtum“ sei. Kritische Reichtumsforschung sollte daher auf Reformalternativen zielen, die zu sozial gleicher Teilhabe für jede und jeden an den Grundbedingungen individueller Persönlichkeitsentfaltung in einem selbstbestimmten Leben führen.

Denn dies ist die Pointe aller Antworten auf die Frage nach dem Verbleib des Reichtums: Alle durch Reichtum gebotenen Möglichkeiten eines guten Lebens, alle Chancen für die Gesellschaft als Ganzes und die Einzelnen werden nur dann im vollen Maße ausschöpfbar sein und nicht mehr permanent untergraben werden, wenn das Kapital nicht mehr als die Inkarnation von Reichtum gilt, sondern der einzelne Mensch selbst.

Thomas More, einer der großen frühen Utopisten, Freund des Erasmus von Rotterdam und einige Zeit Kanzler Henry VIII. von England, beschrieb in seinem 1516 erschienenen Werk „Utopia“ seine Vorstellung von einem glücklichen Leben der Bewohner dieses Fantasielandes in der Abkehr von bloßem stofflichen Reichtum als Lebensmaß. Der größere Teil des verfügbaren Goldes und Silbers sollte in Utopia als symbolisches Zeichen der Hinwendung zu einem anderen Reichtumsideal zu verachtenswerten Gebrauchsgütern verarbeitet werden: zu Nachttöpfen und zu Ketten und Ringen als Kennzeichen von Kriminellen!

Tief zurück in die Geschichte reicht der Respekt vor dem einzelnen Menschen ohn' Ansehen seiner Herkunft. Verankert in den Weltreligionen und in den Weisheiten der alten Kulturvölker sind die Unantastbarkeit des Individuums und der Respekt vor dem Einzelnen.

Das Christuswort „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr für mich

VERGLEICHE FLORIN, 1994:345 F

getan!“ (Matthäus, 25.40) markiert einen archimedischen Punkt humanistischen Denkens, weil es mit der Gottesgleichheit auch des „Letzten“ die Gleichheit aller Menschen begründete (Brie 2005: 4). Die Zehn Gebote im 2. Buch Mose des Alten Testaments lassen sich als Kanon des Respekts für Leben und Würde jedes einzelnen Menschen lesen. Der Koran hebt ähnlich wie Matthäus hervor: „Wenn jemand einen Menschen tötet, ohne dass dieser einen Mord oder eine Gewalttat im Lande begangen hat, sei es so, als hätte er die gesamte Menschheit getötet. Und wenn jemand einem Menschen das Leben erhält, sei es so, als hätte er der ganzen Menschheit das Leben erhalten.“ (Koran, Sure 5, Vers 32) Amenemope, ein Herausragender unter den alten ägyptischen Waisen, von dem gesagt wird, dass er einige der alttestamentlichen „Sprüche Salomos“ inspiriert habe, schrieb: „Gott liebt den mehr, der den Geringen achtet, als den, der Reichtum verehrt.“ Und sein Gerechtigkeitssinn ließ ihn raten: „Baue dir kein Schiff, um daraus Nutzen zu ziehen. Fordere den Fährlohn von einem Reichen, aber setze den Armen ohne Entgelt über.“ (Jacq 1998: 128)

Heute, da die materiellen Bedingungen und der fortgeschrittene Prozess der Individualisierung längst erlauben, den „Reichtum des Menschen“ zum praktischen Maß eines neuen alternativen Entwicklungsweges zu machen, kann die Weisheit der Alten tatsächlich in das Zentrum alltäglicher Politik hineingeholt werden.

7.1. Der Reichtumsbegriff

Doch Reichtumsforscher heben hervor, dass der Reichtumsbegriff in Literatur und Alltagssprache vielschichtig, unscharf und schillernd benutzt wird. Er gilt deshalb nicht als Kategorie, die sonderlich geeignet für wissenschaftliche Untersuchungen und praktische Orientierung ist. Entsprechend unterschiedlich sind die Theorien über den Reichtum (Huster/Volz, 2002; Bieling, 2000; Deutschmann 2002). Fritz Rüdiger Volz beispielsweise meint, es gebe „wohl keine Theorie des Reichtums, weil sie für die Theoriebedürfnisse moderner Sozialwissenschaften, einschließlich der Ökonomie, nur wenig taugt.“ (Volz, 2002:25) Peter Imbusch konstatiert, „dass die Soziologie dem Reichtum bisher keinen zentralen Platz in ihren Forschungen eingeräumt hat.“ (Imbusch, 2002: 217) Die meisten, die sich der Reichtumsforschung zuwenden, konstatieren zunächst, dass sie dabei in eine Sphäre der Verschleierung und der Mythen, in ein „schwarzes Loch“ der Information geraten – terra incognita (Peter Imbusch). Paul Fussell schreibt über die Reichen: „Die ganze gesellschaftliche Gruppe, die

sie repräsentieren, verschließt sich den nüchternen Kalkulationen von Soziologen, Statistikern und Meinungsforschern. Sie bleibt unerforscht, weil sie im wirklichen Sinn unsichtbar ist“. (Fussel, 2000:36)
 Wo das Objekt der Betrachtung sich dieser geflissentlich entzieht und schwer fassbar ist, bedarf die Schaffung des Begriffsapparats besonderer Mühe, um gerade dadurch der Unschärfe des Untersuchungsgegenstandes zu begegnen. Vielleicht ist aber der wissenschaftliche und publizistische Mainstream an einer Begriffsschärfe gar nicht so heftig interessiert, weil Reichtum ein mächtig Ding ist, dessen Subjekte auf Indiskretionen zuweilen sehr unfreundlich reagieren. Zu Recht betonen Ernst-Ulrich Huster und Fritz Rüdiger Volz „die Abhängigkeit des jeweiligen Reichtumsverständnisses von historischen und kulturellen Kontexten und von den jeweiligen sozialen und politischen Machtkonstellationen“. (Volz, 2002:2)
 Gerade dieser Umstand fordert aber dazu heraus, so präzise wie möglich zu definieren, was Reichtum ist und welche durchaus gegensätzlichen Seiten der Wirklichkeit er mit seiner Vielschichtigkeit widerspiegelt. Eine Definition wird hier allerdings nicht als ein einziger aussageschwerer Satz verstanden, der alles Wesentliche auf einem Blick umfasst.

**Reichtum als Entwicklungs-
 potenzial** Reichtum ist uns – zunächst – als *gesellschaftlicher Reichtum* begegnet – als Entwicklungs- und Fortschrittspotential, das die Gesamtheit von Naturressourcen, menschlicher Produktivkraft und vom Menschen geschaffener Produktionskapazitäten, Wissenschafts- und Kulturressourcen umfasst. Je größer das Reservoir dieser Potenzen, desto reicher gilt die Gesellschaft; desto größer sind ihre Möglichkeiten, allen Bürgerinnen und Bürgern ein Leben in Wohlfahrt und sozialer Sicherheit zu ermöglichen. Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums in sinnvoller Gestalt und seine gerechte Verteilung sind in der gesamten Menschheitsgeschichte bis heute eine Grundvoraussetzung für sozialen Fortschritt.

**Warenform
 des Reichtums** Marx' erster Satz in seinem Werk „Das Kapital“ lautete: „Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ‚ungeheure Warensammlung‘, die einzelne Ware als seine Elementarform. Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Ware.“ (Marx, MEW. Bd. 23:49) Was bisher noch nicht zur Ware geworden ist, wird gegenwärtig im neoliberal geprägten Kapitalismus zunehmend ebenfalls in

Ware verwandelt, etwa Gesundheit, Bildung und Kultur. Damit hat der Reichtum eine Doppelgestalt. Da Waren stets Gebrauchswert und Wert haben, umfasst Reichtum einerseits die *Gesamtheit von Gebrauchswerten*, über die Personen, Institutionen, Kommunen, Staaten oder Staatengemeinschaften verfügen. Andererseits haben die ganz verschiedenen Gebrauchswerte – Möbel, Produktionsanlagen, Gebäude, Wissen, Verkehrsinfrastruktur usw. – unterschiedliche Werte. Der Reichtum umfasst daher die *Werte*, die ausgedrückt in Geld in der Gesellschaft existieren. Er tritt uns in der Form einer Fülle von Gebrauchswerten und in Wertformen entgegen – als Geld, Profit, Zins, Lohn oder Pacht beispielsweise.

Geld scheint mit einzigartiger Zauberkraft begabt zu sein; es kann sich durch Kauf und Verkauf in jede beliebige andere Ware verwandeln. Geldvermögen ist daher die allgemeinste Gestalt des Reichtums (siehe Kapitel 2.2.).

Zwischen den Entwicklungs- und Lebenschancen, die der gesellschaftlicher Reichtum bietet, und der Lebensrealität der Bevölkerungsmehrheit in den meisten Ländern besteht jedoch eine fundamentale Differenz. Denn analysiert unter dem Aspekt der Eigentumsverhältnisse gehört Reichtum nicht schlechthin der Gesellschaft, sondern ist entweder öffentlicher oder privater Reichtum in jeweils ganz verschiedenen Formen: beispielsweise Staatseigentum in zentraler oder kommunaler Hand, privater Reichtum als Kapitalreichtum oder als Privatvermögen, das einer angenehmen Lebensführung dient.

Reichtum als Eigentum

Da Reichtum stets als Eigentum existiert, als Eigentum der einen im Gegensatz zum Nichteigentum der anderen, ist die Daseinsweise des Reichtums immer die Differenz zum

Reichtum – Eigentum und Distanz

Nichtreichtum. Reichtum ist eine relative Kategorie im zeitlichen historischen und im sozialen Vergleich. In der gesamten Geschichte der Klassengesellschaften beruhte Reichtum stets auf Ungerechtigkeit. Er schließt deutlich überdurchschnittliche Teilhabe an Ressourcen der Lebensgestaltung und Befreiung von sozial bedingten Lebensrisiken ein – ganz im Gegensatz zur Lage großer

Reichtum „bestimmt den Zugang, die Teilhabe oder den Ausschluss der anderen, der Nicht-Reichen, derer, die von ihm abhängig sind, weil sie von den Lebensmitteln abhängig sind, über die er verfügt. Dieses Verhältnis zur Wirklichkeit, diese ‚ontologische‘ Dimension des Reichtums, ist die Basis der Tendenz zur ‚Vergottung‘/ Vergötzung des Reichtums“.

VOLZ, 2002:21

Teile der Bevölkerung, für die die Lebensrisiken gegenwärtig eher erneut anwachsen.

Reichtum bedeutet soziale Distanz zu allen anderen. Mehr noch, Reichtum heißt Inklusion der Reichen in die gehobene Oberschicht, die ihre eigenen Lebensstile pflegt, (Imbusch, 2002:213ff), und Exklusion derer, die nicht über Reichtum verfügen. „Während alle als vom Reichtum der Reichen abhängig erscheinen, scheint der Reiche nur von seinem Reichtum und von sich selbst anhängig zu sein: er kann sich vollständig autark und autonom halten und wird doch gerade dadurch zugleich ‚a-sozial‘, weil Mitglied einer Sonderwelt innerhalb der uns vertrauten Sozialwelt.“ (Volz, 2002:23)

**Reichtum,
Macht und
Hierarchien**

Reichtum sichert den Superreichen die ökonomischen, kulturellen und sozialen Bedingungen ihrer Macht. Reichtum verbleibt nicht allein in der ökonomischen Sphäre, ökonomische Macht verleiht auch politische Macht, Definitions- und Deutungsmacht über Werte und Normen und Zugriff auf staatliche Gewalt. Reichtum bedeutet Herrschaft der Superreichen über die Mehrheit der Bevölkerung.

Reichtum ist das Rückgrad hierarchischer Verhältnisse, also der Herrschaftsausübung entlang unterschiedlicher Konfliktlinien (cleavages) und wird durch Ausnutzung der Hierarchieverhältnisse vermehrt. Das Grundverhältnis zwischen Kapital und Arbeit, in dessen Rahmen Werte von den Lohnabhängigen geschaffen und von den Kapitaleigentümern angeeignet werden, ist die ursprüngliche, entscheidende Konfliktlinie in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften. Inzwischen wird sie ergänzt und zum Teil überlagert durch andere Mechanismen der Aneignung gesellschaftlichen Reichtums durch das Großkapital. Dazu gehören monopolistische Preisbildung zu Lasten aller Käuferinnen und Käufer, Umverteilung zu Gunsten der – vorwiegend großen – Gläubiger des Staates über dessen Schuldendienst, Umverteilung von unten nach oben mittels Steuern, Aneignung von Konzernprofiten im Rahmen von Zuliefersystemen und Umweltverbrauch heutiger zu Lasten künftiger Generationen. Ethnische Konfliktlinien sind in der Regel mit ökonomischer Benachteiligung von Migrantinnen und Migranten verbunden. Reichtum wird aus den so genannten Entwicklungsländern in die westliche Welt transferiert. Quer durch alle anderen hierarchischen Verhältnisse verläuft die patriarchale Herrschaft und die besondere Benachteiligung von Frauen – ob in der Arbeitswelt, in den sozialen Sicherungssystemen, in der Betroffenheit

von Migrantinnen von Ungerechtigkeit oder in den armen Ländern der Erde.

Zusammenfassend kann also definiert werden:

Reichtum ist Basis für Entwicklung, ist Zivilisationspotential und zugleich in der gesamten bisherigen Menschheitsgeschichte von Klassengesellschaften stets die Grundlage für die Herrschaft der reichen Oberschicht, für ihre weit überdurchschnittliche Verfügung über Ressourcen eines selbstbestimmten Lebens, für ihre soziale Distanz zur Mehrheit und deren Exklusion und für hierarchische Strukturen in der Gesellschaft.

Aber in dieser Definition wird – zunächst – nicht hervorgehoben, was ja in die Bestimmung des Reichtums als Entwicklungspotential eingeschlossen ist: dass alle Möglichkeiten, die er für Entwicklung und Zivilisation eröffnet, stets von Menschen geschaffene Möglichkeiten sind. Selbst Naturressourcen als Reichtumsquelle müssen in der Regel erst durch menschliche Arbeit umgeformt werden, ehe sie angeeigneter Reichtum sind. Eine Definition, die dies einschließt, muss Reichtum als eine zutiefst widersprüchliche Kategorie definieren: **Humanreichtum**

Der „wirkliche“ größte Reichtum der Gesellschaft ist der Mensch mit all seinen produktiven körperlichen, geistigen und kulturellen Fähigkeiten, der auch alle anderen Dimensionen des gesellschaftlichen Reichtums als Entwicklungs- und Zivilisationspotential hervorbringt oder nutzbar macht. Aber zugleich ist privater Reichtum in der gesamten Geschichte von Klassengesellschaften bis heute die Grundlage für die Herrschaft der reichen Oberschichten, für ihre überdurchschnittliche Verfügung über Ressourcen eines selbstbestimmten Lebens, für ihre soziale Distanz zur Mehrheit, für deren Exklusion von vielen Entwicklungsmöglichkeiten, für hierarchische Strukturen in der Gesellschaft und damit für die Unterdrückung und Beschränkung menschlicher Potentiale, die doch das Fundament allen Reichtums sind.

Reichtum – Kategorie der Zerrissenheit moderner Gesellschaften, paradoxes Rückgrad der Gesellschaft, das Chancen und deren Zerstörung zugleich umschließt.

| Ebenen der Betrachtung | Inhalte des Begriffs Reichtum | |
|-------------------------------|--|--|
| Entwicklung | Gesellschaftlicher Reichtum als Entwicklungspotenzial und Chancenfülle | |
| Warengesellschaft | Reichtum als Gesamtheit der Gebrauchswerte | Reichtum als Summe aller Werte |
| Eigentum | Öffentlicher Reichtum | Privater Reichtum, vor allem Kapitalreichtum |
| Soziale Lagen | Reichtum als soziale Distanz | Reichtum als deutlich überdurchschnittliche Teilhabe an Ressourcen für ein selbstbestimmtes Leben im Verhältnis zu den vom Reichtum Ausgeschlossenen |
| | Reichtum als Inklusion der Reichen | Reichtum als Exklusion derer, die nicht über Reichtum verfügen |
| | Soziale Polarisierung/ Klassengesellschaft | |
| Hierarchien | Kapital | Arbeit |
| | Machteliten | Bevölkerungsmehrheit |
| | Männer | Frauen |
| | Gläubiger | Schuldner |
| | Reiche Metropolen / „Norden“ | Abhängige Länder / „Süden“ |
| | BürgerInnen inländischer Herkunft | BürgerInnen ausländischer Herkunft |
| Mensch | Umweltverbrauch heutiger Generationen | Lebensgrundlagen künftiger Generationen |
| | Humanreichtum als „wirklicher Reichtum“ | „Humankapital“ |

7.2. Humanreichtum – das Maß für Alternativen

Eine solche Auffassung von Reichtum fordert gradedeswegs zu einem alternativen Standpunkt in der Reichtumsdebatte heraus, zu deren Konzentration nämlich auf den Menschen als dem „wirklichen Reichtum“ und zu praktischen politischen Schlussfolgerungen daraus.

Immer waren in der Klassengeschichte der Menschheit der materielle Reichtum und die durch ihn verliehene Machtfülle zu Lasten der ausgebeuteten und unterdrückten Mehrheit der Menschen gewachsen. In dieser vieltausendjährigen Geschichte waren die Not der Mehrheit und die Ungerechtigkeit der Verhältnisse sogar die Bedingung für das Anschwellen des Reichtums in der Hand der Oberschichten. Marx hob hervor, „dass also die höhere Entwicklung der Individualität nur durch einen historischen Prozess erkaufte wird, worin die Individuen geopfert werden“. (Marx, MEW, and 26.2:111) Die historische Leistung der bürgerlichen Gesellschaft war nach seiner Einsicht, diesen Prozess soweit auf die Spitze zu treiben, dass ein Scheitelpunkt erreicht wird, der nun mehr Gerechtigkeit erlaubt, die Nutzung des pro-

Wer baute das siebentorige Theben?

In den Büchern stehen die Namen von Königen.

Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?

Und das mehrmals zerstörte Babylon – Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern

Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?

Wohin gingen an dem Abend, wo die chinesische Mauer fertig war

Die Maurer? Das große Rom

Ist voll von Triumphbögen. Wer errichtet sie?

Über wen

Triumphierten die Cäsaren?

...

Der junge Alexander eroberte Indien.

Er allein?

Cäsar schlug die Gallier.

Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?

Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte

Untergegangen war. Weinte sonst niemand?

Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer

Siegte außer ihm?

Jede Seite ein Sieg.

Wer kochte den Siegesschmaus?

...

So viele Berichte.

So viele Fragen.

BERTOLD BRECHT, 1964: 4

duzierten Reichtums als tatsächlich gesellschaftlicher Reichtum zum Wohle aller. Das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital „an sich“, nur noch in verkehrter, auf den Kopf gestellter Form schon enthält die Auflösung aller bornierten Voraussetzungen der Produktion, und schafft ... die unbedingten Voraussetzungen der Produktion, daher die

vollen materiellen Bedingungen für die totale, universelle Entwicklung der Produktivkräfte des Individuums“ (Marx, 1953:414/415)

„Man sieht, wie an die Stelle des nationalökonomischen *Reichtums* und *Elendes* der *reiche Mensch* und das reiche *menschliche* Bedürfnis tritt. Der *reiche* Mensch ist zugleich der einer Totalität der menschlichen Lebensäußerung *bedürftige* Mensch“. (Marx, MEW. Ergänzungsband. Erster Teil: 544) Diese Marxsche Vision könnte endlich Wirklichkeit werden. Der Reichtum an produktiven Kräften ist vorhanden. Doch die Eigentums-, Verfügungs- und Herrschaftsverhältnisse blockieren die Realisierung dieser Vision. Immer noch ist das Geld, d.h., „der Reichtum als solcher der allgemeine Maßstab des Werts des Individuums“ (Marx, 1953:142). Mehr denn je soll der Mensch sich „rechnen“, statt selbst das Maß der Entwicklung zu sein.

Dem Reichtum individueller Persönlichkeitsentfaltung den Vorrang vor weiterer Konzentration des Kapitalreichtums zu erkämpfen, scheint ein realitätsferner, fast verrückter Traum zu sein. Zu ungleich sind die Kräfteverhältnisse derzeit, zu überwältigend die globale Kapitalmacht. Zu sehr scheinen die in dieser Schrift zusammengefassten Tatsachen alles andere zu stützen als die Überzeugung, dass die menschliche Entwicklung statt der Kapitalakkumulation das Bestimmende künftiger Gesellschaften werden kann. Kritik des Reichtums und der Reichen als die letzte verbleibende moralische Möglichkeit – so könnte dieses Buch gelesen werden. Aber stets war hier von Millionen Betroffenen, von ihren verletzten elementaren Interessen, von ihrem Bewusstsein darüber, von der Brüchigkeit der herrschenden Mythen und von möglichen Alternativen die Rede. Gesellschaftlicher Reichtum erschien nicht etwa als ein Unglück, eröffnet er doch desto mehr Entwicklungsoptionen, je mehr er anschwillt. Seine vielfach vom Standpunkt der Wohlfahrt des Gemeinwesens festgestellten destruktiven Strukturen, die Ungerechtigkeit seiner Verteilung und die Dominanz des Kapitalreichtums über den Humanreichtum sind das Problem.

Aber dieselbe bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, deren Kapitallogik den Reichtum zulasten der Mehrheit der Erdbevölkerung hervor treibt, kann nicht ohne eine Soziallogik existieren. Diese Gesellschaft bedarf des sozialen Zusammenhalts, der Produktivkräfte der Erwerbstätigen, ihres Wissens und nicht zuletzt ihrer Selbstverantwortung und Selbstorganisation. Denn der Markt ist kein abstraktes höheres Wesen für sich, sondern er funktioniert nur, indem Menschen handeln und ihre Fähigkeit zur Geltung bringen. Aber die Geschichte hält für den Kapitalismus eine Tücke bereit: Die Menschen müssen zwar

nach den Gesetzen des Marktes handeln, doch dabei entwickeln sie Potenziale, die bei genügend ausgeprägter Bewusstheit ihrer eigenen Interessen und bei entwickelter Organisiertheit zur Durchsetzung alternativer Konzepte gestatten, dass Wirken der Markt- und Profitgesetze abzuschwächen, Gegen Tendenzen zur Geltung zu bringen und in einem längeren Prozess die gegebenen ökonomischen Handlungszwänge bzw. ökonomischen Gesetze sogar zu überwinden.

Was spricht dafür, dass Reformen im Rahmen bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften bei fortschreitender Veränderung der Kräfteverhältnisse bis zur Überwindung der bestimmenden Eigentums-, Verfügungs- und Herrschaftsverhältnisse des Kapitalismus führen und in diesem Sinne revolutionären Charakter annehmen können? Was spricht dafür, dass die Entfaltung des Humanreichtums das Übergewicht über die Vermehrung des Kapitalreichtums gewinnen kann? Was spricht dafür, trotz gegenteiliger Erfahrungen in der Geschichte der Sozialdemokratie? Was spricht für die hier behauptete Existenz einer Soziallogik in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften, die gegenüber der Kapitallogik weit mächtiger als gegenwärtig erkennbar zur Geltung gebracht werden kann? Drei Prozesse konstituieren Chancen, die von alternativen Akteuren ausgeschöpft werden können und müssen:

Eine Umkehr von der Mehrung und Konzentration des Kapitalreichtums zur Entfaltung des Reichtums der Persönlichkeit jeder und jedes einzelnen ist nicht allein durch den global verfügbaren Reichtum an Produktionsanlagen, Dienstleistungskapazitäten, Technologien und Naturressourcen real möglich geworden. Die sich

„Der Begriff Soziallogik ... deutet darauf hin, dass der Tendenz zur Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter das Kapital und dessen Verwertungslogik eine andere Tendenz – genauer: ein Bündel von Tendenzen, die in eine andere Richtung weisen – entgegenwirkt, ein Anwachsen sozialer und emanzipatorischer Ansprüche und ihrer Verwirklichung. Allerdings ist diese Tendenz bisher entschieden schwächer als die Logik der Kapitalverwertung, die in der bürgerlichen Gesellschaft dominiert. Überdies sind die als Soziallogik bezeichneten Tendenzen nicht ein so geschlossener Zusammenhang, nicht ein ökonomisches Gesetz wie die Kapitalverwertung. Sie ist eher die *Resultante* ganz unterschiedlicher Prozesse und Interessen, die der Kapitallogik mehr oder weniger entgegenstehen oder unter der Voraussetzung erheblich veränderter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse entgegenwirken könnten.“

KLEIN, 2002: 86

1. Der Individualisierungsprozess in der Moderne und die Selbstverantwortung als Kapitalerfordernis

herausbildende kapitalistische Wissensgesellschaft hat – trotz aller skandalöser Ungleichheit der Teilhabe an Bildung – zunächst in den Industrieländern einschließlich der ehemals staatssozialistischen Länder das allgemeine Bildungsniveau und die berufliche Qualifikation stark verbessert. Und umfassender noch, zu den zentralen Stärken des neoliberalen Kapitalismus zählt das Vorantreiben und Ausnutzen des Individualisierungsprozesses als eines Grundprozesses der Moderne. (Beck, 1986, 121ff). Der neoliberale Kapitalismus öffnet Räume für die Entfaltung der Subjektivität beachtlicher Teile der Lohnarbeiterschaft und großer Gruppen der gesellschaftlichen Mitte. Durch die Abflachung betrieblicher Hierarchien ermöglicht er und durch die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme und öffentlicher Daseinsvorsorge erzwingt er die Selbstorganisation, Selbstverantwortung und eigenes unternehmerisches Handeln der Beschäftigten. Er hat auch außerhalb der Arbeit größere Individualisierungsspielräume geschaffen, die sich in ausdifferenzierten Lebensstilen ausdrücken. Das eigene Leben mit selbstbestimmtem Sinn zu erfüllen, die eigene Lebenswelt nach eigenem Maß zu gestalten, individuelle Freiheit und die dafür notwendigen Bedingungen zu erstreben – das widerspricht jedoch der Logik des Kapitals und der Verwandlung aller Sphären des Lebens in Warenwelten oder Objekte der Kommerzialisierung. Hier hat eine Soziallogik ihre tiefsten Wurzeln. Hier sind entscheidende Ansätze für eine Transformation zu einer gerechten Gesellschaft zu finden.

Aber diese Potentiale werden den Marktmechanismen, den Profitzielen und der Herrschaft der Machteliten als Selbstführung und Selbstausbeutung des neuen „Arbeitskraftunternehmers“ und auch anderer Lohnarbeitergruppen einverleibt. Damit konstituiert der neoliberal geprägte Kapitalismus einen auf längere Sicht für ihn gefährlichen Widerspruch. Er öffnet wie nie zuvor in der Geschichte Räume individueller Freiheit und Persönlichkeitsentwicklung und beraubt diese zugleich durch ihre Einordnung in die Vermarktlichung aller Verhältnisse der Voraussetzungen von Gleichheit und Solidarität. Es erfolgt eine „Individualisierung sozialer Ungleichheit“ (Beck, 1986; 142). Auf solche Weise werden hoffnungsvolle Ansätze subjektiver menschlicher Entfaltung in Fesseln geschlagen, die gerade im Lichte aufscheinender Möglichkeiten umso überlebter scheinen.

Das heißt, der neoliberale Kapitalismus bringt nicht allein nie da gewesenen stofflichen Reichtum als Bedingung reicher Subjektivitätsentwicklung hervor, sondern fördert sogar diese selbst. Schon unter den Bedingungen bürgerlicher Gesellschaften entfaltet sich als Bedin-

gung des Kapitalreichtums auch der Humanreichtum. Aber dies bleibt eine begrenzte Entwicklung. Dieser Widerspruch bietet einen zentralen Ansatzpunkt emanzipatorischer Reformalternativen.

Dass Geld als Kapitalreichtum eindimensional im Zentrum der Reichtumsentwicklung in bürgerlichen Gesellschaften steht und dass dies trotz langfristiger Steigerung der Masseneinkommen, entschiedener Verbesserungen der Volksbildung, medizinischer und kultureller Leistungen den Humanreichtum permanent schwer schädigt, ist eine Tatsache, die Leben und Tod von hundert Millionen Menschen bestimmt:

Beschneidung des Humanreichtums

- Weltweit sind ein Sechstel der Erwachsenen Analphabeten (UNDP 2003:9)
- Zwei Drittel der 876 Millionen Analphabeten sind Frauen. (Ebenda)
- Weltweit leben 42 Millionen Menschen mit Aids/HIV, davon 39 Millionen in den so genannten Entwicklungsländern. Tuberkulose führt bis zu 2 Millionen Todesfällen im Jahr, an Malaria sterben jährlich etwa 1 Million Menschen. In den 90er Jahren starben mehr Kinder an Diarrhöe als Menschen im Gefolge von bewaffneten Konflikten seit dem Zweiten Weltkrieg. Die meisten dieser Todesfälle wären mit begrenzten Mitteln vermeidbar – etwa wenn für mehr als eine Milliarde Menschen Zugang zu sauberem Wasser geschaffen würde, denen es daran gegenwärtig mangelt. Aber nur zehn Prozent der globalen medizinischen Forschungs- und Entwicklungsausgaben gelten den Krankheiten, unter denen neunzig Prozent der Ärmsten der Welt leiden. (UNDP, 11f, 16)
- Die Arbeitskraft von rund 186 Millionen Arbeitslosen (2003) bleibt unausgeschöpft. Das Arbeitsvermögen von rund neunhundert Millionen unter prekären Bedingungen beschäftigten Armen wird nur zu Bruchteilen genutzt. (<http://science-orf.et/science/wagenleitner/31502>)
- Die produktiven Kräfte der Beschäftigten werden durch die paralyisierenden Wirkungen der allgegenwärtigen sozialen Unsicherheit empfindlich gemindert. Zwar wirkt diese einerseits als Leistungsstimulus, andererseits jedoch mindern die unter dem

Druck von Unsicherheit auftretenden psychische Spannungen und physischen Belastungen das produktive und kreative Vermögen vieler Betroffener. „Die soziale Unsicherheit schafft nämlich nicht nur Arbeit. Wie ein Virus, der das Alltagsleben durchdringt, die sozialen Bezüge auflöst und die psychischen Strukturen der Individuen unterminiert, wirkt sie auch demoralisierend, als Prinzip sozialer Auflösung. Sie zersetzt den Charakter, wie es bei Richard Sennett in anderen Zusammenhang heißt. Sich in einer Situation ständiger Unsicherheit zu befinden bedeutet, weder die Gegenwart meistern noch die Zukunft positiv gestalten zu können.“ (Castell, 2005:38)

- Soziale Unsicherheit, Zukunftsängste, Leistungsstress und destruktive medial vermittelte Leitbilder führen auch in den Industrieländern zu erheblichen Persönlichkeitsverlusten. Nach den im DAK-Gesundheitsreport 2005 vorgestellten Erwartungen von Experten werden psychische Störungen künftig die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Menschen noch stärker als bereits gegenwärtig belasten. Schon gegenwärtig gehen in Deutschland jährlich etwa 12 Millionen Arbeitstage aufgrund depressiver Störungen verloren.

Nach Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation und der Harvard-University leiden 26 Prozent der US-Amerikaner im Lauf eines Jahres an psychischen Störungen, in Frankreich, Belgien und den Niederlanden etwa achtzehn Prozent und in Deutschland, Italien, Spanien und Japan rund neun Prozent. Jährlich sterben etwa 42.000 Menschen als Folge von Alkoholabhängigkeit. Der Alkoholmissbrauch führt pro Jahr zu einem geschätzten Schaden in Höhe von 20 Milliarden Euro (Miegel 2005:147,153).

- In Deutschland leben rund 2 Millionen Kinder im Alter bis zu 15 Jahren in Armut und haben damit schon von Beginn an keine gleichen Lebenschancen. (Hanisch/Krause/Bäcker, 2000:81ff)
- Den vielen älteren Hilfsbedürftigen, die nicht über außergewöhnlich hohe Renten oder Ersparnisse verfügen, droht ein Lebensabend in Seniorenheimen unter deprimierenden Bedingungen. Häufig wird dort ihre Würde vor ihnen selbst beerdigt.

Allen diesen Umständen ist eines gemeinsam. Sie deuten auf schwerste und andauernde Blockierungen menschlicher Entwicklung hin, auf extreme Verluste, die dem Humanreichtum zugefügt werden. Den Individualisierungsprozess in der Moderne als Ansatz für emanzipatorische Alternativen zu nutzen, heißt zugleich, in den Kämpfen der Gegenwart elementarste Menschenrechte einzufordern und durchzusetzen.

Die Produktivkraftentwicklung selbst begünstigt aber Erfolge in diesen Kämpfen. Sie schließt nicht allein ein, das Bildungspotenzial der Erwerbstätigen und ihre Kreativität in gewissem Maß im Kapitalinteresse selbst entwickeln zu können.

2. Chancen durch Produktivkraftentwicklung

Die moderne Produktivkraftentwicklung ermöglicht auch, mit weniger Arbeitsaufwand mehr Güter und Leistungen hervorzubringen. Das erlaubt einem wachsenden Teil der Bevölkerung, Aufgaben zu übernehmen, die die Horizonte des Kapitals überschreiten, weil sie sich betriebswirtschaftlich häufig nicht „rechnen“, für die Gesellschaft aber unverzichtbaren sozialen Fortschritt bedeuten – für Gesundheit, Pflege, Bildung, Kultur und ein selbstbestimmtes Leben. Der Horror marktradikalen Denkens vor öffentlicher und öffentlich geförderter Beschäftigung, die neoliberale Verwandlung bisher öffentlicher Güter in Marktobjekte, die Politik der Deregulierung und Privatisierung überlagern diese „an sich“ herangereifte große Chance.

Doch Kämpfe für die Verteidigung und Ausweitung öffentlicher Güter und öffentlicher Daseinsvorsorge können daran anknüpfen, dass mit der erreichten Produktivität auf dem Wege der Umverteilung für immer mehr Menschen Einkommen in humanorientierten Dienstleistungen jenseits der Kapitalrentabilität gesichert werden können.

Allerdings erfordert dies die Anerkennung sozialstaatlicher Umverteilung statt der marktliberalen Klage über angeblich zu hohe Staatsquoten und die Durchsetzung öffentlich geförderter Beschäftigungssektoren. Dies vermag wiederum anzuknüpfen an die längst zwangsläufig entstandene Entwicklung großer Non-Profit-Bereiche, in denen in 22 untersuchten Ländern bereits gegenwärtig rund 19 Millionen Menschen regulär beschäftigt sind (Salamon/Anheier, 1999).

Kämpfe darum, der Entfaltung des Humanreichtums den Vorrang vor der Vermehrung des

3. Chancen durch den Eigensinn gesellschaftlicher Teilsysteme

Kapitalreichtums zu geben, können sich ferner darauf stützen, dass außer der Kapitallogik auch andere Entwicklungslogiken in der Gesellschaft wirken.

Moderne bürgerliche Gesellschaften sind ausdifferenzierte Gesellschaften. Zwar dominiert das Maß der Wirtschaft, der Profit, auch in sämtlichen anderen Teilsystemen der Gesellschaft oder durchdringt sie zumindest zunehmend in einem fortschreitenden Kommodifizierungsprozess der Verwandlung aller Dinge und Verhältnisse in Waren. Gleichwohl haben Politik, Recht, Wissenschaft, Kultur, Sozialsphäre, Religion, Ethik und andere Subsysteme ihre eigenen Logiken und eigenen Maßstäbe der Entwicklung. Im Recht beispielsweise geht es um Setzung und Einhaltung gesellschaftlicher Normen und um Sanktionen im Falle ihrer Verletzung. Dies vollzieht sich unter starkem Einfluss von Kapitalmacht – aber Menschenrechte weisen über diese hinaus. In der Wissenschaft geht es um Zugewinn von Erkenntnis – oft in Abhängigkeit von der Finanzierung profitabler und den gegenwärtigen Herrschaftsverhältnissen zuträglicher Projekte. Aber der Suche nach wissenschaftlicher Wahrheit sind auch herrschaftskritische Tendenzen eigen. Das gilt ebenso für Kultur, Ethik, Religion und andere Sphären. In diesem Eigensinn der gesellschaftlichen Teilsysteme stecken Tendenzen, die der Entfaltung des Humanreichtums oft näher sind als der Logik des Kapitalreichtums. Alternative Kräfte haben die Chance, diesen Eigensinn gegen die Profitdominanz zu nutzen und die transformatorischen Potenziale der gesellschaftlichen Subsysteme auszuschöpfen. Ein Ausschöpfen dieser Potenziale erfordert ein alternatives Gesamtkonzept.

**Ein alternatives
Leitbild**

Alternative Reformvorstellungen für Beschäftigung, Bildung und das Gesundheitswesen, für die Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme und die Demokratisierung der Demokratie dürfen nicht als Einzelforderungen verstanden werden. Der gegenwärtigen Gesellschaft, in deren Zentrum Kapitalreichtum und seine Mehrung in Gestalt des Profits stehen, muss eine Gesamtalternative entgegengesetzt werden, deren einzelne Komponenten durch eine integrierende soziale Idee gebündelt werden.

Gegen die neoliberale Leitidee, dass der Mensch sich zu „rechnen“ habe, gewinnt die Leitidee einer anderen Welt äußerste Dringlichkeit. Das ist eine demokratische und offene Gesellschaft, in der sozial gleiche Teilhabe für jede

und jeden an den Grundbedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit und Würde gewährleistet wird. (Klein, 2003: 84 ff)

In den Kontext der Reichtumsforschung übertragen bedeutet dies, einen alternativen Entwicklungsweg einzuschlagen, auf dem die Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums einen anderen Hauptinhalt gewinnt als in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. *Nicht Kapitalreichtum, sondern die reiche menschliche Persönlichkeit wird zum Kern der Reichtumsentwicklung.*

Die Anhäufung des *Kapitalreichtums* setzt prinzipiell Ungerechtigkeit voraus. Denn sie beruht darauf, dass die Produktionsvoraussetzungen und daher die Produktionsergebnisse bei den Kapitaleigentümern konzentriert und die Lohnabhängigen von diesen abhängig sind, weil sie nicht über Eigentum an Produktionsmitteln verfügen.

Dagegen den *Reichtum menschlicher Persönlichkeit* als Hauptachse politischen Handelns zu betrachten, beruht auf dem Prinzip der Gerechtigkeit. Denn nur sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen freier Persönlichkeitsentfaltung entbindet den Humanreichtum von seinen Blockaden – nur die Gleichheit der Teilhabe an existenzsichernder Erwerbsarbeit, hochwertiger Bildung und Kultur, an Gesundheitsleistungen und Leistungen der sozialen Sicherungssysteme gegen Lebensrisiken und an den Entscheidungsprozessen in der Gesellschaft. Dies sind die elementaren Güter, auf denen die Freiheit des Individuums beruht und die daher als *Freiheitsgüter* bezeichnet werden können.

Ein solcher Übergang vom Vorrang des Kapitalreichtums zum Vorrang des Reichtums menschlicher Persönlichkeitsentfaltung, von Ungerechtigkeit zu Gerechtigkeit als Entwicklungsgrundlage ist nur in einem langen Prozess vorstellbar. Er ist nur in vielen Schritten der Annäherung an Verhältnisse denkbar, die der emphatischen Marxschen Vorstellung vom

Reichtum der Persönlichkeit des Menschen Raum geben könnten: „In fact aber, wenn die bornierte bürgerliche Form abgestreift wird, was ist Reichtum anders, als die in universellem Austausch erzeugte Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen? ... Das absolute Herausarbeiten seiner schöpferischen Anlagen, ohne andere Voraussetzung als die vorangegangene historische Entwicklung, die diese Totalität der

Goethe rechnete dem Reichtum eines Menschen „eine ganze Welt von Wissen und Verhältnissen“ zu.

JOHANN WOLFGANG GOETHE,
1902 – 1912; WERKE. BD. 37:
190

Entwicklung, d. h. der Entwicklung aller menschlichen Kräfte als solcher, nicht gemessen an einem *vorhergegebenen* Maßstab, zum Selbstzweck macht?“ (Marx, 1953: 367)

Nicht gemessen an einem vorgegebenen Maßstab – nicht gemessen am Profit, der den Kapitalreichtum vermehrt! Sondern gemessen an der freien Entfaltung der Persönlichkeit jeder und jedes Einzelnen.

Der wirkliche Skandal der Reichtums-geschichte

Die optimistische Aussage zur künftigen Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums lautet: Die bürgerliche Gesellschaft hat Reichtum in solchem Umfang und in so großer Vielfalt für unterschiedlichste Bedürfnisse hervorgebracht, dass nirgendwo auf der Erde Elend und Hunger länger sein müssen.

Die produktiven Kräfte der Gesellschaft sind so mächtig geworden, dass der weitere Reichtumszuwachs nicht mehr auf der Armut und Benachteiligung von Teilen der Gesellschaft beruhen muss. Er eröffnet „an sich“ die Chance voller Entfaltung der Persönlichkeit jeder und jedes Einzelnen und damit eine neue Dimension der Entwicklung des Reichtums selbst: eine vorrangige Entwicklung als *Humanreichtum* – nicht für künftige Generationen irgendwann, sondern für die heute bereits Geborenen.

Die negative Feststellung zur Reichtumsentwicklung lautet: Obwohl die reale Möglichkeit für die „freie Entwicklung der Individualitäten“ (Marx, 1953: 593) aller heran-gereift ist, obwohl die „Bereicherung des menschlichen Wesens selbst“ (Marx, MEW. Bd. 40: 545) in das Zentrum der Reichtumsentwicklung treten könnte, vollstrecken Marktmechanismen und herrschende Politik die Fortsetzung bisheriger Reichtumsentwicklung: die Mehrung des Reichtums der Machteliten zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit. Dieser Widerspruch ist der wirkliche Skandal in der Geschichte des Reichtums.

Millenniums- ziele

Die neuen global vernetzten sozialen Bewegungen heben die Ungerechtigkeit in der internationalen Verteilung der Lebenschancen seit Seattle so nachdrücklich in das öffentliche Bewusstsein, dass die Regierungen längst unter erheblichen Druck geraten sind. Ein wichtiges Resultat dessen war der Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen im September 2000. Die

Regierungschefs von 189 Ländern beschlossen auf diesem Gipfel acht Millenniumsziele für den Zeitraum bis 2015. Diese Ziele sind zwischen Vision und gegenteiliger Wirklichkeit angesiedelt. Sie sind Anlass zu erheblicher Nüchternheit im Streben nach Humanreichtum anstelle der maßlosen Vermehrung des Kapitalreichtums. Denn sie machen deutlich, dass der Weg zur Persönlichkeitsentfaltung aller Menschen damit beginnt, Menschen überhaupt das Überleben zu sichern, extreme Armut zunächst wenigstens zu halbieren und dafür zu sorgen, dass alle Kinder elementarste Bildung erhalten. Im „Bericht über die menschliche Entwicklung 2003“ für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) heißt es dazu: „Arme Menschen sorgen sich um ihr Einkommensniveau. Arme Menschen sorgen sich darum, ob ihre Kinder zur Schule gehen können oder nicht. Arme Menschen sorgen sich darum, ob ihre Töchter beim Bildungszugang diskriminiert werden. Arme Menschen machen sich große Sorgen über Pandemien und Infektionskrankheiten wie HIV/Aids, die im heutigen Afrika die Bevölkerung dezimieren. Und arme Menschen sorgen sich sehr um ihre Umwelt und darum, ob sie Zugang zu sauberem Wasser und Sanitärversorgung haben. Heute ... können die Armen endlich mehr tun als sich zu sorgen. Die Millenniums-Entwicklungsziele sind in einem sehr realen Sinn ein Entwicklungsmanifest für die normalen Bürger der ganzen Welt: mit Fristen versehene, messbare, sozusagen im Taschenformat vorliegende Ziele, die sie unmittelbar verstehen können. Noch wichtiger ist jedoch, dass diese Bürger – wenn sie über die entsprechenden Daten verfügen – von ihrer eigenen Regierung und der internationalen Gemeinschaft Rechenschaft über die Verwirklichung dieser Ziele verlangen können.“ (UNDP, 2003: VI)

Das entscheidende unter den beschlossenen Millenniumszielen ist das achte, die Verpflichtung der reichen Länder, die ärmeren zu unterstützen. Von seiner Einlösung hängt in hohem Maße die Verwirklichung

Millenniumsziele bis 2015

- 1.. Halbierung der Zahl der in extremer Armut Lebenden.
- 2.. Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung.
- 3.. Förderung der Geschlechtergleichstellung und Ermächtigung der Frau.
- 4.. Senkung der Kindersterblichkeit. Verringerung der Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren um zwei Drittel.
- 5.. Senkung der Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel.
- 6.. Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten. Stillstand bis 2015 und Umkehr danach.
- 7.. Sicherung ökologischer Nachhaltigkeit – u. a. Halbierung der Zahl der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser.
- 8.. Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft.

aller anderen Ziele zur Überwindung der Armut auf der Erde ab. Dieses Ziel erfordert jedoch einen Bruch mit der neoliberalen Weltordnung. Die Erde und ihre Bewohner sind nicht länger als Ausbeutungsobjekte zur Mehrung des Kapitalreichtums zu betrachten, sondern die Menschen selbst als der Reichtum, der zu entwickeln ist. Dieser fundamentale geistige und materielle Standortwechsel trennt die Millenniumsziele von der Wirklichkeit. Die Möglichkeit dieses Umbruchs liegt aufgrund des erreichten Niveaus der Produktivkräfte so nahe, dass sich die Regierungen ihm in ihren Deklarationen nicht mehr verschließen können.

Die Realisierung dieser Möglichkeit ist jedoch kaum in erster Linie von der Weisheit der Regierenden zu erwarten, sondern hängt vor allem von der Veränderung der Kräfteverhältnisse in jedem einzelnen Land und auf internationaler Ebene ab. Reichtums- und Armutsverhältnisse sind eben Machtfragen.

Einstieg in einen alternativen Entwicklungsweg

Auf die Agenda unserer Zeit gerät daher der Einstieg in einen anderen Entwicklungsweg. Die kapitalismuskritischen, global vernetzten neuen sozialen Bewegungen fordern im Namen der Gerechtigkeit eine andere Welt ein.

In den Gewerkschaften beginnt nach ihren Erfahrungen mit der Aufkündigung des nach dem Zweiten Weltkrieg gefundenen Verteilungskompromisses seitens der

Der Club of Rome ist eine Vereinigung von Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften, die auf einen Politikwechsel zu nachhaltiger Entwicklung drängen. Sein Gründer war Aurelio Peccei, früher Vorstandsvorsitzender von Fiat und Olivetti.

Unternehmer ein Nachdenken über Strategien, die weiter als defensive Verteilungskämpfe reichen. In den Religionsgemeinschaften rumort, dass alle großen Religionen ursprünglich Verheißungen für das Leben der Menschen verkündeten, die der Einlösung noch immer harren. In den Künsten sind Widerspiegelungen der Zerrissenheit moderner Gesellschaften, des Gefühls der Ausweglosigkeit und von Niedergangerscheinungen allgegenwärtig, und

Kritik an solchen Phänomenen klingt an. Kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stellen ihr Wissen den neuen und alten sozialen Bewegungen zur Verfügung. Der Mainstream allerdings ist weiter dem neoliberalen Konsens verpflichtet. In Unternehmerkreisen sind es einzelne, die – meist allerdings nach ihrem Ausscheiden aus Führungspositionen – eine zumindest partiell kritische Distanz zu ihrem bisherigen Tun und zum Zustand der Gesellschaft gewinnen, zu deren Machtelite sie gehören.

Die Ablehnung des Europäischen Verfassungsentwurfs in Frankreich und in den Niederlanden signalisierte Risse in der Akzeptanz der neoliberalen Ausrichtung der Europäischen Union.

In Deutschland verlor die CDU/CSU im kurzen Wahlkampf vor den Bundestagswahlen 2005 in schnellem Tempo ihren zunächst haushohen Stimmenvorsprung, als ihre Führung glaubte, im Unterschied zur gewohnten politischen Praxis den Wählerinnen und Wählern bereits vor den Wahlen unbeschadet wenigstens einen Teil des geplanten Sozialabbaus ankündigen zu können. Die SPD dagegen gewann fast noch die Wahlen, als sie im Wahlkampf heftige verbale Kritik an der eigenen bisher praktizierten Variante neoliberaler Regierungspolitik übte. Am meisten gewann die Linkspartei.PDS, die sich zu grundsätzlicher Opposition gegen die herrschende Politik bekannte.

Trotz solcher Tendenzen ist die neoliberale Hegemonie bisher ungebrochen, wenn auch die von ihr bestimmte Politik in der Bevölkerungsmehrheit inzwischen als ungerecht empfunden wird, Ängste vor der Zukunft schürt und Akzeptanz verliert.

Betrachtet aus der Warte der Reichtumsforschung treten die Konturen einer historischen Weggabelung seit Mitte der siebziger Jahre mit besonderer Schärfe hervor (Klein, 2003: 21 ff; Brie 2006):

Historische Weggabelung

- In der seitdem fortschreitenden Krise des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus – des Fordismus – setzt sich als antisoziale und mit einem Abbau der Demokratie verbundene Antwort der Machteliten auf diese Krise ein neoliberal geprägter Kapitalismus durch. Er entwickelt sich in unterschiedlichen Formen. Teils bewahrt er in gewissem Maße sozialstaatliche Züge, teils entledigt er sich ihrer mehr oder weniger

Klaus Goudevaert, der heute für ein human orientiertes ökologisches Management wirkt, war Vorstandsvorsitzender von VW.

George Soros plädiert für eine Re-Regulierung der Finanzmärkte. Er war als Chef des Investmentfonds der Quantum Group einer der weltweit erfolgreichsten Finanzspekulanten.

Anita Roddick ist die Chefin eines international operierenden Kosmetikunternehmens und eine der Frontfrauen für „fair trade“. Die Produkte ihrer Firma werden aus vorwiegend in Afrika gewonnenen Naturstoffen hergestellt und in ihren „Body-Shops“ in vielen Ländern vertrieben. Die Unternehmerin hat in rund 50 afrikanischen Dörfern Schulen und Dorfkliniken finanziert. Sie ließ in vielen Ländern hunderttausende Unterschriften für die Befreiung von 20 Nigerianern sammeln, die wegen ihres Widerstandes gegen die Ausbeutung im Shell-Konzern verurteilt wurden. Über ihre Filialen versuchte sie, die weltweiten Proteste gegen den Irak-Krieg zu unterstützen.

radikal. Zu seinen Merkmalen, die je nach nationaler und regionaler Ausformung in aller Schärfe oder als spürbare Tendenz hervortreten, gehören die *Rücknahme oder Schwächung sozialstaatlicher Regulierung* (Deregulierung) zugunsten globaler Marktmechanismen (Liberalisierung) und in deren Rahmen die *Dominanz der Finanzmärkte*. Kennzeichnend für den neoliberal geprägten Kapitalismus sind ferner eine fortschreitende *Verwandlung bisher öffentlicher Güter in privat gehandelte Waren* (Privatisierung) und eine *Ökonomie der Enteignung und der sozialen Entsicherung* mit der Folge verstärkter sozialer Polarisierung. Im Innern tritt eine *widersprüchliche Kombination von verstärkt autoritären Herrschaftsformen und mehr Selbstorganisation*, Selbstverantwortung und Selbstausbeutung des neuen „Arbeitskraftunternehmens“ und von Teilen der Lohnarbeiterschaft hervor. Nach außen wirken vor allem von den USA getragene *starke imperiale Tendenzen mit imperialistischen Zügen*. In diesen Charakteren des Neoliberalismus wurzeln gefährliche Tendenzen weiterer Entzivilisierung des Kapitalismus (Brie, 2005 a). Alle Grundprozesse des neoliberal orientierten Kapitalismus schließen ein, dass starke Blockierungen individueller Persönlichkeitsentwicklung alle Tendenzen der Individualitätsentfaltung überlagern und zu schweren Verlusten des Humanreichtums führen.

- Die Dritten Wege der neuen Sozialdemokratie wurden zunächst mit dem Anspruch beschränkt, eine vom Neoliberalismus verschiedene eigene Entwicklungsvariante zu sein. Inzwischen stellen sie sich überwiegend als Variationen neoliberaler Entwicklung heraus, jedoch stärker als deren konservative Variante sozial abgefedert, weniger autoritär, mit größeren Widerständen gegen weitere Entzivilisierungsprozesse und eher in Distanz zu imperialer Politik, die vor allem von der Bush-Administration unilateral verfolgt wird, aber in multilateraler Gestalt auch in der europäischen Union wirkt (Brie, 2006).

Offen ist die Perspektive dieser sozialdemokratischen Variation des neoliberalen Kapitalismus. Drei Momente deuten auf Möglichkeiten längerfristiger Etablierung einer sozialdemokratischen Variante des neoliberal geprägten Kapitalismus hin. Erstens die enorme Macht und der Druck des internationalen Kapitals, die über Jahrzehnte gewachsene institutionelle Verankerung neoliberaler Politik und die Selbstanpassung sozialdemokratischer Führungen an die globale Verdrängungskonkurrenz. Zweitens sind die Akzeptanzverluste für puren Sozialabbau und für imperiale Politik in der Bevölkerung und drittens

die Schwäche konsequent alternativer Kräfte eine Chance für eine sozialdemokratisch-neoliberale Entwicklung.

Die Begrenztheit der Spielräume neoliberal bestimmter Entwicklung spricht allerdings gegen eine dauerhafte Stabilität auch ihrer sozialdemokratischen Variante. Profitdominanz, speziell der shareholder value als Orientierungsmaß für kapitalistische Durchrationalisierung, Lohndruck und Sozialabbau allerorten, daraus folgend ein neuerliches deutliches Hervortreten sozialer Klassengegensätze, die Erosion des sozialen Zusammenhangs der Gesellschaft, zunehmende soziale Unsicherheit auch für die bessergestellten Mittelschichten und der schwindende Glaube in der Bevölkerung an ein glückliches Wohlfahrtsende dieses Weges unterminieren den sozialdemokratisch-neoliberalen Entwicklungsweg. Noch ist nicht abzusehen, ob unter dem Druck einer erstarkenden alternativen Linken die Sozialdemokratie in verschiedenen Ländern und Regionen die Kraft finden kann, sich wieder vom neoliberalen Sog zu lösen und sich abgesetzt von ihm im Geist ihrer ursprünglichen Werte zu erneuern.

Auch die sozialdemokratische Gestalt des neoliberalen Kapitalismus ist der Persönlichkeitsentfaltung der Individuen nicht wirklich verpflichtet. Sie entspricht ihr partiell mehr als die strikt konservativ-neoliberale Politik. Aber auch die neosozialdemokratische Politik opfert emanzipatorische und soziale Interessen im Namen der Standortpolitik den Profitinteressen der global agierenden großen Unternehmen. Kapitalreichtum hat auch in dieser Variante den Vorrang vor Humanreichtum – teils unter dem Druck globaler Verdrängungskonkurrenz, teils als Folge der Inkonsistenz sozialdemokratischer Politik zwischen ihrer Anpassung an die Weltmarktzwänge und dem gleichzeitigen Versuch, die negativen Folgen dieser Anpassung zu begrenzen.

- Emanzipatorische Alternativen, die auf soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit zielen, verbleiben bisher eher in der Welt der Konzepte und Vorstellungen als die Realpolitik zu ergreifen. Doch rund um die Erde, auf den Weltsozialforen und in alltäglichen Kämpfen werden sie formuliert, nehmen zuweilen bereits greifbare Gestalt an und führen zu Teilerfolgen und partiellen Verbesserungen (Anand/Escobar/Sen/Waterman, 2004; Fisher/Ponniah, 2003).

In den Konzeptionen, Vorschlägen und Kämpfen für linke Reformalternativen werden politische und soziale Fortschritte nicht als Neben- und Folgeeffekt vorrangiger Profiterhöhung für global operierende Unternehmen erwartet, nicht als spärlicher trickle-down-Effekt, also als Durchsickern von Reichtumszuwächsen derer an der Spitze der

Einkommens- und Vermögenspyramiden nach unten. Sondern die Leitidee emanzipatorischer Alternativen kennzeichnet einen anderen Entwicklungsweg als den neoliberalen. Nach den im Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung entwickelten Vorstellungen soll dieser Weg dadurch zu individueller Freiheit für jede und jeden führen, dass sozial gleiche Teilhabe an den Bedingungen für die Freiheit, das eigene Leben selbst zu bestimmen, hergestellt wird. Humanreichtum – etwa Bildung, Selbstbestätigung in der Arbeit, Mitbestimmung und soziale Sicherheiten – soll eben nicht gerade nur so weit zugestanden werden, wie das für den Zuwachs von Kapitalreichtum erforderlich und für die Herrschaftssicherung der Machteliten nützlich ist, sondern reiche Persönlichkeitsentfaltung rückt direkt in das Zentrum von alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik, von Finanz- und Strukturpolitik, von Friedens- und Umweltpolitik.

Als Analogie: Friedensorientierte Forschung und Entwicklung erstrebt zivile Effekte technologischer Neuerungen auch nicht als indirekte und damit sehr begrenzte Resultate militärischer Forschung und Entwicklung, sondern zielt direkt und ohne verlustreiche Umwege auf Bedürfnisse der Konsumentinnen und Konsumenten. Ähnliches sollte für alle Politikfelder gelten – beispielsweise für eine alternative Arbeitspolitik:

Exemplarisch notiert: Nach neoliberalen Vorstellungen sollen mehr **Humanreichtum und Alternativen für die Arbeitswelt** Arbeitsplätze für mehr Beschäftigte auf höchst umwegige Weise entstehen. Druck auf Löhne und Sozialeinkommen, Einschränkungen öffentlicher Daseinsvorsorge, Entlassungen und Verlagerungen von Arbeitsplätzen in das kostengünstigere Ausland hätten die Konkurrenzkraft deutscher bzw. europäischer Unternehmen so erheblich zu stärken, dass aus der Verdrängungskonkurrenz auf den Weltmärkten schließlich ein Zuwachs heimischer Arbeitsplätze resultieren könnte.

Nach sozialdemokratisch-neoliberalen Vorstellungen soll das Gleiche geschehen, nur eben mit mehr sozialen Zugeständnissen bei Bildungsaufwendungen und anderen Investitionen in das „Humankapital“ und vor allem getragen von mehr Selbstverantwortung der Betroffenen für ihre eigene leistungsorientierte Einordnung in das neoliberale Konzept. Die Mehrheit soll auf dem Weg zu angeblichem Wohlstand vorerst empfindliche Einbußen hinnehmen, damit zunächst Kapitalreichtum und Kapitalmacht gestärkt werden. Doch Humanreichtum ist nicht das

Resultat dieses Weges, er erleidet vielmehr erhebliche Einbußen, selbst wenn er partiell Erweiterungen erfährt.

Emanzipatorische Reformalternativen zielen dagegen unmittelbar auf Verbesserungen für die Mehrheit der Lohnabhängigen und ihre Persönlichkeitsentwicklung. Mehrung des Humanreichtums bestimmt die Wahl der Wege zur Erneuerung der Arbeitswelt – mit dem Anspruch, dass dies ökonomische Effizienz einschließt:

- Sozial gleiche Teilhabe an hochwertiger Bildung anstelle der hochgradigen Abhängigkeit der Bildungschancen in Deutschland von der sozialen Herkunft – das ist eine erste Bedingung für bessere Beschäftigungsfähigkeit und für die Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit. *Sie ist identisch mit der Mehrung von Humanreichtum.*

- Stärkung der Binnennachfrage, also des Wachstums und der Beschäftigung durch Anhebung der Massenkaufkraft und der öffentlichen Investitionen ist eine weitere Komponente alternativer Wirtschafts- und Arbeitspolitik. Sicherheit gegen Armut auf solche Weise und öffentliche Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit, Pflege, Betreuung, Kultur, Mobilität) *stärken die Bedingungen für die Entfaltung der Persönlichkeit von Millionen, des Humanreichtums also.*

- Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zumindest für Empfängerinnen und Empfänger von Niedrigeinkommen und gerechte Verteilung der Arbeit auf alle Arbeit Suchenden; Ausweitung sozial vollwertig abgesicherter freiwilliger Teilzeitarbeit; freiwilliger und ebenfalls sozial gut abgesicherter, zeitlich begrenzter Wechsel zwischen Erwerbsarbeit und unbezahlter Familienarbeit, gemeinnütziger Tätigkeit und Weiterbildung gleichermaßen für Frauen und Männer; Durchsetzung selbstbestimmter familienfreundlicher Arbeitszeitregime – dies sind nach Alternativvorstellungen weitere Wege zu gerechterer Verteilung der Arbeit, zu mehr Beschäftigung, zu größerer sozialer Sicherheit und zu mehr Freizeit. *Sie führen ebenfalls zu besseren Bedingungen der*

„Wird das durch die Sozialhilfe definierte Existenzminimum gesenkt, verändern sich die Erscheinungsformen von Armut. In den Städten können Armenviertel entstehen, der Gesundheitszustand und die Lebenserwartung von Bevölkerungsgruppen können sinken, die Kriminalität kann steigen. Da sind die Erfahrungen, die in den USA und anderen Ländern gesammelt werden können, recht eindeutig. ... Die Nachteile der defensiven Niedriglohnstrategie sind damit offenkundig. Dennoch müssen auch sie verfolgt werden, solange die Strategie der Erneuerung hin zur unternehmerischen Wissensgesellschaft nicht hinreichend wirksam geworden ist.“

KOMMISSION FÜR ZUKUNFTSFRAGEN
DER FREISTAATEN BAYERN UND
SACHSEN, 1997: 23

Persönlichkeitsentfaltung für Menschen, zur Erweiterung des Humanreichtums.

- Öffentlich geförderte Beschäftigungssektoren sind eine alternative Antwort darauf, dass dringliche gesellschaftliche Arbeiten durch Privatunternehmen nicht geleistet werden, wenn sie zu wenig profitträchtig sind. Viele qualifizierte humanorientierte Dienstleistungen, Jugendarbeit, Umweltschutz, kulturelle und andere Aufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge können von autonomen Projekten und Unternehmen zwischen Privatwirtschaft und Staat übernommen werden – ohne Unterwerfung unter Kapitalverwertungszwänge, offen für die Beschäftigung Langzeitarbeitsloser, Frauenförderung, verbesserte Mitbestimmung, Qualifizierung, regionale Kooperation und andere Aspekte einer alternativen Ökonomie. *Sowohl die Aufgabenfelder als auch die erstrebte innere Betriebsweise öffentlich geförderter Beschäftigungssektoren sind wiederum geeignet, den Humanreichtum wirksam zu stärken.*

- Beschäftigungsorientierte Zukunftsinvestitionsprogramme für Bildung, Forschung und ökologischen Umbau erfüllen direkt die Anforderungen, *Bedingungen individueller Persönlichkeitsentwicklung bzw. den Humanreichtum der Gesellschaft zu erweitern.*

Jeder dieser Alternativvorschläge für einen Wandel der Arbeitswelt schließt Zurückdrängung der Profitdominanz in Wirtschaft und Gesellschaft, Widerstand gegen die Unterwerfung unter die globale Verdrängungskonkurrenz, selbstbestimmte Aneignung von Handlungsbedingungen statt Enteignung, mehr soziale Sicherheit statt Entsicherung und Zivilisierung des Kapitalismus anstelle seiner Entzivilisierung ein. Von allen Varianten des Neoliberalismus, auch von den sozialdemokratischen, unterscheidet sich ein solches Alternativkonzept dadurch, dass Rückfälle in die Zementierung der gegenwärtigen defizitären Verhältnisse durch die Einbettung des gegenwärtig Machbaren in einen transformatorischen Prozess vermieden werden sollen. Jeder der eben exemplarisch genannten, durchaus begrenzten Schritte trägt die Möglichkeit zur Überschreitung der Schranken des Kapitalismus in sich. Jeder dieser Prozesse birgt Keime einer demokratisch-sozialistischen Entwicklung – zunächst als Elemente mitten in der bürgerlichen Gesellschaft, die sich später in die Umrisse einer anderen solidarischen Gesellschaft einfügen können.

Wie fundamental die Differenz zwischen einer dem Kapitalreichtum verpflichteten und einer an Humanreichtum orientierten Politik ist, zeigt ein exemplarischer Vergleich der in dieser Schrift angedeuteten

Reformalternativen mit den Grundvorstellungen, die dem jüngsten Buch Meinhard Miegels zugrunde liegt.

Meinhard Miegel, Leiter des Bonner Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft und prominenter Berater in Politik und Wirtschaft, verweist in seinem Buch „Epochenwende“ scheinbar schonungslos auf fundamentale Fehlentwicklungen und Defizite der westlichen Welt (Miegel, 2005). Die Liste seiner Klagen ist lang. Sie betrifft Bildungsdefizite, Umweltzerstörung, verbreitete psychische Erkrankungen, Massenarbeitslosigkeit, Überschuldung von Millionen Haushalten, Drogenkonsum und zunehmende Gewalt, Vandalismus, Zukunftszweifel, Kinderfeindlichkeit und Kurzsichtigkeit des Handelns. Sein Buch beginnt mit großer Anlage: „Eine Epoche wird durch eine andere abgelöst. Eine Epochewende ist jetzt.“ (ebenda: 9) Und der Autor beansprucht, auf den Punkt zu bringen, was diese Wende bedeutet. Doch seine Antwort verfällt in unverträgliche Antinomien: „Für die Völker des Westens ist jetzt die Zeit gekommen, die großen Schätze, die sie in Generationen angehäuft haben, nicht nur klug zu bewahren und wenn möglich zu mehren, sondern vor allem humaner und weiser zu nutzen als bisher.“ (ebenda: 285) Wer wollte dem die Zustimmung verwehren? Doch die humanere Nutzung des aufgehäuften Reichtums werde nur dann gelingen, so lesen wir weiter, „wenn sich die Erwerbstätigen überall ... den Bedingungen des Weltarbeitsmarktes unterwerfen. Wer dies nicht oder nicht ausreichend tut, wird gnadenlos vom Markt gefegt.“ „Im Klartext: Erwerbstätige in den frühindustrialisierten Ländern müssen auf ihre gewohnte Arbeitsplatzsicherheit verzichten, hochmobil sein, fast jede sich bietende Arbeitsgelegenheit nutzen und vor allem bereit sein, Einkommenseinbußen hinzunehmen.“ (ebenda: 78) Wie die Unterwerfung unter die finanzgetriebene Weltmarktkonkurrenz samt aller antisozialen Folgen zu humanem Umgang mit dem angehäuften Reichtum führen soll, bleibt Miegels Geheimnis. Die erwogene Zustimmung ist als voreilig zurückzuziehen.

Miegel plädiert durchaus dafür, auch Zeit-, Einfall- und Gefühlsreichtum, Bildung und Kultur und nicht zuletzt sogar ganz besonders den gesellschaftlichen Zusammenhalt zum Reichtum einer Gesellschaft zu zählen (ebenda: 191). Diese Auffassung teilt er gewiss mit vielen Unternehmerinnen und Unternehmen und auch mit nicht wenigen konservativen Politikerinnen und Poli-

Miegels Epochenwende

„Der eine hat eine falsche Rechtschreibung und der andere eine rechte Falschschreibung.“

GEORG CHRISTOPH
LICHTENBERG

kern. Aber den Zugang zu solchem menschlichen Reichtum glaubt er als ein Repräsentant des neoliberalen Mainstreams in der Sackgasse der Unterwerfung unter die soziale Kälte, ökologische Blindheit und Kurzatmigkeit der globalen Märkte zu finden. Dort, wo Kapitalreichtum sich Leben und Tod der Menschen einverleibt.

Miegel begründet sein Konzept bedingungsloser Unterwerfung unter die Weltmarktgesetze mit der Diagnose, die Völker des Westens seien satt und träge geworden. Überheblich selbstgewiss schon immer, hätten sie nicht erfasst, dass es der Aufstieg der zunehmend hochleistungsfähigen Niedriglohnländer der „Dritten Welt“ sei, der den Westen zu einer Korrektur seines Lebensstandards nach unten zwingt. „Die Europäer sind nur noch Mitspieler. Andere zeigen ihnen immer öfter, wo es langgeht. ... Löhne wie in Indien, so protestieren sie lautstark, seien ihnen nicht zuzumuten. Warum eigentlich nicht? ... Das ihr Einkommensniveau sinkt, dafür sorgen nicht irgendwelche perfiden Unternehmer, sondern Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Niedriglohnländern.“ (ebenda: 30) „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – dieses nur allzu einsichtige Postulat gilt eben nicht nur für Männer und Frauen oder verschiedene Regionen innerhalb einer Volkswirtschaft. Es gilt auch global. Die Annäherung aller Preise, ob gewollt oder ungewollt, ist die Quintessenz der Globalisierung. Die Preise für Wissen und Kapital, für Kommunikation und Transport sind einander bereits recht ähnlich geworden. Die Preise für Waren und Dienste sind im Begriff, dies zu tun. Und nun folgt zum Abschluss die globale Annäherung der Preise für Arbeit. Für die seit Generationen einkommensverwöhnten Westler ist dies ein Schock. Aber es sind die Gesetze des Marktes, die der Westen die Welt gelehrt hat. Sie jetzt ändern zu wollen ist nicht nur doppelzünftig, sondern auch aussichtslos.“ (ebenda: 98)

Marx und Miegel Horst Eberhard Richter, Psychoanalytiker und langjähriger Direktor des Sigmund-Freud-Instituts in Frankfurt am Main, hat sein Buch „Als Einstein nicht mehr weiterwusste. Ein himmlischer Krisengipfel“ nach einer originellen Idee komponiert. Er lässt Einstein im Jenseits zu einem himmlischen Gedankenaustausch mit Platon, Buddha, Augustinus, Descartes, Marx und Freud über den Lauf der Dinge auf Erden und über die Tauglichkeit ihrer Interpretationen menschlichen Handelns einladen. Marx könnte in dieser Runde mit Genugtuung auf Miegel verweisen, rückt dieser doch das globale Wirken jener Gesetze, die Marx seiner Kapitalismusanalyse zugrunde legte, in das Zentrum

seiner Überlegungen. Aber Marx würde sich vermutlich kritisch fragen, ob er seinen Anhängern und seinen Gegnern einst genügend nachdrücklich die von ihm selbst vorgenommene Relativierung der Wirkungsmacht ökonomischer Gesetze ans Herz gelegt habe. Als er die Bewegung der Profitrate analysierte, schrieb er nämlich: „Die Fixierung ihres faktischen Grades erfolgt nur in unaufhörlichen Ringen zwischen Kapital und Arbeit ... die Frage löst sich auf in die Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden.“ (Marx, MEW Bd. 16: 149) Wie weit ökonomische Zwänge zur Geltung kommen, ist danach eine Sache des Handelns der Beteiligten und der Machtverhältnisse zwischen ihnen. Eine Dialektik von ökonomischen Zwängen und Widerstand gegen diese Zwänge, des Konstituierens dieser Zwänge ebenso wie ihrer Überwindung durch widerstreitende Akteure gerät hier in den Blickpunkt. Es ist nicht aussichtslos, die Welt ändern zu wollen! Richtig ist sicher, dass übersteigerter stofflicher Konsum wohlhabender und reicher Schichten hinter Ressourcen schonenden, sozial und kulturell anspruchsvollen Lebensweisen zurücktreten wird. Neue Produktions- und Lebensweisen werden tatsächlich eine neue Epoche konstituieren. Aber der Aufbruch der Völker des „Südens“ muss nicht zu sozialem Abstieg im „Norden“ führen. Die Millenniumsziele erfordern erdumspannende Solidarität für soziale und ökologische Nachhaltigkeit; aber keinen Wettlauf, bis Arbeit – nach einem Wort von Horst Afheldt – „billig wie Dreck“ wird.

Deshalb rückt in den Mittelpunkt emanzipatorischer Alternativen eine Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft. Die ohnmächtige Anpassung nach unten ist kein unabwendbares Schicksal. Die größte Aufgabe aller demokratischen Akteure ist die Vernetzung miteinander zu einer breiten Allianz, zu einem Block aller sozialen Kräfte, die den Einstieg in einen anderen Entwicklungsweg zu einer solidarischen emanzipatorischen Gesellschaft anstreben, die nach den Vorstellungen vieler Linken eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft sein wird..

**Der archimedische Punkt:
Allianz für den Wandel der Kräfteverhältnisse**

Die Linke – ob parteiförmig links von der SPD organisiert, ob als Strömung in der Sozialdemokratie oder bei den Grünen, in den Gewerkschaften oder in sozialen Bewegungen – bedarf auf's Dring-

lichste einer veränderten Einstellung zu allen Kreisen in der Gesellschaft, die auf humanistische Weise anders denken und handeln als sie selbst. Ohne das ständige Gespräch mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, mit Künstlerinnen und Künstlern, mit sozial denkenden Unternehmerpersönlichkeiten, mit Journalistinnen und Journalisten, ohne vorurteilsfreien Umgang Jugendkulturen – in Abgrenzung von der rechten Szene – wird kein alternativer Entwicklungsweg begehbar sein. Erhebliche Selbstveränderung der Linken ist dafür vonnöten – Abschied von der Selbstbezogenheit. Eine Wende von linksinternen zu entschieden weiter gespannten Maßstäben alternativen Wirkens – ein Kulturbruch in der Linken selbst.

Denn es geht um einen Beitrag zu einer kulturellen Wende in der ganzen Gesellschaft, um die Schwächung und künftig um die Überwindung der neoliberalen Hegemonie in den geistigen und politischen Kämpfen unserer Zeit.

Einer der zentralen Aspekte dabei ist das Thema dieser Schrift. Muss alle Produktivität der Gesellschaft, um als solche zu gelten, erst das Nadelöhr der Marktprofitabilität passieren? Wird das Maß aller wichtigen Entscheidungen bleiben, dass sie zu vermehrtem Kapitalreichtum als Konkurrenzpotenzial führen müssen? Dass der Reichtum der Persönlichkeit nichts gilt gegen Geldvermögen und Kapitalreichtum – ob als Gold wie einst oder in Gestalt von Aktien, Derivaten und geldvermittelter Herrschaft? So wie Shakespeare, schon von Marx im „Kapital“ zitiert, schrieb:

„Gold! kostbar, flimmernd, rotes Gold!
Soviel hievon, macht schwarz weiß, hässlich schön;
Schlecht gut, alt jung, feig tapfer, niedrig edel.
... Ihr Götter! warum dies? warum dies, Götter;
Ha! dies lockt Euch den Priester vom Altar;
Reißt Halbgenes'nen weg das Schlummerkissen;
Ja dieser rote Sklave löst und bindet
Geweihete Bande; segnet den Verfluchten;
Er macht den Aussatz lieblich; ehrt den Dieb,
Und gibt ihm Rang, gebeugtes Knie und Einfluss,
Im Rat der Senatoren; dieser führt
Der überjähr'gen Witwe Freier zu;
... Verdammt Metall,
Gemeine Hure du der Menschen“

SHAKESPEARE: TIMON OF ATHENS

Oder werden die Heutigen Shakespeares Frage „Warum dies?“ aufnehmen, um eine andere Antwort zu geben als seit Jahrtausenden? Werden sie die Macht des Reichtums über sich in Macht für sich verwandeln? Werden sie entscheiden, dass künftig sie, die nicht über Kapitalreichtum verfügen, selbst als der Reichtum der Gesellschaft gelten werden und die Verhältnisse danach formen?

Werden sie den Reichtum individueller Persönlichkeitsentfaltung zum Maß der Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft erklären und – wie eben am Beispiel alternativer Arbeitspolitik angedeutet – den Einstieg in eine andere Politik mit diesem Inhalt beginnen?

Diese Frage wird nicht durch irgendwelche Gesetzmäßigkeiten der Geschichte beantwortet. Sie wird durch Kämpfe zwischen den gegensätzlichen gesellschaftlichen Kräften entschieden, deren Handeln von gegensätzlichen Interessen bestimmt wird.

Zusammenzufassen ist der Beitrag dieser Schrift für diese Kämpfe. Zusammenzufassen ist die Antwort auf die in diesem Buch gestellte Ausgangsfrage nach dem Verbleib des anschwellenden Reichtums und auf die Frage danach, was künftig der Hauptinhalt des erstrebenswerten Reichtums sein soll: Kapitalreichtum oder Humanreichtum? Dekade um Dekade wächst der Reichtum der westlichen Welt an. So wurde festgestellt. Allerdings bleibt der absolute Wirtschaftszuwachs in Westeuropa seit Jahrzehnten etwa gleich. Wie er auf sinnvollste und effizienteste Weise nachhaltig produziert und verwendet werden kann, wird immer wichtiger.

Die Pointe dieser Schrift

Der aufgehäuften dinglichen Reichtum und der bereits verfügbaren Reichtum menschlicher Fähigkeiten und Wissenspotenziale eröffnen eine Chance wie nie zuvor in der Geschichte. Sozial gleiche Teilhabe einer und eines jeden an den wesentlichen Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit und Würde rückt für die heute lebenden jüngeren Generationen in den Bereich des Machbaren. „Leben statt gelebt zu werden“ kann zur Maxime emanzipatorischer Alternativen werden.

Dass der Reichtum für die Wohlfahrt aller nicht ausreicht, ist ein Mythos, der dem Rückbau des Sozialen den Abwärtsweg bahnen soll. Wohl aber wird dieser bereits eingeleitete Niedergang tatsächlich an-

dauern, wenn der gesellschaftliche Reichtum weiter vorrangig in der Gestalt von Kapitalreichtum vermehrt wird. In diesem Fall wird er den Humanreichtum – die Entfaltung der Individualität, der produktiven Fähigkeiten und Fertigkeiten, der kulturellen Horizonte der Einzelnen und der Fülle ihrer zwischenmenschlichen Beziehungen – tausendfach beschneiden. Die Mehrung des Kapitalreichtums wird zwar Bildung, Wissen und Selbstverantwortung von Millionen Menschen stärken, weil er ohne diese Potenziale nicht gedeihen kann. Aber er wird den Reichtum der Persönlichkeitsentwicklung gleichzeitig durch Bildungsschranken, psychische Belastungen und fortschreitende Entsicherung, durch Krieg gegen Menschen und Natur ständig in Grenzen halten. Mehrung des Kapitalreichtums führt zudem – das wurde hier belegt – zu Gebrauchswertstrukturen des Nationaleinkommens, die für einen großen Teil der Bevölkerung gleichbedeutend mit Wohlfahrtsverlusten sind, weil Rüstungsgüter, extremer Luxuskonsum, umweltzerstörende Produkte und Produktionsweisen, Vergeudung in der Wegwerfgesellschaft und Wirtschaftskriminalität zu Abzügen von den Bedingungen ihrer Selbstentfaltung führen.

Gleichwohl – Träume von Reichtum haben Menschen seit Jahrhunderten zu Erfindungen und zuvor nicht denkbaren Leistungen beflügelt.

Sie bauten Boote, mit denen beispielsweise die Bewohner der Trobriandinseln regelmäßig weite Fahrten unternahmen, um den Einwohnern anderer Inseln des Archipels nützliche Geschenke zu überbringen, nur durch kulturelle Gewohnheit geregelt, dass irgendwann auch sie wichtige Güter von anderen erhalten würden – Reichtumserwerb ohne Feilschen und Schachern und ohne Tauschgeschäfte (Polanji, 1978: 78 ff).

Sie erdachten Schiffe zur Überquerung der Weltmeere auf der Suche nach Reichtümern in fremden Kontinenten. Sie entwickelten Waffen, mit denen sie ganze Völker ausrotteten, um deren Schätze an sich zu bringen. Sie türmten Pyramiden und erbauten Paläste.

Der Reichtum der Reichen vervielfachte sich. Die ihn schufen, blieben ohne ihn. Aber indem sie ihn hervorbrachten, entwickelten sie auch sich selbst, ihre produktiven Kräfte und ihr Wissen.

So wuchsen der dingliche Reichtum und der Reichtum menschlicher Schöpferkraft derart an, dass Reichtum in Zukunft nicht mehr als Kapitaleigentum und Vermögen der Machteliten zulasten der Mehrheit reproduziert werden muss. Seine Fülle erlaubt in absehbarer Zeit die sozial gleiche Teilhabe aller Mitglieder der Gesellschaft an den Be-

dingungen für die Freiheit, über das eigene Leben selbst in sozialer Sicherheit zu bestimmen. Der Reichtum ist bereits da, der den Einstieg in die schrittweise Verwandlung von Visionen in Lebenswirklichkeit auf die Tagesordnung alternativen Handelns setzt. Vorstellungen gewinnen Realitätsnähe, die vor wenigen Jahrzehnten noch als Fantastereien gegolten hätten:

Stell dir vor, es ist von Reichtum die Rede – und die es hören, denken an Bildung und Kultur.

Stell dir vor, der Reichtum wächst und niemand wird ärmer dabei.

Stell dir vor, der Reichtum wächst und mit ihm Gerechtigkeit rund um die Erde.

Stell dir vor, der Reichtum wächst und mit ihm Freiheit für jede und jeden.

Literatur

- Abraham a Sancta Clara (Hrsg. Hans Ulrich Megerle), 1969: Purpurmantel und Bauernkittel. Berlin
- Afheldt, Horst, 1994: Wohlstand für niemand? Die Marktwirtschaft entlässt ihre Kinder. München
- Aglietta, Michel, 1979: A Theory of Capitalist Regulation. London
- Aglietta, Michel, 2000 a: Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand. Hamburg
- Aglietta, Michel, 2000 b: Shareholder value and corporate governance: some tricky questions. In: Economy and Society. 29 (1)
- Albert, Michel, 1991: Kapitalismus kontra Kapitalismus. Frankfurt a. Main
- Altwater, Elmar, 1992: Der Preis des Wohlstands. Münster
- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit, 2002: Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik. Münster
- Anand, Anita/Escobar, Arturo/Sen, Jai/Waterman, Peter (Hrsg.), 2003: Eine andere Welt. Das Weltsozialforum. Berlin
- Arlacchi, Pino, 1989: Mafiose Ethik und der Geist des Kapitalismus. Die unternehmerische Mafia. Frankfurt am Main
- Asmus, Ronald D./Pollak, Kenneth M., 2002: Transformation des Mittleren Ostens. Das neue transatlantische Projekt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. H. 12
- Aust, Björn, 2003: „Feindliche Übernahmen“. Ökonomische Interessen und „militärisches Unternehmertum“ im Kongo. In: Azzellini, D./Kanzleiter, B. (Hrsg.): Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung. Berlin/Hamburg/Göttingen
- Azzellini, Dario/Kanzleiter, Boris (Hrsg.), 2003: Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung. Berlin/Hamburg/Göttingen
- Baraki, Matin, 2003: „Warlordisierung vertraglich festgeschrieben“. Warlords und „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan. In: Azzellini, D./Kanzleiter, B. (Hrsg.) Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der neuen Kriegsordnung. Berlin/Hamburg/Göttingen
- Bäuerle, Sabine, 2003: Armut hat viele Gesichter. Gottesdienstentwurf für die Frühjahrssammlung des Diakonischen Werkes in Hessen

- und Nassau. Evangelische Gemeinde am Hauptbahnhof. Frankfurt a. Main
- Beck, Ulrich, 1996: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. Main
- Becker, Helmut, 1992: Das unheimliche Machtkartell. In: Die Zeit, 11. September
- Beckmann, Martin, 2002: Privatisierung der Rentensysteme und Finanzmarktentwicklung in der Europäischen Union. Manuskript. Berlin
- Bedau, Klaus-Dietrich, 1998: Auswertung und Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland. In: DIW, Beiträge zur Strukturforchung, Heft 173. Berlin
- Benjamin, Walter, 1984: Über den Begriff der Geschichte. In: Ders.: Allegorien kultureller Erfahrung. Ausgewählte Schriften 1920-1940. Leipzig
- Bieling, Hans-Jürgen, 2000: Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung – Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen. Münster
- Binswanger, Hans Christoph, 1985: Geld und Magie. Deutung und Kritik der modernen Wirtschaft. Stuttgart/Wien
- Bischoff, Joachim/Hüning, Hasko/Lieber, Christoph, 2005: Von der neoliberalen zur sozialistischen Gouvernamentalität. In: Prokla, Heft 1
- Bontrup, Heinz-J., 2000: Zur säkularen Entwicklung der Kapitalrentabilität. In: WSI-Mitteilungen 11
- Bourdieu, Pierre, 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2. Göttingen
- Boyer, Robert, 2000: Is a finance-led growth regime a viable alternative to Fordism? A preliminary analysis. In: Economy and Society. 29 (1)
- Brand, Ulrich/Brunnenraber, Achim/Schrader, Lutz/Stock, Christian/Wahl, Peter, 2000: Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung. Münster
- Brähler, Elmar/Laubach, Wilfried/Stöbel-Richter, Ive, 2004: Befindlichkeiten von Arbeitslosen. Leipzig
- Brie, Michael, 2005: Auswege aus selbstverschuldeter Barbarei. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin
- Brie, Michael, 2006: Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3
- Brie, Michael/Klein, Dieter, 1993: Der Engel der Geschichte. Berlin

- Brzoska, Michael/Wulf, Herbert, 2000: Rüstungskontrolle – noch relevant für Abrüstung? In: Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/Schock, Bruno (Hrsg.), 2000: Friedensgutachten 2000. Münster
- Brühl, Tanja/Debiel, Thomas/Hamm, Brigitte/Hummel, Hartwig/Martens, Jens (Hrsg.), 2001: Die Privatisierung der Geldpolitik. Entstaatlichung und Kommerzialisierung im Globalisierungsprozess. Bonn
- BUND/Misereor, 1996: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel
- Bundesregierung, 2005: Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin
- Bundesregierung, 2001: Antwort auf die Große Anfrage der PDS-Bundestagsfraktion zur Kriegsbilanz. Drucksache 14/5677
- Busch, Ulrich, 2003 a: Der Reichtum wächst, aber nicht für alle. In: Utopie kreativ, April
- Busch, Ulrich, 2003 b: Geld und Reichtum in der bürgerlichen Gesellschaft. Zur Grundlegung eines Zusammenhangs bei Karl Marx. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung III/2003. Berlin
- Castell, Robert, 2005: Die Stärkung des Sozialen. Leben im Wohlfahrtsstaat. Hamburg
- Castell, Robert, 2002: Die Metamorphose der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz
- Chesnais, Françoise, 2004: Das finanzdominierte Enteignungsregime: theoretische Begründung und Reichweite. In: Zeller, Christian (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster
- Conert, Hansgeorg, 1998. Vom Handelskapital zur Globalisierung. Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie. Münster
- Creutz, Helmut, 1995: Das Geldsyndrom. Frankfurt am Main/Berlin
- Cross/Cohen/Wolfowitz, 2000: Rebuilding America's Defenses
- Dackweiler, Regina-Maria/Hornung, Ursula (Hrsg.), 2003: frauen – macht – geld. Münster
- Daly, Herman E./Cobb, John B., 1990: For the Common Good. London
- Detje, Richard/Köhlinger, Jörg, 2004: Der Diebstahl an Zeit. In: Sozialismus. Heft 10
- Deutschmann, Christoph (Hrsg.), 2002: Die gesellschaftliche Macht des Geldes. Wiesbaden
- DGB-Bundesvorstand, 2003: Verteilungsbericht 2003. Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer setzt sich fort. Berlin

- Dickhaus, Barbara/Dietz, Kristina, 2004: Private Gain. Public Los? Folgen der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa. Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin
- DIW, 1998: Immobilienvermögen privater Haushalte in Deutschland. Wochenbericht 35. Berlin
- Drüssel, Dieter, 2003: Hightech mit Bodentruppen. DynCorp – Ein globaler privater Gewaltkonzern. In: Azzelini, D./Kanzleiter, B. (Hrsg.): Das Unternehmen Krieg. Berlin/Hamburg/Göttingen
- Dolgopjatowa, T./Simacev, Ju./Tambovcev, V./Jakovlew, A., 1999: Schattenwirtschaft in Russland. In: Bericht des Bundesinstituts für ... wissenschaftliche und internationale Studien. 37
- Eißel, Dieter, 2005 a: Eine große rot-grüne Gerechtigkeitslücke. In: rls Standpunkte 17. Berlin
- Eißel, Dieter, 2005 b: Armut und Reichtum in Deutschland. Präsentation auf der Tagung „Reichtum und Macht“. 11.-13. November in Berlin
- Engelhardt, Wolfgang/Weinzierl, Hubert, 1993: Der Erdgipfel. Perspektiven für die Zeit nach Rio. Bonn
- Erhard, Ludwig, 1957: Wohlstand für alle. Düsseldorf
- Eschenbach, Andreas, 2001: Eine Billion Dollar. Bergisch-Gladbach
- Engler, Wolfgang, 2005: Bürger. Ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft. Berlin
- Espenhorst, Jürgen, 1997: Reichtum als gesellschaftliches Leitbild. In: Huster, Ernst-Ulrich: Reichtum in Deutschland. Frankfurt am Main/New York
- Faik, Jürgen/Schlomann, Heinrich, 1997: Die Entwicklung der Vermögensverteilung in Deutschland. In: Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Reichtum in Deutschland. Frankfurt am Main/New York
- Faux, Jeff, 2003: A Global Strategy for Labour. In: Fisher, William F./Ponniah, Thomas: Another World is Possible. New York
- Feltes, Torsten, 2005: Bildungsgerechtigkeit durch Bildungsstandards? In: RLS Standpunkte 16
- Ferst, Marko, ohne Jahr: Wege zur ökologischen Zeitenwende. Berlin
- Ferst, Marko, ohne Jahr: Plädoyer für ein zukunftsfähiges Kultursystem. Berlin
- Fisher, William F./Ponniah, Thomas (Hrsg.), 2003: Another World Is Possible. Popular Alternatives to Globalization at the World Social Forum. Selangor/Capetown/London/New York
- Florin, Hans Wilhelm, 1994: Ein nötiger Traum von unnötigem Geld. In: Bodien, Manfred/Hübl, Lothar (Hrsg.): Banken in gesellschaftlicher Verantwortung. Stuttgart
- Forrester, Viviane, 1980: La Violence du calm. Paris

- Forrester, Viviane, 1997: Der Terror der Ökonomie. Wien
- Fritz, Thomas, 2003: Die letzte Grenze. GATS: Die Dienstleistungsverhandlungen in der WTO. Sachstand, Probleme, Alternativen. (Hrsg.): Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED) e.V. Hamburg
- Fritz, Thomas/Scherrer, Christoph, 2002: GATS: Zu wessen Diensten? Öffentliche Aufgaben unter Globalisierungsdruck. Hamburg
- Führmann, Bettina, 2004: Krisenprävention in einer gewalttätigen Welt: Welchen Beitrag kann die Armutsbekämpfung leisten? In: Weller, Chr./Ratsch, K./Mutz, R./Schoch, B./Hanswedell, C. (Hrsg.): Friedensgutachten 2004. Münster
- Fussel, Paul, 2000: Cashmere, Cocktail, Cadillac. Ein Wegweiser durch das amerikanische Statussystem. Göttingen
- Gammelin, Cerstin/Hamann, Götz, 2005: Die Strippenzieher. Manager, Minister, Medien – wie in Deutschland regiert wird. Berlin
- Garson, Barbara, 2001: Money makes the world go around. New York
- Gather, Claudia/Meißner, Hanna, 2002: Informelle Erwerbsarbeit in privaten Haushalten. In: Gather, C./Geissler, B./Rerrich, M.S. (Hrsg.): Weltmarkt Privathaushalt. Bezahlte Hausarbeit im globalen Wandel. Münster
- Geißler, Rainer, 2000: Rolle der Eliten in der Gesellschaft. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung. Heft 269. 4. Quartal: Sozialer Wandel in Deutschland
- George, Susan, 2002: WTO: Demokratie und Drakula. Hamburg
- Goethe, Johann, Wolfgang, 1902-1912: Bemerkungen zu Byrons Don Juan. In: Werke, Bd. 37. Jubiläumsausgabe. Hrsg.: E. von der Hellen. Stuttgart/Berlin
- Gonzales, Matilde/AVANCSO, 2003: Nachhaltig zum Schweigen gebracht. Paramilitarismus, Gewalt und Geschlecht in Guatemala. In: Azzelini, D./Kanzleiter, B. (Hrsg.): Das Unternehmen Krieg. Berlin/Hamburg/Göttingen
- Gore, Al, 1992: Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde. Frankfurt am Main
- Guptha, Sanjeev/de Mello, Luiz/Scharan, Raju, 2001: Corruption and Military Spending. In: European Journal of Political Economy. Nr. 17
- Hall, Stuart, 2004: New Labours doppelte Kehrtwende. In: Das Argument Nr. 256

- Hanisch, Walter/Krause, Peter/Bäcker, Gerhard u.a., 2000: Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Reinbek bei Hamburg
- Hardt, Michael/Negri, Antonio, 2002: Empire. Die neue Weltordnung. Frankfurt am Main
- Hartmann, Michael, 2004: Elitesoziologie. Eine Einführung. Frankfurt am Main
- Hartridge, David, 1977: What the General Agreement on Trade in Services (GATS) Can Do. Beitrag auf dem Internationalen Symposium "Opening markets for banking worldwide. New York. In: <http://gats-info.eu.int/gats-info/g2000> vom 15. 3. 2000
- Harvey, David, 2003: Der „neue“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 5
- Hayek, Friedrich August von, 1996: Ungleichheit ist nötig. In: Wirtschaftswoche, 11. Januar
- Heine, Heinrich, 1997: Korrespondentenbericht aus Paris 1842, Lutetia. In: Sämtliche Schriften. München. Zitiert nach: Rügemer, Werner, 2003: arm und reich. Bielefeld
- Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), 2003: Die Zukunft der globalen Güter in der Dissensgesellschaft. Auf der Suche nach einer nachhaltigen Politik zum Schutz des geistigen Eigentums. Berlin
- Hellman, Joel S./Jons, Geraint/Kaufmann, Daniel, 2000: Seize the State, Seize the Day: State Capture, Corruption and Influence in Transition. World Bank Policy Research Working Paper 2444. Washington, D.C.
- Hillebrand, Ernst, 2001: Schlüsselstellung im globalisierten Kapitalismus. Der Einfluss privater Rating-Agenturen auf Finanzmärkte und Politik. In: Brühl, T./Hamm, B/Hummel, H./Martens, J. (Hrsg.): Die Privatisierung der Weltpolitik. Bonn
- Hombach, Bodo, 1998: Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte. München
- Hrbek, Rudolf/Mittesheim, Martin (Hrsg.), 2002: Europäische Union und mitgliedsstaatliche Daseinsvorsorge. Baden-Baden
- Hubertus, Peter, 1998: Zur Größenordnung des funktionellen Analphabetismus in Deutschland. Kommentar aus der Alphabetisierungspraxis. In: Stark, Werner u.a. (Hrsg.) Wer schreibt, der bleibt. Gesellschaftliche, pädagogische und persönlichkeitsbildende Aspekte des Schreibens als Beitrag zur Überwindung des Analphabetismus und Sicherung einer Grundbildung für alle. Stuttgart

- Hübner, Kurt, 1990: Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie. Berlin
- Huffschmid, Jörg/Bischoff, Joachim/Steinitz, Klaus/Detje, Richard/Wendl, Michael/Klein, Dieter/Luft, Christa, 2004: Stagnation – neoliberale Agenda – Alternativen. Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 2
- Huffschmid, Jörg, 2002: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg
- Huster, Ernst-Ulrich/Volz, Fritz Rüdiger (Hrsg.), 2002: Theorien des Reichtums. Münster/Hamburg/London
- Huster, Ernst-Ulrich, 1997: Einkommensverteilung und hohe Einkommen in Deutschland. In: Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Reichtum in Deutschland. Die Gewinner in der sozialen Polarisierung. Frankfurt am Main/New York
- Hwang, Jinyoung, 2002: A Note on the Relationship Between Corruption and Government. In: Journal of Economic Development. Nr. 27
- Ignatieff, Michael, 2000: Die Zivilisierung des Krieges. Ethnische Konflikte, Menschenrechte, Medien. Hamburg
- Imbusch, Peter, 2002: Reichtum als Lebensstil. Zur Soziologie der sozialen Distanz. In: Huster, E.-U./Volz, F. R. (Hrsg.): Theorien des Reichtums. Münster/Hamburg/London
- International Crisis Group, Central Asia, 2001: Drugs and Conflict. Osch/Brüssel
- Jacq, Christian, 1999: Folge deinem Herzen, solange du lebst. Weisheiten der alten Ägypter. Reinbek bei Hamburg
- Kagan, Robert, 2002: Was die Vereinigten Staaten und Europa auseinandertreibt. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 10
- Kanzleiter, Boris, 2003: Jugoslawiens multiethnische Kriegsgewinnler. In: Azzelini, D./Kanzleiter, B. (Hrsg.): Das Unternehmen Krieg. Berlin/Hamburg/Göttingen
- Kanzleiter, Boris, 2003: Krieg & Frieden GmbH. Privatarmeen und private Militärunternehmen als Akteure der Neuen Kriege. In: Azzelini, D./Kanzleiter, B. (Hrsg.): Das Unternehmen Krieg. Berlin/Hamburg/Göttingen
- Kapp, K. William, 1988: Soziale Kosten der Marktwirtschaft. Frankfurt am Main
- Katz, Michael B., 2004: Der US-amerikanische Wohlfahrtsstaat: Strukturen und Trends. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Heft 136

- Kaul, Inge (Hrsg.), 2002: Providing Global Public Goods: Managing Globalization. New York
- Kennedy, Paul, 1993: In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert. Frankfurt am Main
- Kerschagl, Richard, 1973: Die Jagd nach dem künstlichen Gold – Der Weg der Alchemie. Berlin
- Klein, Dieter (Hrsg.), 2003: Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin
- Klein, Dieter, 2002: Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt. Ein Beitrag zur Programmdiskussion der PDS. In: Brie, Michael/Chrapa, Michael/Klein, Dieter: Sozialismus als Tagesaufgabe. Berlin
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2003: Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. Brüssel
- Krugmann, Paul, 2002: Der amerikanische Albtraum. In: Die Zeit 46
- Krysmanski, Hans Jürgen, 2004: Hirten Et Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen oder: Einladung zum Power Structure Research. Münster
- Leman, Nicholas, 2002: The Next World Order. In: The New Yorker, 1. April
- Leyendecker, Hans, 2003: Die Korruptionsfalle. Wie unser Land im Filz versinkt. Reinbek bei Hamburg
- Lipietz, Alain, 1992: Vom “Althusserismus” zur Theorie der Regulation. In: Demirovic, Alexander (Hrsg.): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess. Münster
- Mandeville, Bernard, 1988: Die Bienenfabel oder Private Laster als gesellschaftliche Vorteile. Leipzig/Weimar
- Martens, Jens/Hain, Roland, 2002: Globale öffentliche Güter. Zukunftskonzept für die internationale Zusammenarbeit. Bonn
- Marx, Karl, 1961: Rede auf der Jahresfeier des “People’s Paper” am 14. April 1856 in London. In: MEW, Bd. 12. Berlin
- Marx, Karl, 1961: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: MEW. Bd. 1. Berlin
- Marx, Karl, 1961: Zur Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 13. Berlin
- Marx, Karl, 1964: Lohn, Preis und Profit. In: MEW. Bd. 16. Berlin
- Marx, Karl, 1965: Theorien über den Mehrwert. In: MEW. Bd. 26.2. Berlin
- Marx, Karl, 1974: Ökonomische Manuskripte 1857/1858: In: MEW. Bd. 42. Berlin

- Marx, Karl, 1967: Theorien über den Mehrwert. Zweiter Teil. In: MEW. Bd. 26.2. Berlin
- Marx, Karl, 1983: Ökonomisch-Philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844. In: MEW. Bd. 40. Berlin
- Marx, Karl, 1973: Das Kapital. Bd. III. In: MEW. Bd. 25
- Meadows, Denis/Meadows, Donella/Randers, Jørgen, 1992: Die neuen Grenzen des Wachstums. Stuttgart
- Meireis, Torsten, 2002: Komplexe Gerechtigkeit. Sozialphilosophische Zugänge zum Thema Reichtum. In: Huster, E.-U./Volz, F. R. (Hrsg.): Theorien des Reichtums. Münster
- Merrill Lynch/Cap Gemini Ernst & Young, 2003: World Wealth Report 2003. New York
- Merkel, Angela, 2003: Quo vadis, Deutschland? Berlin
- Merrill Lynch/Cap Gemini Ernst & Young, Deutschland, 2001: German Wealth Report 2000. Berlin
- Messner, Dirk, 2002: Armut und Reichtum in der Welt. In: Bundeszentrale für Politische Bildung: Informationen zur politischen Bildung. H. 274
- Miegel, Meinhard, 2005: Epochenwende. Gewinnt der Westen die Zukunft? Berlin
- Milanovic, Branko, 2002: True World Income Distribution, 1988 and 1993: First Calculation Based on Household Surveys Alone. In: Economic Journal 112 (476)
- Mogge-Grotjahn, 2002: Das Geschlecht des Reichtums. In: Huster, E.-U./Volz, F. R. (Hrsg.): Theorie des Reichtums. Münster. In: Dackweiler, Regina-Maria/Hornung, Ursula (Hrsg.): frauenmacht-geld. Münster
- Müller, Adam, 1936: Die Elemente der Staatskunst. Meersburg/Leipzig
- Müller, Albrecht, 2004: Die Reform-Lüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren. München
- Münchner Rück, 2002: Jahresrückblick Naturkatastrophen, 2002. München
- Münkler, Herfried, 2003: Die neuen Kriege. Reinbek bei Hamburg
- Myrntinen, Henri, 2003: Alte "neue" Kriege. Die Privatisierung der Gewalt in Indonesien. In: Azzelini, D./Kanzleiter, B. (Hrsg.): Das Unternehmen Krieg. Berlin/Hamburg/Göttingen
- Nefiodow, Leo A., 1991: Der fünfte Kondratieff. Strategien zum Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft. Frankfurt am Main

- Nollmann, Gerd/Strasser, Hermann, 2002: Armut und Reichtum in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 29-30
- Pisa-Konsortium Deutschland, 2003: Pisa 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. Berlin
- Polanyi, Karl, 1978: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt am Main
- Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno (Hrsg.), 2000: Friedensgutachten 2000. Münster
- Reich, Robert, 1998: A New Elite is Busily Changing the Way America Works. In: International Herald Tribune. 7. April
- Reljic, Dusan, 2001: Der Vormarsch der Megamedien und der Kommerzialisierung der Weltöffentlichkeit. In: Brühl, T./Debiel, T./Hamm, B./Hummel, H./Martens, J. (Hrsg.): Die Privatisierung der Weltpolitik. Bonn
- Richter, Horst-Eberhard, 1997: Als Einstein nicht mehr weiter wusste. Ein himmlischer Krisengipfel. Düsseldorf/München
- Rifkin, Jeremy, 2000: Access. Das Verschwinden des Eigentums. Frankfurt am Main/New York
- Rilling, Rainer, 2003: „American Empire“ als Wille und Vorstellung. Die neue große Strategie der Regierung Bush. In: RLS Standpunkte Nr. 5
- Rügener, Werner, 2003: arm und reich. Bielefeld
- Rosen, Stephen Peter 2003: The Future of War and the American Military. In: Harvard Magazine Nr. 5
- Rimli, Lisa, 2003: Kriegswirtschaft in Friedenszeiten. Die private Sicherheitsindustrie in Angola. In: Azzelini, D./Kanzleiter, B. (Hrsg.): Das Unternehmen Krieg. Berlin/Hamburg/Göttingen
- Sacher, Danuta (Brot für die Welt)/Frein, Michael (weed)/Fuchs, Peter (Evangelischer Entwicklungsdienst), 2003: Wessen Entwicklungsagenda? Eine Analyse der GATS-Forderungen der Europäischen Union, Stuttgart/Bonn/Berlin
- Salamon, Lester M./Anheier, Helmut K., 1999: Der Dritte Sektor. Aktuelle internationale Trends. Eine Zusammenfassung. The Johns Hopkins Comparative Non Profit Sector Project, Phase II. Gütersloh
- Schäfer, Claus, 1996: Es gibt kein Standortproblem, sondern ein Verteilungsproblem. In: Arbeit und Sozialpolitik, H. 9/10
- Scheer, Hermann, 1999: Solare Weltwirtschaft. Strategie für die ökologische Moderne. München

- Sen, Amartya, 1999: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Demokratie in der Marktwirtschaft. Frankfurt am Main
- Smith, Adam, 1975: Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen. Bd. 2. Berlin
- Sofsky, Wolfgang, 2002: Zeiten des Schreckens. Amok, Terror, Krieg. Frankfurt am Main
- Statistisches Bundesamt/Bundeszentrale für Politische Bildung, 2001: Datenreport 1999. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn
- Statistisches Bundesamt, 2004: Statistisches Jahrbuch 2004. Für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt, 2004: Statistisches Jahrbuch 2004. Für das Ausland. Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt/Bundeszentrale für Politische Bildung, 2004: Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn
- Stiglitz, Joseph, 2002: Der Schatten der Globalisierung. Berlin
- Stille, Alexander, 1995: Excellent cadavers. The mafia and the death of the first Italian Republic. New York
- Styckow, Petra, 2004: Der Fall Russland: Korruption als Kollateralschaden der Transformation? In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung. (73) 2
- Tanzi, Vico/Davoodi, Hamid R., 1998: Corruption, Public Investment, and Growth. In: Schibati, Hirofumi/Ihori, Toshihiro (Hrsg.): The Welfare State, Public Investment and Growth. Tokio
- UN Security Council, 2001: Report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth in the Democratic Republic of the Congo. UN Dokument S/2001/357, §§ 213 ff.
- UNCTAD/Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung, 2001: World Investment Report 2000. New York/Genf
- UNDP, 2003: Bericht über die menschliche Entwicklung 2003. Berlin
- van Dieren, Wouter, 1995: Mit der Natur rechnen. Der neue Club-of-Rome-Bericht. Basel/Boston/Berlin
- Veblen, Thorstein, 1989: Theorie der feinen Leute. Frankfurt am Main
- Ver.di (Wirtschaftspolitik), 2003: "Lohnnebenkosten" senken? Schafft und sichert keine Arbeitsplätze. Berlin
- Veth, Silke, 2003: Doing the dirty work? The global politics of domestic labour. Manuskript, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

- Volz, Fritz Rüdiger, 2002: „Vermögen – vorbereitende Thesen zu einer (anthropologischen) Theorie des Reichtums. In: Huster, E.-U./Volz, F. R. (Hrsg.): Theorie des Reichtums. Münster/Hamburg/London
- von Weizsäcker, Ernst-Ulrich/Lovins, Amory B./Lovins, L. Hünter, 1995: Faktor vier. Doppelter Widerstand – halbiertes Verbrauch. München
- Welsch, Heinz, 2003: Corruption, Growth and the Environment: A Cross-Country Analysis. Discussion paper Nr. 357. DIW. Berlin
- Weller, Christoph/Ratsch, Ulrich/Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno/Hanswedell, Corinna (Hrsg.), 2004: Friedensgutachten 2004. Münster
- Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, 1988: Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Berlin
- Werner, Klaus/Weiss, Hans, 2001: Schwarzbuch Markenfirmen. Die Machenschaften der Weltkonzerne. Wien/Frankfurt am Main
- Wichterich, Christa, 1998: Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit. Reinbek bei Hamburg
- Wicke, Lutz, 1991: Umweltökonomie. München
- Wolff, Jonas, 2004: Bolivien – Krise eines Friedensmodells. In: Weller, Chr./Ratsch, U./Mutz, R./Schoch, B./Hanswedell, C. (Hrsg.): Friedensgutachten 2004
- Wulff, Herbert/Paes, Wolf-Christian, 2001: Die Kommerzialisierung von Gewalt – Zur Ökonomie der Bürgerkriege. In: Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno/Ratsch, Ulrich (Hrsg.): Friedensgutachten 2001. Münster
- Young, Brigitte, 1998: Genderregime und Staat in der globalen Netzwerkökonomie. In: Prokla 111
- Zeller, Christian (Hrsg.), 2004: Die globale Enteignungsökonomie. Münster
- Ziegler, Jean, 1999: Die Barbaren kommen. Kapitalismus und organisiertes Verbrechen. München
- Ziegler, Jean, 2003: Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher. München
- Zinn, Karl Georg, 2002: Wie Reichtum Armut schafft. Verschwendung, Arbeitslosigkeit und Mangel. Köln

Ein Mythos wird verbreitet. Es sei nichts mehr da für den Erhalt oder die Verbesserung sozialer Standards. Opfer seien das Gebot des Zeitgeistes. Aber wo verbleibt der anschwellende Reichtum? Was ist überhaupt Reichtum? Er bleibt den einen fern, weil er bei den anderen als Kapitalreichtum, als erdumspannende Macht anwächst. Doch er wächst bei extremen Verlusten: Zerstörung von Reichtum durch Kriege, Umweltkrisen und vermeidbare Krankheiten. Er wächst in destruktiven Gestalten, die für die meisten Abzug von Wohlfahrt bedeuten: Rüstungsproduktion und Wegwerfgesellschaft, Ausweitung von Wirtschaftskriminalität und von mafiosen Wirtschaftssektoren, in denen mit Waffen, Drogen, Rohstoffen, Frauen und Kindern gehandelt wird. Schon die Quellen des Reichtums – Arbeit und Natur – sind defekt: Arbeitslosigkeit, Bildungsdefizite und Umweltzerstörung.

Internationale Finanzmärkte wirken als Bermudadreieck. Und meist wird ignoriert: Seit vier Jahrzehnten führen abnehmende Wachstumsraten dazu, dass viel größere Volkswirtschaften als ehedem bei einem nur gleich bleibenden Wirtschaftszuwachs Probleme in einem Ausmaß wie nie zuvor zu lösen haben. Was wäre, wenn nicht Kapitalreichtum im Zentrum der Gesellschaft stünde, sondern der Mensch mit seinen schöpferischen Fähigkeiten als der »wirkliche Reichtum« (Marx)? Was sind Alternativen zu einer Reichtumsentwicklung, die sich vielfach selbst verzehrt?

Der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Dieter Klein legt nicht nur eine brillante Analyse vor, sondern zeigt auch Auswege auf.

ISBN 3-320-02081-1



9 783320 020811